

Ahmad | Burchardt | Dietz | Warnecke-Berger | Wolff [Hrsg.]

Die politische Rechte in Lateinamerika



Nomos

Studien zu Lateinamerika
Latin America Studies

herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h.c. Kai Ambos,
Georg-August-Universität Göttingen

Prof. Dr. Manuela Boatcă,
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Prof. Dr. Hans-Jürgen Burchardt,
Universität Kassel

Prof. Dr. Kristina Dietz,
Universität Kassel

Jun.-Prof. Dr. Rosario Figari Layus,
Universität Bonn

Prof. Dr. Anika Oettler,
Philipps-Universität Marburg

Prof. Dr. Stefan Peters,
Justus-Liebig-Universität Gießen

Prof. Dr. Stephanie Schütze,
Freie Universität Berlin

Band 51

Nadja Ahmad | Hans-Jürgen Burchardt
Kristina Dietz | Hannes Warnecke-Berger
Jonas Wolff [Hrsg.]

Die politische Rechte in Lateinamerika



Nomos

© Titelbild: www.pinterest.de: Künstler: Joaquín Torres García (Montevideo, Uruguay, 1874–1949); Titel: América Invertida, 1943.

Gefördert durch:



Evangelische
Akademie
Hofgeismar

Brot
für die Welt

mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes



CELA
CENTRO DE ESTUDIOS
LATINOAMERICANOS
UNIVERSIDAD DE KASSEL



CALAS
Maria Sibylla Merian Center

Die **Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2026

© Die Autor:innen

Publiziert von

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-3442-0

ISBN (ePDF): 978-3-7489-6370-7

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748963707>



Onlineversion
InLibra



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Inhaltsverzeichnis

*Hans-Jürgen Burchardt, Kristina Dietz, Hannes Warnecke-Berger,
Jonas Wolff und Nadja Ahmad*

Einleitung 7

Jonas Wolff

Die politische Rechte und die Demokratie in Lateinamerika 21

Hans-Jürgen Burchardt

Das Scheitern der progressiven Regierungen Lateinamerikas und
neue Perspektiven gegen die extreme Rechte 41

Thomas Kestler

Der neue Rechtspopulismus in Lateinamerika: Einordnung und
Ausblick 61

Marcela Suárez Estrada und Jazmín Duarte Sckell

Der Antifeminismus der Rechten als digitale Gewalt des Staates in
Lateinamerika 81

Heinrich Schäfer

Weiß Gott, wie rechts die Mitte ist...: religiöse Identitätspolitik im
Neoliberalismus 101

Andrea Neira Cruz, Stefan Peters und Kristina Dietz

Kolumbien: Die Rechte in der Opposition 121

Carolina A. Vestena

Der Bolsonarismus in Opposition: Strategien und Vernetzung der
extremen Rechten in Brasilien 141

Facundo Martín

Das System Milei. Die Rechte an der Macht in Argentinien 161

Inhaltsverzeichnis

Hannes Warnecke-Berger

El Salvador unter Bukele: Ein autoritärer Friede? 177

Andrea Dip, Ulli Jentsch und Ute Löhning

Das Goldene Zeitalter der Autokratie. Vernetzung der Rechten
zwischen Europa, den USA und Lateinamerika 197

*Kristina Dietz im Gespräch mit Valeska Hesse, Ferdinand Muggenthaler,
Christiane Schulte und Ingrid Spiller*

Internationalismus und zivilgesellschaftliche Kooperation in Zeiten
von Autoritarismus und Rechtswende 219

Hinweise zu den Autor:innen 239

Einleitung

*Hans-Jürgen Burchardt, Kristina Dietz, Hannes Warnecke-Berger,
Jonas Wolff und Nadja Ahmad*

„The times they are a-changing“, sang der spätere Literaturnobelpreisträger Bob Dylan in den 1960er Jahren. Und das stimmt natürlich irgendwie immer, bleibt Geschichte doch nie stehen. Aber die Richtung, in die die Winde wehen, ändert sich auch. In den frühen 2000er Jahren war mit Blick auf Lateinamerika in Zeitungsartikeln, Fachzeitschriften, Monografien und Sammelbänden viel vom „Linksruck“ und der *marea rosa*, der „rosa Welle“, zu lesen, die die Region erfasst habe. Heute haben sich die Zeiten geändert, und was diskutiert wird, ist der Aufschwung rechter Kräfte und insbesondere unkonventioneller, mitunter offen extremistischer rechter Akteure. Dieser scheint zudem gegenwärtig nicht bloß Lateinamerika, sondern immer größere Teile der Welt – darunter Europa und die USA – erfasst zu haben (Aria & Burt, 2024; Bohoslavsky & Broquetas, 2024; Borges et al., 2024; Cannon & Rangel, 2020; Nueva Sociedad, 2024; Payne et al., 2023; Pinheiro-Machado & Vargas-Maia, 2023) und führt mittlerweile auch zu einer Neubewertung der Analyse hin zu einer internationalen Perspektive auf den Aufstieg der Rechten insgesamt (Estrada Campos, 2023). Österreich, Deutschland, Schweden, Frankreich, Argentinien, Philippinen, El Salvador, USA. Der Aufstieg extrem rechter Bewegungen und Parteien scheint unaufhaltsam. Wovon genau ist die Rede?

Mit Cas Mudde (2019) können Bewegungen und Parteien der *far right* in zwei Typen unterschieden werden. Die radikale Rechte akzeptiert zwar die Grundidee von Demokratie, stellt sich aber gegen zentrale Elemente der liberalen Demokratie wie Minderheitenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung. Die extreme Rechte hingegen lehnt das Wesen der Demokratie ab, insbesondere den Gedanken der Volkssouveränität und das Mehrheitsprinzip. In der Praxis zeichnet sich die extreme Rechte in der Regel durch Rhetoriken und Politiken aus, die der Demokratie und liberalen Werten skeptisch gegenüberstehen oder diese negieren, das politische Establishment ablehnen, autoritäre Werte unterstützen, nationale, religiöse oder andere kollektive Identitäten überhöhen, durch Vorurteile und Intoleranz gegenüber ethnischen und anderen Minderheiten gekennzeichnet

sind und meistens einwanderungsfeindliche und kulturprotektionistische Positionen vertreten, die teilweise für gemäßigte Teile der Wählerschaft und bei konservativen Mainstream-Parteien anschlussfähig sind. Die meisten demokratischen Regierungen reagieren hierauf rat- und hilflos, sinnieren über Kommunikationsprobleme oder rücken selbst nach rechts und übernehmen Positionen der extremen Rechten.

Die Erfahrungen der letzten Jahre geben bereits wichtige Hinweise zum Umgang mit der extremen Rechten und zeigen, dass solche Politiken nicht aufgehen: *Appeasement*-Politiken, also der Versuch, die extreme Rechte über Zugeständnisse, Zurückhaltung und Entgegenkommen – z.B. durch die Übernahme ihrer Positionen einer restriktiveren Migrationspolitik – einzuhegen, sind in Europa oder den USA bereits gescheitert (Weeks & Allen, 2022). Auch historische Analysen kommen in der Gesamtschau zum Ergebnis, dass diese Strategien nur wenig Eindämmung versprechen (Saull et al., 2014). Vielmehr haben sie wiederum den Erfolg der extremen Rechten gestärkt und ihre Positionen normalisiert und populärer gemacht. Versuche, rechtsextremen Positionen sachlich entgegenzutreten, laufen oft ebenfalls ins Leere. Sie haben deren Zielsetzung nicht begriffen. Nicht die jeweils präsentierte provokante Ansicht ist das eigentliche Anliegen der extremen Rechten. Diese ist nur ein Mittel, um (oft haltlose) Angriffe auf das Tradierte zu konstruieren und um darüber beim Adressaten Unbehagen und Widerspruch zu erzeugen. Der Versuch, rechtsextreme Vertreter inhaltlich zu stellen, schenkt diesen vor allem mehr Aufmerksamkeit und verleiht ihrem eigentlichen Ziel, für ein autoritäres Schutzangebot des Kollektivs zu werben und sich als ihr starker Vertreter und Erlöser zu präsentieren, mehr Öffentlichkeit und Zuspruch.

Auch die oft beschworene Brandmauer der Konservativen, mit der sie Allianzen mit der extremen Rechten kategorisch ausschließen, ist im historischen Vergleich regelmäßig eingebrochen, wenn die Nicht-Zusammenarbeit mit den Extremen bei den Konservativen zum signifikanten Machtverlust führte. Rückblicke wie der Niedergang der Weimarer Republik oder aktuelle Entwicklungen im Europäischen Parlament oder in der Nationalversammlung in Argentinien unterstreichen solche Einsichten.

Changing times sind aber auch immer Zeiten für Analysen und Forschung. Der vorliegende Band möchte hierzu einen Beitrag leisten und untersucht dazu das neue Erstarken und die Konstellationen der Rechten in Lateinamerika, mit besonderem Blick auf ihre radikalen bzw. extremen Ausprägungen. In der vergleichenden politikwissenschaftlichen Debatte zu Lateinamerika ist die Figur des Pendels eine viel genutzte Metapher. Übli-

cherweise ist damit das Pendeln zwischen unterschiedlichen politischen Regimen gemeint: von der Demokratie zur Diktatur und wieder zurück (Pastor, 1989) oder aber das Pendeln zwischen verschiedenen Formen des Populismus (Campos-Herrera & Reguero, 2019). Aber zumindest für die historisch jüngere Phase gibt es, so will es scheinen, auch eine Art Pendeln zwischen rechts und links: Auf die Phase der neoliberalen Hegemonie der 1990er Jahre folgte besagter Pendelschwung nach links zu Beginn der 2000er Jahre. Und, so scheint es, aktuell schlägt die politische Uhr Lateinamerikas wieder stärker nach rechts aus.

Diese Bewegung ist es, die wir im vorliegenden Band genauer beleuchten wollen. Dabei geht es uns darum, die Charakteristika und Ausprägungen aktueller rechter Kräfte in Politik und Gesellschaft, Opposition und Regierung zu erhellen, die Ursachen, Hintergründe und Folgen ihres politischen Erfolgs zu analysieren. Zugleich wollen wir allzu einfache Formeln – von *dem* Rechtsruck in Lateinamerika, *der* politischen Rechten – hinterfragen und differenzieren. Schließlich zielt der Band auch darauf, Alternativen zu diskutieren und – aus einer Perspektive, die den Aufschwung der Rechten nicht zuletzt aus demokratischer Sicht äußerst kritisch sieht – mögliche politische Antworten zu skizzieren. Schließlich wollen wir nicht vergessen, daraus Lehren für andere Weltregionen und auch für Europa und Deutschland zu ziehen.

1. Die politische Rechte in Lateinamerika

Dass sich die „rosa Welle“ als regionaler Linksruck im Sand verlaufen hat, ist bereits seit rund zehn Jahren klar. Im Jahr 2015 beendete der Wahlsieg des konservativen Kandidaten Mauricio Macri in Argentinien eine Dekade linksperonistischer Regierungen. 2016 gelang es der Rechten in Brasilien, in einem höchst umstrittenen Impeachment-Verfahren die gewählte Präsidentin Dilma Rousseff abzusetzen – und damit die brasilianische Arbeiterpartei PT nach 13 Jahren in die Opposition zu verbannen. 2017 übergab zudem nach über zehn Jahren im Präsidentenpalast Ecuadors Rafael Correa sein Amt an seinen Parteikollegen und ehemaligen Vizepräsidenten, musste dann allerdings aus dem belgischen Exil beobachten, wie Lenín Moreno das Land auf einen Rechtskurs lenkte, der sich bis heute verschärft hat. Ende 2019 schließlich sah sich Evo Morales, der 2005 zum ersten indigenen Präsidenten Boliviens gewählt worden war, angesichts massiver Proteste und der Abkehr von Polizei und Militär zum Rücktritt gezwungen. 2025

erlitt sein politischer Erbe – nicht zuletzt aufgrund der Spaltung der langjährigen Regierungspartei – eine enorme Wahlschlappe, die den rechten Parteien Zugang zur Regierung ebnete.

Von der illustren Reihe mehr oder minder linker Präsident:innen, die die politische Debatte in und über Lateinamerika in den frühen 2000er Jahren geprägt hatten, ist damit nicht mehr viel übrig als Nicolás Maduro in Venezuela und Daniel Ortega in Nicaragua, die sich mit immer offener autoritären und repressiven Mitteln an die Macht klammern.

Aber brachte das Ende des Linksrucks einen spiegelbildlichen Rechtsruck? Wie *Jonas Wolff* und *Thomas Kestler* in ihren Beiträgen in diesem Band zeigen, ist das nicht ausgemacht. Während sich eine ganze Reihe von Ländern politisch nach rechts bewegten, vollzogen just diejenigen, die von der *marea rosa* nicht erfasst worden waren, eine Entwicklung nach links: Mexiko mit der Wahl von Andrés Manuel López Obrador (2018) und später Claudia Sheinbaum (2024), Chile, Honduras und Peru mit der Wahl von Gabriel Boric, Xiomara Castro und Pedro Castillo (2021) sowie Kolumbien mit dem Wahlsieg von Gustavo Petro (2022). Auch die Amtszeiten einiger rechter Präsident:innen – Macri in Argentinien (2015-2019), Jair Bolsonaro (2019-2022) oder Jeanine Áñez in Bolivien (2019-2020) – blieben bisher eher Episoden, denn strukturprägende Dekaden.

Gleichwohl ist der Eindruck eines regionalen –wie auch internationalen – Aufschwungs konservativer und rechtsextremer Kräfte schlecht von der Hand zu weisen. Dieser manifestiert sich bisher zwar nur in einer begrenzten Zahl von Fällen in der dauerhaften Etablierung klar rechter politischer Kräfte an der Regierungsmacht. Aber blickt man auf die gesellschaftlichen Entwicklungen und Diskurse, zeigt sich im Vergleich zu den vorherigen Jahrzehnten doch eine deutlich angestiegene Präsenz rechter Motive und Aktivität rechter Akteure. Dies gilt zum einen auf nationaler Ebene: Auch dort, wo sich – wie etwa in Brasilien, Kolumbien oder Chile – zuletzt linke Präsidentschaftskandidat:innen durchsetzen konnten, erzielten zugleich rechte bis rechtsextreme Kandidaten (Bolsonaro, Rodolfo Hernández, Jorge Kast) ebenfalls durchaus eindrucksvolle Erfolge. José Antonio Kast konnte sich bei den letzten Präsidentschaftswahlen im Dezember 2025 in Chile auch deutlich gegen seine linke Konkurrentin durchsetzen, womit Chile wieder deutlich nach rechts rückt. Hinzu, und vielleicht noch wichtiger, zeigt sich ein Aufschwung rechter Ideen, Forderungen und Diskurse auf der Ebene gesellschaftlicher Mobilisierung, sei es in Gestalt breitenwirksamer, sozialer Bewegungen gegen „Gender-Ideologie“ oder der Liberalisierung

des Abtreibungsrechts, sei es in Gestalt rechter Organisationsdynamiken auf lokaler Ebene (Mayka & Smith, 2021).

Schließlich sind diese Entwicklungen nicht nur Bestandteil eines überregionalen Aufschwungs rechter Diskurse und Kräfte, sondern sie sind, wie der Beitrag von *Andrea Dip*, *Ulli Jentsch* und *Ute Löhning* in diesem Band analysiert, eingebettet in gut geölte transnationale Netzwerke.

Die gegenwärtige lateinamerikanische Rechte ist dabei ein vielgesichtiges Phänomen. Sie verbindet offen rechtsextreme Akteure und Diskurse (*Hans-Jürgen Burchardt*) mit einem „neuen Rechtspopulismus“ (*Thomas Kestler*), wobei die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus häufig schwierig zu ziehen sind. Wie *Facundo Martín* und *Hannes-Warnecke Berger* in ihren Beiträgen beleuchten, bedeuten zwar sowohl das „System Milei“ in Argentinien als auch der von Nayib Bukele in El Salvador etablierte „autoritäre Frieden“ einen Frontalangriff auf demokratische Normen und Institutionen. Aber in den Mitteln und der diskursiven Rechtfertigung unterscheiden sie sich zugleich deutlich. Wieder anders gelagert ist der Fall Bolsonaros in Brasilien (*Carolina Vestena Alvarez*) und erst recht die Lage der kolumbianischen Rechte, die sich aktuell in der für sie völlig ungewohnten Rolle als Opposition einer linken Regierung gegenüber sieht (*Andrea Neira Cruz*, *Stefan Peters* und *Kristina Dietz*).

Gleichzeitig, so zeigt die Forschung wie auch unser Band, gibt es wichtige, gemeinsame Elemente, die den aktuellen Aufschwung rechter Kräfte prägen. Ein zentrales ist, wie *Marcela Suárez Estrada* und *Jazmín Duarte Skell* zeigen, ein dezidiert Antifeminismus. Breiter sprechen Payne et al. (2023) von einer „Rechten gegen Rechte“: Ein Ziel, das die ansonsten heterogene Rechte in der Region (und darüber hinaus) zu vereinen scheint, ist es, die Anerkennung und Stärkung der Rechte historisch marginalisierter Gruppen zu stoppen und rückgängig zu machen – und so traditionelle gesellschaftliche Privilegien und Hierarchien wieder herzustellen. Nicht zufällig spielt insofern auch die (christliche) Religion und deren machtvollen Repräsentanten eine wichtige Rolle, wie im vorliegenden Band *Heinrich Schäfer* analysiert.

In der Summe ist der aktuelle Aufschwung rechter Kräfte in Lateinamerika also durchaus eine Reaktion auf Bemühungen um den Abbau der so massiven wie mehrdimensionalen sozialen Ungleichheiten, die Lateinamerika bis heute kennzeichnen, und der sich wechselseitig verstärkenden Formen der Diskriminierung und Privilegierung entlang von *class*, *race* und *gender*, die damit einhergehen. Aber gleichwohl wäre es zu kurz gegriffen, den Rechtsruck schlicht als Reaktion auf vielleicht allzu radikale Verände-

rungen im Zuge des Linksrucks zu begreifen. Dafür ist schon die reale Transformationsbilanz der linken Regierungen deutlich zu begrenzt (Balán & Montambeault, 2020; Crabtree et al., 2023, S. 150-184; Ellner, 2020; Silva & Rossi, 2018). Wie *Hans-Jürgen Burchardt* in seinem Beitrag betont, ist es neben den Erfolgen linker Mobilisierung und Politik zugleich auch das Scheitern der progressiven Regierungen der frühen 2000er Jahre, das den Aufschwung rechter und rechtsextremer Kräfte möglich gemacht hat.

2. Die Beiträge des Bandes

Der vorliegende Band, der sich auf Beiträge und Diskussionen im Rahmen der Hofgeismarer Lateinamerikagespräche 2025 stützt, versammelt sowohl thematisch fokussierte Kapitel als auch Analysen zu ausgewählten Ländern.

Den Auftakt nach dieser Einleitung macht *Jonas Wolff*. In seinem Beitrag „Die politische Rechte und die Demokratie in Lateinamerika“ diskutiert er zunächst grundlegende begriffliche und theoretische Fragen, wie die nach der Unterscheidung in Links und Rechts und das ambivalente Verhältnis zwischen der Rechten und der Demokratie. In weiteren Schritten gibt er einen Überblick über die Strömungen und Charakteristika der gegenwärtigen politischen Rechten in Lateinamerika, vergleicht den aktuellen Aufschwung der Rechten mit dem vorherigen Linksruck und diskutiert Ursachen ihrer gegenwärtigen Stärke sowie Implikationen für die Demokratie.

Das Scheitern der links-progressiven Regierungen nimmt *Hans-Jürgen Burchardt* zum Ausgangspunkt seiner Betrachtungen. In seinem Beitrag „Das Scheitern der progressiven Regierungen Lateinamerikas und neue Perspektiven gegen die extreme Rechte“ erläutert er, wie Bedingungen für das Erstarken rechtsextremer Bewegungen und Regierungen entstehen konnten, obwohl in der Region in den ersten beiden Dekaden dieses Jahrhunderts eine hohe demokratische Legitimation und ein robustes Wirtschaftswachstums vorhanden waren, die von breiten Arbeits- und Sozialpolitiken begleitet wurden und die soziale Frage deutlich entschärfte. Anschließend identifiziert der Autor drei gesellschaftliche und ineinander verschränkte Stabilitätsdimensionen, die für eine erfolgreiche kollektive Krisenerkennung und -bearbeitung erforderlich sind und deren Schwächung sowohl in Lateinamerika als auch weltweit zu einem Erstarken der extrem Rechten geführt hat. Die Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass neben ökonomischer Stabilität und politischer Teilhabe die Dimension der Kultur für Politik und Gesellschaft zunehmend an Bedeutung gewinnt. Auf

dieser Grundlage werden verschiedene Vorschläge erarbeitet und konkrete Strategien vorgestellt, die das weitere Erstarken der extremen Rechten aufhalten können und gleichzeitig das Potenzial haben, den anstehenden sozial-ökologischen Wandel in Lateinamerika und auch bei uns erfolgreich zu gestalten.

Daran schließt *Thomas Kestler* an und analysiert in seinem Beitrag „Der neuer Rechtspopulismus in Lateinamerika: Einordnung und Ausblick“ den Aufstieg des Rechtspopulismus in Lateinamerika seit den späten 2010er-Jahren. Anknüpfend an historische Wellen populistischer Politik in der Region identifiziert er eine neue Generation rechtspopulistischer Akteure, die sich durch elitenfeindliche Rhetorik, autoritäre Tendenzen und kulturelle Polarisierung auszeichnen. Gezeigt wird, dass die gängige Typologie des „Radical Right Populism“, die auf Nativismus, Autoritarismus und Populismus basiert, nur eingeschränkt auf Lateinamerika übertragbar ist. Statt ethnonationaler Vorstellungen dominieren religiös-konservative Narrative, wirtschaftlicher Libertarismus oder sicherheitspolitische Hardliner-Positionen. Der Rechtspopulismus in Lateinamerika ist somit inhaltlich vielfältig und oft hybrid. Ob es sich um einen nachhaltigen Trend handelt, bleibt offen. Die geringe Institutionalisierung und ideologische Uneinlichkeit vieler Bewegungen sprechen gegen eine langfristige Etablierung rechtspopulistischer Akteure. Zugleich deuten strukturelle Entwicklungen und eine schleichende Abnahme der Parteibindung in vielen Ländern auf tiefere Veränderungen im politischen Gefüge hin.

Marcela Suárez Estrada und *Jazmín Duarte Sckell* diskutieren in ihrem Beitrag „Der Antifeminismus der Rechten als digitale Gewalt des Staates in Lateinamerika“ den reaktionären Antifeminismus der rechter Akteure und damit verbundene Strategien der digitalen Gewalt gegen Aktivist:innen. Letzteres konzeptualisieren sie als Form staatlicher Gewalt. Mit verschiedenen Strategien direkter und digitaler Gewalt wie Medienkampagnen, sexueller Belästigung und Drohungen hat die extreme Rechte, feministische Bewegungen, die sich für Frauen und LGBT+-Rechte einsetzen, zu ihrem Hauptfeind erklärt. Die Autor:innen argumentieren, dass digitale Gewalt gegen Aktivist:innen als eine Form der Disziplinierung ihrer politischen Handelns zu verstehen ist. Anhand von Beispielen aus Argentinien, Brasilien und El Salvador zeigen sie, dass und wie antifeministische Bewegungen handeln und kommunizieren und identifizieren dabei übergeordnet drei Strategien, die von der Rechten mobilisiert werden: 1) die Entmenslichung, Hypersexualisierung und Objektivierung von öffentlich sichtbaren Frauen; 2) die Konstruktion des Feminismus als öffentlichen Feind; und 3)

die Organisation von Kampagnen, um aktive Frauen in der Politik zu diskreditieren und zum Schweigen zu bringen.

Heinrich Schäfer untersucht in seinem Beitrag „Religion und rechte Bewegungen in Lateinamerika“ die Rolle religiöser Akteure und zeigt, dass die klassische Rechts-Links-Geometrie zur Analyse nicht mehr ausreicht. Während im 20. Jahrhundert katholische Institutionen, Geheimbünde oder das Opus Dei oft im Namen von Antikommunismus und zur Absicherung traditioneller Hierarchien autoritäre Regime stützten, veränderten sich Politik und Religion seit den 1990er Jahren durch Pluralisierung und Marktlogiken. Religion ist nicht länger nur institutionell gebunden, sondern wird zu einer Frage des Habitus und damit anschlussfähig für identitätspolitische Strategien. Zentral ist das Konzept eines formalen Fundamentalismus: die Absolutsetzung eigener Überzeugungen, ihre Durchsetzung durch Dominanzstrategien und die Politisierung aller Lebensbereiche. Besonders neopfingstliche Mittelschichtakteure treten als neue religiöse Rechte auf. Sie verbindet neoliberale Ökonomie, spirituelle Kriegsrhetorik und autoritäre Politik zu einem Extremismus der Mitte. Religion wird so zu einem Vehikel, über das Klasseninteressen ins Politische übersetzt und konservative Werte hegemonial verankert werden.

Andrea Dip, Ulli Jentsch und Ute Löhning diskutieren anschließend in dem Text „Das Goldene Zeitalter der Autokratie. Vernetzung der Rechten zwischen Europa, den USA und Lateinamerika“, wie sich die globale Rechte international vernetzt. Vor allem zwischen Europa, Nord- und Südamerika ist eine Intensivierung des Austauschs, der Kooperation und der Weiterbildung von jungen Nachwuchseliten bei Konferenzen wie der Conservative Political Action Conference (CPAC), dem Political Network for Values (PNfV) oder dem Foro Madrid zu beobachten. Auf den letzten dieser Konferenzen wurde deutlich, dass die extreme Rechte bereit steht, den Schwung der Erfolge des argentinischen Präsidenten Javier Milei und des wieder gewählten US-Präsidenten Donald Trump für sich zu nutzen. Den von beiden Präsidenten verkörperten disruptiven Typus der nach der Macht greifenden extremen Rechten, wo sich auch die AfD gerne verorten möchte, beleuchten die Autor:innen des Textes genauer. Dazu gehen sie auf die tiefgreifenden Umbrüche in den USA und in Argentinien sowie auf das Projekt 2025 der Us-amerikanischen Heritage Foundation ein, das beiden Regierungschefs als Orientierung dient. Sie diskutieren, warum Milei an die Macht kommen konnte und warum er noch immer über eine ihn unterstützende Basis verfügt. Anschließend charakterisieren sie die erstarkende rechts-libertäre Strömung in Europa, deren Konferenzen,

Festivals, relevante Akteure und die Rolle der AfD. Abschließend beleuchten sie einerseits die Machtoptionen der extremen Rechten auf EU-Ebene, andererseits aber auch Differenzen im extrem rechten Lager.

Facundo Martín zeigt in „Das System Milei: Die Rechte an der Macht in Argentinien“, die Praktiken und Folgen des anarcholiberalen Experiments in Argentinien unter der Regierung von Milei auf. Er analysiert das „System Milei“ als eine autoritäre, rechtsradikale Bewegung, die sich als Alternative zur etablierten Politik präsentiert. Der Aufstieg Mileis beruhte auf multiplen strukturellen Krisen einerseits – Wirtschaftskrise, Inflation, Zerfall des peronistischen Wohlfahrtsmodells – und der medialen Inszenierung einer gewalttätigen, exzentrischen Persönlichkeit – Javier Milei selbst – andererseits, die die Frustration in der argentinischen Gesellschaft kanalisiert. Facundo Martín erklärt, dass sein Sieg im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen nur durch ein umgekehrtes *cordon sanitaire* möglich wurde: Mitte-Rechts-Parteien unterstützten Milei, um den Peronismus zu verhindern. Im Amt setzte Milei massive Kürzungen der öffentlichen Ausgaben um – in Bildung, Gesundheit, Sozialleistungen und Wissenschaft – und halbierte die Anzahl der Ministerien. Die Inflation sank in kurzer Zeit von über 200 auf etwa 39 Prozent, allerdings hängt die Wirtschaft von Finanzspekulationen und internationalen Krediten ab. Der einzige wachsende Sektor ist der Rohstoffsektor – ein klassisches Muster einer Extraktionsökonomie. Die Folgen der von Martín bezeichneten anarchilibertären Regierung Mileis sind dramatisch. Politisch untergräbt Milei die Demokratie: Er nutzt Notverordnungen, ignoriert parlamentarische Kontrolle, kriminalisiert Proteste und setzt eine diskursive Gewalt gegen Journalist:innen, Feminist:innen und LGBTIQ-Personen ein. Sozio-ökonomisch bedeuten seine gravierenden Einschnitte in die Sozialausgaben und Zerstörung staatlicher Institutionen massive Kaufkraftverluste, steigende Armut und wirtschaftliche Stagnation und außenpolitisch unterwirft sich Milei nahezu vollständig dem US-Präsidenten Trump. Nachdem die Zustimmungswerte in der Bevölkerung für den „harten Kurs“ Mileis lange stabil waren, sinken sie seit einigen Monaten und Proteste nehmen erneut zu. Martín geht davon aus, dass die Parlamentswahlen im Oktober 2025 entscheidend sein werden für die Zukunft des Mileiismus: entweder konsolidieren sie das Experiment oder besiegeln seinen Niedergang. Argentinien steht an einem Scheideweg. Facundo Martín fasst das System Milei abschließend als einen wettbewerbsorientierten Autoritarismus mit anti-elitärer und anti-woke Rhetorik und faschisierenden Tendenzen, von Faschismus im historischen Sinne kann aber keine Rede sein. Der Mileiismus repräsentiert vielmehr ein

globales Phänomen rechtsradikaler Demokratieuntergrabung – nicht durch einen Staatsstreich stirbt die Demokratie in Argentinien, sondern durch eine systematische Erosion der staatlichen, demokratischen Institutionen.

Hannes Warnecke-Berger beschreibt in seinem Beitrag das „Modell Bukele“ als autoritären Stabilisierungspfad, der harte Sicherheitsmaßnahmen mit digitaler Effizienzrhetorik und Modernisierungsversprechen verbindet. Trotz massiver Erosionserscheinungen der Demokratie findet Bukele breite Zustimmung, weil zwei strukturelle Verschiebungen den Boden bereiteten: Erstens wurde El Salvador von einer Export- zu einer Remittances-Gesellschaft. Migration und Überweisungen stabilisieren den Konsum, schwächen aber Staatlichkeit, fördern Finanzialisierung und entkoppeln Eliten von produktiven Investitionen. Zweitens wandelte sich die Oligarchie weg von Produktion hin zu Konsum-, Immobilien- und Finanzgewinnen; politische Verantwortung wurde abgestreift und Institutionen ausgehöhlt. Hinzu kommen das Scheitern von Staats- und Nationenbildung nach dem Bürgerkrieg, der Glaubwürdigkeitsverlust der FMLN ohne alternatives Entwicklungsmodell sowie ein Generationsbruch, in dem Kriegsnarrative ihre Legitimationskraft verlieren. Schließlich depolitisierte Bukele Gewalt: Repression erscheint als pragmatische Lösung. Zusammengefasst ermöglichen diese Faktoren seine autoritäre Konsolidierung.

Aber die Rechte prägt in Lateinamerika gesellschaftliche Strukturen, Normen, Diskurse und die Räume politischen Handelns nicht nur, wenn sie regiert. Davon berichten die nächsten beiden Beiträge. Den Auftakt macht der Text „Kolumbien: Die Rechte in der Opposition“ von *Andrea Neira Cruz*, *Stefan Peters* und *Kristina Dietz*. Sie betrachten die Strategien rechter Parteien, Einzelpersonen und rechter paramilitärischer Gruppen, um die linke Regierung von Gustavo Petro zu diffamieren und zu entmachten und sich formal wieder an die Spitze des Landes zu setzen. Der Wahlsieg Gustavo Petros im Jahr 2022 markierte einen historischen Bruch in Kolumbien: Petro ist der erste linke Präsident des Landes und verfolgt eine progressive Agenda für soziale Gerechtigkeit, indigene Rechte und Friedenspolitik. Dies hat die traditionell dominierende rechte Elite – lange durch politische Dynastien, wirtschaftliche Macht und Verbindungen zu paramilitärischen Gruppen geprägt – in die Opposition gedrängt. Die Autor:innen analysieren, wie die Rechte trotz dieser Niederlage weiterhin Einfluss und Macht ausübt. Der Text zeigt, dass die Rechte sich nicht nur über Parteien wie das Centro Democrático organisiert, sondern auch über (neo-)paramilitärische Gruppen wie den Clan del Golfo, die in weiten Teilen des Landes faktische Herrschaft ausüben. Die Rechte verbreitet Des-

information – insbesondere über die „Gender-Ideologie“ – und mobilisiert antifeministische und homophobe Ängste, um die Bevölkerung zu polarisieren. Sie blockiert soziale Reformen, kritisiert die Friedenspolitik der Regierung und glorifiziert die repressive „demokratische Sicherheit“ des ehemaligen, mittlerweile zu 12 Jahren Haft verurteilten rechten Präsidenten Álvaro Uribe. Sie nutzt internationale Netzwerke – mit Trump, Bukele und rechten Parteien in Europa – und versucht, die US-Regierung für ihre Ziele zu gewinnen und sie verbreitet Angst und Gewalt. Obwohl ihr aktuell an einer einheitliche Führungsfigur fehlt, bleibt sie ein zentraler Machtfaktor. Das Fazit der Autor:innen lautet: Die Rechte in Kolumbien ist nicht besiegt, sondern hat sich in eine strategische Opposition verwandelt. Sie agiert durch Gewalt, Desinformation und ideologische Mobilisierung – nicht durch ein eigenes Projekt, sondern durch die systematische Diskreditierung der Linken. Die Präsidentschaftswahlen 2026 werden entscheiden, ob Kolumbien auf dem Weg zu einer gerechteren Gesellschaft bleibt oder in eine neue Phase autoritärer Gegenbewegung eintritt.

Carolina Vestena Alvarez zeigt in ihrem Beitrag „Der Bolsonarismus in Opposition: Strategien und Vernetzung der extremen Rechten in Brasilien“, dass die politische Bewegung des vormaligen brasilianischen Präsidenten Bolsonaro auch nach seiner Wahlniederlage 2022 als widerstandsfähige ideologische Ausrichtung weiter wirkt, und gerade dies jenseits der Person Bolsonaros. Er bündelt konservative bis rechtsextreme Akteure, setzt auf Marktliberalismus, religiös-patriarchale Werte und eine polarisierende Anti-Linke-Rhetorik. Träger ist ein arbeitsteiliges Netzwerk aus der Familie Bolsonaro, Abgeordneten, Influencer:innen, alternativen Medien, anonymen Content-Produzent:innen und internationalen Verbündeten. Kern ist die professionelle Nutzung sozialer Medien (Facebook, YouTube, X, WhatsApp/Telegram, TikTok), die es ermöglichen emotionalisierte Feindbilder, Desinformation und schnelle Memetik, sowie Online-Mobilisierung mit Offline-Protesten zu koppeln. Trotz juristischer Gegenwehr behält die Rechte erhebliche Präsenz in Parlamenten und Kommunen und treibt einen Kulturkampf von rechts, der demokratische Institutionen delegitimiert. Als Ergebnis zeigt sie, dass der Bolsonarismus als Netzwerk-Projekt der extremen Rechten politisch wirksam bleibt, auch ohne Bolsonaro im Amt.

Abschließend diskutiert *Kristina Dietz* im Gespräch mit *Valeska Hesse*, *Ferdinand Muggenthaler*, *Christiane Schulte* und *Ingrid Spiller* Fragen zum Internationalismus und zivilgesellschaftliche Kooperation in Zeiten von Autoritarismus und Rechtswende.

Die Vielfalt der Beiträge gibt nicht nur einen Überblick über die zahlreichen Facetten der Konservativen und der extremen Rechten, die in Lateinamerika gegenwärtig stark an Einfluss gewinnen. Sie zeigt auch, dass die extreme Rechte im 21. Jahrhundert keine einfache Kopie extremer rechter Bewegungen und Entwicklungen des 20. Jahrhunderts ist, sondern eigene und neue Gesichter hat und unter neuen Bedingungen hervortritt. Auffällig ist hier unter anderem die Herausbildung einer autoritären, gewaltvollen Demokratie, wie wir sie seit einiger Zeit in den USA, Italien oder Ungarn beobachten können. Bei der Aufrechterhaltung einer Fassade von Wahldemokratien werden Rechtsstaatlichkeit, Bürgerrechte, Wissenschaft, politische Mobilisierung und Meinungsfreiheit und viele andere Bereiche von Demokratie ausgehöhlt, geschwächt, eingeschränkt und repressiv und gewaltvoll unterdrückt.

3. Literatur

- Aria, E. & Burt, J. M. (2024). The “new” extreme right in Latin America. *LASA Forum*, 54(4), 4–57.
- Balán, M. & Montambeault, F. (Hg.) 2020: Legacies of the left turn in Latin America. The promise of inclusive citizenship, University of Notre Dame Press.
- Bohoslavsky, E., Broquetas, M. (Hg.) (2024). Latin America’s far right reborn. *NACLA Report on the Americas*, 56(1). <https://doi.org/10.1080/10714839.2024.2323393>.
- Borges, A., Lloyd, R., & Vommaro, G. (Hg.). (2024). *The recasting of the Latin American right: Polarization and conservative reactions*. Cambridge University Press.
- Cannon, B. & Rangel, P. (Hg.) (2020). *Resurgimiento de la derecha en América Latina: nuevas coaliciones y agendas*. Revista CIDOB d’Afers Internacionals 126. <https://doi.org/10.24241/rcai.2020.126.3>.
- Crabtree, J., Durand, F., & Wolff, J. (Hg.) (2023). *Business power and the state in the Central Andes: Bolivia, Ecuador, and Peru in comparison*. University of Pittsburgh Press. <http://dx.doi.org/10.2307/jj.6380596>.
- Ellner, S. (Hg.). (2020). *Latin America’s pink tide: Breakthroughs and shortcoming*. Rowman & Littlefield.
- Campos, Rodrigo Duque Estrada. 2023. The international turn in far-right studies: A critical assessment. *Millennium*, 51(3). 892–919. <https://doi.org/10.1177/03058298231198992>.
- Mayka, L., & Smith, A. E. (2021). Introduction: The grassroots right in Latin America: Patterns, causes, and consequences. *Latin American Politics and Society*, 63(Special Issue 3), 1–20. <http://dx.doi.org/10.1017/lap.2021.20>.
- Mudde, Cas. (2019). *The Far Right Today*. Polity.

- Nueva Sociedad (2024). ¿Hay que temerle a la extrema derecha? *Nueva Sociedad*, 312. <https://nuso.org/revista/312/hay-que-temerle-a-la-extrema-derecha> (letzter Zugriff am 18.07.2025).
- Payne, L. A., Zulver, J., & Escoffier, S. (Hg.). (2023). *The right against rights in Latin America*. Oxford University Press. <http://dx.doi.org/10.5871/bacad/9780197267394.001.0001>.
- Pinheiro-Machado, Rosana, & Tatiana Vargas-Maia, (Hg.). (2023). *The rise of the radical right in the Global South*. Routledge.
- Campos-Herrera, Germán, & Sebastián Umpierrez de Reguero. (2019). Populism in Latin America: past, present, and future." *Latin American Politics & Society*, 61(1), 148–59. <https://doi.org/10.1017/lap.2018.63>.
- Saull, Richard, Alexander Anievas, Neil Davidson, & Adam Fabry, (Hg.). 2014. *The Longue Durée of the far-right: An international historical sociology*. Routledge.
- Silva, E., & Rossi, F. M. (Hg.). (2018). *Reshaping the political arena in Latin America: From resisting neoliberalism to the second incorporation*. University of Pittsburgh Press. <http://dx.doi.org/10.1111/blar.13076>.

Die politische Rechte und die Demokratie in Lateinamerika

Jonas Wolff

1. Einleitung¹

Nach Jahren, in denen schillernde Figuren der Linken – Venezuelas Hugo Chávez, Boliviens Evo Morales oder Brasiliens Lula da Silva – die politische Berichterstattung über Lateinamerika auch hierzulande bestimmten, hat sich das Blatt gewendet. Auch wenn Lula mittlerweile erneut im brasilianischen Präsidentenpalast sitzt und mit Gabriel Boric und Gustavo Petro linke Staatschefs Chile und Kolumbien regieren, so sorgen aktuell doch primär Figuren der politischen Rechten für nicht nur mediale Aufmerksamkeit: Javier Milei, der rechtslibertäre Präsident Argentiniens, der mit der nicht nur sprichwörtlichen Kettensäge an der Demontage des argentinischen Staates arbeitet; Jair Bolsonaro, der ehemalige brasilianische Staatsschef, dem aktuell der Prozess wegen versuchten Militärputschs gemacht wird; Nayib Bukele, der hippe Präsident El Salvadors, der mit umfassender Repression, Massenverhaftungen und Mega-Knästen einer repressiven Verbrechensbekämpfung der harten Hand (*mano dura*) regional zu neuer Attraktivität verholfen hat.

Die Namen Milei, Bolsonaro und Bukele verweisen auf den Aufschwung einer neuen, radikalen, zugleich aber durchaus diversen politischen Rechten in Lateinamerika. Und sie legen zugleich den Schluss nahe, dass dieser Aufschwung für die Demokratie in der Region nichts Gutes bedeutet. Aber ist das so? Erlebt Lateinamerika gegenwärtig einen regionalen Rechtsruck, gewissermaßen als Gegenbewegung zum vieldiskutierten Linksruck der frühen 2000er Jahre?² Und was genau sind die Folgen für die Demokratie? Diesen Fragen will ich in meinem Beitrag nachgehen und dabei zugleich

1 Dieser Beitrag stützt sich auf einen Vortrag bei den Hofgeismarer Lateinamerikagesprächen im Januar 2025. Ich bedanke mich bei den Teilnehmer:innen und insbesondere bei den Mit-Organisator:innen und Mit-Herausgeber:innen dieses Bands für wertvolle Rückfragen und Kommentare sowie bei Fenja Heinrichs für unterstützende Recherchen und Literatúrauswertungen.

2 Zum „Linksruck“ siehe exemplarisch: Cameron & Hershberg, 2010; Ellner, 2020; Silva & Rossi, 2018.

einen groben Überblick über die Strömungen und Charakteristika der gegenwärtigen politischen Rechten in Lateinamerika geben und Ursachen ihrer gegenwärtigen Stärke diskutieren. Zunächst und insbesondere ist es aber Ziel dieses Kapitels, für den vorliegenden Band zentrale begriffliche und theoretische Grundlagen zu schaffen. Entsprechend beschäftigt sich der folgende Abschnitt mit der Frage, was eigentlich „rechts“ (im Unterschied zu „links“) ist und was uns die Forschung zum Verhältnis der politischen Rechten zur Demokratie zu sagen hat (2.). Danach wende ich mich dem aktuellen Aufschwung der Rechten zu und vergleiche ihn mit dem vorherigen „Linksruck“ (3.) In Abschnitt 4 folgen Überlegungen zur Agenda der gegenwärtigen politischen Rechten und den Ursachen ihres Aufschwungs, bevor ich mich in den Schlussfolgerungen erneut den Implikationen für die Demokratie zuwende.

2. Theoretisch-konzeptionelle Grundlagen

2.1 Was ist „rechts“?

Immer wieder totgesagt, ist die Eingruppierung auf dem Rechts-Links-Spektrum bis heute zentral zur Charakterisierung und Einordnung politischer Kräfte. Gleichzeitig finden sich sowohl auf der Linken als auch auf der Rechten regelmäßig äußerst unterschiedliche Akteure und Agenden. Um in die komplexe Kartographie politischer Strömungen eine analytisch einigermaßen klare Schneise zu schneiden, hat sich Norberto Bobbios Definition etabliert, die auch ich hier verwenden möchte. Demnach lässt sich Rechts und Links anhand der Haltung zur Frage der (Un-)Gleichheit unterscheiden: Während Linke Ungleichheit als primär gesellschaftlich produziert ansehen und auf ihren Abbau im Namen der natürlichen Gleichheit aller Menschen zielen, betonen Rechte das Natürliche (und Legitime) an der Ungleichheit und lehnen eine Politik der sozialen Gleichmacherei ab (Bobbio, 1994, S. 76-83; siehe auch Luna & Rovira Kaltwasser, 2014b, S. 3-4). Anders formuliert: Politisch rechte Kräfte zielen auf die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung als traditional oder natürlich wahrgenommener gesellschaftlicher Privilegien und Hierarchien – ob gemäß Klasse, Geschlecht oder ethnisch-religiöser Zuschreibung (Bar-On & Molas, 2022, S 6; Cannon, 2016, S. 4; Mayka & Smith, 2021, S. 3).

Die Frage der Ungleichheit kann sich grundsätzlich auf unterschiedlichste Dimensionen beziehen, die wie die Debatten zur Intersektionalität hinreichend gezeigt haben,³ interagieren und sich wechselseitig tendenziell verstärken. Für die Unterscheidung in Rechts und Links sind dabei herkömmlich zwei Dimensionen von besonderer Bedeutung. Wirtschaftspolitisch geht es erstens um die Dimension sozioökonomischer (Un-)Gleichheit und zugespitzt um die Frage, ob es die Aufgaben des Staates ist, mit dem Ziel sozioökonomischer Umverteilung aktiv in das Wirtschaftsgeschehen (*den Markt*) einzugreifen (Links) oder nicht (Rechts). Zweitens geht es um soziokulturelle (Un-)Gleichheiten. Während Konservative (Rechts) hergebrachte soziokulturelle Werte und die durch sie implizierten (Status-)Unterschiede verteidigen, fordern liberale bzw. progressive Positionen (Links) den Abbau von soziokulturell bestimmter Diskriminierung bzw. die soziokulturelle Anerkennung und Repräsentation benachteiligter Gruppen.

Auf dieser Basis lassen sich nun verschiedene rechte Ideologien identifizieren (vgl. Bowen, 2011). Zum einen können die beiden genannten Dimensionen unterschiedlich kombiniert werden, so dass sich – idealtypisch – eine gesellschaftspolitisch konservative und wirtschaftspolitisch marktorientierte, eine konservative, aber staatsorientierte und eine marktorientierte, aber gesellschaftspolitisch liberale Rechte unterscheiden lassen. Zudem lassen sich rechte Ideologien mit weiteren ideologischen Differenzen verbinden, die nach Bobbio nicht zum definitorischen Kern gehören. So unterscheidet Bobbio selbst mit Blick auf die Haltung zur Demokratie zwischen einer freiheitlichen und einer autoritären Rechten (Bobbio, 1984, S. 84-85) – darauf komme ich noch ausführlich zurück. Eine andere, für Lateinamerika wichtige Frage bezieht sich auf die Haltung zur Religion bzw. zur Kirche; hier lässt sich zwischen einer religiösen und einer säkularen Rechten unterscheiden (vgl. Coppedge, 1997).

Die ideologische Positionierung rechter Kräfte ist dabei zugleich verknüpft mit einer Frage, die soziologische Analysen der Rechten betonen: die nach der sozialen Basis. Für Edward Gibson etwa sind rechte (bei ihm: konservative) Parteien dadurch definiert, dass ihre „core constituencies“ den oberen Schichten der Gesellschaft entstammen (Gibson, 1996, xiii; siehe auch Middlebrook, 2000). Rechte Kräfte unterscheiden sich demnach

3 Der Begriff der Intersektionalität wurde von Kimberlé Crenshaw (1989) in die Debatte eingebracht und bezeichnet die sich wechselseitig verstärkende Gleichzeitigkeit von Diskriminierungen entlang unterschiedlicher sozialer Unterscheidungen, bei Crenshaw etwa die doppelte Diskriminierung Schwarzer Frauen gemäß *Race* und *Gender*.

insbesondere darin, welche gesellschaftlichen, ökonomischen, kirchlichen und/oder militärischen Eliten eines Landes zu dieser „core constituency“ zählen, d.h. die politische Agenda bestimmen und die zentralen Ressourcen bereitstellen. Das heißt aber nicht, dass rechte Parteien reine Eliteparteien sind. Gerade unter den Bedingungen repräsentativer Demokratie sind auch Parteien, deren Agenda im Kern privilegierten Minderheiten dient, darauf angewiesen, andere gesellschaftliche Schichten anzubinden und breitere Wählerschaften anzusprechen (Roberts, 2014) – und sie sind dabei nicht zuletzt deshalb regelmäßig erfolgreich, da auch „normale Menschen“ tendenziell konservativ und status-quo-orientiert eingestellt sind (Jost et al., 2003).

Während sich vergleichende Studien zur politischen Rechten in Lateinamerika wie die von Gibson (1996) und Middlebrook (2000) auf Parteien fokussieren, betont die jüngere Forschung, dass diese nur *ein* Vehikel sind, über das rechte Kräfte Einfluss auf Gesellschaft und Politik ausüben. Hinzu kommen rechte Interessen- oder Machtgruppen (Wirtschaftsverbände, Militär, Kirche), Think Tanks, soziale Organisationen oder Bewegungen, bewaffnete Gruppen sowie transnationale Netzwerke (vgl. Cannon, 2016; Crabtree et al., 2023; Luna & Rovira Kaltwasser, 2014a; Payne, 2000). Mit Blick auf die aktuellen rechten Tendenzen in Lateinamerika analysiert ein Sonderheft der Zeitschrift *Latin American Politics and Society* die Bedeutung einer „Grassroots Right“, eines diversen Sets an „citizens, civil society associations, and religious groups engaged in activism to support right-wing issues“ (Mayka & Smith, 2021, S. 1).

2.2 Die Rechte und die Demokratie

Definiert man die Rechte über ihre Haltung zur (Un-)Gleichheit, ist sie nicht per se un- oder antidemokratisch (ebenso wie die Linke nicht per se demokratisch ist). Die Bobbio'sche Unterscheidung zwischen einer demokratischen und undemokratischen Rechten ist insofern zentral. Allerdings verweist die empirische Forschung – nicht zuletzt zu Lateinamerika – darauf, dass diese Dichotomie allzu undifferenziert ist. Neben einer häufig konventionell genannten demokratischen Rechten und einer extremen oder radikalen Rechte, die sich explizit gegen die Demokratie positioniert (Rovira Kaltwasser 2024), spielt gerade in der aktuellen Debatte auch eine „illiberale“ bzw. „populistische“ Rechte eine wichtige Rolle, die durchaus im Namen der Demokratie agiert, aber insbesondere wichtige liberale Elemen-

te der repräsentativen Demokratie in Frage stellt (vgl. Cannon, 2016; Luna & Rovira Kaltwasser, 2014a).

Auch im Fall der konventionellen oder demokratischen Rechten bleibt das Verhältnis zur Demokratie aber notwendigerweise ambivalent. Das liegt an der intrinsischen Spannung zwischen dem Gleichheitsversprechen und -anspruch der Demokratie und dem Beharren auf natürlichen bzw. legitimen und gesellschaftlich zu akzeptierenden Ungleichheiten, das die politische Rechte auszeichnet. Diese Spannung wird manifest, wenn sich die (rechte) Verteidigung der Interessen und Werte privilegierter gesellschaftlicher Gruppen gegen demokratische Mehrheiten richtet, die auf Umverteilung zielen. Sie ist aber grundsätzlich unauflöslich. Versteht man die liberale Demokratie als Hybrid, das versucht, Gleichheits- und Freiheitsversprechen zu vereinbaren, und unterscheidet in diesem Sinne eine liberale und eine demokratische Dimension liberaler Demokratie, ließe sich sagen, dass rechte Positionen mit Blick auf Bobbios Freiheitsideal per se sowohl liberal als auch autoritär sein können, mit Blick auf das Gleichheitsideal aber stets in einem fundamentalen Sinne undemokratisch sind. Mit einer stringent rechten Position sind demokratische Grundprinzipien nur so lange vereinbar, wie sie funktional im Sinne einer liberalen Freiheitsagenda erscheinen.

Unter den Bedingungen Lateinamerikas spitzt sich diese Ambivalenz aufgrund der massiven sozialen Ungleichheiten in besonderer Weise zu (Burchardt, 2010; Wolff, 2008). In den hochgradig stratifizierten Gesellschaften der Region sind die „core constituencies“ der politischen Rechten besonders privilegiert und minoritär,⁴ weshalb die Demokratie für die lateinamerikanische Rechte ein strukturell besonders schwieriges Terrain bildet (Luna & Rovira Kaltwasser, 2014b, S. 9-12; Roberts, 2014). Dies hat, so dokumentiert die empirische Demokratieforschung, wiederum ambivalente Folgen. Zum einen zeigen sich rechte Kräfte als zentrale Gefahr für die Demokratie. Dies zeigt die Geschichte rechter Putsche in Lateinamerika (wie etwa der Militärputsch Pinochets gegen die demokratisch gewählte Allende-Regierung in Chile 1973), aber auch jüngere Erfahrungen offen antidemokratischer rechter Strategien gegen allzu „bedrohliche“ demokratisch gewählte Regierungen (Lievesley & Ludlam, 2011, S. 3; Middlebrook, 2000, S. 1; Romero 1970, S. 8). Zum anderen gilt – letztlich aus dem gleichen Grund – die Existenz starker rechter Parteien als zentrale Stabilitätsbedin-

4 Nach Luna und Rovira Kaltwasser umfasst die „natural constituency“ der Rechten in Lateinamerika maximal 20-30 Prozent der Bevölkerung (2014b, S. 13).

gung der Demokratie. Wie Rueschemeyer et al. in ihrer historisch-komparativen Studie zum komplexen Verhältnis von kapitalistischer Entwicklung und Demokratie mit Blick auf Lateinamerika schlussfolgern, konnte die Demokratie in der Region nur dort konsolidiert werden, „wo Eliteinteressen entweder durch den direkten Einfluss von Elitegruppen auf den Staatsapparat oder durch elektoral starke politische Parteien effektiv geschützt wurden“ (Rueschemeyer et al., 1992, S. 156). Nur wenn rechte Parteien hinreichend einflussreich sind, so O'Donnell und Schmitter einige Jahre zuvor in ihrem Klassiker zu den demokratischen Transitionen der 1980er Jahre, lässt sich verhindern, dass die sie tragenden gesellschaftlichen Gruppen auf „antidemokratische Verschwörung und Destabilisierung“ setzen (O'Donnell & Schmitter, 1986, S. 61-62). Die demokratietheoretische Konsequenz ist, dass es just die systematische Einhegung des Gleichheitsversprechens der Demokratie – und mithin die Begrenzung von Demokratie selbst – ist, die ihr Überleben in Lateinamerika ermöglicht (Wolff, 2008, S. 116-120).

3. Der aktuelle Aufschwung der Rechten im historischen Kontext

3.1 Vom „Linksruck“ zum „Rechtsruck“?

In den frühen 2000er Jahren bestimmte der lateinamerikanische „Linksruck“ die Debatte: die Wahl mehr oder minder linker Regierungen in zahlreichen Ländern der Region, die mit dem Versprechen grundlegender Veränderungen in Richtung von mehr Demokratie und weniger sozialer Ungleichheit an die Macht kamen und in Folge durchaus relevante, aber deutlich widersprüchlichere Transformationsprozesse einleiteten (vgl. Cameron & Hershberg, 2010; Ellner, 2020; Silva & Rossi, 2018; Weyland et al., 2010). Frühzeitig hatten in diesem Kontext Studien darauf verwiesen, dass rechte Kräfte in Lateinamerika weiterhin eine relevante Größe blieben, und zwar nicht nur in Ländern wie Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru, die (zunächst) vom „Linksruck“ unberührt blieben, sondern auch dort, wo sie sich im Parlament, auf subnationaler Ebene oder außerhalb der staatlichen Institutionen gegen politisch dominante Linksregierungen positionierten (Cannon, 2016; Dominguez et al., 2011; Luna & Rovira Kaltwasser, 2014a).

Mittlerweile aber steht der Aufschwung der (extremen) Rechten im Zentrum der Debatte.⁵

Vergleicht man den vorherigen „Linksruck“ und den aktuellen, vorgeblichen „Rechtsruck“, zeigen sich einige wichtige Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede. So ist der „Rechtsruck“ auf Regierungsebene weniger klar als der „Linksruck“ der frühen 2000er Jahre, der tatsächlich das Gros der Länder Lateinamerikas erfasste. So lösten seit der zweiten Hälfte der 2010er Jahre zwar in einer ganzen Reihe von Ländern rechte Staatschefs linke Vorgängerregierungen ab, so etwa in Argentinien (Mauricio Macri, 2015), Ecuador (Guillermo Lasso, 2017), Brasilien (Jair Bolsonaro, 2018), Bolivien (Jeanine Áñez, 2019) und Uruguay (Luis Lacalle Pou, 2019). Allerdings setzten sich just in Ländern, die bisher nicht (oder nur partiell) Teil des Linksrucks gewesen waren, bei Wahlen teils dezidiert, teils moderat linke Kandidaten durch, so etwa in Mexiko (Andrés Manuel López Obrador, 2018), Chile (Gabriel Boric, 2021), Honduras (Xiomara Castro, 2021), Peru (Pedro Castillo, 2021) und Kolumbien (Gustavo Petro, 2022). Während eine ganze Reihe der Linksregierungen der frühen 2000er Jahre zudem über mehrere Legislaturperioden an der Macht blieben, gelang dies den neueren rechten Regierungen bisher kaum. Das dominante politische Muster der letzten Jahre verweist eher auf eine Pendelbewegung zwischen linken und rechten Regierungen als auf einen gerichteten Trend.

Weitet man den Blick allerdings vom engen Fokus auf Regierungen auf gesellschaftliche Dynamiken, deutet die Forschung sehr wohl auf eine klare Tendenz des Aufschwungs rechter Kräfte hin. Dies zeigt sich zum einen in einem breiten und durchaus heterogenen Spektrum sozialer Bewegungen, Proteste und Bürgerinitiativen mit dezidiert rechtem Profil, die sich etwa gegen die Liberalisierung geschlechts- und sexualitätsbezogener Normen („Gender-Ideologie“) richten (Mayka & Smith, 2021, S. 4-5). Zum anderen – und partiell damit verknüpft – lässt sich quer durch die Region ein Aufstieg radikal rechter Personen und politischer Bewegungen beobachten, der sich insbesondere gegen linke Regierungen richtet. Am Beispiel der temporär äußerst erfolgreichen Mobilisierung der Rechten gegen die Regierung von Evo Morales (2016-2019) zeichnet Luciana Jáuregui (2024) nach, wie sich beide Dynamiken – gesellschaftliche Mobilisierung „von unten“ und Radikalisierung der politischen Rechten – artikulieren.

5 Vgl. Aria & Burt, 2024; Bohoslavsky & Broquetas, 2024; Borges et al., 2024; Cannon & Rangel, 2020a; Nueva Sociedad, 2024; Payne et al., 2023; Sociología y Política HOY, 2024.

Auch auf gesellschaftlicher Ebene weisen die regionalen Dynamiken aber weniger auf eine generelle Rechtsverschiebung hin als auf einen Trend politischer Polarisierung. So zeigen Meinungsumfragen, bei denen sich Menschen auf einer Skala von 1 (links) bis 10 (rechts) selbst einstufen, seit 2010 einen klaren Anstieg des Anteils „extrem rechter“ Personen (Werte 9-10): von knapp 14 Prozent (2010) auf um die 17 Prozent (zwischen 2014 und 2018/2019). Der Anteil „extrem linker“ Personen (Werte 1-2) liegt allerdings noch ein bisschen höher, was zudem einen deutlich stärkeren Anstieg bedeutet, da dieser Anteil zuvor (2006-2010) unter dem der extremen Rechten lag. Was sich in der Summe zeigt, ist mithin ein Trend der Polarisierung zu Lasten moderater Positionen, die sich in der Mitte des Spektrums verorten (Moncagatta & Silva, 2024, S. 34-35).

In der Diskussion über den lateinamerikanischen „Linksruck“ hatte Jorge Castañeda (2006) so prominent wie umstritten zwischen zwei Linken unterschieden: einer moderaten, reformistischen Linken (um Brasiliens Lula und Chiles Michelle Bachelet) und einer radikalen, populistischen Linken (um Venezuelas Chávez und Boliviens Morales). Sehr ähnlich unterscheiden aktuelle Beiträge zum Aufschwung der Rechten in Lateinamerika zwischen einer konventionellen und einer extremen Rechten (z.B. Rovira Kaltwasser 2024). Wie die Unterscheidung der zwei Linken ist auch diese prima facie plausibel, positionieren sich die Gesichter und Kräfte der aktuellen lateinamerikanischen Rechten doch sehr unterschiedlich zu den etablierten demokratischen Normen und Institutionen, kontrastierte die rechte Reformagenda eines Mauricio Macri in Argentinien oder eines Guillermo Lasso in Ecuador spürbar mit der explizit disruptiven Programmatik von Bolsonaro, Bukele oder Milei. Wie Beobachter:innen schon mit Blick auf den Linksruck hingewiesen haben, verschleiert eine allzu dichotome Sichtweise aber zugleich die interne Heterogenität der beiden „Lager“ sowie die Gemeinsamkeiten und fließenden Übergänge zwischen beiden. So unterscheiden sich der Ex-Militär Bolsonaro und der selbsterklärte Anarchokapitalist Milei in Programmatik wie tatsächlicher Politik deutlich, während Macris PRO-Partei offensichtlich hinreichend Gemeinsamkeiten mit Milei für eine faktische Koalition sah und sich Ecuadors aktueller Präsident Daniel Noboa – ansonsten klar ein Vertreter der konventionellen Rechten – explizit auf Bukele als Vorbild der eigenen Sicherheitspolitik bezieht.

Bei all dem ist schließlich auf einen gewichtigen Unterschied zwischen Links- und Rechtsruck zu verweisen: Der aktuelle Rechtsruck mag sehr viel weniger ein klarer regionaler Trend sein als es der Linksruck vor zwei

Jahrzehnten war. Er ist aber eingebettet in einen globalen Aufschwung radikaler rechter Kräfte, insbesondere und von unmittelbarer Bedeutung für Lateinamerika in den USA, aber auch quer durch Europa und darüber hinaus. Entsprechend betont die Forschung die Bedeutung transnationaler Netzwerke der (radikalen) Rechten, die lateinamerikanische Kräfte untereinander sowie mit US-amerikanischen Konservativen (v.a. des Trump-Lagers) und europäischen Akteuren (insbesondere Vox aus Spanien) verbinden (vgl. Giménez, 2024; Herrán-Ávila, 2023; Forti, 2024; Sanahuja & López, 2024; siehe auch den Beitrag von Andrea Dip, Ulli Jentsch und Ute Löhning in diesem Band).

3.2 Rechte Traditionen und Strömungen in Lateinamerika

Für einen differenzierten Blick auf die gegenwärtige Rechte, der über dichotome Unterscheidungen hinausgeht, ist es hilfreich, die unterschiedlichen Traditionen und Strömungen der politischen Rechten in Lateinamerika und ihre *legacies* zu betrachten.⁶ Die erste, gewissermaßen traditionale Rechte in der Region geht auf die kolonialen und post-kolonialen ländlichen Eliten zurück (Romero, 1970). Bis heute spielen entsprechende soziale Kräfte eine wichtige Rolle, aber das kolonial und entsprechend rassistisch geprägte Denken hat auch über diese hinaus eine zentrale Bedeutung für die diskursive Artikulation rechter Kräfte (vgl. z.B. Jáuregui, 2024). Ebenfalls auf die koloniale Epoche und ihre vielfältigen Hinterlassenschaften zurück gehen zweitens die religiösen – bzw. kirchlichen – Eliten (Middlebrook, 2020). Traditionell spielt vor allem der katholische Klerus eine wichtige Rolle als Stütze und Vertretung sowie Legitimationsinstanz der politischen Rechten.⁷ Mit Blick insbesondere auf die radikaleren Akteure und Strömungen der aktuellen Rechten sind dabei aber insbesondere auch evangelikale Kirchen und ihre Vertreter von zentraler Bedeutung, etwa in Brasilien (Escoffier et al., 2023, S.17, 21). Generell bilden die christliche Religion und ein christlich geprägtes, konservatives Gesellschaftsbild bis heute ein zentrales Element rechter Diskurse (siehe 4.1).

6 Siehe hierzu Romero (1970), Middlebrook (2000) und Powers (2000) sowie zusammenfassend Luna & Rovira Kaltwasser (2014b) und Pereira (2024).

7 Zugleich spielte die katholische Kirche – und spielten insbesondere befreiungstheologisch informierte Strömungen und konkret katholische Basisorganisationen – historisch eine mitunter wichtige Rolle als Allianzpartner und Mobilisierungsstrukturen für marginalisierte Gruppen und politisch linke Bewegungen.

Eine dritte Tradition und Strömung der lateinamerikanischen Rechten sind die liberalen, auf Exportlandwirtschaft und Bankenwesen gestützten Wirtschaftseliten. Historisch agierten diese als Gegenpol zur traditionellen, rural-oligarchischen und katholisch-klerikalen Rechten, und ihre Zuordnung zur Rechten war entsprechend lange umstritten. Über das 20. Jahrhundert wurden sie allerdings klar von zumindest partiell progressiven Kräften, die auf den Abbau traditioneller Hierarchien und Privilegien zielten, zu „liberal-bürgerlichen Oligarchien“, denen es um die Absicherung, wenn nicht den Ausbau des eigenen Wohlstands und der eigenen Macht geht (Romero, 1970). Viertens schließlich bilden (post-)autoritäre Akteure und Strömungen (Powers, 2000) bis heute eine wichtige Quelle der politischen Rechten, wie sich in der Verharmlosung der Militärdiktaturen, impliziten wie expliziten Rekursen auf Anti-Kommunismus und nationale Sicherheitsdoktrinen sowie der Forderung nach autoritär-repressiven Antworten auf Proteste und kriminelle Gewalt zeigt (vgl. Sanahuja & López, 2024).

Die heutige Rechte in der Region spiegelt diese Traditionen und Strömungen (vgl. z.B. Pereira, 2024, S. 16), wenn auch je nach Land in unterschiedlichen Gewichtungen und Konfigurationen. Zugleich verweist die Forschung aber auch auf wichtige Transformationen, die der Rechten in Lateinamerika ein zumindest teilweise neues Gesicht verleihen: Die komplexe Identität der „neuen Rechten“ in der Region, so Barry Cannon und Patricia Rangel, zeigt sich darin, „dass die Elemente, die früher dominant waren – die katholische Kirche, die Streitkräfte, das lokale Kapital – heute mit aufsteigenden Akteuren wie Think Tanks, evangelikalen Kirchen, neuen sozialen Netzwerken und einer Vielfalt an Bewegungen konkurrieren, zu deren Entstehung sie beigetragen haben“ (Cannon & Rangel, 2020b, S. 13; vgl. auch Escoffier et al., 2023, S. 2).

4. Überlegungen zur Agenda der politischen Rechten und den Ursachen ihres Aufschwungs

4.1 Agenda: Diskurselemente der politischen Rechten

Um den gegenwärtigen Aufstieg der politischen Rechten in Lateinamerika zu verstehen, ist es zunächst hilfreich, einen Blick auf die Agenda rechter Kräfte zu werfen. Aus regionaler Vogelperspektive lassen sich dabei vier zentrale Diskurselemente identifizieren, die sich allerdings von Land zu

Land und politischer Konjunktur zu politischer Konjunktur je kontextspezifisch artikulieren: Wirtschaft, soziale Werte, Sicherheit und Demokratie.

Mit Blick auf wirtschaftspolitische Fragen ist die Mobilisierungskraft eines dezidiert rechten – hier: wirtschaftsliberalen, marktorientierten – Diskurses unter den Bedingungen Lateinamerikas strukturell begrenzt, dient er doch in aller Regel allzu offensichtlich den Interessen kleiner, überaus privilegierter Minderheiten (siehe 2.1). In Reaktion auf linke Regierungen, die Länder in die wirtschaftliche Krise geführt haben und/oder durch Korruptionsskandale diskreditiert wurden, kann ein liberales bis libertäres Gegenprojekt, das sich gegen Staatszentrismus und Umverteilungspolitik wendet, aber durchaus erfolgreich sein. Hierfür steht am klarsten das Beispiel Mileis in Argentinien (siehe hierzu den Beitrag von Facundo Martín im vorliegenden Band). Hinzu kommt – in Argentinien wie quer durch die Region – eine andauernde Hinterlassenschaft der neoliberalen Phase: Offenbar gerade auch in jüngeren Generationen findet eine individualistische Selbst-Unternehmertum-Ideologie Anklang, derzufolge jeder (eher als jede) seines (eher als ihres) eigenen Glückes Schmied ist und der Staat dabei eher hindert als nützt. Als mehrheitsfähiges Projekt taugt eine solche wirtschaftsliberale Agenda jedoch in aller Regel nicht. So sind es andere Themen, die die gegenwärtig erfolgreichen rechten Kräfte verbinden (Rovira Kaltwasser, 2024, S. 10).

Strukturell ein sehr viel einfacheres diskursives Terrain für die Rechte bildet der Bereich der sozialen Werte: Bei allem Wertewandel und all den wichtigen Erfolgen progressiver sozialer Bewegungen – von Frauen- bzw. feministischen Bewegungen bis zu indigenen Bewegungen – sind die meisten lateinamerikanischen Gesellschaften nach wie vor von starken konservativen Werteorientierungen geprägt (vgl. z.B. Wiesehomeier & Doyle, 2014, S. 56). Quer durch die Region nutzen rechte Kräfte gegenwärtig gesellschaftliche Beharrungskräfte und Ängste vor Statusverlust im Sinne eines konservativen Backlash. Entsprechend bildet die rechte Mobilisierung gegen Rechte (von Frauen, sexuelle und ethnische Minderheiten) das vielleicht wichtigste Element der gegenwärtigen politischen Konjunktur (Payne et al., 2023; siehe auch Borges et al., 2024). Der Aufschwung evangelikaler Kirchen bildet dabei eine zentrale Opportunitäts- und Mobilisierungsstruktur. So wie es in der Geschichte Lateinamerikas insbesondere religiöse Fragen waren, die es konservativen Parteien ermöglichten, eine breite „multiclass constituency“ anzusprechen (Middlebrook, 2000, S. 8), so bildet aktuell die religiös konnotierte Verteidigung konservativer Werte gegen „Gender-Ideologie“ oder Abtreibung ein zentrales, diskursives Ele-

ment rechter Mobilisierungsstrategien (Arguedas-Ramírez, 2024; Mayka & Smith, 2021, S. 4). Konkret ist etwa der Diskurs von Bolsonaro (Brasilien) und José Antonio Kast (Chile) von einem Appell an „konservative religiöse Werte, patriarchale Normen, ethno-nationalistische Identitäten und law-and-order-Forderungen“ geprägt (Sarsfield et al., 2024, S. 16). Auch der klassische Anti-Kommunismus aus der Zeit des Kalten Kriegs wird von Bolsonaro primär soziokulturell – gegen einen vorgeblichen „kulturellen Marxismus“ – gewendet (vgl. Sanahuja & López, 2024, S. 31-32).

Ein weiteres Großthema, das die gegenwärtige Rechte vereint, ist ebenfalls ein sehr traditionelles: die Sicherheit. Schon 2014 prognostizierten Nina Wiesehomeier und David Doyle (2014, S. 50), Umfragedaten und das Profil der Wähler:innen rechter Parteien in Lateinamerika legten es nahe, dass Kriminalität und Sicherheit für die elektoralen Aussichten der Rechten in der Region zentrale Bedeutung erlangen dürften:

„Increasing public fear about rising crime presents parties of the right with the opportunity to mobilize heterogeneous electoral coalitions centered on issues of public security and increasing delinquency within society that have the potential to overcome the general left-right cleavage and deflate the traditional distributive campaigns of the left” (Wiesehomeier & Doyle, 2014, S. 50).

In der Tat spielt quer durch die Rechte in der Region ein Sicherheitsdiskurs, der „Law and Order“ betont und gegen organisierte (Drogen-)Kriminalität und kriminelle Gewalt auf militärische Repression (*mano dura*) setzt, eine zentrale Rolle. Am drastischen steht dafür Bukele, dessen autoritäres, auf menschenrechtliche Mindeststandards keinerlei Rücksicht nehmendes Vorgehen gegen die Jugendbanden und ihre (vorgeblichen) Mitglieder in El Salvador auf breite Zustimmung trifft, und als „Bukele-Modell“ rechte Kräfte auch anderswo inspiriert (Meléndez-Sánchez & Vergara, 2024; zu El Salvador siehe kritisch den Beitrag von Hannes Warnecke-Berger in diesem Band).

Neu ist schließlich viertens, dass sich selbst die radikale Rechte in Lateinamerika heutzutage als demokratische Kraft versteht und präsentiert (Rovira Kaltwasser, 2024, S. 11). In Reaktion auf Korruptionsskandale und autoritäre Tendenzen auf Seiten linker Regierungen ist zum einen die Verteidigung der Demokratie mitunter zu einer zentralen diskursiven Strategie rechter Oppositionskräfte geworden, so sehr explizit in Venezuela (González 2020), aber auch in Bolivien (Jáuregui 2024). Zum anderen verbinden rechte Akteure wie Milei oder Bolsonaro einen klassisch populistischen

schen Anti-Establishment-Kurs sowie einen ebenso klassischen Anti-Kommunismus, um unter Berufung auf Volk, Demokratie und Freiheit gegen „das System“, „die Staatselite“ bzw. „die Kaste“ zu mobilisieren (vgl. Cannon & Rangel, 2020b, S. 11; Herrán-Ávila, 2023; Sanahuja & López, 2020, S. 30).

4.2 Ursachen und Hintergründe des Aufstiegs rechter Kräfte

Die so knapp umrissene rechte Agenda in der Region verweist auf ein zentrales Ursachenbündel, das den Aufschwung rechter Kräfte zumindest erklären hilft. So lässt sich dieser als doppelte Folge der politischen Inkorporation traditionell marginalisierter Gruppen verstehen, die Lateinamerika im Zuge der Mobilisierung progressiver Kräfte und deren partieller Institutionalisierung im Rahmen des regionalen „Linksrucks“ erlebt hat (vgl. Payne et al., 2023; Silva & Rossi, 2018).⁸

Zum einen richtet sich rechte Mobilisierung, wie im vorherigen Abschnitt gesehen, in zentraler Weise gegen die vorherige Tendenz der Stärkung von Rechten, Repräsentationschancen und Ressourcen benachteiligter Gruppen (Sarsfield et al., 2024, S. 15-16). Entsprechend sprechen Leigh Payne und Kolleg:innen von einer „Rechten gegen Rechte“ und definieren diese als *„collective extra-institutional and institutional mobilization to check, roll back, or reverse specific rights promoted by previously marginalised groups and communities (i.e. gender and sexuality, ethnic, race, environment, accountability for crimes against humanity) and to restore, promote, or advance a state quo ante of traditional political, social, economic, and cultural rights“* (Escoffier et al., 2023, S. 3; Hervorhebung im Original).

Allerdings wäre es zu einfach, die gegenwärtige Rechte in Lateinamerika als bloßen Backlash gegen allzu erfolgreiche progressive Reformen zu sehen (Escoffier et al., 2023, S. 13-14). Vielmehr lässt sich argumentieren, dass es

8 Weitere Erfolgsfaktoren, die in der Literatur zur „neuen“ lateinamerikanischen Rechten diskutiert werden, sind u.a. ökonomische Krisentendenzen nach dem Ende des *commodity boom*, die Rolle der sogenannten sozialen Medien, das Wachstum evangelikaler Kirchen, die Zunahme von (Drogen-)Kriminalität und krimineller Gewalt sowie transnationale Diffusionsprozesse und Netzwerke (vgl. u.a. Cannon & Rangel, 2020b, S. 9; Herrán-Ávila, 2023; Mayka & Smith, 2021, S. 10-11; Rovira Kaltwasser, 2024). Mit Blick auf die globale Debatte über den Aufschwung der extremen Rechten fasst Steven Forti (2024, S. 22-23) drei zentrale Ursachen zusammen – den Anstieg von Ungleichheiten, einen kulturellen Backlash sowie die tiefe Krise liberaler Demokratien – und ergänzt als vierte Ursache den Wunsch nach Schutz und Sicherheit in einer Welt, die verunsichert (Forti, 2024, S. 22-23).

nicht nur die Erfolge, sondern zugleich auch die Grenzen und Widersprüche eben dieser politischen Inkorporationsprozesse sind, die gerade einer radikalen Rechten zum Aufstieg verholfen haben und verhelfen (vgl. Stefanoni, 2024 sowie den Beitrag von Hans-Jürgen Burchardt in diesem Band). Bei allen Unterschieden von Land zu Land wurde doch in der Summe das doppelte Versprechen einer sozioökonomischen und politisch-institutionellen Inklusion marginalisierter Gruppen bestenfalls graduell und mitunter nur temporär erfüllt, die Inkorporationskrise durch die linken Regierungen entsprechend nicht nachhaltig gelöst (vgl. hierzu u.a. Crabtree et al., 2023, S. 150-184; Ellner, 2020; Silva & Rossi, 2018).

Eine weitere Frage, die ich in diesem Rahmen nur knapp ansprechen kann, bezieht sich darauf, wie sich die Unterschiede in Erfolg und Radikalität der lateinamerikanischen Rechten erklären lassen. Hierzu hatte James Bowen frühzeitig die These aufgestellt, dass Stabilität und Mäßigung Stabilität und Mäßigung hervorbringen dürften („stability and moderation beget stability and moderation“; Bowen, 2011, S. 115-116). Diese Prognose scheint allerdings bisher nicht aufzugehen. Bemerkenswerterweise ist die radikale Rechte gerade in denjenigen Ländern besonders stark, die – wie Argentinien, Brasilien, Chile und El Salvador – eher moderate, institutionalistische Linksregierungen hatten. Der Bowen'schen These lässt sich insofern die Gegenthese entgegenstellen, dass es die institutionelle Kontinuität und ein entsprechend allzu begrenzter Wandel unter linken Regierungen ist, der in Folge gesellschaftliche Unterstützung für disruptive Projekte von rechts ermöglicht (vgl. Herrán-Ávila, 2023; Stefanoni, 2024).

5. Schlussfolgerungen

Die in diesem Beitrag skizzierten, gegenwärtigen Dynamiken weisen grundsätzlich darauf hin, dass der aktuelle Aufschwung der politischen Rechten in Lateinamerika die demokratischen Systeme einerseits stabilisieren mag, die Demokratie andererseits aber auch bedroht. Dies bestätigt insofern grundsätzlich den Eingangs skizzierten, ambivalenten Zusammenhang, aber in historisch spezifischer Gestalt.

So reduziert die gegenwärtige Stärke der politischen Rechten unmittelbare Risiken für die Demokratie. Die institutionelle Integration rechter Kräfte über politische Parteien, Wahlen und die Partizipation in Parlament und Regierung kanalisiert entsprechende Forderungen und Mobilisierungsdy-

namiken und verringert so in klassischer Manier das Risiko einer außer-institutionellen Destabilisierung.⁹ Letztere ist damit allerdings keineswegs ausgeschlossen, allzumal wenn sich (radikale) rechte Kräfte mit institutionellem Machtverlust konfrontiert sehen. Dies haben etwa die Versuche Bolsonaros und seiner Anhänger, die Rückkehr Lulas ins Präsidentschaftsamt in putschförmiger Gestalt zu verhindern, nur allzu deutlich gezeigt.

Gleichwohl scheinen die primären Risiken für die Demokratie, die von rechten Kräften ausgehen, aktuell primär gradueller Natur – im Sinne einer Erosion liberal-demokratischer Institutionen, Rechte und Praktiken. Eine solche graduelle Demokratieerosion, wie die vergleichende Autokratisierungsforschung zeigt, kann im Ergebnis aber durchaus weitreichend sein.¹⁰ Wie nicht zuletzt zahlreiche Beiträge in diesem Band dokumentieren, geht rechte Mobilisierung „von unten“ und vor allem rechte Politik „von oben“ tendenziell mit einem Abbau gruppenspezifischer Rechte einher, im Sinne einer Absicherung bzw. Restitution herkömmlicher Privilegien und Hierarchien zu Lasten historisch diskriminierter Gruppen. Zudem ist ein Anstieg gewaltsamer Repression und eine verschärfte Tendenz zur Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume teils bereits zu beobachten, teils zu befürchten. Institutionelle Reformen, diskursive Strategien und mächtige – nationale wie internationale – Bündnispartner weisen zudem in Richtung einer autoritären Machtkonzentration. Gleichzeitig betreiben gerade radikal auftretende rechte Akteure wie Bolsonaro, Milei oder Bukele ganz bewusst eine Entgrenzung des öffentlichen Diskurses und unterminieren dabei etablierte, grundlegende Normen des demokratischen Konfliktaustrags. Folge ist ein erhöhtes Risiko gewaltsamer Konflikteskalation, insbesondere im Kontext scharfer Polarisierung, in dem auch die Gegenseite Mobilisierungskraft bewahren kann (vgl. Sarsfield et al., 2024, S. 2-3).

All dies sind pauschale Zuschreibungen. Wie gesehen ist die politische Rechte Lateinamerikas ideologisch und organisatorisch vielfältig. Auch ihre Positionierung zur Demokratie ist hochgradig variabel. Die Analyse rechter Politik und ihre Konsequenzen erfordert mithin stets eine Kontextualisierung ihrer historischen, gesellschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen.

9 Diese potenziell positive Wirkung nennen etwa Mayka & Smith mit Blick auf die gegenwärtige „grassroots right“ (2021, S. 5). Vgl. hierzu breiter vergleichend die Beiträge in Luna und Rovira Kaltwasser (2014a).

10 Vgl. exemplarisch PS: Political Science & Politics (2024).

6. Literatur

- Aria, E. & Burt, J. M. (2024). The “New” Extreme Right in Latin America. *LASA Forum*, 54(4), 4–57.
- Arguedas-Ramírez, G. (2024). “Gender Ideology,” Refeudalization, and the Reproductive Reconquista: A (G)local Perspective. *LASA Forum*, 54(4), 24–33.
- Bar-On, T. & Molas, B. (2022). Introduction. In: Bar-On, T. & Molas, B. (Hg.), *The Right and Radical Right in the Americas: Ideological Currents from Interwar Canada to Contemporary Chile* (1-12). Lanham, MD: Lexington. ISBN 978-1-7936-3582-2.
- Bobbio, N. (1998). *Rechts und links: Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Berlin: Klaus Wagenbach. ISBN 978-3-8031-2311-4
- Bohoslavsky, E., Broquetas, M. (Hg.) (2024). Latin America’s Far Right Reborn. *NACLA Report on the Americas*, 56(1). <https://doi.org/10.1080/10714839.2024.2323393>.
- Borges, A., Lloyd, R., & Vommaro, G. (Hg.). (2024). *The recasting of the Latin American right: Polarization and conservative reactions*. Cambridge University Press. ISBN 978-1-009-42744-9.
- Bowen, J. D. (2011). The right in “New left” Latin America. *Journal Of Politics in Latin America*, 3(1), 99–124. <https://doi.org/10.1177/1866802x1100300104>.
- Burchardt, H.-J. (2010). The Latin American paradox: Convergence of political participation and social exclusion. *Internationale Politik und Gesellschaft*, 3, 40–51.
- Cameron, M. A. & Hershberg, E. (2010). *Latin America’s left turns: Politics, Policies, and Trajectories of Change*. Boulder, CO: Lynne Rienner. <http://dx.doi.org/10.1017/S1537592711002301>.
- Cannon, B. (2016). *The right in Latin America: Elite power, hegemony and the struggle for the state*. New York: Routledge. <http://dx.doi.org/10.1017/S0022216X18000214>.
- Cannon, B. & Rangel, P. (Hg.) (2020a). *Resurgimiento de la derecha en América Latina: nuevas coaliciones y agendas*. Revista CIDOB d’Afers Internacionals 126. <https://doi.org/10.24241/rcai.2020.126.3>.
- Cannon, B. & Rangel, P. (2020b). Introducción: resurgimiento de la derecha en América Latina. *Revista CIDOB d’Afers Internacionals* 126, 7–15. <http://dx.doi.org/10.24241/rcai.2020.126.3.7>
- Castañeda, J. (2006). Latin America’s left turn. *Foreign Affairs*, 85(3), 28–43. <http://dx.doi.org/10.2307/20031965>.
- Coppedge, M. (1997). A classification of Latin American political parties. Kellogg Institut, Working Paper 244.
- Crabtree, J., Durand, F., & Wolff, J. (Hg.) (2023). *Business power and the state in the Central Andes: Bolivia, Ecuador, and Peru in comparison*. Pittsburgh, PA: University of Pittsburgh Press. <http://dx.doi.org/10.2307/jj.6380596>.
- Crenshaw, K. (1989). Demarginalizing the intersection of race and sex: A Black feminist critique of antidiscrimination doctrine, feminist theory and antiracist politics. *University of Chicago Legal Forum*, 1989(1), 139-167. <http://dx.doi.org/10.5771/9783748948049-335>.

- Dominguez, F., Lievesley, G., & Ludlam, S. (Hg.). (2011). *Right-wing politics in the new Latin America: Reaction and revolt*. London: Zed. <http://dx.doi.org/10.1111/blar.12234>.
- Ellner, S. (Hg.). (2020). *Latin America's pink tide: Breakthroughs and shortcoming*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield. ISBN: 9781538125625.
- Escoffier, S., Payne, L. A., & Zulver, J. (2023). Introduction: The Right against Rights in Latin America. In L. A. Payne, J. Zulver, & S. Escoffier (Hg.), *The right against rights in Latin America* (S. 1–28). Oxford: Oxford University Press. <http://dx.doi.org/10.5871/bacad/9780197267394.001.0001>.
- Forti, S. (2024). Extreme rights 2.0, a big global family. *NACLA Report on the Americas*, 56(1), 20–27. <https://doi.org/10.1080/10714839.2024.2323400>.
- Gibson, E. (1996). *Class and conservative parties: Argentina in comparative perspective*. Baltimore: Johns Hopkins University. <https://doi.org/10.2307/2952135>.
- Giménez, M. J. (2024). Hunting Dracula, hatching monsters: Transnational networks of liberal-conservative think tanks have helped propel the rise of the far right. The Fundación Internacional para la Libertad is at the forefront. *NACLA Report on the Americas*, 56(1), 85–91. <http://dx.doi.org/10.1080/10714839.2024.2323405>.
- González, Y. (2020). La democracia como estrategia política de la derecha venezolana. *Revista CIDOB d'Afers Internacionals*, 126, 163–184. doi.org/10.24241/rcai.2020.126.3.163.
- Herrán-Ávila, L. (2023). The reinvention of the Latin American right. *NACLA Report on the Americas*, 55(1), 25–31. <https://doi.org/10.1080/10714839.2023.2184072>.
- Jáuregui J., L. (2024). „El racismo proviene de usted“: El resurgimiento de la derecha radical boliviana en la crisis de 2019. *Sociología y Política HOY*, 10, 208–225.
- Jost, J. T., Glaser, J., Kruglanski, A. W., & Sulloway, F. J. (2003). Political conservatism as motivated social cognition. *Psychological Bulletin*, 129(3), 339–375. <https://psycnet.apa.org/doi/10.1037/0033-2909.129.3.339>.
- Lievesley, G., & Ludlam, S. (2011). Introduction: Reaction and revolt. In F. Dominguez, G. Lievesley, & S. Ludlam (Hg.), *Right-wing politics in the new Latin America: Reaction and revolt* (S. 1–9). London: Zed. <http://dx.doi.org/10.1111/blar.12234>.
- Luna, J. P., & Rovira Kaltwasser, C. (Hg.). (2014a). *The resilience of the Latin American right*. Baltimore: Johns Hopkins University. <http://dx.doi.org/10.1353/book.72105>.
- Luna, J. P., & Rovira Kaltwasser, C. (2014b). The right in contemporary Latin America: A framework for analysis. In J. P. Luna & C. Rovira Kaltwasser (Hg.), *The resilience of the Latin American right* (S. 1–22). Baltimore: Johns Hopkins University. <http://dx.doi.org/10.1353/book.72105>.
- Mayka, L., & Smith, A. E. (2021). Introduction: The grassroots right in Latin America: Patterns, causes, and consequences. *Latin American Politics and Society*, 63(Special Issue 3), 1–20. <http://dx.doi.org/10.1017/lap.2021.20>.
- Meléndez-Sánchez, M., & Vergara, A. (2024). The Bukele model: Will it spread? *Journal of Democracy*, 35(3), 84–98. <https://doi.org/10.1353/jod.2024.a930429>.

- Middlebrook, K. J. (2000). Introduction: Conservative parties, elite representation, and democracy in Latin America. In K. J. Middlebrook (Hg.), *Conservative parties, the right, and democracy in Latin America* (S. 1–51). Baltimore: Johns Hopkins University. <http://dx.doi.org/10.1017/S0003055402760243>.
- Moncagatta, P., & Silva, P. (2024). Recent trends in mass-level ideological polarization in Latin America. *Latin American Politics and Society*, 66(Special Issue 2), 24–46. <https://doi.org/10.1017/lap.2024.13>
- Nueva Sociedad (2024). ¿Hay que temerle a la extrema derecha? *Nueva Sociedad*, 312. <https://nuso.org/revista/312/hay-que-temerle-a-la-extrema-derecha> (letzter Zugriff am 18.07.2025).
- O'Donnell, G., & Schmitter, P. C. (1986). *Transitions from authoritarian rule: Tentative conclusions about uncertain democracies*. Baltimore: Johns Hopkins University Press. <https://doi.org/10.56021/9781421410135>.
- Payne, L. A. (2000). *Uncivil movements: The armed right wing and democracy in Latin America*. Baltimore: Johns Hopkins University Press. <http://dx.doi.org/10.2307/3089271>.
- Payne, L. A., Zulver, J., & Escoffier, S. (Hg.). (2023). *The right against rights in Latin America*. Oxford: Oxford University Press. <http://dx.doi.org/10.5871/bacad/9780197267394.001.0001>.
- Pereira, A. W. (2024). Understanding right-wing populism (or the extreme right). *LASA Forum*, 54(4), 16–23.
- Powers, T. (2000). *The political right in postauthoritarian Brazil: Elites, institutions, and democratization*. University Park: Pennsylvania University Press. ISBN: 978-0-271-02010-5.
- PS: Political Science & Politics (2024). Special section “Democratic backsliding”. *PS: Political Science & Politics*, 57(2), 149–228.
- Roberts, K. M. (2014). Democracy, free markets, and the rightist dilemma in Latin America. In J. P. Luna & C. Rovira Kaltwasser (Hg.), *The resilience of the Latin American right* (S. 25–47). Baltimore: Johns Hopkins University. <https://doi.org/10.1353/book.72105>.
- Romero, J. L. (1970). *El pensamiento político de la derecha latinoamericana*. Buenos Aires: Paidós.
- Rovira Kaltwasser, C. (2024). El ascenso de la ultraderecha en América Latina. *LASA Forum*, 54(4), 9–15.
- Rueschemeyer, D., Huber Stephens, E., & Stephens, J. D. (1992). *Capitalist development and democracy*. Chicago: University of Chicago Press. <http://dx.doi.org/10.2307/2074523>.
- Sanahuja, J. A., & López Burian, C. (2024). Latin America's neopatriots. *NACLA Report on the Americas*, 56(1), 28–34. <http://dx.doi.org/10.1080/10714839.2024.2323397>.
- Sarsfield, R., Moncagatta, P., & Roberts, K. M. (2024). Introduction: The new polarization in Latin America. *Latin American Politics and Society*, 66(Special Issue 2), 1–23. <http://dx.doi.org/10.1017/lap.2024.15>.

- Silva, E., & Rossi, F. M. (Hg.). (2018). *Reshaping the political arena in Latin America: From resisting neoliberalism to the second incorporation*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press. <http://dx.doi.org/10.1111/blar.13076>.
- Sociología y Política HOY (Hg.). (2024). *Los avances de las derechas en Latinoamérica y el Ecuador*. In *Sociología y Política HOY*, 10. <https://revistadigital.uce.edu.ec/index.php/hoy/issue/view/761> (letzter Zugriff am 18.07.2025).
- Stefanoni, Pablo (2024). América Latina: ¿un momento destituyente? In *Nueva Sociedad*, 311, 4–16.
- Weyland, K., Madrid, R. L., & Hunter, W. (Hg.). (2010). *Leftist governments in Latin America: Successes and shortcomings*. Cambridge: Cambridge University Press. <http://dx.doi.org/10.1017/CBO9780511778742>.
- Wiesehomeier, N., & Doyle, D. (2014). Profiling the electorate. Ideology and attitudes of rightwing voters. In J. P. Luna & C. Rovira Kaltwasser (Hg.), *The resilience of the Latin American right* (S. 48–72). Baltimore: Johns Hopkins University. <http://dx.doi.org/10.1353/book.72105>.
- Wolff, J. (2008). *Turbulente Stabilität. Die Demokratie in Südamerika diesseits ferner Ideale*. Baden-Baden: Nomos. ISBN 978-3-8329-3388-3.

Das Scheitern der progressiven Regierungen Lateinamerikas und neue Perspektiven gegen die extreme Rechte

Hans-Jürgen Burchardt

1. Einleitung

Der Einfluss rechtsextremer Bewegungen und Regierungen ist nicht nur weltweit, sondern auch in Lateinamerika weiter gewachsen. Das ist bemerkenswert. Die Region überraschte in den ersten beiden Dekaden dieses Jahrhunderts mit einem „Linksruck“, der auf der Basis steigender Rohstoffpreise und eines robusten Wirtschaftswachstums Arbeits- und Sozialpolitiken stark ausweitete. Das hat die soziale Frage deutlich entschärft: Die Armut wurde enorm verringert, Millionen Menschen sind sozial aufgestiegen und die progressiven Regierungen haben sich eine breite demokratische Legitimation erarbeitet. Auch in Ländern, die mit solchen Politiken besonders erfolgreich waren wie Argentinien oder Brasilien, haben sich seither rechte bis rechtsextreme, autoritäre Politiken durchgesetzt, die an der Bearbeitung der zentralen Menschheitsfragen wachsende soziale Ungleichheiten sowie Umwelt- oder Klimaschutz kein Interesse zeigen. Der folgende Beitrag zeichnet das Scheitern der progressiven Regierungen nach, erklärt das Erstarken rechtsextremer Politik weltweit und in der Region und formuliert konkrete Vorschläge, wie dieser Gefährdung begegnet werden kann.

2. Aufbruch und Scheitern

Mit dem Explodieren der Rohstoffpreise (fossile Brennstoffe und Bergbau, aber auch agrarische Produkte wie z.B. Soja) begann in der Rohstoffregion Lateinamerika ab 2003 ein über zehn Jahre anhaltender Wirtschaftsboom, den die damals an die Macht kommenden progressiven Regierungen zu nutzen wussten. Die Staatskassen füllten sich unerwartet schnell und begünstigten die Ausweitung öffentlicher Infrastruktur. Die Durchsetzungskraft des Staates wurde ausgebaut, eine expansive Sozialpolitik umgesetzt und in die stark deregulierten Arbeitsmärkte wurden neue Standards einge-
zogen. Bald hatte sich in Lateinamerika ein Entwicklungsmodell durchge-

setzt, in dem ein erstarkter Staat die Mehreinnahmen der Rohstoffexporte abschöpfte, als Entwicklungsagent die soziale Frage effektiv bearbeitete und sich über Modernisierungsversprechen sowie faire demokratische Wahlen immer wieder Legitimation verschaffte.

Dieses Modell des *Neo-Extraktivismus* (Burchardt & Dietz, 2014; Gudyas, 2009) funktionierte anfangs sehr erfolgreich: Die Arbeitslosigkeit sank auf ein Rekordtief, der regionale Bruttoinlandsprodukt-Anteil der Sozialausgaben stieg auf über 20 Prozent; gleichzeitig schnellten die Mindest- und Reallöhne in die Höhe.¹ Sogenannte *conditional cash transfers* (CCTs) wie das brasilianische Programm *bolsa familia* verkoppelten Einkommenszuschüsse mit Verpflichtungen wie Schulbesuch und Gesundheitsvorsorge und wurden aufgrund ihrer Effizienz international als Vorbild gelobt. Insgesamt gelang es, die Armut fast zu halbieren; in absoluten Zahlen wurden über 60 Millionen Menschen aus der Armut gehoben. Es gab eine umfassende soziale Aufwärtsmobilität, die Mittelschichten verbreiterten sich spürbar und sogar die sozialen Ungleichheiten verringerten sich diskret (CEPAL, 2019, S. 35-76). Während ab 2008 die globale Finanzkrise die Industrienationen erschütterte, erlebte Lateinamerika ein Wirtschaftswunder.

Vermutlich gab es seit der Unabhängigkeit vor über 200 Jahren in ganz Lateinamerika wenig bessere Zeitpunkte für strukturelle Reformen, um die beiden zentralen entwicklungshemmenden Erblasten der Region abzubauen: 1) die Verringerung der extremen sozialen Ungleichheiten durch innovative Sozialpolitiken, regulierte Arbeitsbeziehungen und demokratische Umverteilung. 2) eine Verringerung der Rohstoffabhängigkeit durch wirtschaftliche Diversifizierungsstrategien und Produktivitätssteigerungen, die mittelfristig in eine nachhaltige Entwicklung und den Schutz der Naturressourcen münden. Doch der anfängliche Erfolg verführte. Statt sich ökonomisch neu auszurichten, bauten Wirtschaft und Politik die Rohstoffsektoren weiter aus. Die Ausweitung des argentinischen Sojaanbaus oder des brasilianischen Bergbaus zeigt, dass selbst relativ entwickelte Volkswirtschaften immer stärker auf den neuen Trend des Rohstoffexports setzten. Der Protest brasilianischer Umweltschützer im Sommer 2025 gegen das sogenannte „Bulldozer-Gesetz“, durch das unter dem Deckmantel der Entbürokratisierung 90 Prozent zukünftiger Bergbau-, Agrar- und Energie-

1 Für alle Zahlen und Daten der lateinamerikanischen Sozial- und Wirtschaftsentwicklung vgl. die online verfügbaren Jahresbücher und Themenpublikationen der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC), abrufbar unter: <http://www.cepal.org/en>, letzter Aufruf am 01.12.2025.

projekte keine hinreichende Umwelt-Verträglichkeitsprüfung durchlaufen müssen, macht deutlich, dass sich daran auch in der zweiten Amtszeit von Präsident Lula wenig geändert hat.

Zwar verkündeten viele der neuen Regierungen, dass sie den *Neo-Extraktivismus* nur als Vehikel nutzen wollten, um zu einer aufgefächerten und produktiveren Wirtschaftsstruktur zu kommen. Doch fast alle der hierzu aufgelegten Programme und Maßnahmen verpufften ergebnislos. Die Ausweitung und Intensivierung dieses *Neo-Extraktivismus* führte vielmehr zu einer klaren Reprimarisierung der Wirtschafts- und Exportstrukturen, das heißt, der Anteil der Rohstoffe an den Gesamtexporten Lateinamerikas stieg allein in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts insgesamt um knapp 50 Prozent an; in Andenländern wie Venezuela oder Bolivien wuchs er sogar auf über 90 Prozent (CEPAL, 2012a, S. 41). Dieser Boom basierte nicht nur auf preisbedingten Wertsteigerungen, sondern umfasste auch mengenmäßige Zuwächse des Exports und verweist auf die Ausweitung eines extraktiven, fossilistischen und agrarindustriellen Wirtschafts- und Wachstumsmodells. Seither ist die Region wieder stärker von Rohstoffexporten abhängig als gegen Ende des 20. Jahrhunderts (Warnecke-Berger et al., 2023).

Dies blieb nicht ohne Wirkung auf Staat und Politik: Dank der anhaltend hohen Rohstoffeinnahmen wurden Interessengegensätze und Konflikte in verschiedenen Ländern bald nicht nur über demokratische Prozesse oder über Aushandlung bearbeitet, sondern über Ressourcentransfers befriedet. Konfliktparteien oder Vetogruppen wurden eingekauft und kooptiert. Die materielle Basis der sozialen Entwicklungserfolge war nicht die Besteuerung einer produktiven Volkswirtschaft, sondern die Abschöpfung und Verteilung von Ressourceneinnahmen aus der Extraktion und dem Export von Rohstoffen. Überspitzt formuliert: Die lateinamerikanischen Gesellschaften mutierten zu Beutegemeinschaften, in denen der Staat erstmals (fast) allen Anteile an der Ausplünderung der Natur gewährte. Die Kontrolle über diese Rentenzuflüsse begünstigte Nepotismus, Korruption und Klientelismus, die sich um das Rohstoffexportmodell herausbildeten und die Demokratie erodierten.

So wurden während der Boomphase keine Strukturreformen und insbesondere keine tiefgreifenden Umverteilungsmaßnahmen umgesetzt. Das Steuersystem wurde kaum angetastet bzw. zaghafte Reformen blieben auf halbem Wege stecken oder verpufften. Die 10 Prozent der Reichsten der Region wurden auch während des Linksrucks kaum besteuert; vielmehr konnten die ökonomischen Eliten ihre Vermögen oft sogar ausbauen. Ins-

gesamt liegen die steuerlich bedingten Umverteilungseffekte in Lateinamerika bis heute unter 10 Prozent (versus Deutschland mit circa 40 Prozent) (Burchardt, 2023a). Lateinamerika war darum auch nach mehr als einer Dekade der Linksregierungen immer noch die am stärksten von sozialer Ungleichheit geprägte Region der Welt (CEPAL, 2019, S. 35-76).

Weiterhin wurden die Sozialleistungen zwar nennbar verbessert, nicht aber ihr Deckungsgrad. Vor allem öffentliche Bedienstete und formal Beschäftigte, also nur rund die Hälfte der Erwerbsfähigen, profitierten hiervon. Das ärmste Fünftel der Region erhält bis heute nur knappe 10 Prozent aller Sozialtransfers. Die Expansion dieser meist am bismarckschen Wohlfahrtsregime ausgerichteten exklusiven Sozialsysteme, welches Sozialleistungen nicht universell für alle anbietet, sondern an formale Arbeitsbeziehungen koppelt, hat auch in Lateinamerika die sozialen Gräben eher vertieft als überbrückt. Hinzu kamen und kommen häufig regressiv wirkende staatlich Subventionen, von denen Menschen (und Unternehmen), die einkommensstärker sind und mehr konsumieren, mehr profitieren als Arme.

In vielen Ländern der Region arbeitet bis heute die Hälfte der Erwerbstätigen – meist junge Menschen und oft Frauen – weiter informell und fällt aus allen Sozialleistungen heraus. Es ist den progressiven Regierungen nicht gelungen, diese informelle Beschäftigung signifikant zu senken. Die Arbeitsmärkte und Produktionsstrukturen blieben weiter stark zerklüftet. Diese strukturelle Heterogenität stellt sich statistisch wie folgt dar: Etwa ein Fünftel der Berufstätigen arbeitet mit formalen Arbeitsverträgen in großen Betrieben oder im öffentlichen Sektor und generiert fast 70 Prozent des regionalen Bruttoinlandsproduktes. Demgegenüber arbeitet ein Drittel der Erwerbstätigen in kleinen bis mittelgroßen Betrieben mit einem Anteil von 20 Prozent desselben. Rund die Hälfte der Beschäftigten hingegen arbeitet in der informellen Ökonomie, also ohne Arbeitsvertrag und Arbeitsschutz, häufig auch ohne effektive politische Vertretungen; diese Mehrheit generiert gerade einmal 10 Prozent des regionalen Bruttoinlandsproduktes (CEPAL, 2010, S. 36; CEPAL, 2012b, S. 235). Zugespitzt ausgedrückt: Die Hälfte der lateinamerikanischen Erwerbsfähigen ist für die wirtschaftliche Entwicklung der Region kaum relevant.

Hierüber erklärt sich auch die besonders niedrige Arbeitsproduktivität Lateinamerikas: Während die ostasiatischen Tigerstaaten noch in den 1960er Jahren ein deutlich geringeres Produktivitätsniveau aufwiesen als Lateinamerika, haben sie die Region mittlerweile nicht nur überholt, sondern weit hinter sich gelassen. Dieser Trend konnte selbst im letzten

wirtschaftlichen Boomzyklus nicht umgekehrt werden und erwies sich als zentrale „Achillesferse“ der Hoffnungen auf ein langfristiges und stabiles Wachstum sowie eine Diversifizierung der Produktions- und Exportstrukturen Lateinamerikas (Üngör, 2017). Rohstoffausbeutung bedarf keiner Arbeitsqualifikation breiter Massen. Die Eliten, aber auch gewichtige Teile der Mittelschicht, profitieren hingegen stark von informeller Arbeit, die es ihnen unter anderem erlaubt, Hausarbeit und Pflegeleistungen günstig und unkompliziert abzugeben. Aufgrund solcher sozialen Konstellationen ist es nicht gelungen, trotz staatlicher Mittel in der Region ein qualitativ hochwertiges, breit zugängliches System öffentlicher Dienste aufzubauen, welches neben Kinderbetreuung und Pflege, Bildung und Gesundheit auch eine generelle Infrastruktur wie öffentlichen Nahverkehr, zivile und öffentliche Sicherheit etc. umfasst.

Dieser soziale und politische Wandel innerhalb der letzten zwei Dekaden in Lateinamerika lässt sich als ein Fahrstuhleffekt darstellen, in dem alle beteiligten Schichten gleichermaßen nach oben befördert wurden, ohne dass dabei die innere Zusammensetzung verändert worden wäre: Die ökonomischen Eliten konnten ihre Vermögen halten, oft sogar ausbauen – selbst während der Pandemie. Die Mittelschichten gewannen ebenfalls an Umfang. Und komplementäre Maßnahmen alimentieren in geringerem Ausmaß die Unterschichten.

Bisher zu wenig Aufmerksamkeit wurde auf dieser Fahrt nach oben den Fahrstuhlführern gewidmet: den jeweiligen Regierungen. Diesen wurde die von ihnen selbst eingeleitete demokratische Ausweitung langsam lästig. Zum einen bedingt eine rohstoffexportbasierte Entwicklung häufig einen handlungsfähigen Zentralstaat, der ressourcenmäßig aber nur begrenzt von gesellschaftlicher Legitimation abhängig ist und bekanntermaßen Klientelismus und Korruption begünstigt. Demokratische Forderungen oder Kontrollen sind dann störend. Zum anderen provozierten die durch die Plünderung der Natur entstehenden Umweltbelastungen zunehmend lokale Proteste, die durch die gewährten demokratischen Rechte und Autonomien die Rohstoffförderung wirksam behindern konnten und die staatlichen Einnahmen gefährdeten. Einige progressive Regierungen reagierten darauf mit zunehmender Repression (Svampa, 2020).

Und Fahrstühle fahren nicht nur nach oben. Als sich mit dem Bröckeln der Rohstoffpreise ab 2013 ein Fall ins Leere ankündigte und die Versorgungsnetze zu reißen begannen, hatten viele Linksregierungen bereits entscheidende Teile ihrer früheren Bündnispartner bzw. Basis verloren.

Frühere Verteilungskämpfe gewannen wieder an Bedeutung. Zusätzlich mussten die progressiven Regierungen erfahren, dass die traditionellen Wirtschaftsoligarchien nur so lange koalitionsbereit sind, bis sie wieder unter sich bleiben können. Auf die rückläufigen Exporteinnahmen folgten steigende Inflationsraten, sinkende Investitionen in die Wirtschaft, in öffentliche Infrastruktur, abnehmende Sozialleistungen, Reallohnsenkungen und steigende Arbeitslosigkeit, reduzierte Staatseinnahmen, steigende Haushaltsdefizite und ein deutlicher Rückgang der Importkapazität. Die früheren sozialen Erfolge gerieten unter Druck, die Armutsraten stiegen wieder an – zuletzt verschärft durch die Pandemie –, und führten von der sozialen in die politische Krise. Darüber wurde der Boden für die neuen rechtsextremen Bewegungen und Regierungen bereitet.²

3. Eine Annäherung: Von der Krise zum Aufstieg der extremen Rechten

Die zunehmende Instabilität Lateinamerikas ab Mitte des letzten Jahrzehnts – enorm verschärft durch die Pandemie – erforderte von der Politik und den Regierungen konzertierte Strategien der Krisenlösung. Geistes- und Sozialwissenschaften sind sich weitgehend einig: Eine kreative und erfolgreiche kollektive Krisenerkennung und -bearbeitung hängt zentral von einer belastbaren Konstitution des Subjekts und dessen Bezugsgruppen ab (vgl. Nussbaum, 2006; Fraser, 2001, Robeyns, 2024; Sen, 1987). Diese Konstitution wiederum basiert auf drei ineinander verschränkte und nicht teilbare *Stabilitätsdimensionen*: 1) Hinreichende sozio-ökonomische (Re-) Produktion durch Einkommen, Arbeit, Wohnung, Versorgung bei Bildung, Gesundheit, Infrastruktur; 2) soziale und politische Teilhabe, die Mitbestimmung und Gestaltung des eigenen Lebensumfelds garantiert; 3) Identitätsbildung durch erfahrbare Zugehörigkeit zu einem Kollektiv wie Familie, Freunde, Arbeit oder Nation.

Wie bereits dargestellt, haben sich in Lateinamerika, aber auch in vielen anderen Gesellschaften des Globalen Südens und Nordens in den letzten

2 Extreme Rechte zeichnen sich in der Regel durch Rhetoriken und Politiken aus, die der Demokratie und liberalen Werten skeptisch gegenüberstehen oder diese negieren, das politische Establishment ablehnen, autoritäre Werte unterstützen, nationale, religiöse oder andere kollektive Identitäten überhöhen, durch Vorurteile und Intoleranz gegenüber ethnischen und anderen Minderheiten gekennzeichnet sind und meistens einwanderungsfeindliche und kulturprotektionistische Positionen vertreten, die teilweise für gemäßigte Teile der Wählerschaft und bei konservativen Mainstream-Parteien anschlussfähig sind. (Campos, 2023; Pinheiro-Machado & Vargas-Maia, 2023)

Jahren die erste und die zweite Stabilitätsdimension für eine wachsende Anzahl von Menschen nicht verbessert. Die materiellen Reproduktionschancen stagnierten oder haben sich sogar verschlechtert. Ungleichheiten sind wieder signifikant angestiegen. Reale Deklassierung oder Abstiegsängste haben an Bedeutung gewonnen, Wahrnehmungen realer und relativer Deprivation sind am Wachsen (Chancel et al., 2021; DESA 2024;). So mündete die einstige Aufwärtsmobilität in Brasilien in neue Ab- und Ausgrenzungsmechanismen sowie -politiken, die nicht selten rassistische Konnotationen haben oder minderheitendiskriminierend sind. Demokratie und soziale Teilhabe standen bereits in der letzten Phase progressiven Regierens unter Stress und erodierten weiter; Repression und Gewalt als Mittel von Politik gewannen an Bedeutung.

Doch wenn der/ dem Einzelnen und ihrer/ seiner Familie die Arbeit, Wohnung und Zukunftsperspektive genommen werden und die Politik Mitbestimmung einschränkt bzw. verhindert, eins kann ihr/ ihm nicht genommen werden: Die Identität und die Zugehörigkeit qua Geburt. Zentrale Konstruktionen und Begriffe sind hier Heimat, Nation, Tradition, Ethnie, Geschlecht. Personen, die sich herabgesetzt oder kollektiv benachteiligt fühlen, ziehen sich oft auf solche Residualkategorien zurück bzw. akzeptieren leichter politische Argumente und Forderungen, die solche Begriffe ins Zentrum setzen (Rodrik, 2021). Derartige identitären Eingrenzungen implizieren immer auch klare Ausgrenzungen. Oft stehen solche Ansichten fremdenfeindlichen oder Minoritäten diskriminierende Aussagen offener gegenüber.

Diese dritte Stabilitätsdimension der kollektiven Identität ist das zentrale Feld, in dem seit dem Erstarken der extremen Rechten die Konflikte bei der Wahrnehmung und Bearbeitung der aktuellen Krisen geführt werden. Waren früher Themen wie soziale Absicherung, attraktive und sichere Arbeit, Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, Wohnen etc. zentral für das Versprechen auf eine bessere Zukunft für alle, wird heute zunehmend Herkunft zum Anker für Orientierung, Anerkennung und Stabilität.

Diese neue Identitätssuche und -bildung ist das Einfallstor für die Strategien der neuen extremen Rechten.

Über einfache Ansprache, Simplifizierungen und Populismus – in Lateinamerika eine breit eingeführte Form der politischen Kommunikation – vermitteln sie diese Message effektiv. Oft wurden sie potenziert durch den geschickten Einsatz der sozialen Medien, die zum Beispiel bei den Wahlsiegen von rechtsextremen Präsidenten wie Bolsonaro in Brasilien oder Milei in Argentinien eine gewichtige Rolle gespielt haben (Lobo, 2017;

Pérez-Díaz & Arroyas Langa, 2025). Die extremen Rechten verweigern sich den Fakten und einer klaren Analyse der Ursachen und Herausforderungen der erforderlichen sozialen und ökologischen Veränderungen, ignorieren soziale Spaltungen bzw. machen über Verschwörungsnarrative die politische Elite oder Minderheiten für die Krise verantwortlich. Sie versprechen Problemlösungen durch Antiestablishment-Politiken und Entrechtung von Minoritäten (z.B. Homosexuelle oder Indigene) (Betz & Oswald, 2021; Gebhardt, 2021). Sie relativieren oder leugnen den Klimawandel. Dabei vertritt die extreme Rechte oft politische Positionen, deren Umsetzung die Armen noch ärmer, die Unterprivilegierten weiter marginalisieren und die soziale Zersplitterung und Polarisierung zusätzlich vertiefen würde. Das ist nicht Ausdruck von Ignoranz oder ein unerwünschter Nebeneffekt, sondern hat System. Die von der extremen Rechten geschürte Polarisierung führt zu mehr Verunsicherung, mehr Belastung, mehr gefühlten Kontrollverlust und stärkt den kollektiven Wunsch nach mehr autoritären Politiklösungen – das Angebot, das die extreme Rechte als Antwort für die zweite Stabilitätsdimension, der politischen Teilhabe bereithält (Kessler & Focás, 2014).

Diese Krise, bei der soziale Teilhabe auch in bisher stabilen Demokratien für viele gefühlt immer stärker in Fremdbestimmung, Ohnmacht oder gar Unfreiheit mündet, ist als erstes der Politik, den Regierungen und Parteien selbst zuzuschreiben, wie oben bei der Wirkungsanalyse der jüngeren Entwicklungen Lateinamerikas gezeigt wurde. Es war und sind oft die progressiven Kräfte selbst, die durch die eingeschlagenen Entwicklungsstrategien und Politiken ihr eigenes Scheitern begründeten und den Weg für die extreme Rechte öffneten. Die Gründe, warum der ultrarechte Präsident Javier Milei in Argentinien haushoch gegen den Mittellinks-Kandidaten der vorherigen Regierung gewann, sind vielfältig. Wichtig waren dessen geschickte Social-Media-Kampagnen und Manipulationen, auf die immer wieder abgehoben wird. Ebenso gewichtig war aber sicherlich die Quote über 40 Prozent informeller und schlechter Beschäftigung vor allem für junge Berufstätige, die die letzte Regierung als Erbe hinterlassen hat, ohne nur ansatzweise eine Lösungsperspektive aufzuzeigen (Ruggeri & Vieta, 2023).

Dieses politische Versagen tradierter und demokratischer Parteien ist nicht nur in Lateinamerika zu beobachten. Weltweit haben Regierungen die Frage der Verschlechterung der materiellen (Re-) Produktion für viele Bevölkerungsteile aktiv mitzuverantworten, wie die globale Zunahme der sozialen Ungleichheit oder das Wachstum der prekären bzw. informellen Arbeitsbedingungen zeigt. Nepotismus, Korruption oder Politikversa-

gen führen zusätzlich dazu, dass Antiestablishment-Populismus sowie die Brandmarkung von denen „da oben“ als sich vor allem selbstbereichernde Kaste oder Clique bei vielen auf fruchtbaren Boden fällt.

Genau hier haken die neuen extremen Rechten ein. Sie lassen ihren Antiestablishment nicht in Forderungen einer tiefergehenden demokratischen Teilhabe, einer stärkeren Kontrolle von Wirtschaft, Institutionen und Regierungen münden, sondern machen im Gegenteil das Angebot von autoritärer Politik. Nicht schlechtes Regieren, sondern Demokratie als Ganzes wird als der Grund und das Problem der wahrgenommenen Belastungen und gefühlten Entmächtigung präsentiert. Nur autoritäres Regieren, das konsequente Durchgreifen verspricht Linderung und Heilung.

Dieses Angebot ist aus verschiedenen Gründen verlockend: Zum einen leugnet es die realen Anforderungen, die auf den Einzelnen und sein Kollektiv zukommen, wie zum Beispiel das Bestreiten der Bedrohung durch den Klimawandel zeigt. Zum anderen wird durch das Angebot des autoritären Regierens der Vorschlag gemacht, die wahrgenommene Ohnmacht des Einzelnen durch die Ermächtigung des eigenen Kollektivs zu ersetzen. Mit kollektiver Zugehörigkeit als identitären Anker lassen sich Kontrollverluste und Verlustempfindungen kompensieren.

Beunruhigenden Daten oder Prognosen werden Verschwörungsszenarien entgegengesetzt, die meist faktenarm und realitätsfern das eigene Kollektiv auf Kosten anderer erhöhen, eine Bedrohungssituation beschwören, Gut und Böse identifizieren, das Erfordernis eines radikalen Handelns (gegen das Böse) suggerieren und gleichzeitig ein ultimatives Ordnungsversprechen abgeben. All das verspricht sich benachteiligt fühlenden oder von Anpassungen bedrohten Subjekten und Gruppen eine massive Entlastung. Die Empfindung der Deklassierung kann durch geschickte Stilisierung als „*Underdogs*“ sogar in eine Moral der Überlegenheit umgemünzt werden.

Hier erklärt sich, warum nicht nur in Lateinamerika viele Wähler:innen rechtsextremen Parteien und Bewegungen ihre Stimme und Unterstützung geben, obwohl sie im Falle ihres Regierens in den oben genannten ersten beiden Stabilitätsdimensionen eine Verschlechterung ihrer Lebensumstände zu erwarten hätten, wie zum Beispiel die zahlreiche Todesopfer fordernde Corona-Politik von Bolsonaro in Brasilien (Dietz et al., 2022) oder die wachsende Armut seit dem Amtsantritt von Milei in Argentinien (Hora, 2024) zeigen.

Diese Erkenntnis macht gleichzeitig deutlich, auf welche Strategien die neuen extremen Rechten bauen und wo sie ihren Fokus setzen. Die Frage der ersten Stabilitätsdimension, der materiellen (Re-) Produktion wird

weitgehend ignoriert bzw. bestenfalls dem Individuum zugewiesen. Innerhalb des Kollektivs wirkt der Sozialdarwinismus: Der Schwächere wird als ungleichwertig betrachtet und es ist erlaubt, ihn oder sie sozial oder politisch abzustufen. Der Verlierer versagt aufgrund persönlicher Unfähigkeit, der Arbeitslose ist leistungsunwillig. Hierüber lässt sich auch die Besinnung auf traditionelle Geschlechterkonstellationen im Sinne von biologisch schwächeren Frauen, die auf bestimmte soziale Funktionsbereiche wie Care reduziert werden, gut begründen. Das Weltbild der neuen Rechten ist weitgehend männerbündig.

Allerdings muss garantiert sein, dass das Kollektiv originär und authentisch bleibt, Traditionsbrüche, „Abnormalitäten“, Verzerrungen von außen oder durch Minderheiten sind zu beseitigen und durch das Eigene zu ersetzen. Insgesamt setzt die neue Rechte auf ein Ordnungsmodell, welches traditionelle Lebensweisen, klare Hierarchien, ausschließliche Identitätsbilder und dichotomischen Gesellschaftsbilder verbindet.

Damit werden die Definitionshoheit und Begründung des Kollektivs zum Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen und der Angriffe der neuen extremen Rechten. Wirtschafts- und Sozialpolitik, die über kollektive Reziprozität und Solidarität mitentscheidet, ist nachgeordnet oder irrelevant. Politische Teilhabe wird durch vom Kollektiv gewollten Autoritarismus ersetzt. Bei der extremen Rechten fokussiert sich die Begründung des Kollektivs auf dessen einflussreiche imaginäre Dimension, sei es die Idee des Nationalen, einer Ethnie oder eines Geschlechts bzw. die Beschwörung von Traditionen. Die Definition des Kollektivs findet also im Bereich der Imagination statt: im Feld der Kultur. Die Strategie der neuen Rechten setzt darum primär auf Kulturkampf.

Dazu wird das normativ gesetzte, das traditionell „Normale“ meist im nationalen Raum, also das, was die soziale Praxis, der Alltag der Mehrheit in den Jahren vor der Krise geprägt hat, melancholisch aufgeladen, romantisiert, diskursiv überhöht und als eigene kollektive Identität stilisiert. Hierzu gehören nationale und kulturelle Zugehörigkeiten ebenso wie historische Narrative, tradierte Geschlechterrollen oder religiöse Praktiken (siehe Schäfer in diesem Band) und andere Glaubensbekenntnisse.

Da das Tradierte durch die Verschlechterung der materiellen (Re-) Produktion unter Druck gerät, die extreme Rechte dessen reale Ursachen aber nicht anerkennen und keine konstruktiven Lösungsvorschläge anbieten kann bzw. will, interpretiert sie den realen und spürbaren Anpassungsdruck in der Krise neu: Für sie sind es die tradierten Lebens- und Kulturformen des von ihr beschworenen Kollektivs, die sie als Hybris kultiviert,

und die nun kontinuierlich angegriffen und hinterfragt werden. Bedrohungen durch Flüchtlinge, Migranten, ethnische und andere Minderheiten, die Veränderung von Genderkonstellationen und damit verbundene Sprachregeln zugunsten mehr Geschlechtergerechtigkeit, die wachsende Diversität von sexuellen Orientierungen sind Themen, die für die Bearbeitung der Krise wenig Relevanz haben, aber breit mobilisieren können. Appelle an Traditionen wie Familienwerte, Abtreibungsverbote, Ablehnung von Homosexualität etc. spielen in Lateinamerika hierbei eine besonders große Rolle (vgl. Kestler in diesem Band).

Es geht nicht mehr um Realitäten und Fakten, es wird an Emotionen appelliert und oft mit falschen, bestenfalls anekdotischen Evidenzen gearbeitet, die wenig begründen können, aber das Ziel erreichen, kontinuierlich Aufregtheit, Gereiztheit und gefühlten Anpassungsdruck zu provozieren. Alternative Fakten³ greifen um sich, der evidenzbasierte Wahrheitsbegriff wird aufgelöst (Forti, 2022). Gleichzeitig wird versucht, bisher öffentlich nicht salonfähige Ansichten – zum Beispiel über eine positive Reinterpretation von historischen Phasen autoritären Regierens oder von Diktaturen – in den Diskurs zu bringen und als Positionen zu normalisieren, so dass sie in der weiteren Debatte nicht mehr kritisiert und als zukünftigen Möglichkeitsraum nicht mehr vollständig ausgeschlossen werden können.

Das Neue an der extremen Rechten ist hierbei ihre Radikalität. Wenn Fach- und Sachpolitik eine abnehmende Rolle spielt, verlieren auch demokratische Spielregeln, die Bereitschaft auf Dialog- und Kompromissfindung, an Bedeutung. Wenn ein Kollektiv originär und homogen ist, sind Konflikte nicht mehr teil- und bearbeitbar, es kann keine Kompromisse mehr geben. Es geht um Gut und Böse, es geht um alles oder nichts.

Aus diesem Blickwinkel wird die Essenz der Demokratie ausgehebelt und zerstört. Durch die Demokratie wird der einstige politische Feind, wie Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (1991) mit Bezug auf Carl Schmitt gut herausgearbeitet haben, zum Gegner. Mit Gegnern verhandelt man und akzeptiert den vorhandenen Kräfteverhältnissen entsprechend gemeinsame Lösungen. Die extreme Rechte macht Gegner wieder zu Feinden. Feinde kann man diffamieren, diskriminieren, verleugnen. Feinde kann man eliminieren – also auch totschiessen.

3 Die tiefere Bedeutung der Figur „alternative Fakten“ ist noch nicht hinreichend verstanden worden. Es geht im Grunde nicht um die Ablehnung von Vernunft und Wissen oder gezielte Manipulation, sondern vielmehr um die Performance und die Stilisierung, dass der eigene Führer stärker als die Wahrheit ist und es sich erlauben kann, ungestraft falsches Wissen zu verbreiten.

Mit anderen Worten: Eine Politik, die den Gegner zum Feind erklärt, öffnet die Tür für Gewalt – und Krieg. Die Zunahme von politischer Gewalt in Lateinamerika und vielen anderen Ländern der Welt macht deutlich, dass diese Tür bereits offen ist. Die durch den Klimawandel zu erwartenden weltweiten sozialen Verwerfungen lassen es wahrscheinlich erscheinen, dass die extremen Rechten in den nächsten Krisen verstärkt auf solche autoritären Politiken und Gewalt setzen. „*Underdogs*“ – oder der Mob, wie ihn Hannah Arendt (1951) nannte – beißen auch. Wir sollten nie vergessen: Eine Funktion von kollektiv ausgeübter Gewalt durch sozial degradierte Gruppen ist deren selbsterfahrene Aufwertung. Die Ergebnisse solcher Entwicklungen sind bekannt: Die Beschwörung von nationalen Kollektiven, geleitet von extrem rechter und menschenverachtender Politik hat im letzten Jahrhundert in Lateinamerika zu zahlreichen blutigen Diktaturen und in Europa zu Krieg, zur Verelendung der Massen und zum Tod vieler Millionen Menschen geführt.

4. Neue Perspektiven gegen die extreme Rechte

Was sind die Gegengifte zur extremen Rechten? Im Grunde sind sie alle bekannt: *Appeasement*-Politiken, der Versuch, die extreme Rechte über Zugeständnisse, Zurückhaltung und Entgegenkommen einzuhegen, sind alle gescheitert. Vielmehr haben solche Strategien die extreme Rechte gestärkt und ihre Positionen normalisiert und populärer gemacht. Warum soll ich eine schlechte Kopie wählen, wenn ich das Original habe?

Was es braucht, ist eine neue Erzählung, die konstruktive Antworten für die oben genannten drei Dimensionen gibt und Teilhabe in den Mittelpunkt des kollektiven Gelingens stellt. Ein solcher Schritt beginnt mit der Erkenntnis, dass eine Anpassung an die neuen Herausforderungen nur möglich wird, wenn sie sozial und ökologisch verträglich eingebettet ist und alle mitnimmt. Dies wiederum setzt die Mobilisierung von immensen Ressourcen voraus. Den Industrienationen bleibt hier als eine relativ risikoarme Option die Schuldenaufnahme, während im Lateinamerika Verschuldung immer wieder zu Abhängigkeiten und Krisen führte. Die rohstoffreichen Länder der Region wiederum könnten sich erneut entscheiden, auf dem sich ankündigenden Rohstoffboom (zum Beispiel Lithium, Kupfer) der beginnenden Dekarbonisierung der Weltwirtschaft zu surfen (kritisch: Burchardt, 2003b). Wie wir im ersten Teil dieses Beitrages gesehen haben,

löst rohstoffbasierte Entwicklung aber weder die soziale Frage noch stabilisiert sie Wirtschaft und Demokratie nachhaltig.

Der klügste Weg wäre darum eine Besteuerung der fünf Prozent Reichsten eines jeden Landes über Vermögens- und Erbschaftssteuern. Die extreme Vermögenskonzentration sowohl in Lateinamerika aber auch weltweit, die das meritokratische Prinzip und Wettbewerb aushebelt, Aufwärtsmobilitäten blockiert und die soziale Staffellung immer statischer und geschlossener macht, führt zunehmend zu ständegesellschaftlichen Strukturen zurück (Piketty, 2022). Dies ist ein idealer Nährboden für populistische Ansprachen und die Beschwörung von homogenen, hierarchischen Kollektiven, wie sie sich die extreme Rechte wünscht.

Ein anerkannter Grund für die wachsende Vermögenskonzentration ist ihre minimale Besteuerung sowohl in der Region als auch weltweit. Also ein politisch bedingter und politisch änderbarer Umstand. Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung wäre die Einrichtung eines internationalen bzw. regionalen öffentlichen Vermögensregisters, wie sie zum Beispiel Thomas Piketty (2020) fordert. Selbst eine nur bescheidene steuerliche Belastung von Vermögen und Erbe, die nicht den vorhandenen Reichtum schmälert, sondern nur sein weiteres, überdurchschnittliches Wachsen bremst, würde exorbitante Ressourcen freisetzen. Eine solche Vermögenssteuer könnte helfen, kritische Infrastruktur zu stärken; ein über Erbschaftssteuer finanziertes „Erbe für alle“ lokale Innovation und Produktivität fördern; und beides die soziale Teilhabe aller wieder stärken. Die Stärkung lokaler und nationaler Produktivität wiederum würde die Abhängigkeit der nationalen Wirtschaft von Rohstoffexporten, Krediten und Importen verringern und die Region unabhängiger machen.⁴

Eine solche Strategie wäre bereits eng mit der ersten Stabilitätsdimension der materiellen (Re-) Produktion verbunden. Über Steuern mobilisierte Ressourcen helfen in Demokratien, eine öffentliche Infrastruktur in Bildung, Gesundheit, Pflege, Wohnen, Transport, Kommunikation etc. aufzubauen, die die Bevölkerung kontinuierlich unterstützt und entlastet. Öffentliche Investitionen oder grüne Industriepolitiken machen es möglich, gute Jobs zu schaffen und zum Beispiel, die anstehende Energiewende effizient umzusetzen. Die Bedingungen der materiellen (Re-) Produktion würden sich für viele spürbar verbessern und die Legitimation der Demokratie erhöhen.

4 Zu den Blockaden und Chancen auf Entwicklung durch Steuerreformen in Lateinamerika liegen zahlreiche Vorschläge vor (Überblick: Fehling & Burchardt, 2023).

Diese Erkenntnis hat direkte Konsequenzen für die zweite Stabilitätsdimension. Die Frage nach der politischen Teilnahme ist als erstes eine Frage nach den Stärken, aber auch den Grenzen der liberalen Demokratie. Ihre Errungenschaften sind unbestritten: Dazu gehören die universelle Gültigkeit einer demokratischen Verfassung und der Menschenrechte, ein unabhängiges Rechtssystem, die formal-politische Gleichheit aller Bürger, freie Wahlen und parlamentarische Repräsentation, freie Versammlungs-, Organisations- und Meinungsäußerung. Errungenschaften, die von der neuen extremen Rechten herausgefordert werden, hinter die man aber nie zurücktreten darf.

Doch der Liberalismus ist seit längerer Zeit selbst dabei, seine Demokratie zu kannibalisieren. Mit seiner erstarkten (neo-)liberalen Wirtschaftsdoktrin und seinem minimalistischen Staatsverständnis erschwert er für viele die materielle (Re-) Produktion und konterkariert die Chancen auf Gleichheit und auf Gestaltung des eigenen Lebens. Mit seinem Postulat der Eigenverantwortung gibt er das Obhutsgesetz gegenüber Schwächeren auf und fördert das Recht des Stärkeren statt der Stärke des Rechts. Mit seinem Fokus auf das Individuum und dessen Repräsentation im Jetzt ignoriert er die Zeitkomponente von Teilhabe und sozialer Entwicklung und ist weitgehend blind gegenüber intergenerationalen Verflechtungen und Verteilungskonflikten. Und in der letzten Zeit gewinnt er wie in Argentinien sogar als autoritärer Liberalismus an Einfluss, wo er beginnt, die Garantie auf unverletzliche Persönlichkeits- und Freiheitsrechte in Frage zu stellen oder aufzugeben.

Eine kluge – historisch auch erfolgreiche – Möglichkeit, diesen Trend umzudrehen, ohne die Errungenschaften der liberalen Demokratie aufzugeben, ist die soziale Demokratie (Heller, 1983).⁵ Diese dreht die Formel des Liberalismus *Gleichheit durch Freiheit* um und will *Freiheit durch Gleichheit* begründen. Sie ist darum bereit, Politiken der Umverteilung oder der

5 Hermann Heller war einer der wichtigsten Figuren der Weimarer Debatten um Staat, Recht und Demokratie und der zentrale intellektuelle Gegenspieler des antiliberalen Carl Schmitt. Zwar teilte er Schmitts Analyse um die Krise des damaligen europäischen Staats und Parlamentarismus. Er zog aber nicht den gleichen Schluss und votierte gegen die Demokratie als Herrschaftsform, sondern forderte vielmehr die Erneuerung und Vertiefung der Demokratie. Zentraler Hebel war für ihn die Begründung eines demokratisch legitimierten „sozialen Rechtsstaats“, da im liberalen Rechtsstaat die auf sozial ungleiche Lagen angewandte formale Rechtsgleichheit zu materiell ungleichem Recht, zu einem immer schärferen Widerspruch zwischen Rechtsform und Rechtswirklichkeit und zu 'radikalsten Ungleichheit' führt (Heller, 1971: S.430).

Demokratisierung der Wirtschaft einzuleiten und auch in die Zukunft zu projizieren.

Darüber kann ein solides und breites Gemeinwohl finanziert werden, welches den Einzelnen und schwache Gruppen entlastet, ohne stärkere Gruppen zu überfordern. Ergänzt um die Aufwertung lokaler Mitbestimmungsformen, von Bürgerräten oder öffentlichen Konsultierungen wird dann die heute erfahrene Ohnmacht vieler in ein Gefühl der Wiedererlangung der Kontrolle verwandelt, welche Freiheit, Recht und Demokratie langfristig sichert und die Voraussetzungen schafft, die zu bewältigenden Krisen erfolgreich und intergenerationell zu bewältigen.

Damit gewinnen die Bedingungen der Krisenbewältigung durch eine neue Identitätsfindung an Kontur. Die extreme Rechte hat hier erfolgreich einen Kulturkampf begonnen – der bereits Formen eines „Kulturkriegs“ annimmt. Das Feld der Identität darf nie unterschätzt werden. Hier werden Empathie, Verständnis, Zustimmung und Solidarität für Politik erzeugt – oder eben ihr Gegenteil. Politische Kultur ist ein untrennbarer Bereich von Demokratie und muss entsprechend kultiviert werden.

Eine demokratische Politik darf sich aber nicht der Logik der neuen extremen Rechten anpassen und das Identitäre zum wichtigsten Referenzpunkt von Politik und Gesellschaft machen. Stattdessen müssen die drei genannten Stabilitätsdimensionen integral und als unteilbar angesprochen und bearbeitet werden. Hier drei Beispiele:

Geschlechtergerechtigkeit erfordert kulturelle Anpassungen zum Beispiel in der Sprache, aber gleichzeitig eine deutliche Verbesserung der Bedingungen oft feminisierter Care-Arbeit sowie die erhöhte Präsenz von Frauen in politischen und wirtschaftlichen Führungspositionen.⁶

Die Einführung von Erbschaftssteuern gewährt durch demokratische Reformen Teilhabe, muss aber gleichzeitig mit einer Förderperspektive auf breite materielle Entwicklung (wie das genannte „Erbe für alle“) verkoppelt werden. Demokratische Politik muss begreifen, dass Erbschaften in der Bevölkerungsmehrheit oft als familiäres Leistungsextrakt bzw. intergenerationaler Leistungsspeicher angesehen werden und eine als unverhältnismäßig wahrgenommene Besteuerung Ungerechtigkeitsempfinden und starken Widerstand provoziert. Umverteilungsmaßnahmen müssen darum immer von einem Framing eingeführt und begleitet werden, welcher breiten Zuspruch generiert und auch an Tradiertes und Identitäten anknüpft. Eine

6 Weltweit liegt der Anteil von Top-Manager:innen bei den Fortune 500, den 500 umsatzstärksten Unternehmen weltweit, im Jahr 2025 bei gerade einmal zehn Prozent.

Erzählung wäre zum Beispiel das zutreffende Argument, dass Erbschaftssteuern im besten liberalen Sinne Leistungsgerechtigkeit sichern, da so gewonnene Ressourcen bei entsprechenden Förderprogrammen allen die gleichen Chancen gewähren.

Dem Politikfeld Arbeit muss ebenfalls mehr Beachtung geschenkt werden. Studien belegen, dass schlechte Arbeitsbedingungen oft eine zentrale Quelle gefühlter Deklassierung und von sozialer Unzufriedenheit sind, die dann politisch umschlägt. Die jüngeren politischen Entwicklungen Lateinamerikas dokumentieren dies sehr deutlich. Arbeit wiederum bedarf aber nicht nur einer Aufwertung durch höhere Löhne. Das Reich der Notwendigkeit muss auch als wichtige Quelle von persönlicher und kollektiver Anerkennung begriffen und über entsprechende Maßnahmen dafür gesorgt werden, dass es graduell zum Reich der Freiheit wird. Sinnstiftende Arbeit ist elementar für ein gutes Leben. Es gilt, die Arbeitsbedingungen selbst zu verbessern, damit Arbeit eine Quelle des Wohlbefindens werden kann. Dafür sind entsprechend starke Arbeitnehmervertretungen und Teilhabe erforderlich.

Wer solche Ziele und Politiken kombiniert, institutionalisiert und fühlbar macht, entzieht der neuen extremen Rechten alle Argumente und nimmt ihnen die Legitimation. Die Zauberformel gegen die extreme Rechte ist somit klar: *„Umverteilung und Anerkennung“*.

Glücklicherweise gibt es eine breite wissenschaftliche und politische Debatte zu diesem dynamischen Spannungsfeld (Überblick: Fraser & Honneth, 2003). Hier schlägt das Pendel seit längerem stärker in Richtung Anerkennung und Identität aus. Jetzt, wo dieses Feld zunehmend von der extremen Rechten eingenommen wird, ist es hohe Zeit, der Umverteilung wieder mehr Bedeutung einzuräumen. Nicht allerdings anstelle von oder gegen Identitäten, sondern in enger Verkoppelung mit Anerkennungsfragen. Das Rezept „Anerkennung und Umverteilung“ ist vielleicht nicht nur ein gangbarer, sondern auch der einzige Weg, uns vor der extremen Rechten zu retten.

Zu diesem Ergebnis kommt zumindest der Wirtschaftsnobelpreisträger Daron Acemoglu (2024) vom MIT nach der Auswertung seiner zahlreichen internationalen Daten zu Institutionen und Demokratieentwicklung. Er geht davon aus, dass die Demokratie sterben wird, wenn sie nicht arbeitnehmerfreundlicher und egalitärer wird. Das ist keine schlechte Nachricht!

Sie hilft, die eigenen Forderungen zur Krisenbearbeitung auf das Wesentliche zu konzentrieren. Und erlaubt es, den Gehalt von Programmen und Politiken von Parteien und Regierungen genauer zu bewerten. Sie macht

es möglich, auch mit Skeptikern und Kritikern von Umverteilung in den Dialog zu gehen, denn es geht nicht mehr um Gleichmacherei, um soziale Gerechtigkeit, es geht um alles, es geht um Demokratie.

Die Zeit der extremen Rechten muss also nicht den Niedergang der Demokratie einleiten. Weder in Lateinamerika noch bei uns. Wenn jetzt auf Umverteilung und Anerkennung gesetzt wird, kann sie vielmehr zur Stunde ihrer Erneuerung werden!

Literatur

- Acemoglu, D. (2024). If Democracy Isn't Pro-Worker, It Will Die. *Project Syndicate*. <https://www.project-syndicate.org/commentary/democracy-pro-worker-by-daron-acemoglu-2024-06>, letzter Aufruf am 01.12.2025
- Arendt, H. (1951). *The Origins of Totalitarianism*. New York: Harcourt, Brace & Co.
- Betz, H.-G., & Oswald, M. (2022). Emotional Mobilization: The Affective Underpinnings of Right-Wing Populist Party Support. In M. Oswald (Hg.) *The Palgrave Handbook of Populism* (S.115-143) Cham: Palgrave Macmillan.
- Burchardt, H.-J. (2023a). Raw Materials, Tax Reforms and Sustainable Development: Lessons from Latin America. In: H.-J. Burchardt & P. Fehling (Hg.), *Taxation and Inequality in Latin America – New Perspectives on Political Economy and Tax Regimes* (S. 232-247). London: Routledge
- Burchardt, H.-J. (2023b). Lateinamerika: Rohstoffausbeutung in grün? *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 4, 107-114.
- Burchardt, H.-J. & Dietz, K.: Neo-extractivism – A New Challenge for Development Theory from Latin America. *Third World Quarterly*, 35 (3), 468-486.
- Chancel, L., Piketty, T., Saez E., & Zucman, G. (2021). *World Inequality Report 2022* Paris: World Inequality Lab.
- CEPAL. (2019). *Anuario Estadístico de América Latina y el Caribe 2018*. Santiago de Chile: CEPAL.
- CEPAL. (2012a). *Anuario Estadístico de América Latina y el Caribe 2012*. Santiago de Chile: CEPAL
- CEPAL. (2012b). *Structural Change for Equality. An Integrated Approach to Development*. Santiago de Chile: Vereinte Nationen.
- DESA (United Nations Department of Economic and Social Affairs). (2024). *World Social Report 2024: Social Development in Times of Converging Crisis: A Call for Global Action*. New York: United Nations Publications.
- Dietz, K., & Peters, S., & Schnepel C. (2022). *Corona in Lateinamerika*. Baden-Baden: Nomos. [<https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748930020.pdf>], letzter Aufruf am 01.12.2025.
- Fehling, P. & Burchardt, H.-J. (Hg.) (2023). *Taxation and Inequality in Latin America: New Perspectives on Political Economy and Tax Regimes*. London: Routledge.

- Fraser, N. Honneth, A.I (2003). *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Forti, S. (2022): Posverdad, fake news y extrema derecha contra la democracia. *Nueva Sociedad*, 298, 75-92. [https://static.nuso.org/media/articles/downloads/3.TC_Forti_298.pdf], letzter Aufruf am 1.12.2025.
- Fraser, N. (2001). *Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaates*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gebhardt, M. (2021). The Populist Moment: Affective Orders, Protest, and Politics of Belonging. *Distinktion: Scandinavian Journal of Social Theory* 22(2), 129–151. <https://doi.org/10.1080/1600910X.2021.1887159>.
- Gudynas, E. (2009). Diez tesis urgentes sobre el nuevo extractivismo. Contextos y demandas bajo el nuevo progresismo sudamericano actual. In: J. Schult et al (Hg.). *Extractivismo, política y sociedad* (S.187-225).Quito: CAAP-CLAES.
- Heller, H. (1983). Staatslehre(XVI, 1934). Tübingen: Mohr Siebeck.
- Heller, H. (1971 [1923]). Politische Demokratie und soziale Homogenität. In: C. Müller (Hg.), *Hermann Heller, Gesammelte Schriften* (S.430). Leiden: Sitjhoff.
- Hora, R. (2024). Javier Milei y el incierto experimento libertario. *Nueva Sociedad*. [<https://nuso.org/articulo/javier-milei-y-el-incierto-experimento-libertario/>], letzter Aufruf am 01.12.2025.
- Kessler, G. & Focás, B. (2014). ¿Responsables del temor? Medios y sentimiento de inseguridad en América Latina. *Nueva Sociedad*, 249, 137-148.
- Laclau, E.& Mouffe, C. (1991). *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen.
- Lobo, S. (2017). Cómo influyen las redes sociales en las elecciones. *Nueva Sociedad*, 269, 40-44.
- Nussbaum, M. (2006) *Frontiers of Justice. Disability, Nationality, Species Membership*. Cambridge/London:Belknap.
- Pérez-Díaz, P. L., & Arroyas Langa, E. (2025). El populismo disruptivo de Javier Milei: análisis de su estrategia discursiva en redes sociales: Analysis of his discursive strategy on social media. *European Public & Social Innovation Review*, 10, 1–23. <https://doi.org/10.31637/epsir-2025-2064>.
- Piketty, T. (2020). *Kapital und Ideologie*. München: C. H. Beck.
- Piketty, T. (2022)., *A Brief History of Equality*, Cambridge: Belknap Press.
- Robeyns, I. (2024). *Limitarismus. Warum Reichtum begrenzt werden muss*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Rodrigo D. E. C. (2023). The International Turn in Far-Right Studies: A Critical Assessment. *Millennium* 51(3), 892–919.
- Rodrik, D. (2021). Why Does Globalization Fuel Populism? Economics, Culture, and the Rise of Right-Wing Populism. *Annual Review of Economics*, 13, 133–157. <https://doi.org/10.1146/annurev-economics-090520-020327>.
- Pinheiro-Machado, R.& Vargas-Maia T. (Hg.) (2023). *The Rise of the Radical Right in the Global South*. New York: Routledge.

- Ruggeri, A. & Vieta, M. (2023). Milei captó el descontento de la clase trabajadora informal. *Jacobin Latinoamérica*, 17.12.2023. [<https://jacobinlat.com/2023/12/milei-captó-el-descontento-de-una-nueva-clase-trabajadora-informal/>], letzter Aufruf am 01.12.2025.
- Sen, A. (1987). *The Standard of Living*. Cambridge: Cambridge University Press, Cambridge.
- Svampa, Maristella. (2020). *Die Grenzen der Rohstoffausbeutung. Umweltkonflikte und ökoterritoriale Wende in Lateinamerika*. Bielefeld: Transcript. [<https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5378-6/die-grenzen-der-rohstoffausbeutung/?number=978-3-8394-5378-0>], letzter Aufruf am: 01.12.2025.
- Üngör, Murat. (2017). Productivity Growth and Labor Reallocation: Latin America versus East Asia. *Review of Economic Dynamics*, 24, 24-52.
- Warnecke-Berger, H., Burchardt, H.-J. & Dietz, K. (2023). The Failure of (Neo-)Extractivism in Latin America – Explanations and Future Challenges. *Third World Quarterly*, 44, (8), 1825–1843. <https://doi.org/10.1080/01436597.2023.2203380>.

Der neue Rechtspopulismus in Lateinamerika: Einordnung und Ausblick

Thomas Kestler

1. Einleitung

Der Populismus ist kein neues Phänomen in Lateinamerika, im Gegenteil. Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts trat er in regelmäßigen Wellen auf, zuletzt um die Jahrtausendwende in der sogenannten *Pink Tide* - einer Welle von moderaten bis populistisch-radikalen Linksregierungen, die bis in die Mitte der 2010er Jahre andauerte. Inzwischen hat sich der politische Wind in der Region einmal mehr gedreht und das Pendel schlägt in die entgegengesetzte Richtung aus (Reid, 2025). Die Wahl des rechtspopulistischen Außenseiters Jair Bolsonaro im Jahr 2018 bildete den Auftakt zu einer Reihe teilweise spektakulärer Erfolge von Kandidaten, die sich im rechten Lager verorten und in mehr oder weniger ausgeprägter Form auf populistische Inhalte und Stilmittel zurückgreifen. Zu nennen sind insbesondere José Antonio Kast in Chile, der in der ersten Runde der chilenischen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2021 überraschend in Führung lag, und Javier Milei in Argentinien, der im Jahr 2023 mit deutlichem Vorsprung ins Präsidentenamt gewählt wurde. Ein weiterer Vertreter dieser Gattung ist der salvadorianische Präsident Nayib Bukele, der im Frühjahr 2024 - allerdings unter Verletzung des Wiederwahlverbots - mit knapp 85 Prozent der Stimmen für eine weitere Amtszeit gewählt wurde.

Daneben gibt es eine Reihe weiterer Vertreter dieser rechtspopulistischen Welle, wenn man von einer solchen sprechen möchte. In Kolumbien gelangte im Jahr 2022 der als „kolumbianischer Trump“ bezeichnete Gonzalo Hernández in die Stichwahl für das Präsidentenamt, in der er knapp dem linken Kandidaten Gustavo Petro unterlag. In Peru erreichte der religiös-fundamentalistische Kandidat Rafael López Aliaga im Jahr 2021 das drittbeste Ergebnis im ersten Wahlgang zum Präsidentenamt und wurde im Jahr darauf zum Bürgermeister von Lima gewählt. Auch in Paraguay und Uruguay erzielten mit Paraguayos Cubas und Guido Manini Ríos mit der Partei *Cabildo Abierto* im weiteren Sinne als rechtspopulistisch zu bezeichnende Kandidaten beziehungsweise Parteien signifikante Stimman-

teile. Angesichts dieser Häufung ist von einem rechtspopulistischen Trend in Lateinamerika auszugehen (Borges & Zanotti, 2024; Pereira, 2023; Kestler, 2022). Für einen solchen Trend spricht die Beobachtung, dass sich die genannten Akteure aufeinander berufen und die Nähe zu US-Präsident Trump suchen. Beispielsweise war Javier Milei bei der Amtseinführung sowohl von Trump wie auch von Bukele zu Gast.

Dennoch verbinden sich mit dieser jüngsten Erscheinungsform des Populismus in der Region auch einige konzeptionelle und typologische Fragen, denn so leicht das Etikett des Rechtspopulismus zur Hand ist, so schwer fällt es, das Phänomen jenseits äußerlicher Gemeinsamkeiten und der bekannten Kulturkampf-Rhetorik greifbar zu machen. Beispielsweise stellt sich die Frage, wie der erklärte Liberalismus eines Javier Milei mit dem gesellschaftspolitischen Konservatismus José Antonio Kasts oder dem Autoritarismus Bukeles zu vereinbaren ist. Tatsächlich zeigen sich bei genauerer Betrachtung gewisse Unterschiede in der Programmatik wie auch in der Wählerbasis, die eine weitere Differenzierung jenseits der Kategorie „rechtspopulistisch“ nahelegen. Konkret stellt sich die Frage, ob sich die als rechtspopulistisch kategorisierten Fälle in die bekannten Typologien einordnen lassen oder ob sie eine regionale Subgattung darstellen. Ferner ist zu klären, ob die beobachteten Unterschiede gradueller oder kategorialer Art sind. Und schließlich liegt auch die Frage nach Gründen für den Erfolg rechtspopulistischer Kandidaten nahe, um abschätzen zu können, ob es sich um eine vorübergehende Erscheinung handelt oder ob sich der aktuelle Trend auch in der absehbaren Zukunft fortsetzen wird.

Ziel dieses Beitrags ist eine Klärung dieser Fragen, wobei der Schwerpunkt auf typologischen Aspekten liegt. Neben dem Typus des *Radical Right Populism* (RRP) liefert ein Blick auf die konservative Bewegung in den USA typologische Anhaltspunkte, da hinsichtlich ihrer Zusammensetzung deutliche Parallelen zu den Vertretern des rechten Lagers in Lateinamerika bestehen. Auf dieser Basis wird eine differenziertere Einordnung der aktuellen lateinamerikanischen Fälle versucht. Abschließend wird, notwendigerweise kursorisch, auf mögliche Ursachen des Rechtspopulismus in der Region eingegangen, um einen Ausblick auf die weitere Entwicklung zu geben.

2. Dimensionen des Rechtspopulismus in Lateinamerika

Rechtspopulismus ist eine breite Kategorie. In Lateinamerika trat er bereits früher in Erscheinung, beispielsweise in Gestalt von Álvaro Uribe in Kolumbien, Otto Pérez Molina in Guatemala oder Alberto Fujimori in Peru. Bisher nahm der lateinamerikanische Rechtspopulismus entweder eine autoritäre, eine punitive oder eine neoliberale Form an (Bonner, 2019; Dix, 1978; Roberts, 1995). Gemäß Giordano (2014) bestand der gemeinsame Nenner dieser Rechtspopulismen im Anspruch, eine postideologische Agenda zu verfolgen und die „wirklichen“ Probleme der Bürgerinnen und Bürger zu lösen, insbesondere das Problem der öffentlichen Sicherheit. Einen weiteren programmatischen Schwerpunkt bildete die Inflationsbekämpfung, vor allem während ökonomischer Krisen. Abgesehen von diesen Gemeinsamkeiten variierten die Erscheinungsformen des Rechtspopulismus in Lateinamerika sowohl hinsichtlich der Ausprägung ihrer populistischen Merkmale wie auch im Gehalt dessen, was unter der Kategorie „rechts“ subsumiert wird.

2.1 Populismus ist nicht gleich Populismus

Grundsätzlich ist Populismus nicht an eine bestimmte Ideologie gebunden. Autoren wie Mudde (2004) oder Stanley (2008) bezeichnen den Populismus als eine „dünne Ideologie“, die sich an unterschiedliche „Wirtsideo-logien“ anheften kann. Somit kann sich im Grunde jede ideologische Position innerhalb des zweidimensionalen *Cleavage*-Raums in populistischer oder in nicht-populistischer Form artikulieren. Sicherlich neigen radikale Positionen stärker zu einem populistischen Modus, aber es existieren auch Varianten eines zentristischen Populismus. Gemäß Muddes Definition beruht die „dünne Ideologie“ des Populismus auf dem Antagonismus zwischen zwei homogenen und antagonistischen Lagern, dem „reinen“, „tugendhaften“ Volk auf der einen und einer korrupten Elite auf der anderen Seite. Mit der Überhöhung des reinen Volkes geht ein identitäres Demokratieverständnis einher, wonach das Gemeinwohl bzw. der Gemeinwille durch eine populistische Führungsfigur repräsentiert wird.

Diese Merkmale lassen sich auch bei den meisten Vertretern des aktuellen *right turn* in Lateinamerika nachweisen. Besonders das Feindbild eines angeblichen Linkskartells aus Medien, Parteien und Institutionen findet sich in vielen Varianten, in besonders ausgeprägter Form jedoch

bei politischen Außenseiten wie Milei, der sich als Alternative zum politischen Establishment sieht und diesen Status durch aggressive Angriffe auf die „korrupte Kaste“ unterstreicht. Häufig wird die Elite als unproduktiv und parasitär denunziert und den fleißigen, produktiv tätigen „normalen“ Bürgerinnen und Bürgern gegenübergestellt – ein Motiv, das aus den USA als „producerism“ bekannt ist (Berlet & Lyons, 2000). In manchen Fällen kommen verschwörungstheoretische Elemente hinzu, etwa bei López Alia-ga, der behauptete, der zentristische Ex-Präsident Perus, Francisco Sagasti (2020-21), sei ein Terrorist, der sich des Völkermords und der „Homosexualisierung der Peruaner“ schuldig gemacht habe (Freeman, 2025).

Auch die Kategorie des vorgeblich reinen Volkes findet sich in vielen Fällen, aber sie ist weniger leicht greifbar, da die Basis der lateinamerikanischen Rechtspopulisten meist heterogen ist. Bei Kast in Chile ist dieses Motiv nur schwach und überwiegend implizit vorhanden. Auch Milei spricht nicht von einem als Einheit verstandenen Volk, da dies seinem individualistischen, libertären Weltbild widersprechen würde. Selbst bei Bolsonaro bleibt das „pure Volk“ konturlos und beschränkt sich auf Formulierungen wie „good citizens, workers, conservatives, Christians that preserve family values“ (Tamaki & Fuks, 2020, S. 114). Insofern ist die von Mudde vorgeschlagene ideelle Definition des Populismus in hinreichendem, jedoch nicht in umfassendem Maß erfüllt.

Ein etwas anderes Bild ergibt sich, wenn man Definitionen zugrunde legt, die stärker den politischen Stil und die Kommunikationsweise mit einbeziehen (Moffitt, 2016). Gemäß solchen Definitionen zielen Populisten mit Tabubrüchen und Vulgarität darauf ab, ihre (tatsächliche oder vorgebliche) Außenseiterrolle und die Distanz zu den „korrupten Eliten“ zu unterstreichen. Dieses Kriterium findet man vielfach bestätigt, wenngleich mit gewissen Abstufungen. Während etwa José Antonio Kast vergleichsweise konventionell auftritt, schöpft Javier Milei das Repertoire an Zuspitzungen und Provokationen weitgehend aus (Murillo & Oliveros, 2024). Nayib Bukeles Kommunikationsstrategie wiederum setzt stark auf soziale Medien, die insofern den klassischen Balkon ersetzen, als sie eine (scheinbar) direkte Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen (Siles et al., 2023). Dass sich beides nicht ausschließt, sondern Grenzüberschreitungen mit der intensiven Nutzung sozialer Medien einhergehen können, hat Jair Bolsonaro eindrücklich unter Beweis gestellt. Insgesamt ist somit festzuhalten, dass der lateinamerikanische Rechtspopulismus abhängig von der zugrunde gelegten Definition hinsichtlich seiner populistischen Merkmale gewisse Varianzen aufweist.

2.2 Ist der Radical Right Populism in Lateinamerika angekommen?

Unterschiede zeigen sich auch in der inhaltlichen Dimension, denn das Attribut „rechts“ ist alles andere als eindeutig. Im rechten Spektrum finden sich sowohl marktliberale wie auch etatistische und gesellschaftspolitisch konservative und religiöse Orientierungen. In einem zweidimensionalen Cleavage-Modell können rechte Positionen entweder näher an der ökonomischen oder näher an der kulturellen Achse liegen (Bornschieer, 2010). Zudem können sich diese Positionen in ihrer Ausprägung unterscheiden, also entlang der einzelnen Achsen variieren, wobei die Skala von moderat bis extremistisch reicht.

Die aktuell zumindest in Europa vorherrschende Variante des Rechtspopulismus ist der von Cas Mudde beschriebene *Radical Right Populism* (RRP). Mudde (2007) definiert RRP anhand der Kriterien Nativismus, Autoritarismus und Populismus. Nativismus beschreibt eine Ideologie, wonach ein Staat ausschließlich von Mitgliedern einer kulturell oder ethnisch definierten Stammbevölkerung bewohnt werden und sich gegen fremdartige Elemente abschotten soll. Autoritarismus meint die Forderung nach einem starken Staat, der Ordnung, Sicherheit und Disziplin gewährleistet. Dabei wird häufig eine harte Linie in Fragen von Kriminalität, Immigration oder abweichendem Verhalten vertreten. In Lateinamerika war dieser Typus bis vor wenigen Jahren nicht anzutreffen, mutmaßlich aufgrund des Nativismus-Merkmals, das sich schlecht mit der Einwanderungsgeschichte der Region und dem verbreiteten Selbstverständnis als „Schmelztiegel“ verträgt.

Dies änderte sich allerdings in jüngerer Zeit, als mit Bolsonaro, Kast oder López Aliaga eine neue Art innerhalb der rechtspopulistischen Gattung auftauchte, die eine stärkere Nähe zum europäischen und nordamerikanischen RRP erkennen lässt, allerdings in einer modifizierten Form. Offen rassistische Positionen, wie sie den europäischen RRP kennzeichnen, bilden in Lateinamerika noch immer eine Ausnahme. Stattdessen vertreten die lateinamerikanischen Rechtspopulisten das Konzept einer natürlichen Ordnung, verbunden mit der Vorstellung eines natürlichen oder religiösen Ursprungs der Gesellschaft und der Verwurzelung des Menschen in seinem sozialen und kulturellen Umfeld. Es handelt sich um ein dezidiert anti-voluntaristisches Konzept, das nationalistische und kommunitaristische Positionen einschließt und im lateinamerikanischen Kontext als Äquivalent des Nativismus betrachtet werden kann (Kestler, 2022).

Ein typischer Vertreter dieses Konzepts ist der Chilene José Antonio Kast, der Familie, Tradition und Nation als Ausdruck einer natürlichen Ordnung betrachtet. Kasts überraschender Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2021 kann als Gegenbewegung zum linken Zeitgeist in Chile und zum zentristischen Kurs der traditionellen Rechtsparteien während des zurückliegenden Jahrzehnts betrachtet werden (Madariaga & Rovira Kaltwasser, 2020). Zudem profitierte Kast vom Unmut der Bevölkerung angesichts gewalttätiger Studentenproteste und der Besorgnis über die Pläne einer vom linken Lager dominierten verfassungsgebenden Versammlung. Ein ähnlicher *backlash* gegen linke Reformprojekte hatte mit der Wahl von Jair Bolsonaro bereits zuvor in Brasilien stattgefunden. Im Wahlkampf des Jahres 2018 trat Bolsonaro als typischer Anti-Politiker auf, attackierte das „korrupte Establishment“ und vertrat eine aggressive *law and order*-Agenda (Krause et al., 2020). Mehr noch als Kast legte Bolsonaro eine militaristische Haltung an den Tag, die er durch Verweise auf seine eigene (bescheidene) Militärlaufbahn unterstrich und die seine ideologische Nähe zur Militärdiktatur der Jahre 1964 bis 1985 spiegelte. Ökonomische Fragen blieben zweitrangig, während die kulturelle Konfliktdimension klar dominierte, was auch misogynie, homophobie und rassistische, auf die indigene Bevölkerung Brasiliens zielende Wortmeldungen einschloss, womit Bolsonaro unter den lateinamerikanischen Rechtspopulisten am deutlichsten die Kriterien des RRP erfüllt (Zanotti & Roberts, 2021).

In den meisten Fällen sind die von Mudde beschriebenen Merkmale schwächer ausgeprägt oder fehlen ganz, beispielsweise bei Bukele in El Salvador, der zwar zweifellos die Kriterien des Populismus und des Autoritarismus erfüllt, nicht jedoch das Kriterium des Nativismus. Dasselbe gilt für Paraguayo Cubas, der ebenfalls eine deutliche autoritäre Neigung, jedoch keine nativistische Orientierung erkennen lässt. Noch weniger fällt Javier Milei in die Kategorie des RRP, da in diesem Fall weder nativistische noch autoritäre Tendenzen eindeutig nachzuweisen sind, abgesehen von geschichtspolitischem Revisionismus und einer starken Exekutivlastigkeit, die jedoch in Argentinien nicht neu ist. Allerdings finden sich in Lateinamerika vielfach starke religiöse Bezüge (vgl. hierzu auch den Beitrag von Schäfer in diesem Band), die wiederum in Europa selten vorkommen und in der Typologie Muddes keine Rolle spielen. Deshalb eignet sich der Typus des RRP nur begrenzt, um die Merkmale des aktuellen Rechtspopulismus in der Region zu erfassen.

2.3 Parallelen zur konservativen Bewegung in den USA

Stattdessen bzw. ergänzend bietet sich ein Blick in die USA an, wo sich innerhalb der konservativen Bewegung deutliche Parallelen zum lateinamerikanischen Rechtspopulismus zeigen. Die typischen Strömungen des rechten Lagers zeigen sich dort nämlich bereits seit Jahrzehnten. Die früheste dieser Strömungen, der klassische, traditionalistisch orientierte und anti-kommunistische Konservatismus formierte sich infolge des New Deal seit den 1940er Jahren und erreichte mit der Präsidentschaftskandidatur von Barry Goldwater im Jahr 1964 einen vorläufigen Höhepunkt (Kabaservice, 2012). Zugleich entstand zu dieser Zeit im Kontext der Bürgerrechtsbewegung eine rechtspopulistische Strömung, die ihren Niederschlag im Jahr 1968 in der Kandidatur von George Wallace fand und inhaltlich dem aktuellen RRP am nächsten kommt. Dieser aus dem Segregationismus der Südstaaten hervorgegangene, durch autoritäre und rassistische Positionen geprägte Rechtspopulismus, den die klassischen Konservativen der 1960er Jahre entschieden ablehnten, zeigt sich aktuell auch in der MAGA-Bewegung von Donald Trump.

Ein weiterer Strang des Konservatismus entstand im Verlauf der 1970er Jahre mit der Politisierung der evangelikalen Kirchen, unter anderem infolge des Abtreibungsurteils *Roe vs. Wade* aus dem Jahr 1973, wozu auch einflussreiche Fernsehprediger und Aktivistinnen beitrugen. Ein wichtiger Vertreter der christlichen Rechten war Pat Robertson, der im Jahr 1988 die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner anstrebte, jedoch in den Vorwahlen scheiterte. Vervollständigt wird das Bild durch einen libertären Strang, der bis in die 1960er Jahre eng mit dem klassischen Konservatismus verbunden war und ab den 1970er Jahren mit der *Libertarian Party* seine eigenen Wege ging (Doherty, 2007). Die Nähe zur konservativen Bewegung blieb jedoch bestehen und zeigte sich beispielsweise in der im Jahr 2009 entstandenen Tea Party-Bewegung, die auch ein libertäres Element beinhaltete.

Analog zur konservativen Bewegung in den USA lassen sich die inhaltlichen Merkmale des lateinamerikanischen Rechtspopulismus weiter differenzieren, wenngleich die vier Stränge hinsichtlich ihres Integrationsgrads und ihrer historischen Kontinuitätslinien weniger eindeutig zu identifizieren sind. Zudem sind die einzelnen Strömungen in der Regel nicht in reiner Form, sondern in verschiedenen Mischformen anzutreffen. Da die Mischverhältnisse jedoch variieren, ist eine Einordnung dennoch möglich und analytisch sinnvoll.

Elemente des klassischen Konservatismus und des Libertarismus beispielsweise sind in Chile in Gestalt der einflussreichen Strömung des *Chicago-Gremialismo* zu finden, verkörpert durch die Rechtspartei UDI, der Kast bis 2016 angehört hatte (Bustamante Olguín, 2025). Hinzu kommt bei Kast, der ebenso wie der Peruaner López Aliaga konservativen katholischen Organisationen nahesteht, ein starkes religiöses Element. Im Wahlkampf des Jahres 2021 vertrat Kast betont religiöse Werte, wobei er katholische und evangelikale Positionen vereinte. Seine Agenda beinhaltete eine Ausrichtung auf traditionelle Familienwerte, Ablehnung von Abtreibung und gleichgeschlechtlicher Ehe sowie eine restriktive Haltung gegenüber Migration. Letztere Position, die Forderungen nach einem Graben an der nördlichen Grenze einschloss, kann als Entsprechung des MAGA-Populismus in den USA und des RRP in Europa gedeutet werden.

Eine ähnliche Mischung, jedoch mit einer stärkeren Betonung des religiösen Elements, findet sich bei dem Peruaner López Aliaga, einem Unternehmer, der lange Zeit in der Rechtspartei *Solidaridad Nacional* aktiv gewesen war, jedoch erst seit dem Jahr 2020 auf nationaler Ebene zu größerer Bekanntheit gelangte. Im Jahr 2021 trat er inmitten einer massiven Protestbewegung als Kandidat seiner inzwischen umbenannten Partei zur Präsidentschaftswahl an und erklärte: „Wir haben solidarische Prinzipien, aber sie sind in Christus verankert. Christus ist derjenige, der uns aus dieser Krise führen wird“ (Hidalgo Bustamante, 2020, o.S.). Im Wahlkampf richtete er scharfe Angriffe gegen das linke Lager, womit er gewissermaßen die antikommunistische Traditionslinie des klassischen Konservatismus aufgriff. Außerdem vertrat er nationalistische und fundamentalistisch-religiöse Positionen und forderte ein hartes Vorgehen gegen Korruption, Kriminalität und Straßenproteste (Zárate & Budasoff, 2021).

Ein vergleichbares programmatisches Profil weist auch Paraguayos Cubas auf, der im paraguayischen Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 2023 vor allem das Thema Korruption in den Vordergrund stellte, bis hin zu Forderungen nach der Todesstrafe für Korruptionsvergehen, was dem von Bukele in El Salvador verkörperten *mano-dura*-Populismus entspricht, im Falle Cubas' jedoch, anders als bei Bukele, mit einer stark nationalistischen Orientierung einhergehend. Cubas präsentierte sich als Verfechter des paraguayischen Nationalstaats, forderte eine stärkere Kontrolle über die Wirtschaftsressourcen des Landes und sprach sich gegen eine Einbindung des Landes in internationale Organisationen aus – eine Haltung, die ebenfalls an die Regierung Trump in den USA erinnert. Im Unterschied zu López

Aliaga spielten allerdings religiöse Bezüge bei Cubas eine untergeordnete Rolle.

Zu klären wäre, inwieweit der sowohl von Cubas wie auch von López Aliaga betonte Nationalismus als Ausdruck eines klassischen, traditionalistischen Konservatismus oder aber als eine ethnonationalistische, somit also dem aktuellen RRP entsprechende Position zu deuten ist. Einiges deutet auf letztere Variante hin, aber auch traditionalistische Elemente lassen sich nachweisen, wobei grundsätzlich eine gewisse ideologische Ambivalenz in Rechnung zu stellen ist.¹

Das libertäre Element steht in allen der letztgenannten Fälle nicht im Vordergrund, auch deshalb, weil traditionalistische und nationalistische Positionen mit einer libertären Programmatik nur bedingt kompatibel sind. Hinzu kommt ein zumindest impliziter Etatismus, der dem libertären Staatsverständnis widerspricht. Deutlich wurde dies beispielsweise bei López Aliaga, der sich zwar während des Präsidentschaftwahlkampfes für eine liberale Wirtschaftspolitik ausgesprochen hatte, nach seiner Wahl zum Bürgermeister von Lima aber weitreichende Ausgabensteigerungen ankündigte (Huascasi, 2022). Ähnlich verhielt es sich bei Bolsonaro, der von sich selbst sagte, dass er nichts von Wirtschaft versteht. Zunächst verfolgte seine Regierung einen wirtschaftsliberalen Kurs unter Führung des liberalen Wirtschaftsministers Paulo Guedes, schwenkte dann aber auf eine expansivere Ausgabenpolitik um (Bennech et al., 2021). José Antonio Kast wiederum vertrat im Wahlkampf 2021 zwar eine marktradikale Linie in der Tradition des chilenischen Neoliberalismus, jedoch stand diese Position im Schatten seiner kulturkämpferischen Agenda, die sein primäres Mobilisierungsthema bildete. Libertarismus in seiner aktuellen Ausprägung beschränkt sich zudem längst nicht auf fiskalische Disziplin und ist auch nicht mit der in den 1980er und 1990er Jahren einflussreichen *Chicago School* Milton Friedmans gleichzusetzen. Das Spannungsverhältnis zwischen traditionalistischen und libertären Positionen zeigt sich im Falle Kasts, dem mittlerweile innerhalb des rechten Lagers ein Konkurrent in Gestalt des libertären Influencers Johannes Kaiser, einem ehemaligen Unterstützer und Mitglied in Kasts *Partido Republicano*, erwachsen ist.

1 Deutlich wird dies auch im Falle der uruguayischen Rechtspartei *Cabildo Abierto*, die bei der Parlamentswahl im Jahr 2019 mit 11,5 Prozent überraschend stark abschnitt. Die Partei beruft sich auf den uruguayischen Nationalhelden Artigas, der jedoch ideologisch nicht klar einzuordnen ist. Man kann darin eine traditionalistische Position ebenso erkennen wie eine liberale oder die neurechte Vorstellung von einer moralisch definierten „natürlichen Ordnung“ (Kestler, 2022).

Aufgrund der starken Aufmerksamkeit, die das libertäre Experiment der Regierung Milei in Argentinien erfährt, kann der Liberalismus aktuell als die Ideologie der Stunde innerhalb der lateinamerikanischen Rechten betrachtet werden. Mileis wirtschaftspolitischer Ansatz folgt den Annahmen der österreichischen Schule der Ökonomie, die staatliche Interventionen ablehnt und zentrale Prozesse wie die Preisbildung dem Markt überlässt. Politisch orientiert sich Milei an den Vordenkern des US-amerikanischen Libertarismus, insbesondere Murrey Rothbard, der nicht nur für eine radikalen Ablehnung des Staates steht, sondern auch für eine taktische Allianz zwischen Libertären und der in Teilen autoritären bzw. nativistischen Rechten. Diese Allianz wird in der Regierung Milei von Vizepräsidentin Victoria Villarruel verkörpert, die als Vertreterin der radikalen Rechten in Argentinien gilt. Der Historiker Pablo Stefanoni (2021) bezeichnet diese Allianz, in Anlehnung an Rothbard, als „Paleolibertarismus“, der von Elementen konservativen Denkens wie der Vorstellung von einer natürlichen, dem staatlichen Zugriff entzogenen Ordnung geprägt ist.²

Anders als der Neoliberalismus der 1990er Jahre steht der aktuelle Libertarismus (oder Anarchokapitalismus) für Disruption im Sinne von Silicon Valley-Libertären wie Peter Thiel, verstanden als die Ersetzung staatlicher Strukturen durch Markt, Technologie und freiwillige Ordnung. Klassischen, die bestehenden Strukturen wertschätzenden Konservativen geht das zu weit, weshalb sich der chilenische Libertäre Johannes Kaiser vom Konservatismus abgrenzt: „Wir sind nicht konservativ, wir sind reaktionär. Wir sind nicht etatistisch, wir sind libertär. Wir sind nicht internationalistisch, wir sind souveränistisch. Wir sind nicht korporatistisch, wir sind markoliberal,“ schrieb er auf X (Gamboa, 2024).

Aktuell finden Libertäre wie Milei und Kaiser starken Zuspruch, ersichtlich aus einer großen Zahl von Followern in sozialen Netzwerken. Die bisherige Unterstützung für diesen Ansatz in Lateinamerika beruht allerdings überwiegend auf einer Protesthaltung gegenüber den etablierten politischen Kräften. Ob sich der Libertarismus im Sinne Mileis als eine relevante Kraft oder gar als dominante Strömung im rechten Spektrum

2 Manche sprechen deshalb von einem „autoritären Liberalismus“ (z.B. Ferre, 2025), was allerdings eine Vermischung zweier separater ideologischer Strömungen darstellt. Man kann darin zudem ein *concept stretching* sehen, da Libertarismus und Autoritarismus üblicherweise die beiden einander entgegengesetzten Pole des kulturellen *Cleavage* markieren und insofern zumindest konzeptionell nicht vereinbar sind (siehe z.B. Flanagan & Lee, 2003).

durchsetzen kann, hängt stark von der Entwicklung in Argentinien und von dem Erfolg des libertären Experiments der Regierung Milei ab.

3. Pendelschwung oder längerfristiger Wandel?

Die aktuelle rechtspopulistische Welle in Lateinamerika wird oft, wie auch in der Einleitung dieses Beitrags, als ein Rückschwingen des Pendels nach einer Phase des Linkspopulismus in den vorangegangenen Jahren gedeutet. Hinter dem Bild des Pendels verbirgt sich jedoch ein ganzes Bündel an Faktoren, die gesondert zu betrachten sind, um abschätzen zu können, inwieweit es sich bei den aktuellen Entwicklungen lediglich um eine weitere Episode innerhalb eines insgesamt volatilen politischen Umfelds handelt (wie das bspw. Murillo und Oliveros im Falle Argentiniens annehmen), oder ob eine längerfristige politische Koordinatenverschiebung zu erwarten ist. Zu klären ist auch, inwiefern es sich jeweils um übergreifende oder um länderspezifische Einflussfaktoren handelt, die zum Erfolg rechtspopulistischer Kandidaten beigetragen haben.

Letzteres ist für den Fall Brasilien anzunehmen, wo die Wahl Bolsonaros im Jahr 2018 als Folge einer Konstellation zu betrachten ist, die Hunter und Power (2019, S. 71) als einen perfekten Sturm beschrieben haben: “An economic crisis caused by a prolonged recession, a political crisis of rising polarization and falling trust in established parties, a corruption crisis brought to the fore by the Lava Jato investigation, and the deterioration of an already dismal public-security environment”. Hinzu kam die Abstiegsangst der in den vorangegangenen Jahren zu bescheidenem Wohlstand gelangten sogenannten neuen Mittelschichten, die ihren Status aufgrund der verschlechterten Wirtschaftslage bedroht sahen (Lero, 2023). Speziell die wachsende Aversion gegen die seit dem Jahr 2003 regierende Arbeiterpartei (PT) infolge einer Serie von Korruptionsskandalen und die Konflikte um das *Impeachment*-Verfahren gegen Staatspräsidentin Dilma Rousseff (PT) im Jahr 2016 hatten ein Klima der Polarisierung geschaffen, von dem der aggressiv polemisierende Außenseiter Bolsonaro profitieren konnte. Vier Jahre später hatte sich die Ausgangslage verändert und Bolsonaro unterlag dem PT-Kandidaten Lula da Silva. Mit dem anschließenden Putschversuch, der die Amtsübernahme Lulas verhindern sollte, überschritt er eine Grenze und diskreditierte das radikal rechte Lager in den Augen vieler Wählerinnen und Wähler mutmaßlich dauerhaft.

Auch das gute Abschneiden Kasts bei der Wahl von 2021 ist zu einem erheblichen Teil auf den spezifischen historischen und politischen Kontext in Chile zurückzuführen. Wie Madariaga und Rovira Kaltwasser (2020) feststellen, hat das politische System Chiles in den 2010er Jahren einen tiefgreifenden Wandel durchlaufen. Das bipolare Muster des Parteienwettbewerbs sowie der Wirtschaftsliberalismus und die informellen Vereinbarungen, die das Land seit der Wiederherstellung der Demokratie geprägt hatten, galten als überholt und nicht mehr repräsentativ. Eine massive Protestbewegung im Jahr 2019 war eine Folge dieser wahrgenommenen Erschöpfung des *transición pactada*. Als Zugeständnis an die Demonstrierenden erklärte sich Präsident Sebastián Piñera bereit, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Kast kritisierte diese Entscheidung vehement und präsentierte sich als Verteidiger der liberalen und konservativen Ordnung, die in Chile seit dem Ende der Diktatur besteht und die nach wie vor von zahlreichen Wählerinnen und Wählern in Chile unterstützt wird. Mit dem Ende der Verfassungsdebatte und dem Scheitern zweier Referenden in den Jahren 2022 und 2023 hat sich jedoch die Mobilisierungsdynamik im rechtspopulistischen Lager vorläufig erschöpft.

Vor allem das Beispiel Brasilien zeigt, dass rechtspopulistische Kandidaten in der Regel nur von einer Minderheit innerhalb der Wählerschaft stabil unterstützt werden und nur dann erfolgreich sind, wenn ihnen kurzfristige Dynamiken oder das Wahlrecht in die Hände spielen. Letzteres trifft auf López Aliaga zu, der innerhalb des stark zersplitterten und schwach institutionalisierten peruanischen Parteiensystems mit einem Stimmanteil von lediglich 11,75 Prozent im Jahr 2021 nur knapp den Einzug in die Stichwahl verpasste. Stattdessen triumphierte mit Pedro Castillo ein anderer Außenseiter und Überraschkandidat vom linken politischen Rand, was zeigt, dass die unberechenbaren Dynamiken des elektoralen Wettbewerbs in Peru nicht zwingend nur dem rechtspopulistischen Spektrum zugutekommen. Der Erfolg López Aliagas bei der Bürgermeisterwahl in Lima, ebenfalls mit einem sehr geringen Stimmanteil von lediglich 26,3 Prozent, verdankte sich dem konservativen städtischen Elektorat, das für *law-and-order* Positionen empfänglich ist, jedoch nicht als repräsentativ für die peruanische Gesamtwählerschaft gelten kann. Dennoch befindet sich López Aliaga in einer durchaus vorteilhaften Lage mit Blick auf die nächste Präsidentschaftswahl, da ihm sein Bürgermeisteramt landesweite Bekanntheit verschafft, ohne ihn direkt mit der von Institutionenkonflikten geprägten nationalen Politik in Verbindung zu bringen.

Der Fall Peru zeigt, dass der Institutionalisierungsgrad des Parteiensystems einen erheblichen Einfluss auf die Erfolgchancen rechtspopulistischer Kandidaten hat. In einem stabilen Parteiensystem wie in Uruguay ist der Rechtspopulismus kaum mehrheitsfähig. Die Partei *Cabildo Abierto* wurde erfolgreich in die bis 2025 regierende konservative Koalition von Luis Alberto Lacalle Pou integriert und konnte ihren relativen Erfolg des Jahres 2019 bei der nachfolgenden Wahl nicht wiederholen. In Paraguay wiederum weist das Parteiensystem zwar einen geringeren Institutionalisierungsgrad auf, jedoch sorgen etablierte klientelistische Netzwerke und die dominierende Position der *Colorado*-Partei dafür, dass die Chancen politischer Außenseiter begrenzt bleiben.

Allerdings zeigt der Fall Argentinien, dass es auch in einem vergleichsweise stabilen Parteiensystem zu weitreichenden Umwälzungen kommen kann. Mit der Wahl Mileis endete das bipolare Muster des Parteienwettbewerbs, der lange Zeit durch den Antagonismus zwischen dem peronistischen Lager auf der einen und der Partei Unión Cívica Radical (UCR) bzw. einer konservativen Wahlallianz auf der anderen Seite geprägt war. Wenngleich die Konservativen um den ehemaligen Präsidenten Mauricio Macri und die aktuelle Ministerin für innere Sicherheit, Patricia Bullrich, in die aktuelle Regierung eingebunden sind, bildete sich um Milei doch ein eigenständiges, zunehmend organisatorisch verankertes politisches Lager, während die etablierten Parteien spürbar geschwächt sind. Die lokalen Zwischenwahlen in Buenos Aires im Mai 2023, die als Testwahl für das rechte Lager galten, erbrachten einen deutlichen Sieg für Mileis Partei La Libertad Avanza und eine historische Schwächung von Macris Propuesta Republicana, was auf einen tiefgreifenderen Wandel des argentinischen Parteiensystems hindeutet. Um diese Entwicklung zu verstehen, muss das Zusammenwirken kurzfristiger Dynamiken und längerfristige Einflussfaktoren betrachtet werden.

Eine wesentliche Ursache für die Wahl Mileis war sicherlich die vorangegangene Wirtschaftskrise, die sich über mehrere Jahre hinweg in einer hohen Inflationsrate und sinkenden Reallöhnen spiegelte. Weder der konservativen Regierung Macri noch der folgenden peronistischen Regierung von Alberto Fernández war eine wirtschaftliche Stabilisierung gelungen, weshalb die Anti-Establishment-Rhetorik Mileis und seine Ankündigung eines radikalen Kurswechsels verfielen. Ramírez und Vommaro (2024) verweisen zudem auf eine längerfristige Verschiebung auf der Einstellungsebene zugunsten individualistischer und meritokratischer Wertorientierungen, die mit einem signifikanten Rückgang egalitärer Einstellungen einherging.

Ein weiterer Faktor ist eine fundamentale Skepsis gegenüber der *classe politique* seit der dramatischen Wirtschaftskrise der Jahre 2001 und 2002, die in massiven Protesten und der Parole „Que se vayan todos“ zum Ausdruck kam, im Verlauf der wirtschaftlichen Erholung ab dem Jahr 2005 in den Hintergrund trat, jedoch infolge der Wirtschaftskrise ab 2017 wieder virulent wurde. Insofern ist Milei auch das Resultat einer längerfristigen Krise der Repräsentation und eines Prozesses des *Dealignment*, der erwarten lässt, dass die vormaligen stabilen Muster des Parteienwettbewerbs nicht wieder zurückkehren werden. Zu welcher Neukonfiguration das Parteiensystem mittelfristig finden wird, ist aktuell noch nicht prognostizierbar.

Neben diesen länderspezifischen Entwicklungen und Dynamiken liegt auf der regionalen Ebene eine Reihe von Faktoren vor, die dem Rechtspopulismus in die Hände spielen. An erster Stelle ist dabei die zunehmend prekäre Sicherheitslage infolge einer Ausbreitung krimineller Banden zu nennen. Inzwischen sind nicht mehr nur Mexiko, Guatemala und Kolumbien von einer Sicherheitskrise betroffen, sondern auch Ecuador und periphere Regionen in Brasilien und Paraguay. Laut Umfragen wird das Thema Sicherheit als ein vorrangiges Problem in nahezu allen Ländern der Region wahrgenommen. Für rechtspopulistische Ansätze bieten sich damit günstige Bedingungen, was auch daraus ersichtlich wird, dass Nayib Bukele weit über die Grenzen Zentralamerikas hinaus als Vorbild für eine erfolgreiche Sicherheitspolitik gilt.

Zu den weiteren begünstigenden Faktoren zählt die Expansion evangelikaler Gruppen, die meist sehr konservativ orientiert sind und eine verlässliche Mobilisierungsbasis für Rechtspopulisten darstellen (Boas 2020). Brasilien ist ein Paradebeispiel: Evangelikale machen dort heute ungefähr 25 Prozent der Bevölkerung aus, während es in den 1990er Jahren um 10–15 Prozent waren. Mexiko und Peru zeigen ähnliche Dynamiken, wenngleich auf etwas niedrigerem Niveau. Auch das Thema Migration sorgt in einigen Ländern für Verunsicherung, die von Rechtspopulisten aufgegriffen wird, häufig im Zusammenhang mit dem Thema Sicherheit, obwohl die Migration nicht zu den Hauptursachen der verschlechterten Sicherheitslage zählt. Hinzu kommt eine schleppende Wirtschaftsentwicklung, womit insgesamt eine Konstellation vorherrscht, die weitere rechtspopulistische Erfolge erwarten lässt.

Was allerdings überrascht, ist die Beobachtung, dass viele lateinamerikanische Rechtspopulisten auf Kulturkampfthemen wie Minderheitenrechte und Geschlechterverhältnisse setzen und damit auf Resonanz stoßen. An-

gesichts schwerwiegender wirtschaftlicher und sozialer Probleme würde man erwarten, dass die Menschen in der Region sich nicht primär für Kulturkämpfe interessieren. Ein ähnliches Phänomen kennt man aus den USA, wo sich beispielsweise Thomas Frank (2004) die Frage stellt, was mit den Bewohnerinnen und Bewohnern strukturschwacher Staaten wie Kansas los ist, die mit den Republikanern eine Partei der ökonomischen Eliten wählen, obwohl ihre sozioökonomische Lage eigentlich eine Präferenz für Umverteilung und sozialstaatliche Expansion nahelegen würde. Ein vor allem im linken Lager verbreiteter Erklärungsansatz besagt, dass der Kulturkampf gezielt von einflussreichen Wirtschaftsakteuren befeuert wird, um damit die konservative Wählerschaft zu mobilisieren und von ökonomischen Ungleichheiten abzulenken. Beispielsweise schreibt Jan-Werner Müller (2021) im *New Statesman*: „Plutocratic populism’ combines relentless culture war with economic positions that are actually deeply unpopular even with conservative voters, but which are continuously obscured by conjuring up threats to the real – that is, white, Christian – America”.³

Unabhängig von ihrer Stichhaltigkeit ist diese Annahme nur begrenzt auf Lateinamerika übertragbar, da die Wählerinnen und Wähler rechtspopulistischer Kandidaten, anders als in den USA, nicht überwiegend aus den unteren Bevölkerungsschichten stammen. Beispielhaft ist die Wahl Bolsonaros, des zweifellos radikalsten Kulturkämpfers unter den aktuellen Rechtspopulisten. Die Wählerinnen und Wähler, die sich im Jahr 2018 für Bolsonaro entschieden, stammten aus allen Bevölkerungsschichten, allerdings mit einem Übergewicht im wohlhabenderen Südosten des Landes. Personen mit geringerer Bildung wählten vorwiegend PT und zeigten sich überdurchschnittlich ablehnend gegenüber Bolsonaro (Rovira Kaltwasser et al., 2024). Konservative Wertorientierungen spielten eine signifikante Rolle für die Wahlentscheidung, mehr noch aber war die Wahl Bolsonaros durch die Ablehnung des PT motiviert (Amaral, 2020), die sich über einen längeren Zeitraum aufgebaut hatte. Von einer Manipulation der Wählerinnen und Wähler von oben ist in diesem Fall also nicht auszugehen. Auch

3 Ein differenzierteres Bild über die Motivlage konservativer Wählerinnen und Wähler zeichnet Hochschild (2016). Zudem lässt sich dieses Argument auch auf das linke Lager münzen, dessen Protagonisten häufig in staatsnahen Bereichen tätig sind und Privilegien genießen, die mit größerer Wahrscheinlichkeit unhinterfragt bleiben, solange sich die politische Debatte auf Kulturkampfthemen konzentriert. Insofern würden privatwirtschaftliche und staatsnahe Eliten gleichermaßen von den *culture wars* profitieren – eine Überlegung, die in dieser Form meines Wissens noch nicht systematisch aufgegriffen wurde.

mit Blick auf Argentinien bestätigt sich die These des „plutokratischen Populismus“ nicht. Die elektorale Basis Mileis im Jahr 2023 war heterogen und deckte alle Wählerschichten ab, wenngleich mit einem leichten Übergewicht bei jüngeren, besser gebildeten Wählerinnen und Wählern sowie den mittleren Einkommensgruppen (Astarita et al., 2025). Ein wesentlicher Faktor war auch in Argentinien die Ablehnung des Status quo und des damit assoziierten politischen „Establishments“ in Gestalt der etablierten Parteien und insbesondere der Peronisten (Ramírez & Vommaro, 2024).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die elektorale Basis der lateinamerikanischen Rechtspopulisten kein homogenes Profil aufweist. Die Entscheidung für populistische Außenseiter wie Bolsonaro und Milei ist maßgeblich retrospektiv motiviert, also durch die Ablehnung entweder eines bestimmten politischen Akteurs oder einer allgemeinen Unzufriedenheit mit dem Status quo. Dies dürfte in ähnlicher Form auch auf die Wählerinnen und Wähler von López Aliaga in Peru und Cubas in Paraguay zutreffen. Hinzu kommen variierende Anteile einer verfestigten konservativen Wählerschaft, insbesondere aus dem religiösen Spektrum. Im Falle Kasts, dessen populistische Merkmale schwächer ausgeprägt sind, ist mit einem höheren Anteil stärker integrierter konservativer Milieus zu rechnen.

Angesichts ihrer überwiegend unstrukturierten Basis und des großen Anteils retrospektiv orientierter Protestwählerinnen und -wähler sind Zweifel am längerfristigen Erfolg der lateinamerikanischen Rechtspopulisten angebracht. Andererseits jedoch ist damit zu rechnen, dass begünstigende strukturelle Bedingungen auch weiterhin bestehen. Verschiebungen auf der Einstellungsebene, insbesondere in Brasilien und Argentinien, aber auch in Chile, deuten zudem darauf hin, dass hinter dem aktuellen rechtspopulistischen Trend nicht nur ein kurzfristiges Rückschwingen des politischen Pendels steckt, sondern ein längerfristiger Prozess des *Dealignment* und ein Wandel innerhalb der lateinamerikanischen Parteiensysteme. Welche Rolle der aktuelle Rechtspopulismus in diesem Prozess spielen wird, hängt wesentlich von länderspezifischen Faktoren sowie von den weiteren Entwicklungen in Argentinien und El Salvador ab.

4. Fazit

Der aktuelle rechtspopulistische Trend in Lateinamerika erweist sich bei genauerer Betrachtung als ein vielschichtiges Phänomen, das von vielen länderspezifischen Faktoren geprägt ist. Auf der typologischen Ebene zei-

gen sich neben den Gemeinsamkeiten, die eine Klassifizierung als „rechts-populistisch“ rechtfertigen, signifikante Unterschiede sowohl in der Ausprägung des Populismus wie auch auf der inhaltlichen Ebene. Wie sich zeigte, finden sich die aus den USA bekannten Stränge des Konservatismus auch in Lateinamerika, wobei neben ideellen Schnittmengen auch Spannungsverhältnisse zwischen diesen Strängen auftreten. Insbesondere der Libertarismus ist nur bedingt mit den traditionalistischen Spielarten des Konservatismus kompatibel, was, wie aktuell in Chile, zu einer Spaltung des rechten Lagers führen kann. Blickt man auf die weitere Entwicklung, sind die längerfristigen Perspektiven des lateinamerikanischen Rechtspopulismus schwer abzuschätzen. Angesichts der begrenzten Wählerbasis, der vielfach anzutreffenden inhaltlichen Widersprüche und Ambivalenzen sowie der Heterogenität der rechtspopulistischen Wählerschaft ist nicht damit zu rechnen, dass sich der Rechtspopulismus als dominierende Kraft etablieren wird. Ein relevanter politischer Faktor wird er aber auf absehbare Zeit bleiben.

5. Literatur

- Amaral, O. E. (2020). The victory of Jair Bolsonaro according to the Brazilian electoral study of 2018. *Brazilian Political Science Review*, 14 (1). <https://doi.org/10.1590/1981-3821202000010004>.
- Astarita, M., Baribieri, D., & Garibaldi, P. (2025). Las bases sociales de los partidos políticos en las elecciones presidenciales de 2023 en Argentina. *POSTData*, 30 (1), 11–52.
- Bennech, A. P. M., Zago, M. J., & Kestler, T. (2021). Die Regierung Bolsonaro in Brasilien: Populistisches Intermezzo oder Modell eines neuen Rechtspopulismus in Lateinamerika? In W. Muno & C. Pfeiffer (Hg.), *Populismus an der Macht. Strategien und Folgen populistischen Regierungshandelns* (S. 219–247). \Springer VS.
- Berlet, C., & Lyons, M. N. (2000). Right-sing populism in America. Too close for C\comfort. Guilford Press. <https://doi.org/10.2307/3089439>.
- Boas, T. C. (2020). The electoral representation of evangelicals in Latin America. In H. E. Vanden & G. Prevost (Hg.), *The Oxford Encyclopedia of Latin American Politics*. Oxford University Press.
- Bonner, M. D. (2019). Tough on crime. The rise of punitive populism in Latin America. University of Pittsburgh Press (Pitt Latin American series).
- Borges, A.; Zanotti, L. (2024). Authoritarian, but not nativist: classifying far-right parties in Latin America. *Political Studies*, <https://doi.org/10.1177/00323217241301317>
- Bornschier, S. (2010). *Cleavage politics and the populist right. The ew cultural conflict in Western Europe*. Temple University Press (The social logic of politics).

- Bustamante Olguín, F. (2025). Radical right? in Chile: An analysis of the Republican Party. In D. R. López, J. A. B. Santos, & F. B. Olguín (Hg.), *Ultra and Extreme Right-Wing in Latin America* (S. 233–274). Springer Nature Switzerland.
- Dix, R. H. (1978). The varieties of populism: The case of Colombia. *The Western Political Quarterly*, 31(3), 334–351. <https://doi.org/10.2307/447734>
- Doherty, B. (2007). Radicals for capitalism. A freewheeling history of the modern American Libertarian movement. Public Affairs.
- Ferre, J. C. (2025). The rise of Javier Milei and the emergence of authoritarian liberalism in Argentina. *Latin American Research Review*, 1–12. <https://doi.org/10.1017/lar.2025.10>.
- Flanagan, S. C., & Lee, A.-R. (2003). The new politics, culture wars, and the authoritarian-libertarian value change in advanced industrial democracies. *Comparative Political Studies*, 36(3), 235–270. <https://doi.org/10.1177/0010414002250664>.
- Frank, T. (2004). What's the matter with Kansas? How conservatives won the heart of America. Metropolitan Press.
- Freeman, W. (2025). Lima's new mayor resembles a Peruvian Bolsonaro. *Americas Quarterly*, 06.10.2025. Online verfügbar unter <https://www.americasquarterly.org/article/limas-new-mayor-is-a-peruvian-bolsonaro/>, zuletzt geprüft am 04.06.2025.
- Gamboa, C. (2024). 'No somos conservadores': Johannes Kaiser anuncia la creación del Partido Nacional Libertario. *La Hora*, 11.06.2024. Online verfügbar unter <https://lahora.cl/cronica/2024/06/11/no-somos-conservadores-johannes-kaiser-anuncia-la-creacion-del-partido-nacional-libertario>, zuletzt geprüft am 27.05.2025.
- Giordano, V. (2014). ¿Qué hay de nuevo en las 'nuevas derechas'? *Nueva Sociedad* (254), zuletzt geprüft am 16.06.2021.
- Hidalgo Bustamante, M. (2020). Solidaridad Nacional ahora es Renovación Popular y apunta a los conservadores. *El Comercio*, 10.07.2020. Online verfügbar unter <https://elcomercio.pe/politica/elecciones/elecciones-2021-solidaridad-nacional-pasa-a-lamarse-renovacion-popular-y-apunta-a-ser-el-partido-de-los-conservadores-noticia/?ref=ecr>, zuletzt geprüft am 06.06.2025.
- Hochschild, A. R. (2016). Strangers in their own land. Anger and mourning on the American Right. New Press.
- Huascasi, W. (2022). Rafael López Aliaga: sus promesas electorales son poco viables. *La República*, 05.10.2022. Online verfügbar unter <https://larepublica.pe/politica/elecciones/2022/10/05/rafael-lopez-aliaga-sus-promesas-electorales-son-poco-viables-mef-alcaldia-de-lima-seguridad-ciudadana-ollas-comunes-pedro-castillo>, zuletzt geprüft am 06.06.2025.
- Hunter, W.; Power, T. J. (2019). Bolsonaro and Brazil's illiberal backlash. *Journal of Democracy*, 30(1), 68–82. <https://dx.doi.org/10.1353/jod.2019.0005>.
- Kabaservice, G. M. (2012). Rule and ruin. The downfall of moderation and the destruction of the Republican Party, from Eisenhower to the Tea Party. Oxford University Press (Studies in postwar American political development). Online verfügbar unter <http://site.ebrary.com/lib/alltitles/docDetail.action?docID=10517427>.

- Kestler, T. (2022). Radical, nativist, authoritarian—or all of these? Assessing recent cases of right-wing populism in Latin America. *Journal of Politics in Latin America*, 14(3), 289–310. <https://doi.org/10.1177/1866802X221117565>
- Krause, S., Marques Schaefer, B., Leme Barbosa, T. A., Pimentel Corrêa, ., & Telles, H. (2020). La elección brasileña de 2018: nuevos patrones de financiación, desafección política y redes sociales. *Revista Latinoamericana de Opinión Pública*, 9(1), 91–117. <https://doi.org/10.14201/rlop.22688>.
- Lero, C. (2023). Voting for violence. The new middle-class and authoritarian populist presidents in the Philippines and Brazil. In A. W. Pereira (Hg.), *Right-Wing Populism in Latin America and Beyond*. Routledge (Conceptualising comparative politics, vol. 15).
- Madariaga, A., & Rovira Kaltwasser, C. (2020). Right-wing moderation, left-wing inertia and political cartelisation in post-transition Chile. *Journal of Latin American Studies*, 52(2), 343–371. <https://doi.org/10.1017/s0022216x19000932>.
- Moffitt, B. (2016). *The global rise of populism. performance, political style, and representation*. Stanford University Press.
- Mudde, Cas (2004): The populist Zeitgeist. *Government and Opposition*, 39(4), 541–563. <https://doi.org/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x>.
- Mudde, C. (2007). *Populist radical right parties in Europe*. Cambridge University Press. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1017/CBO9780511492037>.
- Müller, J.-W.(2021). Why culture wars are an elite device. *The New Statesman*, 02.09.2021. Online verfügbar unter <https://www.newstatesman.com/culture/2021/09/beyond-the-culture-wars>, zuletzt geprüft am 30.05.2025.
- Murillo, M. V., & Oliveros, V. (2024). Argentina 2023: La irrupción de Javier Milei en la política argentina. *Revista de Ciencia Política (Santiago)*. <https://doi.org/10.4067/s0718-090x2024005000116>.
- Pereira, A. W. (Hg.) (2023). *Right-wing populism in Latin America and beyond*. Routledge (Conceptualising comparative politics, vol. 15).
- Ramírez, I., & Vommaro, G. (2024). Milei, ¿por qué? Hechos e ointerpretaciones de una erupción electoral. *Más Poder Local* (55), 161–171.
- Reid, M. (2025). Latin America's rightward shift. *Americas Quarterly*, 13.05.2025. Online verfügbar unter <https://www.americasquarterly.org/article/latin-americas-right-ward-shift/>, zuletzt geprüft am 04.06.2025.
- Roberts, K. M. (1995): Neoliberalism and the transformation of populism in Latin America. The Peruvian case. *World Politics*, 48(Oktober), 82–116.
- Rovira Kaltwasser, C., Espinoza, G., Meléndez, C., Tanscheit, T., & Zanotti, L. (2024). Apoyo y rechazo a la ultraderecha. Estudio comparado sobre Argentina, Brasil y Chile. *Friedrich Ebert Stiftung Chile* (Hg.), Online verfügbar unter <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/chile/21406.pdf>, zuletzt geprüft am 03.03.2025.
- Siles, I., Guevara, E., Tristán-Jiménez, L., & Carazo, C. (2023). Populism, religion, and social media in Central America. *International Journal of Press/Politics*, 28(1), 138–159. <https://doi.org/10.1177/19401612211032884>.
- Stanley, B. (2008). The thin ideology of populism. *Journal of Political Ideologies*, 13(1), 95–110. <https://doi.org/10.1080/13569310701822289>.

- Stefanoni, P. (2021). ¿La rebeldía se volvió de derechas?: Cómo el antiprogresismo y la anticorrección política están construyendo un nuevo sentido común (y por qué la izquierda está perdiendo la iniciativa). Siglo XXI Editores.
- Tamaki, E. R., & Fuks, M. (2020). Populism in Brazil's 2018 general elections: An analysis of Bolsonaro's campaign speeches. *Lua Nova* (109), 103–127. <https://doi.org/10.1590/0102-103127/109>.
- Zanotti, L., & Roberts, K. M. (2021). (Aún) la excepción y no la regla: La derecha populista radical en América Latina. *Revista Uruguaya de Ciencia Política*, 30(1). <https://doi.org/10.26851/RUCP.30.1.2>.
- Zárate, J., & Budasoff, E. (2021). Rafael López Aliaga: the creation of a far-right candidate in Peru. *El País*, 10.04.2021. Online verfügbar unter <https://english.elpais.com/usa/2021-04-10/rafael-lopez-aliaga-the-creation-of-a-far-right-candidate-in-peru.html>, zuletzt geprüft am 06.06.2025.

Der Antifeminismus der Rechten als digitale Gewalt des Staates in Lateinamerika

Marcela Suárez Estrada und Jazmín Duarte Sckell

1. Einleitung

Die gravierende Situation der geschlechtsspezifischen Gewalt auf globaler Ebene, die Segato (2016) als Krieg gegen Frauen bezeichnete, hat zu einer Explosion des feministischen Aktivismus geführt. Intensive Mobilisierungen aufgrund von Straflosigkeit und geschlechtsspezifischer Gewalt haben den öffentlichen Raum, einschließlich des Internets, eingenommen. Aktivist:innen nutzen Fotos, Performances und *Hashtags*, um Gerechtigkeit, ein Ende der Straflosigkeit und die Beendigung der Gewalt zu fordern. Frauen mobilisieren beispielsweise mit Plakaten, auf denen sie die Behörden zur Verantwortung ziehen. Sie nutzen Slogans, die zu *Hashtags* werden und in sozialen Netzwerken zirkulieren. Von Argentinien, mit der historischen Mobilisierung im Jahr 2015 nach dem Feminizid an der schwangeren Teenagerin Chiara Páez unter den Slogans *#NiUnaMenos* und „*Vivas y libres nos queremos*“ (Wir wollen lebendig und frei sein), bis nach Mexiko, mit Protesten für ein Leben ohne Gewalt und ein Ende der Komplizenschaft des Staates und der Straflosigkeit – Aktivist:innen besetzen öffentliche Plätze mit symbolischen Gegenständen wie Kreuzen, Rosen, grünen Tüchern oder Fotos ermordeter Frauen, um die Botschaft zu vermitteln, dass geschlechtsspezifische Gewalt ein öffentliches Problem ist (Chenou & Cepeda-Másmela, 2019; Laudano, 2019; Suárez & Mitrović, 2023). In Lateinamerika hat der Widerstand gegen Gewalt gegen Frauen zur Neuorganisation einer feministischen Bewegung geführt. Sie richtet sich gegen jede Form von Gewalt – sei es wirtschaftlicher, psychologischer, physischer oder institutioneller Art – bis hin zum Kampf für das Recht auf Abtreibung (Da Silva Ribeiro Gomes & Do Prá Alano, 2023; Ramírez Morales & Felitti, 2020). Dieser feministische Elan gegen patriarchale Gewalt, der in seiner extremsten Form in der physischen Auslöschung – dem Feminizid – zum Ausdruck kommt, motivierte auch die Neuorganisation der feministischen Streiks am 8. März als Mechanismus des sozialen Wandels (Gago, 2020).

In diesem gleichen Kontext des Fortschritts und der Wiederbelebung des Feminismus entwickelte sich parallel dazu eine reaktionäre konservative Gegenbewegung. Seit den 1990er Jahren organisierte sich der religiöse Fundamentalismus, um sich gegen die Diskurse und Fortschritte des institutionellen Feminismus zu wehren. Dieser hatte es geschafft international zu etablieren, dass die Rechte von Frauen und der LGBTI+-Gemeinschaft Menschenrechte sind und daher nicht aufgeschoben werden dürfen (Morán Faúndes, 2023). Die Gegenbewegung stellte vor allem die Forderung nach sexuellen und reproduktiven Rechten von Frauen sowie nach sexueller Vielfalt in Frage. Diese Infragestellung fand in den Mobilisierungen gegen die sogenannte Gender-Ideologie Ausdruck, aus denen durch die Politisierung religiöser Öffentlichkeiten moralische Panikmache entstand (Bárceñas Barajas, 2022; Serrano, 2021). Das Konzept der Gender-Ideologie wurde ursprünglich von konservativen katholischen Intellektuellen vorgeschlagen. Ziel war es, jeden Forschungs- und Anspruchsbereich, der im Zusammenhang mit dem Geschlecht steht, mit dem „Ideologischen“ in Verbindung zu bringen und damit theoretisch die „natürliche“ und biologische Realität zu verfälschen (Bárceñas Barajas, 2022; Serrano, 2021). Die Schlüsselstrategie, um die Idee der sozialen Ungleichheit als etwas für den Menschen Natürliches zu popularisieren, bestand darin, Feminismen (und damit auch sexuelle Vielfalt) diskursiv als Feindbild der Gesellschaft und der „anständigen“ Bürger:innen darzustellen. Der neue antifeministische Ausdruck als Gegenbewegung (Bonet-Martí, 2020) nahm Gestalt an und konnte sich dank der Nutzung digitaler Medien rasch ausbreiten. Der Online-Antifeminismus ging über das rein Symbolische hinaus und richtete sich direkt gegen Aktivistinnen und Vertreterinnen des Feminismus, um deren Anliegen zu destabilisieren und ihre politischen Aktivitäten zu disziplinieren. Nach öffentlichen Äußerungen erleben Frauen, die sich aktiv in der Politik engagieren (Aktivistinnen, Journalistinnen, Menschenrechtsverteidigerinnen und Intellektuelle), häufig Wellen digitaler Gewalt mit koordinierten Aktionen: korrigierende Drohungen, *Silenciamiento* – also das systematische Zum-Schweigen-Bringen – und Disziplinierung (Suárez & Mitrović, 2023).

Andere berichten von Übergriffen durch Schlägertrupps, die die Frauen identifiziert haben und zu deren Häusern gezogen sind, um ihr Eigentum anzugreifen (Amnesty International, 2021; Barrera & Rodríguez, 2017). Ebenso erleben Frauen, die sich nach feministischen Protesten öffentlich zu Wort melden, oft eine massive Welle des Hasses gegen sie und den Feminismus in Form von digitaler Gewalt. So ist es beispielsweise üblich,

dass Menschenrechtsverteidigerinnen, die gegen die Kriminalisierung von Abtreibungen kämpfen, Ziel koordinierter Angriffe mit derselben Vorgehensweise werden: Sie erhalten Morddrohungen oder Drohungen mit sogenannten ‚korrigierenden‘ Vergewaltigungen (García-González & Guedes, 2020). Dies sind Formen digitaler Gewalt, die der Einschüchterung dienen und Angst schüren sollen, um künftige politische Aktionen für die Menschenrechte von Frauen zu verhindern. Es handelt sich jedoch nicht um isolierte Aktionen, sondern sie sind Teil einer umfassenderen rechten politischen Agenda gegen den Feminismus in der Region: den Antifeminismus.

Antifeminismus könnte als eine Bewegung definiert werden, deren Ziel die Verletzung der Menschen- und politischen Rechte von Frauen ist, die politisch aktiv sind (Bonet, 2022; Carreras, 2019). Antifeminismus äußert sich in der Regel in diskriminierenden Handlungen gegen Diversität, sei es aufgrund von Geschlecht, *race* oder Religion. Darüber hinaus ist Antifeminismus oft durch die Wahrnehmung eines Verlusts der Rechte der Männer gekennzeichnet, was dann auch Themen wie Familie, Abtreibung, die Beteiligung von Frauen am Arbeitsleben oder sogar ihre Fähigkeit, sich in der Politik zu engagieren, betrifft. Antifeministische Bewegungen leugnen selbst die Existenz des Patriarchats oder, dass die Arbeitsteilung Männer begünstigt (Carreras, 2019). Auch wenn diese Aktionen nicht neu sind, heben digitale Technologien die Angriffe auf eine neue Ebene. Gruppen aus der *Manosfera*¹, Kommunikationsguerillas und sogar *Influencer* koordinieren häufig auf staatlichen Auftrag hin Verleumdungskampagnen gegen Frauen, die sich öffentlich äußern (Kinosian, 2022; Suárez et al., 2024).

Auf der Grundlage einer Analyse von Fällen aus Argentinien, Brasilien und El Salvador versuchen wir in diesem Artikel, digitale Gewalt in der Politik neu zu konzeptualisieren. Wir argumentieren, dass digitale Gewalt eine Form staatlicher Gewalt ist, um die politische Beteiligung von Frauen mit öffentlicher Stimme zu disziplinieren. Angesichts der Allianzen der Regierung mit anderen staatlichen Akteuren, wie verschiedenen Justizbehörden und sogar dem Militär, bezeichnen wir digitale Gewalt als staatliche Gewalt. Wir behaupten, dass die radikale Rechte in Lateinamerika durch technopolitische Räume ihre Allianzen festigt und ihre Strategien verstärkt. In diesem Artikel analysieren wir drei Strategien rechter Gruppen, um Frauen, die politisch aktiv sind, öffentlich zum Schweigen zu bringen und zu disziplinieren:

1 Der spanische Begriff „Manosfera“ entspricht dem englischen „manosphere“ – also dem online-Milieu von Männerrechtsaktivisten, Incels, Pick-Up-Artists usw.

- 1) die Entmenschlichung, Hypersexualisierung und Objektivierung von Frauen, die sich öffentlich äußern,
- 2) die Konstruktion des Feminismus als öffentliches Feindbild und
- 3) die Koordinierung von Kampagnen zur Diskreditierung und zum *Silenciamiento* von Frauen, die sich öffentlich äußern.

Um das angestrebte Ziel zu erreichen, basiert diese Arbeit auf einem qualitativen methodischen Ansatz, der sich auf Fallstudien konzentriert. Die Kriterien für die Auswahl dieser Fälle waren: 1) die Realität feministischer Mobilisierungen; 2) die Fülle an Zeitungsartikeln und Berichten über die Fälle; und 3) das Vorliegen von Fällen, die Beweise für staatliche digitale Gewalt gegen Menschenrechtsverteidigerinnen, Aktivistinnen, Journalistinnen und Intellektuelle liefern, die sich für die Verteidigung der Rechte von Frauen einsetzen. Als Quellen für die Beweisführung stützen wir uns auf Nachrichten aus überregionalen Zeitungen und Berichte von Organisationen. Zur Analyse der Quellen stützen wir uns auf die Technik der Inhaltsanalyse (Mayring, 2000). Obwohl digitale Gewalt ein weit verbreitetes Phänomen in sozialen Netzwerken ist, konzentrieren wir uns in diesem Artikel auf digitale Gewalt gegen Frauen, die in der Politik aktiv sind oder, anders gesagt, die ihre Stimme öffentlich erheben: Aktivistinnen, Menschenrechtsverteidigerinnen, Journalistinnen oder Intellektuelle. Um die Informationen aus den Fallstudien zusammenzustellen, beschreiben wir zunächst kurz den politischen Kontext jedes Landes und veranschaulichen dann verschiedene Arten von Gewalt sowie die unterschiedlichen Auswirkungen, die diese Strategien auf die beruflichen Karrieren von Frauen hatten.

Der Artikel ist wie folgt aufgebaut: Nach der Einleitung konzeptualisieren wir im zweiten Kapitel digitale Gewalt und verorten sie in ihrer Materialität in physischen Räumen. In diesem Kapitel stellen wir auch einen Zusammenhang zwischen digitaler Gewalt und der Rechten sowie Antifeminismus her. Im dritten Kapitel präsentieren wir die Diskussion über staatliche digitale Gewalt und die Strategien der Rechten anhand von Fallstudien aus Argentinien, Brasilien und El Salvador. Zum Abschluss schlagen wir den Begriff „staatliche digitale Gewalt“ vor und geben einige Überlegungen zu gemeinsamen Entwicklungstendenzen sowie Empfehlungen für zukünftige Forschung und Maßnahmen gegen die Verletzung der Menschenrechte bestimmter Gruppen in der Region.

2. Digitale Gewalt, Antifeminismus und die Rechte in Lateinamerika

Digitale Gewalt ist keine *andere* Art von Gewalt, sondern eine *Fortsetzung* der Gewalt, der Frauen weltweit in digitalen Räumen ausgesetzt sind. In ganz Lateinamerika tauchen zunehmend Formen der Gewalt auf, die durch digitale Technologien vermittelt und in digitalen Räumen initiiert oder fortgesetzt werden. Die *Association for Progressive Communications* versteht digitale Gewalt als „geschlechtsspezifische Gewalt, die ganz oder teilweise durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien, sozialen Netzwerken und E-Mails begangen oder verschärft wird, die psychischen und emotionalen Schaden verursacht, Vorurteile verstärkt, den Ruf schädigt, wirtschaftliche Verluste verursacht, Hindernisse für die Teilnahme am öffentlichen Leben schafft und zu Formen sexueller und anderer physischer Gewalt führen kann“ (APC, 2015). Beispiele für gewalttätige Praktiken, die durch digitale Umgebungen vermittelt werden, sind: das Aufnehmen von Fotos oder Videos ohne Zustimmung, die Verbreitung von Bildern mit sexuellem Inhalt ohne Zustimmung, das Verändern von Fotos und Videos einer Person und das Hochladen auf pornografische Seiten, das Erhalten von pornografischen Bildern oder Bildern mit sexuellem Inhalt, ohne diese angefordert zu haben, sexuelle Erpressung, Androhung von Vergewaltigung, Tod oder anderem, Überwachung, Diebstahl oder Identitätsdiebstahl, falsche Freundschaften, Beleidigungen über das Aussehen, Überwachung und Stalking, diskriminierende Äußerungen, Verleumdung, technologischer Missbrauch und sexuelle Ausbeutung, Beeinträchtigung von Ausdruckskanälen, Unterlassungen seitens Akteuren mit Regulierungsbefugnissen (Barrera & Rodríguez, 2017; EIGE, 2017). Eine weitere Form digitaler Gewalt ist *Doxing*, also das Zugreifen auf private Informationen und deren Veröffentlichung, um einer Person zu schaden.

Diese Typologie der digitalen Gewalt zeigt, dass sie nicht losgelöst von Gewalt in nicht-digitalen Räumen verstanden werden kann. Gewalttätige Praktiken sind zwischen den Räumen miteinander verflochten und erklären, warum digitale Gewalt zunimmt. Statt digitale und nicht-digitale Gewalt als getrennte Phänomene zu betrachten, braucht es Studien, die ihre Kontinuitäten aufzeigen und empirisch untersuchen, wie sie das Leben von Frauen und deren Verhältnis zu Technologien beeinflussen. Um diese Aufgabe in Angriff zu nehmen, müssen wir den digitalen Raum als sozialen Raum betrachten. Genau wie im öffentlichen Raum, erleben Frauen, die sich im digitalen Raum nicht frei und sicher fühlen, Versuche, sie aus dem öffentlichen Leben auszuschließen.

In Lateinamerika herrscht eine hochgradig gewalttätige Stimmung gegenüber Frauen. Allein im Jahr 2022 gab es in der Region 4050 Feminizide (CEPAL, 2024). In Ländern wie El Salvador, das von einer konstant autoritären Rechten regiert wird, ist ein Anstieg der Feminizidrate zu verzeichnen, während Brasilien, Nicaragua und Argentinien eine vergleichsweise stabile Zahl von Feminiziden aufweisen (CEPAL, 2024). Obwohl Feminizide in der Region schon lange vor dem Aufstieg der neuen Rechten ein sichtbares Phänomen waren, lässt der aktuelle Kontext der zunehmenden Verweigerung von Frauenrechten befürchten, dass diese Form direkter Gewalt in den kommenden Jahren weiter zunehmen wird. Ein weiterer Faktor, der die geschlechtsspezifische Gewalt in der Region in den letzten Jahren verschärft hat, war die Covid-19-Pandemie. Sie hat deutlich gemacht, dass Gewalt oft nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern mit anderen Formen sozialer Ungleichheit verknüpft ist – etwa mit der Diskriminierung rassifizierter Communities und sexuellen Minderheiten, wie den LGBTI+-Communitites (Ahmed et al., 2022; Da Silva Ribeiro Gomes & Do Prá Alano, 2023).

Wie Gewalt in physischen Räumen, steht auch digitale Gewalt vor großen Herausforderungen in Bezug auf geschlechtsspezifische Gerechtigkeit. Frauen, die es wagen, digitale Gewalt anzuzeigen, werden nicht nur ignoriert, sondern auch von den Justizbehörden, die sie eigentlich verteidigen sollten, kriminalisiert. Sie werden in sozialen Netzwerken von Bots angegriffen und von der Regierung und den sozialen Netzwerken selbst, die mit ihren Daten Profit machen, zensiert. Digitale Gewalt steht in direktem Zusammenhang nicht nur mit physischer Gewalt in nicht-digitalen Räumen, sondern auch mit prekären Justizsystemen, die das Opfer kriminalisieren, um keine Ermittlungen einleiten zu müssen. Zwar erleben viele Frauen digitale Gewalt, doch Frauen, die in der Politik aktiv sind, erleben sie zudem als Mittel zur politischen Disziplinierung und zum *Silenciamiento* (Suárez & Mitrović, 2023). Daher ist digitale Gewalt gegen Frauen mit öffentlicher Stimme ein politisch motivierter Akt der politischen Ausgrenzung und muss als solcher neu konzeptualisiert werden.

Die politische Landkarte Lateinamerikas ist nicht allein durch den Aufstieg rechter Kräfte geprägt, die in mehreren Ländern – etwa in Argentinien, Brasilien, Chile und El Salvador – formelle Regierungsämter der Exekutive und Parlamente kontrollieren. Sie umfasst zugleich ein breiteres politisches Projekt, das als „neokonservativer Aktivismus“ (Vaggione & Machado, 2020) bezeichnet werden kann und auf Allianzen zwischen Regierungen und nichtstaatlichen Akteuren wie Medien, religiösen Orga-

nisationen, Abtreibungsgegner:innen, *Influencern*, politischen Stiftungen sowie Plattformen mit diskursiver Reichweite beruht (Morán Faúndes, 2023; Torres Santana, 2020). Wenn wir diese Allianzen berücksichtigen, erweitert sich die politische Landkarte der Rechten. Unabhängig davon, ob die Rechte formal an der Macht ist oder nicht, gibt es jedoch in der gesamten Region Allianzen gegen den Feminismus, die digitale Gewalt als Strategie zur Ausweitung und Gewinnung eines unpolitisierten Publikums einsetzen. Dabei ist zu beachten, dass dies nicht bedeutet, dass Antifeminismus ausschließlich der Rechten vorbehalten ist. Zwar gibt es auch in der patriarchalen Linken konservative und antifeministische Äußerungen, wie beispielsweise in Nicaragua (Kampwirth, 2008), doch sind diese weder auf regionaler Ebene artikuliert noch nehmen sie eine so zentrale Rolle ein wie im Fall einer transnationalen extremen Rechten. In diesem Artikel konzentrieren wir uns auf den Antifeminismus der Rechten, um die staatliche Gewalt zu erklären.

Mit der Zentralisierung der Kategorie Geschlecht als neuem Feindbild der Medienkampagnen in der Region, bildete sich eine neoliberale-konservative oder paläolibérale Allianz. Wie Cooper (2021) hervorhebt, lässt sich dies als Verschmelzung des Libertarismus mit dem nordamerikanischen Paläokonservatismus verstehen. Dieser versucht, die traditionelle Vorstellung von Familie mit der Unterstützung des freien Marktes zu verbinden und instrumentalisiert dabei den Feminismus, den er als Hauptbedrohung für eine idealisierte, heteronormative und patriarchale Gesellschaft darstellt. Auch wenn Antifeminismus kein neues Phänomen ist, erlaubt es die zentrale Rolle, die er im konservativen Ausdruck der extremen Rechten einnimmt, von einer neuen antifeministischen Welle zu sprechen (Bonet-Martí, 2021). Gender dient dabei als „ideologischer Klebstoff“ (Kováts et al., 2015), der es ermöglicht, das koordinierte Handeln von eigentlich unterschiedlichen Sektoren mit ähnlichen Agenden zu rechtfertigen. Der konservative Diskurs ist zudem neoliberal, da er die zentrale Bedeutung der Familie als privaten Raum nutzt, um gleichzeitig den Abbau des Staates und die Abschaffung von Rechten und des öffentlichen Raums zu rechtfertigen und einen Hyperindividualismus zu fördern (Bárcenas Barajas, 2022; Morán Faúndes, 2023; Vega Solís & Cabezas Fernández, 2022).

3. Fallstudien

Im Folgenden werden wir unser Argument zur Notwendigkeit einer Neukonzeption digitaler Gewalt als Strategie der Rechten und des Staates anhand von drei Fällen in Argentinien, Brasilien und El Salvador entwickeln. Dazu schlagen wir die folgenden drei Kategorien vor: 1) die Entmenslichung, Hypersexualisierung und Objektivierung von Frauen, die sich öffentlich äußern, 2) die Konstruktion des Feminismus als öffentliches Feindbild, 3) die Koordinierung von Kampagnen zur Diskreditierung und zum *Silenciamiento* von Frauen, die sich öffentlich äußern. Obwohl alle drei Kategorien in allen drei Fällen zum Tragen kommen, werden wir zur Vereinfachung der Argumentation jeweils nur eine Kategorie in einem Land behandeln und im Abschnitt „Diskussion“ eine allgemeine Analyse der Gemeinsamkeiten der Fälle vornehmen.

3.1 Argentinien: Die Entmenslichung, Hypersexualisierung und Objektivierung von Frauen, die sich öffentlich äußern

Argentinien hat die Gender-Ideologie und Abtreibungen zu zentralen Themen des antifeministischen Diskurses gemacht. Als das Land von einer der symbolträchtigsten feministischen Wellen der letzten Jahre geprägt wurde, insbesondere durch die historische Mobilisierung von #NiUnaMenos im Jahr 2015 und der grünen Welle für den freiwilligen Schwangerschaftsabbruch, wurde die feministische Bewegung gleichzeitig zu einem der Hauptziele der argentinischen Ultrarechten. Dies lässt sich an der Entstehung der libertären *Manosfera* erkennen, von wo aus speziell gegen Politikerinnen, Intellektuelle und Journalistinnen gerichtete Belästigungskampagnen organisiert wurden.

Zwei emblematische Fälle sind die der progressiven Abgeordneten der Stadt Buenos Aires (2019-2023) Ofelia Fernández und der feministischen Journalistin Luciana Peker. Im ersten Fall trat Fernández 2017 als Anführerin der Studierendenbewegung in die Öffentlichkeit und wurde 2019 zur jüngsten Abgeordneten der Stadt Buenos Aires gewählt. Unter den verschiedenen Forderungen dieser Studierendenbewegung stach besonders die Forderung nach einer ganzheitlichen Sexualerziehung in den Schulen hervor.

Oberti (2024) weist darauf hin, dass die Abgeordnete Ofelia Fernández seit ihrer Kandidatur für das Amt und während ihrer gesamten Amtszeit

ständig Angriffen in sozialen Netzwerken wie Instagram, YouTube und Twitter/X ausgesetzt war. Sie wurde wegen „ihres Status als junge Frau und ihrer Vergangenheit als studentische Aktivistin“ beleidigt, verfolgt aufgrund von Geschlechterstereotypen und schikaniert aufgrund ihrer politischen Positionen und ihres Einsatzes für die Rechte der Frauen, wobei die Gewalt in Zeiten von Gesetzesvorlagen mit Bezug zum Thema Geschlecht besonders hervorstach (S. 65).

Ofelia Fernández hat offen über diese Schwierigkeiten gesprochen, mit denen sie als Person des öffentlichen Lebens konfrontiert war, die nicht nur junge Frauen einer feministischen Generation, sondern auch den Progressismus repräsentierte. Das bedeutet, dass sie sich ständig Fragen zu ihrer Eignung für das Amt stellen und sogar Drohungen gegen ihre körperliche Unversehrtheit konfrontiert sehen musste, wobei sogar Beispiele aus den Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der Militärdiktatur (1976-1983) herangezogen wurden. In einem konkreten Fall wurden Drohungen in sozialen Netzwerken strafrechtlich verfolgt (DataClave, 2024). Obwohl sie derzeit kein öffentliches Amt bekleidet, bleibt sie eine sichtbare Vertreterin dieser politischen Position innerhalb des Landes.

Dies ist nicht der Fall bei Luciana Peker, die zu Beginn der aktuellen Regierung von Javier Milei Asyl in Spanien beantragen musste, nachdem sie 2023 Morddrohungen erhalten hatte. Luciana Peker ist Journalistin und eine der repräsentativsten Intellektuellen der letzten feministischen Welle in Argentinien. Mit Büchern wie „La Revolución de las Mujeres no era solo una píldora“ (2017), „Putita Golosa: por un feminismo del goce“ (2018) und „La Revolución de las Hijas“ (2019) gelangte sie zu öffentlicher Bekanntheit. Die Belästigungen gegenüber der Journalistin nahmen mit der Berichterstattung über den Fall des sexuellen Missbrauchs durch den Schauspieler Juan Darthés zu, weshalb sie seit 2019 erheblichen Online-Angriffen ausgesetzt war. Die Belästigungen steigerten sich bis hin zu Telefonterror und sogar Live-Anrufen während einer Radiosendung, zu der sie eingeladen war. Da sie keine Garantien für Schutz vor einer „organisierten Kampagne der Einschüchterung und Belästigung durch die Sicherheitskräfte der derzeitigen Regierung“ (FOPEA, n.d.) sah, beschloss sie, das Land zu verlassen. Dies geschah, weil sich herausstellte, dass die Drohungen von einer Stelle kamen, die in direkter Verbindung zur politischen und militärischen Macht stand. „Es ist kein Scherz, wenn man feststellt, dass die IP-Adresse, von der aus man angezeigt wird, aus dem Gebäude Alas de la Fuerza Aérea Argentina stammt“ (El Diario AR, 2025).

Amnesty International Argentinien wies in seinem Bericht über die ersten 100 Tage der Regierung von Javier Milei darauf hin, dass etwa 30 Journalist:innen in sozialen Netzwerken und Medien schikaniert wurden, wobei X das wichtigste Instrument der Aggression war (Amnesty International, 2024). Neben den oben beschriebenen Fällen waren mehrere andere Personen Ziel der aktuellen machistischen libertären Gewalt gegen Frauen, darunter

- die Schriftstellerin Claudia Piñero (Goñi, 2024),
- die Journalistin María O'Donnell, die von einem Beamten beleidigt und vom Präsidenten retweetet wurde, weil sie zu Recht die gewalttätige Sprache der Regierung gegenüber Zivilist:innen kritisiert hatte (La Nación, 2025),
- die feministische Journalistin Julia Mengolini, die mit *Deep Fakes* konfrontiert wurde, d. h. mit Bildern, die mit Hilfe künstlicher Intelligenz von ihr und ihrem Bruder in sexuellen Situationen erzeugt wurden (Mengolini, 2025)
- und zuletzt die Popsängerin Lali Espósito, die direkt vom Präsidenten des Landes angegriffen wurde (Castro, 2024). Sie wies darauf hin, dass die digitale Gewalt, der sie ausgesetzt war, der Höhepunkt eines Prozesses der Belästigung war, der bereits 2014 gegen sie als öffentlich agierende Feministin begann und heute den Charakter einer institutionellen Schikane annimmt, da die Trollzentren staatliche Unterstützung erhalten (Grabois, 2025).

3.2 Brasilien: Die Konstruktion des Feminismus als öffentliches Feindbild

Die gleichen Belästigungsstrategien, die in Argentinien angewendet wurden, lassen sich auch in Brasilien beobachten, wo unter der Regierung von Jair Bolsonaro (2019-2022) ein Präzedenzfall für digitale Gewalt als Mittel zur Disziplinierung von Frauen mit öffentlicher Stimme geschaffen wurde. Der Antifeminismus in Brasilien gewann durch Kampagnen gegen die sogenannte „Gender-Ideologie“ und gegen die damalige Präsidentin Dilma Rousseff vor ihrer Amtsenthebung an Stärke (Aguiar & Pereira, 2019).

In dieser reaktionären Welle ist auch die Rolle der neuen evangelikalen christlichen Rechten und des katholischen Konservatismus bei der Unterdrückung der gleichgeschlechtlichen Ehe sowie der sexuellen und reproduktiven Rechte hervorzuheben (Bonet, 2022). Frauen, die sich online als

Feministinnen positionieren, wie beispielsweise die feministische Schriftstellerin Dolores Aronovich mit ihrem Blog „Escreva Lola, Escreva“, wurden regelmäßig Opfer digitaler Belästigung (Rossi, 2019). Mit dem Aufstieg der neuen Rechten nahm die Gewalt jedoch zu und zwang Vertreter:innen des Feminismus und der LGBTI+-Bewegung, das Land zu verlassen, wie im Fall von Débora Diniz, Marcia Tiburi und Jean Wyllys (Cavalcanti, 2023).²

Débora Diniz, Anthropologin und Professorin an der Universidade de Brasília, verließ Brasilien 2018, nachdem sie wegen ihrer zentralen Rolle in der Debatte über die Entkriminalisierung der Abtreibung in Brasilien Opfer einer Belästigungskampagne geworden war. Es wurden Ausschnitte aus ihrer Rede zur Verteidigung des Rechts auf Abtreibung gemacht und ihr Bild begann in den sozialen Netzwerken zu zirkulieren. Nach dem Amtsantritt von Jair Bolsonaro weiteten sich die einschüchternden Botschaften nicht nur auf ihre Person aus, sondern es wurden auch Morddrohungen gegen Familienangehörige und die Bildungsgemeinschaft, in der sie lehrte, über soziale Netzwerke verbreitet (Rossi, 2019). Der Bundesabgeordnete Jean Wyllys traf die Entscheidung, sein Mandat im Kongress niederzulegen und das Land 2019 ebenfalls zu verlassen, da die Drohungen gegen seine Person zunahmen. Bekannt für seine Homosexualität und seine direkte Konfrontation mit Bolsonaro während der Anhörung zum Amtsenthebungsverfahren gegen Staatspräsidentin Dilma Rousseff, wurde er durch die Veröffentlichung von Memes zum Ziel digitaler Horden (Mendonça, 2019). Er ist bereits seit seinem Eintritt 2011 in die Abgeordnetenkammer Gewalt ausgesetzt war (Lopes et al., 2025).

Die feministische Philosophin Márcia Tiburi traf ebenfalls die Entscheidung, das Land zu verlassen, da die Drohungen gegen ihre Person zunahmen. Sie wurde bereits seit der Veröffentlichung ihres Buches „Como conversar com um fascista“ (2015) und später mit der Veröffentlichung von „Feminismo em comum“ (2018) zur Zielscheibe der Kritik der extremen Rechten. Die Verwendung und Entkontextualisierung ihrer Worte für die Veröffentlichung von Memes und anderen digitalen Inhalten wurde zur gängigen Praxis (Lopes & Costa, 2021). Angesichts der zunehmenden Gewalt unter der rechtsextremen Regierung von Bolsonaro, die in ihr Haus eindrang und ihr drohte, sie bei öffentlichen Veranstaltungen zu töten (Phillips, 2019), musste sie diese Entscheidung treffen. Die Schwere, mit der

2 Mit der neuen Regierung unter Lula kehrten Márcia und Wyllys nach Brasilien zurück, während Débora Diniz weiterhin in den USA lebt.

dieses Szenario interpretiert wurde, hängt nicht nur mit der extremen symbolischen Gewalt zusammen, die Teil der Kommunikationsstrategie des Bolsonarismus war, sondern auch mit der Materialisierung dieser Gewalt in Form von Feminiziden, wie im Fall der Ermordung der Aktivistin und feministischen Politikerin Marielle Franco im Jahr 2018. Der Abgeordnete Wyllys, ein Mitstreiter derselben politischen Linie, erklärte: „Die Ermordung von Marielle war ein Wendepunkt. Von da an sah ich, dass die Menschen, die dank der Anti-PT-Stimmung in Brasilien politisch aufstiegen, zu allem fähig waren, unabhängig von allem, was sonst noch geschah“ (Lopes et al., 2025).

3.3 El Salvador: Koordinierte Kampagnen zur Diskreditierung und zum *Silenciamiento* von Frauen mit öffentlicher Stimme

In El Salvador ist Abtreibung absolut strafbar, was bedeutet, dass sie selbst in Fällen, in denen sie aus medizinischen Gründen notwendig ist, unter Strafe steht (Alcaraz, 2021). Ein symbolträchtiger Fall ist der von Beatriz, die an einer Krankheit litt, die eine Schwangerschaft zu einer hohen Gefahr für ihre Gesundheit machte. Im Jahr 2013 versuchte Beatriz durch eine Verfassungsbeschwerde ihr Leben zu retten, indem sie ihre Schwangerschaft abbrechen wollte, was ihr jedoch verweigert wurde. Aufgrund der Schwangerschaft verschlechterte sich Beatriz' Gesundheitszustand erheblich und sie starb vier Jahre nach der Verweigerung der Abtreibung (Alcaraz, 2021). Der Fall wurde an den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte weitergeleitet. Im Jahr 2022 entschied das Gericht zugunsten von Beatriz und stellte fest, dass El Salvador das Recht auf persönliche Unversehrtheit und Privatsphäre von Beatriz verletzt und ihr Recht auf Gesundheit nicht gewährleistet habe, und forderte eine Entschädigung für ihre Familie (Lara & Ortiz, 2024). Organisationen, die sich für die Entkriminalisierung der Abtreibung einsetzen, argumentieren, dass Abtreibung ein Menschenrecht ist und verteidigt werden muss (Alcaraz, 2021). Trotz dieses Urteils hat El Salvador die Abtreibung nicht entkriminalisiert und verletzt damit weiterhin die Rechte der Frauen, indem es ihr Recht auf Gesundheit und persönliche Unversehrtheit nicht gewährleistet.

Im Gegenteil: El Salvador kriminalisiert weiterhin Frauen, die aus gesundheitlichen Gründen abgetrieben haben. Allein zwischen 1998 und 2019 wurden 181 Frauen wegen unfreiwilliger Abtreibung verurteilt (Nochebuena, 2023). Im Jahr 2022, bereits unter der Regierung von Nayib Bukele und

nach dem Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte, wurde eine Frau zu 30 Jahren Haft verurteilt (BBC News, 2022).

Organisationen, Aktivist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen leisten rechtliche und psychologische Unterstützung und setzen ihre Proteste auf den Straßen fort, um Abtreibung zu entkriminalisieren. Allerdings werden auch sie in den sozialen Netzwerken angegriffen und sind Opfer von Verleumdungs- und Diffamierungskampagnen, mit denen versucht wird, sie zum Schweigen zu bringen (IM Defensoras, 2022). Dies geschieht sowohl durch Behörden als auch durch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (Puente, 2021). Im Jahr 2022, während mehrerer Proteste gegen die Verurteilung einer weiteren Frau zu einer Gefängnisstrafe aufgrund einer Fehlgeburt, gaben Menschenrechtsverteidiger:innen, Journalist:innen und Aktivist:innen eine öffentliche Erklärung ab. Darin verurteilten sie die staatlichen Akte digitaler Gewalt und forderten die Behörden auf, Verantwortung für die Verbrechen gegen Frauen mit öffentlicher Stimme zu übernehmen, wie es in den geltenden Vorschriften vorgesehen ist (IM Defensoras, 2022).

Es ist wichtig zu berücksichtigen, dass Bukele nach seinem Amtsantritt im Jahr 2019 Allianzen mit radikalen rechten und ultrakonservativen Akteuren geschlossen hat, um politische Unterstützung zu gewinnen und an der Macht zu bleiben. In seiner zweiten Amtszeit als Präsident festigt Bukele diese Allianzen auf internationaler Ebene. Ein deutliches Beispiel dafür ist das Bündnis mit der US-amerikanischen Rechten, das mit Bukeles Besuch im Weißen Haus zur Zusammenarbeit beim Projekt der Abschiebung von Migrant:innen besiegelt wurde (Correal & Baskar, 2025). Dies hat Bukele Legitimation für sein hartes Vorgehen gegen die Kriminalität verschafft, obwohl seine Politik aufgrund systematischer Menschenrechtsverletzungen umstritten ist. Das gleiche gilt für Brasilien mit Bolsonaro und dem Bündnis mit konservativen religiösen Kreisen. Diese Bündnisse führen dazu, dass Verpflichtungen eingegangen werden und diese Akteure mehr Einfluss auf die politische Agenda haben. Eine Untersuchung zu diesem Thema zeigt, wie Bukele eine Maschinerie zur Manipulation von Informationen und zur Bekämpfung von Kritiker:innen durch Trolle und soziale Netzwerke aufgebaut hat, um kritische Stimmen gegen sein Regime zu unterdrücken (Kinosian, 2022).

4. Diskussion: Die Strategien des Antifeminismus der Rechten und digitale Gewalt durch den Staat

Die beschriebenen Praktiken digitaler Gewalt gegen Frauen zeigen, dass digitale Gewalt nicht nur Auswirkungen auf die Körper, sondern auch die politischen Laufbahnen der Betroffenen hat (Suárez et al., 2024). Digitale Gewalt ist heute kein organisches und isoliertes Phänomen mehr. Die Fälle aus Argentinien, Brasilien und El Salvador belegen, dass Frauen mit öffentlicher Stimme koordinierte digitale Gewalt in Form von viralen Hassreaktionen auf öffentliche Anzeigen in sozialen Netzwerken, organisierte Angriffe, Spionage durch staatliche Organisationen und Verleumdungskampagnen erfahren. Zudem kommt es zur Vertreibung und Zerstörung von Meinungsäußerungsräumen auf Websites oder in sozialen Netzwerken von Aktivist:innen, Organisationen und Medien, die sich als feministisch verstehen. Diese Form von Gewalt zielt darauf ab, sie wegen ihrer politischen Aktivitäten zum Schweigen zu bringen und einzuschüchtern. So wird digitale Gewalt als Mechanismus der politischen Disziplinierung eingesetzt (Suárez & Mitrović, 2023).

In diesem Artikel haben wir mindestens drei Strategien diskutiert. Die erste betrifft den Fall Argentiniens, wo Frauen, die sich öffentlich äußern, entmenslicht, hypersexualisiert und objektiviert werden, um ihre politische Beteiligung zu diskreditieren. Der Fall Brasiliens belegt, dass der Feminismus als öffentliches Feindbild konstruiert wird, das von verschiedenen Gruppen und Akteuren des Staates gemeinsam bekämpft werden muss. Dies hat konkrete Folgen für das Leben von Aktivist:innen: Wer nicht ins Exil geht, bleibt im eigenen Land oft massiv bedroht und läuft Gefahr, getötet zu werden – so wie im Fall von Marielle Franco in Brasilien. In El Salvador kommt es systematisch zu Menschenrechtsverletzungen – sowohl gegenüber Frauen, die unfreiwillig abtreiben, als auch gegenüber Aktivistinnen, die sich für die Entkriminalisierung der Abtreibung einsetzen. Diese werden durch Verleumdungskampagnen und moralische Panikmache legitimiert, ähnlich wie im Fall Brasiliens (Lopes et al., 2025).

Obwohl die Fälle Besonderheiten aufweisen, lassen sich auch Zusammenhänge zwischen ihnen und den drei Strategien feststellen. Alle drei Fälle zeigen eine politische Disziplinierung von Aktivist:innen, Journalist:innen und Intellektuellen, die vor allem in sozialen Netzwerken stattfindet. Ein wichtiger Faktor dieser Disziplinierung ist die Art und Weise, wie Regierungen in Kommunikationsguerillas und Bot-Farmen investiert haben, um gegen die Agenda der Menschenrechte zu kämpfen: reproduktive

Rechte, sexuelle Vielfalt oder das Recht auf ein sicheres Leben für Frauen (Alvares, 2018; Kinoshian, 2022). Die ständigen Angriffe auf ihre Fähigkeiten und ihre Körper sollen anderen Frauen eine Lektion erteilen, damit sie sich nicht politisch engagieren.

Darüber hinaus belegen alle drei Fälle eine klare antifeministische Kommunikationspolitik des Staates, die durch digitale Technologien, sowohl zur Verbreitung von Hassreden, als auch zur Überwachung der politischen Aktivitäten von Frauen verstärkt wird. In allen drei Fällen lässt sich eine systematische Verletzung der Menschenrechte von Frauen beobachten. Betroffen sind insbesondere das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper, die freie Meinungsäußerung, die sichere Ausübung ihres Berufs – etwa im Bereich kritischer Berichterstattung und intellektueller Arbeit – sowie das Recht auf politische, öffentliche Teilhabe und auf ein Leben ohne Gewalt. Obwohl einige Autor:innen die Rolle digitaler Gewalt als Strategie der Rechten bereits hervorgehoben haben (Bonet, 2022), wurde der digitalen Gewalt als politisches und vom Staat organisiertes Phänomen bisher nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Das liegt daran, dass digitale Gewalt oft nur als Form geschlechtsspezifischer Gewalt verstanden wird – ohne Bezug zu den politischen Aktivitäten von Frauen und ohne Berücksichtigung der Rolle staatlicher Akteure. Anhand der hier diskutierten Fälle tragen wir zur Konzeptualisierung digitaler Gewalt als staatliches Phänomen bei. Zusätzlich zu den auf die Fälle angewandten Strategien haben wir aufgezeigt, wie Milei, Bolsonaro und Bukele durch die Schaffung von Trollfabriken eine Politik der Schikane gegen Aktivist:innen mobilisieren, die eindeutig die Menschen- und politischen Rechte von Frauen mit öffentlicher Stimme verletzen. Dies ermöglicht es ihnen, Allianzen mit anderen rechten Akteuren zu ihren politischen Interessen zu schmieden.

Hinzu kommt das, was als „Ehe“ zwischen den Technologie-Eliten des Silicon Valley und der amerikanischen extremen Rechten bezeichnet wurde (Klein & Taylor, 2025). Diese Allianz kommt in der Art und Weise zum Ausdruck, wie Inhalte in sozialen Netzwerken moderiert werden. Die Plattformen ignorieren die Löschung von Inhalten, die Frauen mit öffentlicher Stimme unterdrücken und eindeutig gegen die Menschenrechte verstoßen (DeCook et al., 2022; Suzor et al., 2019).

5. Schlussfolgerungen

Ziel dieses Artikels war es, digitale Gewalt als staatliche Gewalt neu zu konzeptualisieren. Anhand der Fälle Argentinien, Brasiliens und El Salvadors haben wir drei antifeministische Strategien der Rechten herausgearbeitet. Diese Strategien zielen erstens auf die Entmenschlichung und Objektivierung von Frauen mit öffentlicher Stimme, zweitens auf die Konstruktion des Feminismus als öffentliches Feindbild und drittens auf die Koordinierung von Belästigungskampagnen ab. Ziel ist es, jene Stimmen zu disziplinieren und zum Schweigen zu bringen, die für die Menschenrechte von Frauen und Diversitäten kämpfen. Dieser Artikel trägt dazu bei, das Konzept der digitalen Gewalt als politisches Phänomen zu fördern, das mit rechten Bewegungen und dem Einsatz von Technologien zur Verstärkung ihrer Agenda verbunden ist. Die drei Fälle zeigen, dass es sich um eine in der Region fest verankerte Strategie handelt, den Feminismus als gemeinsamen Feind darzustellen, den es zu bekämpfen gilt. Diese Strategie kommt nach Protesten oder öffentlichen Aktionen zur Verteidigung der Menschenrechte von Frauen zum Tragen, wie beispielsweise bei Protesten für das Recht auf Abtreibung in Argentinien und El Salvador. Eine weitere Strategie besteht in der Schaffung koordinierter Kampagnen, um Journalist:innen und Intellektuelle in sozialen Netzwerken anzugreifen. Dabei werden Entmenschlichung, Hypersexualisierung und Objektivierung von Frauen gezielt eingesetzt, um ihre politischen Aktionen zu diskreditieren. Alle drei Fälle zeigen, dass mit dem Aufkommen der sozialen Netzwerke, aber auch neuer Technologien wie der künstlichen Intelligenz, die antifeministischen Bewegungen ihren Aktionsradius und ihre Kommunikationsstrategien erweitert haben. Insbesondere mit der Entwicklung von *Deep Fakes* hat der rechte Antifeminismus in der Technologie einen Weg gefunden, weiter an Boden zu gewinnen. Die drei Fälle zeigen, dass mehr Forschung zu Antifeminismus der Rechten und digitalen Technologien erforderlich ist, um das Problem der digitalen Gewalt des Staates gegen Frauen mit öffentlicher Stimme umfassender anzugehen. Ebenso sind weitere Arbeiten erforderlich, die digitale Gewalt als staatliche Gewalt mit klaren antifeministischen Strategien betrachten, d. h. als Gewalt gegen die Menschenrechte wie Abtreibung, freie Meinungsäußerung, intellektuelle Betätigung und kritischen Journalismus. Das umfasst generell die Verletzung der Rechte auf politische Teilhabe von Frauen und sexuellen Minderheiten und damit der Demokratie.

6. Literatur

- Aguiar, B. S. D., & Pereira, M. R. (2019). O antifeminismo como backlash nos discursos do governo Bolsonaro. *Agenda Política*, 7(3), 8-35.
- Ahmed, N., Marriott, A., Dabi, N., Lowthers, M., Lawson, M., & Mugehera, L. (2022). Inequality kills: The unparalleled action needed to combat unprecedented inequality in the wake of COVID-19. Oxfam. <https://doi.org/10.21201/2022.8465>.
- Alcaraz, F. (2021). Ante la prohibición del aborto en El Salvador, ellas luchan por la libertad y la despenalización social. *LatFem*. <https://latfem.org/ante-la-prohibicion-del-aborto-en-el-salvador-ellas-luchan-por-la-libertad-y-la-despenalizacion-social/>.
- Alvares, C. (2018). Online staging of femininity: Disciplining through public exposure in Brazilian social media. *Feminist Media Studies*, 18(4), 657-674.
- Amnistía Internacional. (2021). México: La era de las mujeres: Estigma y violencia contra mujeres que protestan (p. 52). Amnistía Internacional.
- Amnistía Internacional. (2024). Muteadas: El impacto de la violencia digital contra las periodistas.
- APC. (2015). Technology-related violence against women. A briefing paper. Association for Progressive Communications.
- Bárceñas Barajas, K. (2022). Introducción: Coordenadas de los movimientos antigénero en América Latina. In K. Bárceñas Barajas (Ed.), *Movimientos antigénero en América Latina: Cartografías del neoconservadurismo* (Primera edición, pp. 7-46). Universidad Nacional Autónoma de México, Instituto de Investigaciones Sociales.
- Barrera, L., & Rodríguez, C. (2017). La violencia en línea contra las mujeres en México (p. 63). *Luchadoras*. <https://luchadoras.mx/informe-onu/>.
- BBC News. (2022). Condenan a 30 años de prisión en El Salvador a una mujer por un “aborto involuntario”. *BBC News Mundo*. <https://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-61401436>.
- Bonet, J. (2022). Antifeminismo. Una forma de violencia digital en América Latina. *Nueva Sociedad*, Noviembre-diciembre (302), 35-44.
- Bonet-Martí, J. (2020). Los antifeminismos como contramovimiento: Una revisión bibliográfica de las principales perspectivas teóricas y de los debates actuales. *Tekno-kultura. Revista de Cultura Digital y Movimientos Sociales*, 18(1), 61-71. <https://doi.org/10.5209/tekn.71303>.
- Bracke, S., & Paternotte, D. (2018). *Habemus género! La Iglesia Católica y la “ideología de género”*. Abia. <https://www.sxpolitics.org/spwprojects/gpal/uploads/ebook-2018-17122018.pdf>.
- Carreras, J. (2019). Neoderechas y antifeminismo. *Viento Sur*, Octubre (166), 51-69.
- Castro, M. (2024). Lali vs. Milei: Así fue la polémica en Argentina por los ataques del presidente contra la cantante. *CNN*. <https://cnnespanol.cnn.com/2024/02/17/lali-mil-ei-polemica-argentina-ataques-presidente-cantante-orix>.
- Cavalcanti, C. (2023). A “narrativa do novo exílio” no Brasil de Bolsonaro memórias e táticas de uma vivência em rede. *Comunicação Midiática*, 18(2), 110-128.

- CEPAL. (2024). *Violencia Feminicida en Cifras América Latina y el Caribe* (No. Boletín 3).
- Chenou, J.-M., & Cepeda-Másmela, C. (2019). #NiUnaMenos: Data activism from the Global South. *Television & New Media*, 20(4), 396–411. <https://doi.org/10.1177/1527476419828995>.
- Cooper, M. (2021). The alt-right: Neoliberalism, libertarianism and the fascist temptation. *Theory, Culture & Society*, 38(6), 29–50. <https://doi.org/10.1177/0263276421999446>.
- Correal, A., & Baskar, P. (2025). How El Salvador is reaping rewards from Trump's deportation agenda. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2025/07/10/world/americas/trump-migrants-el-salvador-bukele.html>.
- Da Silva Ribeiro Gomes, S., & Do Prá Alano, R. (2023). Feminismo contra a criminalização do aborto: El Salvador e a pandemia de covid-19. *Novos Rumos Sociológicos*, 11(19), 36–63. <https://doi.org/10.15210/norus.v11i19.25128>.
- DataClave. (2024). Confirman procesamiento a una persona que agredió por redes sociales a Ofelia Fernández. *DataClave*. https://www.dataclave.com.ar/poder/confirmar-procesamiento-a-una-persona-que-agredio-por-redes-sociales-a-ofelia-fernandez_a66291a841fa381fd05c665df.
- DeCook, J. R., Cotter, K., Kanthawala, S., & Foyle, K. (2022). Safe from “harm”: The governance of violence by platforms. *Policy & Internet*, 14(1), 63–78. <https://doi.org/10.1002/POI3.290>.
- EIGE. (2017). *Cyber violence against women and girls* (p. 11). European Institute for Gender Equality. <https://eige.europa.eu/publications/cyber-violence-against-women-and-girls>.
- El Diario AR. (2025). La periodista Luciana Peker denunció que se fue del país porque recibió amenazas vinculadas al poder político y militar. *eldiarioAR.com*. https://www.eldiarioar.com/politica/periodista-luciana-peker-denuncio-pais-recibio-amenazas-vinculadas-politico-militar_1_12215792.html.
- FOPEA. (n.d.). Periodistas Amenazadas: Luciana Pecker, solicitante de asilo. <https://periodistasamenazadas.fopea.org/testimonio/16/>.
- Gago, V. (2020). La potencia feminista: O el deseo de cambiarlo todo. *Tinta Limón ediciones*.
- García-González, L., & Guedes, B. (2020). Memes de Internet y violencia de género a partir de la protesta feminista #UnVioladorEnTuCamino. *Revista Virtualis* 11(21), 109–136.
- Goni, U. (2024). ‘All feminists are under attack’: Ultra-right threat in Milei’s Argentina forces writer into exile. *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/global-development/2024/jan/08/feminists-under-attack-ultra-right-threat-milei-argentina-writer-exile-luciana-peker>.
- Grabois, J. (Director). (2025). *Inteligencia artificial y violencia estatal* [Video recording]. <https://www.youtube.com/watch?v=JD2s10uSSA4>.
- IM Defensoras. (2022). [PRONUNCIAMIENTO] En El Salvador, la violencia digital es violencia de Estado. *IM-Defensoras*. <https://im-defensoras.org/2022/10/pronunciamento-en-el-salvador-la-violencia-digital-es-violencia-de-estado/>.

- Kampwirth, K. (2008). Abortion, antifeminism, and the return of Daniel Ortega: In Nicaragua, leftist politics? *Latin American Perspectives*, 35(6), 122–136.
- Kinosian, S. (2022). Trolls, propaganda and fear stoke Bukele's media machine in El Salvador [Reuters]. *Disinformation Machine*. <https://www.reuters.com/investigates/special-report/el-salvador-politics-media/>.
- Klein, N., & Taylor, A. (2025). The rise of end times fascism. <https://naomiklein.org/the-rise-of-end-times-fascism/>.
- Kováts, E., Poim, M., & Pető, A. (2015). Gender as symbolic glue: The position and role of conservative and far-right parties in the anti-gender mobilizations in Europe. *Foundation for European Progressive Studies*.
- La Nación. (2025). Milei compartió un tuit de su funcionario Santiago Oría con varios insultos a la periodista María O'Donnell tras una editorial crítica. *La Nación*. <https://www.lanacion.com.ar/politica/santiago-oria-descalifico-a-maria-odonnell-por-una-editorial-critica-de-milei-y-la-periodista-salio-nid30062025/>.
- Lara, L., & Ortiz, A. (2024). Beatriz vs El Salvador: La Corte IDH falló por primera vez en un caso sobre aborto. *El Espectador*. <https://www.elespectador.com/genero-y-diversidad/beatriz-vs-el-salvador-la-corte-idh-fallo-por-primera-vez-en-un-caso-sobre-aborto/>.
- Laudano, C. N. (2019). Ni una menos en Argentina: Activismo digital y estrategias feministas contra la violencia hacia las mujeres. In G. Nathansohn & F. Rovetto (Eds.), *Internet e feminismos: Olhares sobre violências sexistas desde a América Latina* (pp. 149–173). EDUFBA.
- Lopes, F. T., & Costa, A. D. S. M. D. (2021). Political exile in the post-2019 Brazilian context: History of exile and work-existence/resistance of a Brazilian intellectual. *Cadernos EBAPE.BR*, 19(2), 307–324. <https://doi.org/10.1590/1679-395120200038>.
- Lopes, F. T., Schneider Marques, T. C., & Dalmaso-Junqueira, B. (2025). O conservadorismo no Brasil pós-2016 e o exílio enquanto um mecanismo de exclusão política-moral: Reflexões a partir da história de vida de Jean Wyllys. *Civitas: revista de Ciências Sociais*, 25(1), e45939. <https://doi.org/10.15448/1984-7289.2025.1.45939>.
- Mahtani, N. (2024). Condena internacional a El Salvador por negar el aborto a una mujer. *El País América*. <https://elpais.com/america/2024-12-20/la-corte-idh-determina-que-el-salvador-cometio-violencia-obstetrica-contr-a-una-mujer-a-la-que-le-negar-on-el-aborto.html>.
- Mayring, P. (2000). Qualitative Content Analysis. *Forum: Qualitative Social Research*, 1(2), 1–10.
- Mendonça, H. (2019). Ameaças de morte levam Jean Wyllys a desistir de mandato para deixar o Brasil. *El País Brasil*. https://brasil.elpais.com/brasil/2019/01/24/politica/1548364530_154799.html.
- Mengolini, J. (2025). Un objetivo simple y brutal. *Revista Anfibia*. <https://www.revistaanfibia.com/julia-mengolini-un-objetivo-simple-y-brutal/>.
- Morán Faúndes, J. M. (2023). ¿De qué hablan cuando hablan de “ideología de género”? La construcción del enemigo total. *Astrolabio*, 30, 177–203. <https://doi.org/10.55441/1668.7515.n30.32465>.

- Nochebuena, M. (2023). El Salvador ha criminalizado a 181 mujeres que tuvieron abortos; siete aún enfrentan procesos penales. *Animal Político*. <https://animalpolitico.com/internacional/salvador-criminalizado-mujeres-abortos-procesos-penales>.
- Oberti, A. (2024). Violencia de género en el ámbito de la política en Argentina. Discursos y prácticas antifeministas. *Revista Trilhas da História*, 13(27), Article 27. <https://doi.org/10.55028/th.v13i27.21326>.
- Phillips, D. (2019). New generation of political exiles leave Bolsonaro's Brazil "to stay alive". *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/world/2019/jul/11/brazil-political-exiles-bolsonaro>.
- Puente, L. (2021). OUDH presenta informe sobre vulneraciones a defensores de derechos humanos en El Salvador. *Noticias de El Salvador - elsalvador.com*. <https://historico.elsalvador.com/historico/858535/oudh-abuso-de-poder-vulneraciones-defensores-derechos-humanos-el-salvador.html>.
- Ramírez Morales, M. D. R., & Felitti, K. (2020). Pañuelos verdes por el aborto legal: Historia, significados y circulaciones en Argentina y México. *Encartes*, 3(5), 111–145. <https://doi.org/10.29340/en.v3n5.132>.
- Rossi, M. (2019). Debora Diniz: "Não sou desterrada. Não sou refugiada. Qual é a minha condição?" *El País Brasil*. https://brasil.elpais.com/brasil/2019/02/22/politica/1550871025_250666.html.
- Segato, R. (2016). La guerra contra las mujeres. *Traficantes de Sueños*.
- Serrano, F. (2021). Políticas antigénero en América Latina: Resúmenes de los estudios de caso nacionales. *Observatorio de Sexualidad y Política (SPW)*. <https://sxpolitics.org/GPAL/uploads/E-book-Resumos-ES-08092021.pdf>.
- Suárez, M., & Mitrović, M. (2023). Digital violence as affective disciplining after feminist protests. The case of #NotLikeThatLadies! In J.-P. Voß, N. Rigamonti, M. Suárez, & J. Watson (Eds.), *Sensing Collectives. Aesthetic and Political Practices Intertwined* (pp. 255–276). transcript.
- Suárez, M., Zentgraff, L., & Juárez, Y. (2024). The vicious spiral of violence and resistance: Backlash and hate speech against feminism in Brazil and Mexico. In *Violencias y Desigualdades de Género en América Latina*. CLACSO.
- Suzor, N., Dragiewicz, M., Harris, B., Gillett, R., Burgess, J., & Van Geelen, T. (2019). Human Rights by Design: The Responsibilities of Social Media Platforms to Address Gender-Based Violence Online. *Policy & Internet*, 11(1), 84–103.
- Torres Santana, A. (Ed.). (2020). *Derechos en riesgo en América Latina: 11 estudios sobre grupos neoconservadores* (Primera edición). Oficina Región Andina, Fundación Rosa Luxemburg; Ediciones Desde Abajo.
- Vaggione, J. M., & Machado, M. D. D. C. (2020). Religious patterns of neoconservatism in Latin America. *Politics & Gender*, 16(1), E2. <https://doi.org/10.1017/S1743923X2000082>.
- Vega Solís, C., & Cabezas Fernández, M. (Eds.). (2022). *La reacción patriarcal: Neoliberalismo autoritario, politización religiosa y nuevas derechas*. Bellaterra Edicions.

Weiß Gott, wie rechts die Mitte ist...: religiöse Identitätspolitik im Neoliberalismus

Heinrich Schäfer

1. Einleitung

Gott wird's wohl wissen, wie rechts die Mitte ist, aber sehr wenig Interesse an unserer politischen Geometrie von „Rechts, Mitte, Links“ haben. Es geht ihm – ausweislich des Neuen Testaments – eher um den leidenden Nächsten. Für uns gewöhnlich Sterbliche hat diese einfache Geometrie indes einen gewissen Nutzen – vor allem, wenn man sich selbst zur Mitte zählt und gesellschaftliche Gegner als „rechts“ oder „links“, bzw. als „extrem“ (dis-) qualifizieren möchte. Für die Forschung erscheint dieses rhetorische Kampfkontinuum nicht besonders nützlich. Die empirische Untersuchung religiöser Bewegungen in (den USA und) Lateinamerika¹ kann möglicherweise neue Einsichten beitragen.

Das politische Kontinuum zwischen rechts und links kann auf Zeiten des Systemgegensatzes Kapitalismus vs. Kommunismus noch mehr oder weniger sinnreich angewendet werden. Was die religiöse Praxis in Lateinamerika betrifft, wurde deren Dynamik vor allem von der katholischen Institution und deren offiziellen Beziehungen zum Staat bestimmt. Katholische Gruppierungen mit gewissen – eben „rechten“ bzw. reaktionären² – Interessen mussten sich der Institution gegenüber verhalten. Das lief auf kirchlich legitimierte Sub-Institutionen bzw. Organisationen hinaus wie etwa das *Opus Dei* oder auch verschiedene katholische Geheimbünde.. Das Gewicht der Institutionalität war seinerseits, erstens, abhängig von der verfassungsmäßigen Position der katholischen Kirche – also geringer nach den liberalen Verfassungsreformen im 19. und 20. Jahrhundert. Und

1 Nach über 40 Jahren Forschung und Publikationen im Feld verweise hier summarisch auf mein letztes Buch: Schäfer, 2021. Die weiterführenden Überlegungen in diesem Artikel beruhen zum großen Teil auf den Analysen in dem genannten Buch. Dort auch die entsprechende Sekundärliteratur.

2 Mit dem Begriff „reaktionär“ bezeichne ich – nicht ganz fern von der Verwendung des Begriffs in der französischen Revolution – eine Praxis, die mit den Mitteln von vorgestern die Probleme von morgen adressiert.

zweitens steigt oder sinkt die Bedeutung von religiöser Institutionalität für politische Positionierung relativ zur Zunahme des Protestantismus in den lateinamerikanischen Gesellschaften.

Beide Prozesse, der politische und der religiöse, laufen seit etwa Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts auf eine Pluralisierung der Gesellschaften hinaus. Es entwickelt sich also zum einen ein politischer Markt der Parteien, sozialen Bewegungen und Initiativgruppen; und zum anderen ein religiöser Markt von verschiedenen religiösen Institutionen, Bewegungen und Initiativen. Institutioneller Zwang weicht der Mitgliederwerbung und Bereitstellung von praktischen Alternativen – was man etwa an der Etablierung nicht-katholischer Friedhöfe in der liberalen Epoche beobachten kann.

Religiöse Praxis – ähnlich die politische – wandelt sich zwischen den 1950er Jahren und heute von einer objektiven Angelegenheit der Zugehörigkeit zu einer Institution (der katholischen Kirche) und ihrer Sub-Gruppierungen (etwa *Opus Dei*) zu einer der subjektiven Überzeugung, also des Habitus. Diese Tatsache erklärt auch, warum für die Analyse aktueller Praxis identitätspolitische Strategien von größerer Bedeutung sind als institutionelle Zugehörigkeit. Die Mobilisierungsformen haben sich gewandelt. Somit ist von größerer Bedeutung für die Klassifikation der beobachteten Praxis eine Differenzierung religiöser Akteure nach Habitusformationen, wie sie weiter unten knapp skizziert wird, z.B. als MANAGEMENT oder JENSEITSERWARTUNG (Schäfer, 2021, S. 41 ff.).

Es stellt sich die Frage nach einem Kriterium für eine „rechte“ religiöse Praxis, die – unter den Augen des Allmächtigen – auch in der „Mitte“ praktiziert werden kann. In der institutionsgebundenen Praxis bis 1990 diene als Kriterium im Wesentlichen der Grad des klerikalen Autoritarismus und des Antikommunismus. Im Blick auf die vorwiegend marktförmige Praxis in Politik und Religion nach 1990 fährt man m.E. besser mit einem formal definierten Fundamentalismusbegriff, wie er weiter unten skizziert wird.

Diese Überlegungen lassen es geraten erscheinen, im vorliegenden Artikel anfangs knapp die Praxis religiös und politisch reaktionärer Kräfte in der Vergangenheit zu umreißen, dann ebenfalls stichwortartig einige theoretische Überlegungen anzustellen, um schließlich die aktuelle Lage zu beleuchten.

2. Die alte religiöse Rechte: Diktaturen und Geheimbünde

2.1 Laizität

Wie bereits angedeutet, ist es für den Modus der Verbindung von Politik und religiöser Praxis bedeutsam, in welchem Maße laizistische Verfassungen auf nationaler Ebene durchgesetzt werden konnten (Schäfer, 2021, S. 593 ff.). Ein niedriger Grad an Laizität wie etwa in Costa Rica, Paraguay, Argentinien oder Kolumbien indiziert einen starken und lang andauernden, oft auch offiziellen, Einfluss der katholischen Institution auf das politische System; in Kolumbien z.B. bis zur Verfassungsreform von 1991. Das erst in Entstehung befindliche religiöse Feld – umkämpft zwischen wenigen Protestanten, Indigenen und Katholiken – stand noch unter der Hegemonie der katholischen Amtskirche. Deren institutionelles Gewicht als Gegenüber zum Staat führte im zwanzigsten Jahrhundert in verschiedenen Fällen – nicht zuletzt in Argentinien – zu einer Kollaboration zwischen der kirchlichen Hierarchie und Diktaturen der Nationalen Sicherheit; oder auch zur Opposition wie etwa in Brasilien und teilweise auch in Chile. Länder wie Guatemala, Venezuela, Brasilien, Bolivien oder Uruguay verzeichneten dagegen mit frühen liberalen Regierungen (z.B. Guatemala mit Barrios, 1873 bis 1885) einen geringeren Einfluss der katholischen Institution und eine stärkere Position von agnostischen Bewegungen (Uruguay) oder Protestanten (Guatemala). Brasilien ist hier insofern ein Sonderfall, als die Abschaffung der katholischen Staatsreligion (1891) später gewissermaßen „com jeito“, mit Augenzwinkern, praktiziert wurde (keine Verstaatlichung kirchlichen Besitzes, umfassende Steuerprivilegien etc.), so dass der Katholizismus zunächst Gewicht behielt – und später Protestanten wegen mangelnder Trennung von Religion und Politik großen Einfluss gewinnen konnten. Mexiko ist in Hinsicht auf Laizität ein Fanal scharfer Trennung von Staat und Kirche, Politik und Religion. Seit Benito Juárez und, vor allem, seit der revolutionären Verfassung von 1917 kann bis zum Religionsgesetz von 1992 von einem „juristischen Verschwinden“ (Blancarte, 2019, S. 84 f.) der Religion aus der mexikanischen Politik gesprochen werden – wenngleich die katholische Volksfrömmigkeit insbesondere in den unteren Schichten von großer Bedeutung war und ist. In der mexikanischen Politik hat somit die katholische Institution eine deutlich geringere Bedeutung als in anderen Ländern Lateinamerikas. Die Öffnung konservativer Regierungen Mexikos (Fox, Calderón) zur katholischen Hierarchie hat zugleich zu

einer Öffnung des religiösen Feldes für die protestantische Konkurrenz geführt.

Der Grad der Laizität bildet im Blick auf alte religiöse Reaktionäre freilich nur einen weiten Rahmen für die Zuordnung einiger Beispiele von Strategien. Zwei religiös-politische Akteure seien dabei besonders fokussiert: offizielle kirchliche Eliten und parakirchliche Organisationen.

2.2 Amtskirche

Während des zwanzigsten Jahrhunderts und besonders im Kalten Krieg prägte die Konfrontation zwischen dem Westen und der Sowjetunion die politische Position der katholischen Kirche weltweit. Sowohl der Atheismus des Marxismus-Leninismus als auch dessen Fundamentalkritik am Kapitalismus waren für die Haltung der Kirche rote Tücher. Für das politische Handeln der Institution war die Kapitalismuskritik entscheidend, nicht zuletzt wegen der engen (oft familiären) Verflechtungen der traditionellen Oberschicht mit der kirchlichen Hierarchie. (*Ein Sohn jeder Familie machte für gewöhnlich als Priester Karriere.*) Eine nicht rechtsextreme Strategie des politischen Katholizismus war die Gründung christdemokratischer Parteien (z.B. Brasilien 1945, Venezuela 1946, Argentinien 1954, Chile 1957) sowie bereits 1947 der *Organización Demócrata Cristiana de América*. (Bohoslavsky 2025) In dieser Linie arbeiteten die Jesuiten, nicht zuletzt mit der Gründung von Universitäten, wie etwa der *Javeriana* in Bogotá oder die *Universidades Centroamericanas* in Nicaragua, El Salvador und Guatemala (*Rafael Landívar*). Und schließlich folgte aus einer tendenziell marxistischen Interpretation der sozialen Gegensätze die Theologie der Befreiung in ökumenischer Zusammenarbeit mit Protestanten (Schäfer, 2021, S. 425 ff.).

Viele Bischöfe, Kardinäle und Theologen standen in hartem Kontrast zu dieser Entwicklung. Deren religiös-konservative Grundhaltung kippte nicht selten im Kontext der Diktaturen der Nationalen Sicherheit in den 1960er bis 1980er Jahren in offene Kollaboration mit Folterern und Mördern.

Ein Beispiel dafür ist Argentinien (Fermin, 1986). Hatte es schon während der Diktatur von 1966 bis 1973 gute Beziehungen zwischen Kirche und Staat gegeben, so wurden sie ab 1976 unter Videla stark ausgebaut. Im Gegensatz zu katholischen Bewegungen „von unten“ wie etwa *Justicia y Paz* stellten sich die weitaus meisten Mitglieder der Hierarchie in der Tradition

des spanischen Nationalkatholizismus auf die Seite der Diktatur: foltern und morden für die „christliche Zivilisation“ und gegen den „Kommunismus“. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass die leitenden Figuren des Episkopats schon vor dem Staatsstreich informiert waren. Als eine Protestwelle wegen der vielen Entführungen und Folterungen losbrach, schwieg das Episkopat (ca. 80 Personen) bis auf drei Bischöfe. Dagegen wurde mit institutioneller Autorität die Selbstproklamation der Diktatur als „christlich“ legitimiert, anstatt eben diese Autorität zur Kritik zu nutzen. In besonderem Maße kam die institutionelle Verflechtung bei den Militärkaplanen zur Geltung, die nicht nur Folter und geheime Erschießungen rechtfertigten, sondern auch den Folterern zur Beseitigung etwaiger Gewissensbisse zur Verfügung standen. 1977 äußerten sich die Bischöfe verhalten kritisch – aber an den Fakten zweifelnd –, benannten aber nicht die Verantwortlichen. Zwar wurde die katholische Kirche vom Staat nur mit Privilegien „unterstützt“ (Verfassung, 1853), was aber im Zusammenspiel mit einem nationalkirchlichen und antikommunistischen Habitus reichte, um die Herrschaft der Diktatur zu befürworten.

„Gott ist auch ein Nationalist, und ich weiß das!“, so angeblich Hugo Banzer 1978 (Estremadoiro, 2025). Also Banzers Putsch 1971 auch Gottes Wille – und zugleich Ergebnis der Unterstützung der Militärs durch das katholische *Ejército Cristiano Nacionalista*. Der offizielle Katholizismus, in Bolivien Staatsreligion von 1826 bis 2009, stand auch in der Diktatur auf Seiten der Regierung. Zudem gab (und gibt) es Laiengruppierungen in der Tradition der spanischen Falange, vor allem die *Falange Socialista Boliviana* (gegr. 1937) – rechtsgerichtet, antisozialistisch und (heterodox) thomistisch. Die Putschisten von 2019 gegen den indigenen Präsidenten stehen in dieser Tradition, legitimierten den Putsch allerdings mit Praktiken der Formation MANAGEMENT³, u.a. Dämonisierungsdiskurse. Unabhängig von den Laienbewegungen nahm auch Banzers Diktatur der Nationalen Sicher-

3 Der Begriff der „Formation“ bezeichnet die objektive Clusterung von inkorporierten Einstellungen, also Habitus in Feldern oder Räumen. Methodisch erscheint eine Formation als Punktwolke in einer multiplen Korrespondenzanalyse; empirisch bezeichnet der Begriff die objektive Übereinstimmung von Überzeugungen, Praktiken und sozialen Positionen, ohne deren Orchestrierung durch einen „Dirigenten“ (Bourdieu). Vgl. knapp Schäfer/Seibert/Tovar 2024, 47, 77, 82; ausführlich Schäfer 2020a, 721, 725, 860, 871; 699, 817, 182. – Bei der Arbeit mit unserer neuen Klassifikation muss nur deshalb immer wieder einmal Bezug auf die theologischen Begriffe Bezug genommen werden, um der weit verbreiteten Orientierung am alten Zustand des Feldes Rechnung zu tragen.

heit für sich in Anspruch „christlich“ zu sein, und zwar besonders aufgrund ihres Antikommunismus.

Die Erfahrung mit Pinochet in Chile war in mindestens zwei Hinsichten unterschiedlich. Zum einen konnte sich der einflussreiche Kardinal von Santiago gegen eine konservative Mehrheit im Episkopat durchsetzen und die *Vicaría de la Solidaridad* betreiben – ähnlich wie in Brasilien die Bischöfe Arns, Lorscheider und Cámara. Zum anderen wurden zum ersten Mal in Lateinamerika gewisse Defizite der katholischen Legitimation einer Diktatur durch pfingstkirchliche Akteure – die *Iglesia Metodista Pentecostal de Chile* (Schäfer, 2021, S. 669) – ausgeglichen. Mit dem sich öffnenden religiösen Feld wurden „moderne“ Dynamiken wichtig. Nicht zuletzt begannen Priester abseits der Orden klerikale Bewegungen zu gründen, wie etwa der scharf antikommunistische brasilianische Bischof Sigaud zusammen mit dem Monsignore Lefebvre den *Coetus Internationalis Patrum*, der allerdings nur innerkirchlich wirksam wurde. Wichtiger wurden Laienbewegungen, verhaftet in autoritärer Tradition und zugleich modern in ihrer Projektion auf die Gesellschaft.

2.3 Laienorganisationen

Traditionalistische und rechtsgerichtete Laienorganisationen gibt es im lateinamerikanischen Katholizismus viele: z.B. *Legion Christi*, *Legion Mariae*, *Focolares* und *Neocatecúmenos*; in Brasilien *Sociedade Brasileira de Defesa da Tradição, Família e Propriedade*, *Permanência* oder *Hora Presente*.

Die wichtigste Bewegung dürfte das *Opus Dei* sein, 1928 in Spanien gegründet. In der lateinamerikanischen Öffentlichkeit machte sich das *Opus* vor allem durch seine Jugendarbeit und durch Universitäten wie die *Universidad del Istmo* in Guatemala oder die *Panamericana* in Mexiko bekannt – was die Funktion der Mitgliederrekrutierung hat. Der streng hierarchisch und klerikal geführte Laienverband sieht seine Aufgabe darin, die jeweiligen Gesellschaften christlich zu durchwirken. Welches Bild von Christlichkeit dabei vorherrscht, spiegelt sich in der Architektur der Wohn- und Dienstgebäude des *Opus*: dunkel gehaltene, mit barocken (Heiligen-) Gemälden und Holztafelung ausgestattete Räume. In Guatemala wurde die *Gated Community Cayalá* im neokolonialen Stil mit einer Barockkirche im Mittelpunkt gestaltet, unter dem Wappen der Mondsichelmadonna. Kurzum: das Weltbild ist m.E. neokolonial und feudalistisch. Der strikte

Antikommunismus in Kombination mit klerikaler Leitung der Bewegung hat viel dazu beigetragen, dass die Bewegung vom polnischen Papst 1982 zu einer Personalprälatur gemacht wurde. Das bedeutet, dass die Organisation ohne geografische Bindung in allen Bistümern nach eigener Regie verfahren kann. Ihr Antikommunismus ist im zwanzigsten Jahrhundert auf eine gewissermaßen „naturwüchsige“ Zusammenarbeit mit verschiedenen Diktaturen hinausgelaufen. In Argentinien bestand zu Zeiten der Diktatur eine Kooperation des *Opus* mit der *Alianza Anticomunista Argentina* (AAA), einer paramilitärischen Organisation deren Chef, José López Rega, Mitglied des *Opus Dei* war. (Roth & Ender, 1984, S. 139 ff.) Durch die exzellenten Beziehungen des *Opus* zu Papst Johannes Paul II spielt die Organisation auch ihre Rolle im Kampf Roms gegen die „roten Priester“ von der Theologie der Befreiung, wie etwa Leonardo Boff, Samuel Ruiz oder Gustavo Gutiérrez.

Was die katholische Reaktion insgesamt angeht, so hat der Antikommunismus als Ideologem weitgehend ausgedient. Der neue Schwerpunkt ist die siegreiche Variante des Kapitalismus. Viele Universitäten des *Opus Dei* vertreten heute eine knallhart neoliberale Doktrin. Damit ist die Organisation definitiv im 21. Jahrhundert angekommen – und ist somit auch dem religiösen Kampf mit den neuen, Akteuren der Formation MANAGEMENT ausgesetzt (zu Mexiko, Schäfer, 2021, S. 521 ff.)

3. Den Umbruch verstehen: Theorie

3.1 Definitionen

Die knapp skizzierten Strategien der „alten Rechten“ in Religion und Politik sind insbesondere durch ihren Antikommunismus klar zu bestimmen. Im Blick auf dieses Kriterium erfolgt durch die Auflösung der Sowjetunion und den Beginn unipolarer Herrschaft der USA auch in Lateinamerika ein Umbruch. Damit wird auch die Definition dessen, was als „rechts“ bezeichnet werden kann, unklar. Deskriptionen benennen oft folgende „Eigenschaften“ von „rechten“ Organisationen: Traditionalismus, Konservatismus, Fremdenfeindlichkeit, Militarismus, Hierarchie, Nationalismus, traditionelle Familie, Antipluralismus und ein Bild von der Gesellschaft als organischem Ganzen sowie von gesellschaftlicher Ungleichheit als naturgegebenem Fakt. Dagegen werden häufig „Freiheit“ und „Demokratie“ als Gegenbegriffe genannt – freilich ohne diese genauer zu bestimmen

und oft nur bezogen auf den Status Quo der jeweiligen Gesellschaft – das heißt, auf die bestehenden Herrschaftsverhältnisse. Die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte in Lateinamerika legt indes nahe, dass im Sinne des Neoliberalismus „Freiheit des Geldes“ und „formalistisch legitimierte Elitenherrschaft“ gemeint sind. Damit ergeben sich unversehens Überschneidungen mit der Deskription „rechter“ Einstellungen, etwa in Hinsicht auf „naturgegebene“ Ungleichheit, Militarismus, Autoritarismus und selbstlegitimierte Elitenherrschaft – nur, dass es sich um andere, neue Eliten handelt. Eben diese Ähnlichkeiten und Unterschiede repräsentieren die in Lateinamerika prägende soziostrukturelle Differenz innerhalb der Bourgeoisie zwischen alter (klassisch: Großgrundbesitzer) und neuer (Industrie, Management). Entlang dieser Differenz formiert sich auch die entscheidende Front zwischen konservativen katholischen Aktivisten wie dem *Opus Dei* und dem neuen MANAGEMENT-Protestantismus. Fürs Erste ist deutlich geworden, dass deskriptive Definitionen – wenngleich beliebt, weil auf den ersten Blick intuitiv – nicht ganz nutzlos, aber doch von begrenztem Wert für unser Interesse sind. Es stellt sich also die Frage nach einer weniger auf Inhalte, sondern eher auf formale Prozesse abstellenden Definition dessen, was unter den neuen, neoliberalen Verhältnissen als „rechts“ gelten kann.

3.2 Fundamentalismus

Bei der Annäherung an dieses Phänomen kann ein Blick auf religiöse Praxis hilfreich sein. Aus deren Analyse kann man einen formalen Begriff von Fundamentalismus entwickeln (Schäfer, 2008, S. 18), der „rechte“ Praxis zu identifizieren hilft und darüber hinaus „extreme“ Ausprägungen davon ausdifferenzieren ermöglicht. Der Begriff adressiert im Blick auf kollektive soziale Akteure (1) die Absolutsetzung eigener Überzeugungen, gleich welcher Art; (2) deren soziales Aufzwingen durch Dominanzstrategien; und (3) eine konfliktive Politisierung aller Lebensverhältnisse als Kontext. Setzt ein Akteur – die *Amish-people* in den USA z.B. – seine Überzeugungen absolut, drängt sie aber niemandem auf, wäre das kein Fundamentalismus; ebenso wenig wie der Kampf einer revolutionären Bewegung für demokratische Teilhabe. Damit wäre die *Form* des Kampfes verschiedener Akteure für ihre Interessen das entscheidende Kriterium. Absolutsetzung, Schließung des Diskurses, und autoritäre Oktroyierung von „Eigenschaften“ wie den oben genannten wäre somit extrem bzw. extremistisch. Die offene De-

batte über vermeintlich „rechte“ Inhalte – etwa die Ablehnung von LGBTQ, Probleme von Migration – oder auch Systemkritik am Kapitalismus wäre somit deliberativ und dialogisch. Damit ist es dann auch möglich, „mitte-extreme“ Positionen auszumachen, wenn etwa ein Wirtschaftssystem oder eine außenpolitische Strategie als „alternativlos“ durchgesetzt werden.

In der Praxis lässt sich Ähnliches an der Differenz zwischen dem autoritären (neoliberalen) MANAGEMENT-Protestantismus in der oberen Mittelschicht und Oberschicht und dem dialogischen WERTE DES REICHES GOTTES-Protestantismus sowie der Theologie der Befreiung, beide in der unteren Mittelschicht und Unterschicht, beobachten.

3.3 Identitätspolitik

Eine besondere Form der Schließung von Diskursen ist Identitätspolitik, für die religiöse Identitätsbildung neben ethnischer besonders geeignet ist. Nach dem historischen Bruch Anfang der 1990er wurde mit dem Verlust sozialistischer Alternativen den Interessenkonflikten über materielle Fragen (z.B. zwischen Gewerkschaften und Unternehmern) langsam der Boden entzogen. An deren Stelle traten immer mehr religiöse und ethnische Identitätspolitik (siehe auch Burchardt in diesem Band). Es entstanden neue religiöse Kollektive mit einer veränderten praktischen Logik. (Schäfer, 2020b) Im Unterschied zur Verhandlung von (materiellen) Interessen, geht es bei Identität ums Ganze der Existenz. Damit ist – relativ zwingend – die Tendenz verbunden, die eigene Identität auf fundamentalistische Weise absolut zu setzen: Religion, Gender, Nation, Volk, Abstammung, Bräuche, Konzepte von Gewalt oder von Organisation der Gesellschaft. Es *kann* (aber muss nicht) alles, was oben als „Eigenschaften“ genannt wurde, Gegenstand von Identitätspolitik und extremistischen Strategien werden.⁴

3.4 Kampf

Kontextbedingung für den Einsatz von religiösen Identitätspolitik ist die „Fundamentalpolitisierung“ (Senghaas, 2004, S. 28 ff.) der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Moderne. Alles ist virtuelle Gegenstand von Poli-

4 Die Begriffe „Fundamentalismus“ und „Extremismus“ sind in diesem Artikel nicht sauber voneinander unterschieden. Eine entsprechende Theoriedebatte würden den Rahmen sprengen.

tik. Der Kampf um Macht ist dadurch konditioniert, dass die gesellschaftlichen Felder marktförmig mittels Konkurrenz organisiert sind und sich in ständiger, konfliktiver Entwicklung befinden. Im Feld der Religion zeigt sich dies in der zunehmenden Religionsfreiheit. An die Stelle fester Institutionalität (Max Weber: „Kirche“) tritt die Selbstorganisation von kleinen und größeren Kollektiven (Weber: „Sekte“); an die Stelle der objektiven Struktur tritt der kollektive Habitus. Feste Hierarchien und äußere Zwänge (z.B. die ständische Berufszuschreibung) sind der Durchsetzungskraft der Individuen und Kollektive im Kampf aller gegen alle gewichen. Zugehörigkeit ergibt sich aus der objektiven, unausweichlichen Klassenposition der Akteure im Zusammenspiel mit ihren Habitus und entsprechenden, identitätsbedingten Strategien. (Schäfer, 2020a, S. 447 ff.) Diese Tatsache läuft darauf hinaus, dass in unterschiedlichen Habitusformationen – also Kollektiven von ähnlich beschaffenen Individuen – verschiedene Kriterien für „links“ und „rechts“ gebildet werden. Für die einen ist die traditionelle Familienstruktur „rechts“, für andere ist es der Militarismus. Die Kriterien sind also selbst Gegenstand des Kampfes. Sofern die jeweiligen Positionen – Familie oder Militarismus – absolut gesetzt und oktroyiert werden, anstatt in offenem Diskurs vertreten, kann man von Fundamentalismus bzw. Extremismus reden – aber in Verbindung mit verschiedenen Inhalten unterschiedlich.

3.5 Neoliberalismus

Fragt man nach reaktionärer religiöser Praxis unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts, muss man die Frage beantworten, was an die Stelle des Antikommunismus getreten ist. Der Begriff einigte die „alte Rechte“ durch Absolutsetzung des westlichen Kapitalismus *ex negativo*. Heute könnte die umfassende Hegemonie des Neoliberalismus als unipolares System hypothetisch darauf hinauslaufen, dass die Absolutsetzung und Oktroyierung eben dieses Neoliberalismus‘ einen neuen Extremismus eint, *ex positivo* gewissermaßen. Aufgrund ihrer Kompetenz für das Absolute können religiöse Akteure dabei die Rolle einer Avantgarde einnehmen. Denn man muss wissen: „Gott will christliche Herrschaft (*dominion*) über die Nationen.“

4. Die neue religiöse Rechte: Identitätspolitik und Habitusformationen

Unsere weiteren Betrachtungen konzentrieren sich auf den Protestantismus. Dies nicht zuletzt, weil er durch die geringe organisatorische Zentralisierung, anders als der Katholismus, sich leicht und in vielfältiger Weise an die gesellschaftlichen Strukturen anpassen kann – was in amorphen postdemokratischen (Crouch, 2008) Gesellschaften ein deutlicher Proliferationsvorteil ist.

Zunächst werde ich in eine neue Klassifikation politisch relevanter Formationen religiöser Akteure einführen (Schäfer, 2021, S. 41 ff.). Dann erörtere ich Differenzen zwischen einigen Ländern und deren Gründe.

4.1 Religiös-politische Formationen

Die konfessionskundlich generierten Klassifikationen wie „mainline“, „evangelikal“, „pfingstlich“ oder „neopfingstlich“ helfen für die wissenschaftliche Erforschung des Feldes nicht weiter. Ein Beispiel: Klassische Pfingstkirchen wie die *Asambleas de Dios* entwickeln teilweise neopentekostalen, teilweise evangelikalen religiösen Stil; und manche *Asambleas* kooperieren politisch mit ultrakonservativen Organisationen, andere mit progressiven und wieder andere halten sich ganz fern von der Politik. Die alte Klassifikation funktioniert nicht mehr. Fragt man sich hingegen aus soziologischer Perspektive nach politisch relevanten religiösen Akteurs- bzw. Habitusformationen, dann bilden sich aus dem religiösen Feld vier Cluster heraus (Schäfer, 2021, S. 41).

Als klassisch religiös gilt bei Soziologen die Suche nach jenseitiger Kompensation. Dieser Erwartung entspricht ein großer Anteil des Protestantismus aus der (oft informellen) Unterschicht. Diese Habitusformation JENSEITSHOFFNUNG rekrutiert sich – alte Klassifikation! – vor allem aus klassischen Pfingstkirchen und Evangelikalen. Viele traditionalistische katholische Gemeinden (eher rural) verhalten sich ähnlich.

Ähnlich wie die katholische Theologie der Befreiung gibt es auch im Protestantismus Kollektive, die die Werte des Reiches Gottes durch christlichen Dienst in der Welt zur Geltung kommen lassen möchten: die Formation WERTE DES REICHES GOTTES. Sie rekrutiert sich meist aus dem historischen Protestantismus, nationalen Pfingstkirchen oder Evangelikalen sowie aus Kirchen von *Indígenas*; die soziale Position variiert zwischen unterer Mittelschicht und Unterschicht.

Im Blick auf die Herausbildung (extrem) „rechter“ Positionen hat allenfalls die erste Formation eine gewisse Bedeutung aufgrund ihres `passiven Konservatismus'. Politische Abstinenz ist allerdings die Regel.

In fast allen Ländern des Subkontinents wird religiös-rechte Mobilisierung im Gewand einer gut situierten Mitte durch die Formation MANAGEMENT betrieben. Die soziale Klassenzugehörigkeit konzentriert sich auf eine obere Mittelschicht mit starker Aufstiegsprätention bei Randbereichen aus der Oberschicht und einigen jüngeren Menschen aus der unteren Mittelschicht. Die Gruppen rekrutieren sich vor allem aus dem Neopfingstlertum und umfassen „charismatische“ Kirchen historisch-protestantischer sowie auch katholischer Provenienz. Geringe Anteile aus Pfingstkirchen kommen dazu. Politisch relevant ist der Anspruch der Experten dieser Gruppen, die Gesellschaften und ihre politischen Systeme mit einer religiös-politischen Ideologie zu dominieren (*dominion*-Doktrin), die einem autoritären Neoliberalismus sehr ähnelt. Management-Ideale, *Prosperity*, Dämonisierung von Gegnern und Widrigkeiten sowie autoritäre charismatische Führung bestimmen Lebensstil und politische Programmatik. Die religiöse Ideologie der *Spiritual Warfare* ist für viele Gruppen in bestimmten Kontextbedingungen eine starke Wahrnehmungs- und Handlungsdisposition. Die gute finanzielle Lage vieler Mitglieder und Experten (viele von ihnen zweistellige Millionäre) und der Besitz von Medien ermöglicht sowohl Massenmobilisierung als auch direkten Zugriff auf politische Parteien und Ämter, bei sehr flexiblen Möglichkeiten von Koalition (anders als noch Mitte des 20. Jahrhunderts).

Neben ihrer Klientel finden die letztgenannten Organisationen offene Ohren bei den Gruppen der Formation GESETZ, wenn nicht für den religiösen Stil, so doch für politische Mobilisierung. Dieser Formation gehören Menschen der (absteigenden) Mittelschicht an; die Älteren mit „einfachen“ Berufen, die Jüngeren in einigen Fällen mit mittleren akademischen Qualifikationen – das Milieu und der Lebensstil konservativ. In religiöser Hinsicht rekrutieren sich diese Gruppen aus evangelikalen und klassisch pfingstlichen Kirchen. Primär legen die Organisationen Wert auf Ordnung, Bildung und soziale Arbeit, weniger auf politische Ämter und Funktionen. Sehr ähnlich verhält sich der Katholizismus der Mittelschicht mit kirchlich-autoritärer Prägung und stabilitätsorientierter Lebensführung.

4.2 Brasilien

Wie bereits erwähnt, wurde die laizistische Verfassung in Brasilien nur „com jeito“ durchgesetzt, was zu einem recht starken Einfluss religiöser Akteure, der katholischen Amtskirche sowie der Formationen MANAGEMENT und GESETZ auf Gesellschaft und Politik beigetragen hat. Wenngleich die Formation WERTE DES REICHES GOTTES neben der Theologie der Befreiung in Brasilien schon seit den 1960er Jahren stark ist, hat sich ihr Gegenpol, die Formation MANAGEMENT, seit den 1980er Jahren in der brasilianischen Politik immer stärker präsent gemacht. Besonders stark war das Engagement der MANAGEMENT-Formation für die Wahl Bolsonaros und entsprechend eng die Zusammenarbeit der von dieser Formation dominierten Parlamentsgruppe der sog. *Bancada Evangélica* (umgangsspr. *Bíblia*, neben *Boi* der Großgrundbesitzer und *Bala* des Militärs) mit dessen Regierung.

Dabei ist im Vergleich zur alten religiösen Rechten signifikant, dass die Akteure der MANAGEMENT-Formation der politischen Macht nicht als ein politisches Klientel anhängen – wie etwa die katholische Kirche im Argentinien der Militärdiktatur, wenngleich natürlich auch der neuen religiösen Rechten Opportunismus nicht fremd ist. Diese Akteure sind vielmehr eigenständig und selbstbewusst, was vor allem darin begründet sein dürfte, dass sie Politikern und politischen Parteien in der Regel finanziell und im Blick auf Medienwirksamkeit weit überlegen sind. Viele der Organisationen sind Millionen-Dollar-Unternehmen oder, wie die *Igreja Universal do Reino de Deus*, milliardenschwer. Zur Einweihung deren megalomanen *Templo do Salomão* in São Paulo erschien ein Großteil der politischen Elite, weil man sich das Fernbleiben nicht leisten konnte. Diese Finanzmacht hat u.a. ihre Ursachen in der Bevorzugung religiöser Organisationen durch das brasilianische Steuerrecht. Prediger können relativ schnell riesige Vermögen anhäufen. Radio- oder Fernsehsender (oder eine Fabrik, in der auch Kirchenbänke gefertigt werden) sind steuerlich stark begünstigt. Wo aber soll der Unterschied zwischen Religion und Politik gemacht werden, wenn es um „Politik nach Gottes Willen“ geht?

Kurzum, wir haben es hier mit Akteuren zu tun, die aus ihrer eigenen, hohen Klassenposition heraus mit religiösem Diskurs öffentliche Wahrnehmungs- und Handlungsdispositionen in ihrem Interesse überhaupt erst formen – also nicht einfach religiösen Diskurs zur Legitimation von bestehenden Machtverhältnissen verwenden. Diese Akteure akkumulieren über religiöse Praxis derart viel ökonomisches und soziales Kapital, dass sie

ihre religiösen Diskurse politisch transformieren und sich die passenden politischen Gruppierungen zur Kooperation und Umformung aussuchen können. Es kommt also auf die Passung, die Homologie, von religiöser und politischer Praxis an. Vor allem kommen Diskurse in Frage wie etwa das Streben nach individueller *Prosperity*, Herrschaft über Mitbürger durch *Dominion*, Dämonisierung gesellschaftlicher Gegner und deren Bekämpfung durch *Spiritual Warfare*. Mit den ihnen homologen politischen und sozialen Praxisformen amalgamieren sie sich zu einem Regime des neoliberalen Kampfes – sehr gut zu beobachten während der Regierungszeit Bolsonaros. Wenn in einem solchen Regime der MANAGEMENT-Formation eine besondere Rolle zukommt, dann die der Verschärfung der Gewaltneigung durch die religiöse Verabsolutierung der politischen Positionen.

4.3 Guatemala

Die frühe Durchsetzung des Liberalismus (Barrios, Präsidentschaft von 1873 bis 1885), dessen enge Verbindung zum US-amerikanischen Protestantismus (Haymaker, *Presbyterian Church*) und folgend eine intensive Missionsarbeit von sog. Glaubensmissionen hat die Formation GESETZ besonders gestärkt. Der hohe protestantische Bevölkerungsanteil (ca. 50 Prozent) und die lange Dauer protestantischer Präsenz erlauben es, heute von einer evangelikal gefärbten Volksreligiosität mit vielen Anhängern bereits in der dritten oder vierten Generation, meist in der unteren Mittelschicht und Unterschicht. Die Formation MANAGEMENT kommt seit den späten siebziger Jahren mit gezielter Stoßrichtung auf die Oligarchie ins Spiel. Der Hegemon des Feldes und „natürliche“ Partner der Oligarchie, die offizielle Katholische Kirche, hatte sich durch ihre Menschenrechtsarbeit im wieder stärker werdenden *Counter-Insurgency*-Krieg für die Oligarchie verdächtig gemacht. MANAGEMENT hingegen verbündete sich unmittelbar mit der Diktatur Rios Montts und nordete die Oberschicht mit *Spiritual Warfare*-Doktrin und Dämonisierung auf eine harte militärische Gewalt gegen die aufständische indigene Bevölkerung und die Guerilla ein. Die Formation trug stark zur Verschärfung des Konflikts bei und boykottierte in den neunziger Jahren auch die Friedensverhandlungen. Durch den unmittelbaren Zugang zur Herrschaftselite gelang es in den neunziger Jahren „Geistliche“ als Präsidenten (Serrano) und Außenminister (Caballeros) zu positionieren, mit wenig Erfolg allerdings. Die Formation GESETZ hat in der Zwischenzeit durch Kriegs- und Nachkriegsbedingungen sowie auf-

grund ihrer Basis in der marginalen ruralen und urbanen Bevölkerung einen stärkeren Akzent auf caritative Sozialarbeit gelegt.

Damit sind Bedingungen für eine Massenmobilisierung durch die Kooperation der beiden Formationen geschaffen. Die Formationen MANAGEMENT und GESETZ GOTTES haben zwar nicht viel gemein im Blick auf den Habitus der Anhänger, die religiösen Diskurse und das Auftreten ihrer Experten. Aber sie sind beide interessiert an einer direkten Beteiligung in der offiziellen Politik und haben sozialmoralische Themen (LGBTQ, Familie etc.) als gemeinsame Mobilisierungsressourcen entdeckt. Es kommt dazu, dass mit dem Ende des Krieges und der neoliberalen Umstrukturierung das Dispositiv *Prosperity* in MANAGEMENT an Gewicht gewonnen hat. Dadurch ist die Praxis stärker auf die individualistischen Aufstiegspräntationen von jüngeren Menschen im Neoliberalismus angepasst. Gefördert durch die sehr instabile Parteienlandschaft setzen beide Formationen selbstständig religiös-politische Akzente: wirtschaftsliberale und konservativ-autoritäre. Diese kommen nicht nur in sozialmoralischer Mobilisierung zur Geltung, sondern auch in direkter Einflussnahme auf das Wahlverhalten vermittelt der inhaltlichen Orientierung des *voto evangélico* nicht zuletzt durch die Medienmacht der MANAGEMENT-Organisationen (Schäfer, 2021 S. 344, 645 ff.) Kandidaten). Dem entspricht, zum einen, auch die delikate Balance zwischen Legitimation der Regierung und „geistlicher Ermahnung“, beides bspw. realisiert durch regelmäßiges *Te Deum* einer MANAGEMENT-Organisation (Schäfer, 2021, S. 321 ff.). Zum anderen substituiert die Sozialarbeit von GESETZ die fehlende Sozialarbeit der neoliberalen Regierungen und verankert konservativ-autoritäre Dispositionen in der Bevölkerung. Auch für die religiösen Akteure Guatemalas spielt die Übernahme von Diskursen und Praktiken rechtsextremer politischer Gruppen keine nennenswerte Rolle. Vielmehr setzen die religiösen Akteure ihre eigene politische Agenda.

4.4 Mexiko

Im Unterschied zu Brasilien wurde in Mexiko – wie oben erwähnt – seit Juárez die Laizität des Staates sehr ernst genommen. Generell gilt Blancartes (2018) Urteil, dass in Mexiko Laizität wichtiger ist als Religionsfreiheit. Selbst durch ein neues Religionsgesetz 1992 wurden die gesellschaftliche und politischen Aktionsmöglichkeiten religiöser Organisationen rechtlich noch stark beschränkt, bspw. der Zugang zu Medien (was in Zeiten des Internet freilich an Bedeutung verliert). Lediglich unter den Regierungen Fox

und Calderón in den Nuller-Jahren hatten religiöse Akteure – vor allem die katholische Amtskirche, aber auch Gruppen der Formation MANAGEMENT – einen gewissen Einfluss auf die Politik.

Seitens der MANAGEMENT-Organisationen (wie etwa *Casa sobre la Roca*) wird gelegentlich der Trick angewandt, sich aufgrund von (kleineren) Sozialprojekten als *Asociación Civil* (statt *Asociación Religiosa*) registrieren zu lassen, was größere Aktionsmöglichkeiten eröffnet, aber im Blick auf religiös-politische Programmatik wenig wirksam ist. Freilich gab es auch einen Versuch, das „brasilianische Modell“ zu implementieren. Die religiös motivierte Partei *Partido Encuentro Social* hat (mit einer geringen Stimmzahl) zum Sieg der Koalition López Obradors beigetragen – wurde von diesem aber nicht unterstützt, als ihr mangels Quorum der Status als Partei aberkannt wurde. Anders verfährt die Formation GESETZ, indem sich viele von deren Gruppen durch den Dachverband *Confraternice* unter Leitung des Pastors Arturo Fabela vertreten lassen. Dieser Verband hatte einen gewissen Zugang zum Präsidenten López Obrador, was von beiden Seiten als rationaler, an Ethik orientierter Dialog praktiziert wurde – ganz ähnlich wie Habermas (2004, S. 14 f.) es von postsäkularen Akteuren fordert. Wenngleich in Mexiko eine starke Volksreligiosität praktiziert wird, beschränkt die starke laizistische Tradition des Landes wirkungsvoll einen Zugriff aller religiösen Akteure auf die Politik. Die konsequente Umsetzung der Laizität des Staates hält religiöse Übergriffe ins politische Feld in engen Grenzen.

4.5 Kolumbien

Die Beobachtung, dass religions-rechtliche Arrangements von großer Bedeutung sind, um den religiösen Zugriff auf die Politik zu regeln, erweist sich auch in Kolumbien als gültig. Anders als in Mexiko ist dort die Katholische Kirche bis 1991 Staatsreligion. Die Präsenz religiöser Praxis im politischen Feld ist somit habitualisiert. Die 1991 etablierte Religionsfreiheit definiert freilich den Staat nicht als laizistisch. Das ruft sofort Akteure der MANAGEMENT-Formation auf den Plan. Kapitalstarke Akteure gründen in rascher Folge zunächst große religiöse Organisationen und später religiös-politische Parteien (*Partido Nacional Cristiano*; *Movimiento Unión Cristiana*; *Renovación Absoluta*). Diese Entwicklung entspricht zunächst einmal der kolumbianischen Disposition, Religion in der Politik für normal zu halten. De facto werden hier aus religiösen Organisationen heraus politi-

sche entwickelt, aus deren Ideologie sich eine besondere Nähe zu Uribes rechtsgerichteter Politik quasi „naturwüchsig“ ableitet.

Das zeigte sich im Friedensprozess 2016 (Schäfer, 2021, S. 693), als diese Akteure gegen den Friedensschluss über den Umweg der „Gender-Ideologie“ im Friedensvertrag mobilisierten; also ein „religiöses“ Interesse an sozialmoralischen Standards adressierten und damit zugleich die Sache Uribes, also der rechtsgerichteten Oligarchie, betrieben. Das oberste Verwaltungsgericht Kolumbiens (*Consejo de Estado*) verurteilte diese Praxis als generalisierten Betrug an den Wählern, „ein Klima der Desinformation, Manipulation, Verdrehung der Wahrheit“, das auf „psychologische Gewalt und Wahlbetrug“ hinausgelaufen sei.⁵

Ohne verfassungsbasierte Kontrolle der Grenze zwischen religiösem und politischen Feld hat sich hier durch Investition von ökonomischem Kapital zunächst in religiöse Organisationen und dann durch Transposition der Aktivitäten ins politische Feld wiederum ein religiöser Akteur entwickelt, der seine Inhalte, gemäß dem kollektiven Klasseninteresse selbst setzt.

5. Schluss

Die gewohnte politische Geometrie der festen „demokratischen Mitte“ und ihrer Feinde hält einer Untersuchung der politischen Praxis religiöser Akteure in Lateinamerika nicht stand. Mindestens im 21. Jahrhundert zeigt sich deutlich, dass religiöse Akteure unter „rechts-Verdacht“ – die u.a. Demonstrationen pro traditionelle Familie und gegen LGBTQ organisieren – sich keineswegs „rechte“ Diskurse von politischen Gruppen diktieren lassen. Vielmehr entstehen religiöse Formationen wie MANAGEMENT aus dem gelingenden Versuch von kapitalstarken Akteuren, das eigene Klasseninteresse durch religiöse Mittel gegenüber wahrgenommenen Irritationen zur Geltung zu bringen. Diese Praxis bedient sich einer religiösen Sprache, die nicht unmittelbar als politisch zu erkennen ist; die sich aber leicht ins politische Feld übersetzen lässt. Zum Beispiel funktioniert die (geglaubte) Bedingungslosigkeit religiöser Überzeugungen homolog zu autoritären Feststellungen politischer „Alternativlosigkeit“. Historisch sind solche Übersetzungsleistungen zwischen den Feldern von einiger Wirkung

5 Consejo de Estado. 2002. *Nulidad Electoral - Auto que admite la demanda y resuelve sobre la solicitud de medidas cautelares*. Sala de lo Contencioso Administrativo. Bd. Radicación número: 11001-03-28-000-2016-00081-00. http://consejodeestado.gov.co/documentos/sentencias/19-12-2016_11001032800020160008100.pdf, S. 101 f. (4.8.2019).

gewesen; im zwanzigsten Jahrhundert funktionierte etwa die Verbindung „Atheismus/Kommunismus“ *ex negativo* als hochwirksames Differential. Unter Marktbedingungen ist es heute, *ex positivo*, die Verbindung von göttlich geschenkter Prosperität, spiritueller Kriegsführung und Neoliberalismus – also eher ein Extremismus der Mitte. Ob die Mitte damit nun als „rechts“ zu gelten hat oder einfach bürgerliche Interessen in extremer Weise vertritt, überlassen wir fürs Erste dem Allmächtigen.

6. Literatur

- Blancarte Pimentel, R. J. (2018). Laicidad en México. In R. J. Blancarte Pimentel (Hg.), *Diccionario de religiones en América Latina* (S. 319–24.) Fondo de Cultura Económica;
- Blancarte Pimentel, R. J. (2019). *La república laica en México*. Siglo Veintiuno.
- Bohoslavsky, E. (2025). Las derechas latinoamericanas y el catolicismo: de la mimesis al enfrentamiento (1918-1989). In D. Díaz Arias, G. Kloppe-Santamaría, K. Coleman, & M. P. Whelan (Hg.), *Cristianismos y derechas en las Américas*. CLACSO/CALAS.
- Crouch, C. (2008). *Postdemokratie*. Suhrkamp.
- Estremadoiro Rioja, R. (2025). „Dios también es nacionalista y me consta”: la interpelación religiosa en la justificación de prácticas y regímenes autoritarios en Bolivia“. In D. Díaz Arias, G. Kloppe-Santamaría, K. Coleman, & M. P. Whelan (Hg.), *Cristianismos y derechas en las Américas*. CLACSO/CALAS.
- Fermin Mignone, E. (1986). *Iglesias y dictadura. La experiencia argentina*. Nueva Sociedad, März.
- Habermas, J. (2004). „»Glauben und Wissen. Dankesrede. Friedenspreis des deutschen Buchhandels 2001«. Gehalten auf der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels“. *Friedenspreis des deutschen Buchhandels* (blog). 14. Oktober 2004. https://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/sixcms/media.php/1290/2001_habermas.pdf.
- Roth, J., & Ender, B. (1984). *Dunkelmänner der Macht. Politische Geheimzirkel und organisiertes Verbrechen*. Lamuv.
- Schäfer, H. W. (2008). *Kampf der Fundamentalismen. Radikales Christentum, radikaler Islam und Europas zweite Moderne*. Verlag der Weltreligionen (Suhrkamp). https://katalogplus.ub.uni-bielefeld.de/cgi-bin/new_titel.cgi?katkey=2112589&art=f&kat1=freitext&kat2=ti&kat3=aup&op1=AND&op2=AND&var1=schaefer%20fundamentalismen&var2=&var3=&vr=1&pagesize=10&sprache=GER&bestand=lok&sess=ad9494474835e5018a73d30e856f2364.
- Schäfer, H. W. 2020a. *HabitusAnalysis 2: Praxeology and meaning*. Springer VS. <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-27770-3>.

- Schäfer, H. W. 2020b. Religiöse Identitätspolitik, Laizismus und politische Macht. Ein Vergleich von Bedingungen und Strategien in Lateinamerika. *Ethik und Gesellschaft. Ökumenische Zeitschrift für Sozialethik, Kritik der Identitätspolitik*(1), 1–25. <http://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2020-art-5>.
- Schäfer, H. W. 2021. *Die Taufe des Leviathan. Protestantische Eliten und Politik in den USA und Lateinamerika*. Transcript.
- Schäfer, H., Seibert, L., & Tovar, A. (2024). *Religion - Dispositionen - Gesellschaftsstruktur. Werkzeuge zum Verstehen religiöser Praxis*. Beltz Juventa.
- Senghaas, D. (2004). *Zum irdischen Frieden. Erkenntnisse und Vermutungen*. Suhrkamp.

Kolumbien: Die Rechte in der Opposition

Andrea Neira Cruz, Stefan Peters und Kristina Dietz

1. Einleitung

Die globale Rechtswende ist auch ein Thema in Kolumbien, wo mit Gustavo Petro erstmals in der Geschichte des Landes ein linksgerichteter Präsident regiert. Zum Auftakt der Kampagnen zu den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2026 kann bereits konstatiert werden: Kolumbien steht erneut vor einer Richtungswahl. Der beginnende Wahlkampf ist geprägt vom Umgang mit der Gewalt der Vergangenheit und Gegenwart in dem von vielfachen bewaffneten Konflikten geprägten Land (Albarracín et al., 2023). Das tödliche Attentat auf den Präsidentschaftsvorkandidaten Miguel Uribe Turbay bei einer öffentlichen Wahlkampfveranstaltung in Bogotá am 7. Juni 2025 ist hierfür ein besonders drastischer Beleg.

Politische Gewalt ist in der Geschichte Kolumbiens allgegenwärtig. Einen Mordanschlag auf einen nationalen Präsidentschaftsvorkandidaten hat es jedoch seit Jahren nicht gegeben. Die Opfer der Gewalt waren in den vergangenen Jahren vor allem lokale Politiker:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen, Kleinbäuer:innen und Umweltaktivist:innen, nicht selten gehören sie indigenen Gemeinschaften an (Menig & Dietz, 2020; Albarracín et al., 2023). Den Anschlag auf Uribe Turbay hat ein minderjähriger Auftragsmörder verübt, der noch am Tatort festgenommen wurde. Die seitdem von der Generalstaatsanwaltschaft durchgeführten Ermittlungen haben zur Festnahme von mindestens fünf weiteren Personen geführt, die an der Planung und Durchführung des Anschlags beteiligt gewesen sein sollen. Wer den Mord beauftragt hat, ist indes weiterhin unklar.

Uribe Turbay war Teil jener meist rechts-konservativen Elite, die Kolumbien seit jeher regiert hat (Pécaut, 2006). Die Zugehörigkeit zu politischen Dynastien und ökonomisch mächtvollen Familienclans lässt sich im Fall jedes einzelnen Präsidenten der modernen Geschichte des Landes nachzeichnen, mit einer Ausnahme: dem aktuellen Präsidenten Gustavo Petro Urrego (seit 08/2022 im Amt). Petro ist Sohn eines Lehrer:innenpaares. Mit 17 Jahren schloss er sich der Guerillagruppe M-19 an, nach der Auflösung der Gruppe ging Petro in die Politik, wurde 1991 Kongressabgeordneter

und 2006 Mitglied des Senats. Zwischen 2012 und 2015 war er Bürgermeister von Bogotá. Im Mai 2022 wurde er zum ersten linken Präsidenten des Landes gewählt, nachdem er bei den Wahlen 2018 noch dem rechten Kandidaten Iván Duque unterlegen war.

Die Anomalie, die die progressive Regierung von Petro in der politischen Tradition von gemäßigt bis extrem rechten Regierungen in Kolumbien darstellt (Jaramillo Jassir, 2022), zeigt sich in einem Bedeutungsgewinn jener Themen und sozialen Akteure, die in der nationalen Politik historisch marginalisiert waren: Land-, Steuer- und Sozialreformen, die Anerkennung indigener Rechte und feministischer Positionen, umfassender Frieden, gerechter sozial-ökologischer Wandel. Indigene, Afrokolumbianer:innen, Queer- und Transpersonen, Kleinbau:erinnen, Arbeiter:innen wurden zu Protagonist:innen der Regierungspolitik. Die Akteure des rechten politischen Spektrums, die das Land über 200 Jahre ununterbrochen (mit)regiert haben, mussten zum ersten Mal – zumindest auf nationaler Ebene – aus der Opposition heraus operieren. Mit welchen Strategien und Mitteln die Rechte in Kolumbien versucht, die Regierung von Gustavo Petro zu destabilisieren, wie es ihr gelingt, politische Herrschaft auch jenseits von Regierungshandeln auszuüben und wie sie sich auf die Wahlen 2026 vorbereitet, ist Gegenstand dieses Kapitels.

Wir gehen wie folgt vor: Zunächst beschreiben wir den gesellschaftlichen und politischen Kontext, in dem Gustavo Petro 2022 die Wahlen gewonnen hat und diskutieren, wer *die* Rechte in der Opposition ist. Wir differenzieren zwischen rechten Parteien und Politiker:innen und rechten (paramilitärischen) Organisationen. Mit welchen Mitteln und Strategien die Rechte in Kolumbien seit 2022 agiert, diskutieren wir im zweiten Abschnitt und betrachten die Bereiche Angriffe auf die Regierung, soziale Ungleichheiten, Antifeminismus, Extraktivismus und Gewalt gegen Aktivist:innen sowie Krieg, Friedenspolitik und Paramilitarismus. Im letzten Abschnitt fragen wir, wie und mit welchen Inhalten die Rechte den aktuellen Präsidentschaftswahlkampf führt. Im Fazit fassen wir die Rolle der Rechten in Kolumbien im Kontext des Aufstiegs eines globalen Autoritarismus und im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2026 zusammen.

2. Die Rechte in Kolumbien: Kontext und Akteure

Der historische Regierungswechsel nach den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2022 war das Ergebnis von zwei Prozessen: Einerseits öffnete der Frie-

densprozess von 2016 politische Räume jenseits einer Fokussierung auf das Thema „Sicherheit“. In diesem Kontext gewann die soziale Frage auch und gerade durch die massiven sozialen Proteste in den Jahren 2019 und 2021, die sich gegen soziale Ungleichheit und Zukunftslosigkeit vor allem der jungen und in Armut lebenden Bevölkerung richtete, an Bedeutung (Rojas, 2022). Eine Reihe junger Protestakteure verlor durch Polizeigewalt das Leben, wurde von bewaffneten Milizen getötet oder Opfer von Misshandlungen durch die Polizei (Amnesty International, 2021). Die historisch tief verankerte soziale Ungleichheit in Kolumbien, die mit der Corona-Pandemie erheblich zunahm (Dietz & Peters, 2022) und durch eine Steuerpolitik der Regierung des rechtsgerichteten Präsidenten Iván Duque (2018-2022) zu Lasten einkommensarmer Gruppen weiter perpetuiert werden sollte, fand in massiven Protesten und Streiks von 2019–2021 einen politischen Ausdruck, der sich im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung verankerte. Andererseits gelang es Gustavo Petro und der afrokolumbianischen Aktivistin Francia Márquez als Kandidatin für das Amt der Vizepräsidentin einen Großteil der politischen Linken unter dem Banner der progressiven Bewegung *Pacto Histórico* (PH) zu vereinigen und bei den Wahlen geschlossen aufzutreten.

Der Regierungswechsel markierte nicht nur einen historischen Triumph der Linken, sondern auch die Krise und Spaltung der politischen Rechten in Kolumbien. Letztere hatte sich unter der Präsidentschaft von Iván Duque (2018-2022) in breiten Teilen der Bevölkerung diskreditiert und es mangelte ihr an glaubwürdigen Führungsfiguren. Im Ergebnis erreichte nicht etwa der Kandidat der rechts-konservativen Partei des ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe (2002-2010), das *Centro Democrático*, die Stichwahl um das Präsidentschaftsamt, sondern der rechtsgerichtete politische *outsider* Rodolfo Hernández (Kajsiu & Restrepo, 2024).

Die Krise der politischen Rechten darf jedoch nicht mit einer grundsätzlichen Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse in Kolumbien verwechselt werden. Zwar hat die Regierung von Gustavo Petro progressiven politischen Kräften Freiräume eröffnet und bei marginalisierten Bevölkerungsgruppen Hoffnungen auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und einen Zuwachs an politischer Teilhabe erzeugt. Diese hohen Erwartungen konnten von der Regierung allerdings nicht erfüllt werden, was zu wachsender Enttäuschung führte. Gleichzeitig zeigte sich nach einer kurzen, anfänglichen Schockstarre der Rechten, dass sich tief verankerte ideologische, politische und kulturelle Einstellungen in der Bevölkerung sowie politisch-ökonomische Kräfteverhältnisse nicht allein durch eine Prä-

sidentschaftswahl verändern (Ramírez Bonilla, 2023). Hierauf verweisen Umfragen aus dem Jahr 2024, bei denen sich ein deutlicher Anstieg von rechten Positionen gerade bei Jugendlichen zeigte (Restrepo, 2024, S. 42).

Zudem ist die ökonomische Macht in Kolumbien traditionell in den Händen weniger, meist konservativer Familien und Finanzgruppen konzentriert (Silva-Colmenares, 2020; Peace & Velasco, 2022; Restrepo Santa-maría, 2016). In einer aktuellen Studie beziffern Jenny Pearce und Juan David Velasco (2025) die Zahl der herrschenden Elite in Kolumbien auf 932 Personen. Daran hat die Wahl Petros nichts geändert. Die kolumbianische Wirtschaftselite beherrscht den formalen produktiven Sektor, kontrolliert eigene Medienhäuser, die Einfluss auf die öffentliche Meinung nehmen,¹ und vertritt neoliberale Positionen, die Umverteilung skeptisch gegenüberstehen (Pearce & Velasco, 2022). Gemeinsam mit dem konservativen Flügel der katholischen Kirche und den evangelikalen Kirchen (Beltrán et al., 2025) mobilisieren sie gegen die Anerkennung reproduktiver Rechte, Diversität und sexuelle Selbstbestimmung (Beltrán y Puga & Bohórquez Monsalve, 2022; Ospina Celis, 2025). Beltrán und Larotta (2020) zeigen, dass eine starke religiöse Orientierung in Kolumbien mit einer Sympathie für rechtsgerichtete Parteien und insbesondere dem *Centro Democrático* einhergehen.

2.1 Die politische Rechte in Kolumbien

Das politische System Kolumbiens war seit der Unabhängigkeit des Landes bis weit ins 20. Jahrhundert vom Konflikt zwischen der liberalen und konservativen Partei geprägt (Betancourt Vélez & Birlé, 2017). Spätestens ab den 1990er Jahren öffnete sich das politische System für neue Parteien. Die beiden traditionellen Parteien verloren an Bedeutung, neue Parteien erlangten wachsenden Einfluss. Insgesamt fragmentierte sich das Parteiensystem zunehmend (Luna, 2024). Auf der Seite der politischen Rechten wurde die vom ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe Vélez gegründete Partei *Centro Democrático* zur führenden Kraft, ergänzt von der Partei *Cambio Radical* und der auch weiterhin existierenden konservativen Partei. Wichtige Führungspersönlichkeiten der kolumbianischen politischen

1 So gehört etwa die wichtigste Zeitung des Landes *El Tiempo*, Luis Carlos Sarmiento, dem reichsten Unternehmer des Landes. Die einflussreiche Zeitschrift *Semana* erlebte nach dem Kauf durch die Familie Gilinski im Jahr 2019 einen deutlichen Rechtsruck.

Rechten sind neben Álvaro Uribe Vélez der Chef des Viehzüchterverbandes (Fedegán) José Félix Lafaurie und dessen Ehefrau María Fernanda Cabal, die Senatorin Paloma Valencia und die Journalistin Vicky Dávila. Letztere fällt durch enge Verbindungen zum Gnecco-Clan auf, einem Familienclan aus der kolumbianischen Karibikregion, dem Verbindungen zu Paramilitärs und zum Drogengeschäft nachgesagt werden (Vargas Rueda, 2024). Gleichzeitig lassen sich im anstehenden Wahlkampf Spaltungen innerhalb der politischen Rechten beobachten, die sich insbesondere durch machtpolitisches Kalkül erklären. Im aktuellen Wahlkampf erhält zudem der extrem Rechte Newcomer Abelardo de la Espriella, Verehrer des argentinischen Präsidenten Javier Milei sowie des Präsidenten El Salvadors, Nayib Bukele, wachsende Aufmerksamkeit und Unterstützung (Stacey, 2025).

Die Entwicklungen in der politischen Rechten in Kolumbien stehen in einem engen Zusammenhang mit dem Bedeutungsgewinn der Rechten in den USA, der EU sowie anderen Ländern Lateinamerikas. Die Trump-Regierung hat deutlich gemacht, dass sie rechte Regierungen, Parteien und Organisationen finanziell und politisch unterstützen wird, um entweder ihre Macht zu stabilisieren oder „linke“ Regierungen zu bekämpfen (siehe den Beitrag von Andrea Dip, Ulli Jentsch und Ute Löhning in diesem Band). Das zeigt sich auch in den Beziehungen zwischen den USA und Kolumbien. Die politische Rechte sucht die Unterstützung der US-Regierung, und diese setzt die Regierung von Petro ihrerseits unter Druck. Ähnlich wie in Brasilien wird auch in Kolumbien versucht, die aktuelle US-Regierung für die Beeinflussung von Gerichtsentscheidungen einzuspannen: Am 28. Juli 2025 wurde der ehemalige rechte Präsident Álvaro Uribe Vélez nach siebenjährigem Verfahren in erster Instanz der Beeinflussung von Zeugen und des Prozessbetrugs für schuldig gesprochen.² Bereits vor dem Urteil hatten sich mehrere politische Anhänger:innen von Uribe dafür eingesetzt, dass die US-Regierung Kolumbien im Falle einer Verurteilung des ehemaligen Präsidenten mit Sanktionen belegt. Im September 2025 reisten zudem rechtsgerichtete Bürgermeister großer Städte des Landes (Medellín, Cali, Cartagena) in die USA, um in einer Art Paralleldiplomatie eine Allianz mit der Trump-Regierung vor allem in Bezug auf die Drogenpolitik zu etablieren. Präsident Petro hingegen äußert sich kritisch zur US-amerikanischen Drogenpolitik. Die militärischen Angriffe der USA auf vermeintliche

2 <https://amerika21.de/2025/08/276666/urteil-gegen-uribe>, letzter Aufruf 08.09.2025. In zweiter Instanz wurde der Schuldspruch aufgehoben.

Drogenboote vor der Küste Venezuelas Anfang September 2025 wertete er als Mordanschlag und bekräftigte, dass er mit „Mördern nicht zusammenarbeiten werde“.³ Am 15. September 2025 strich die US-Regierung Kolumbien zum ersten Mal nach 30 Jahren von der Liste jener Länder, die sie als engagiert im Kampf gegen den Drogenanbau bewertet.⁴ Die Folgen dieser Entscheidung sind noch nicht absehbar, eine Unterstützung der politischen Rechten durch die Trump-Regierung bei den Präsidentschaftswahlen in 2026 ist aber bereits heute sicher. Während Petro mit antiimperialistischem Gestus die Trump-Regierung rhetorisch herausfordert, reagierte diese mit Sanktionen gegen den kolumbianischen Präsidenten.

Die kolumbianische Rechte ist bemüht, an die Wahlkampagne von Milei in Argentinien anzuknüpfen – inklusive der Kettensägenmetapher, die angesichts der von Gewalt geprägten Geschichte Kolumbiens noch abstoßender ist als ohnehin schon. Auch die Strategien von Bukele aus El Salvador, die im vorliegenden Band Hannes Warnecke-Berger analysiert, dienen als Vorbild.⁵ Schließlich pflegt die politische Rechte enge Verbindungen zur venezolanischen und spanischen Rechten (Vox) mit häufigen gegenseitigen Unterstützungsauftritten (Ocquendo, 2022).

2.2 Paramilitarismus und extreme Rechte

Außerhalb Bogotás, in den Provinzen und Gemeinden, ist die Politik auch weiterhin von tiefverankerten klientelistischen Strukturen geprägt, welche die Macht der traditionellen Parteien und ihrer regionalen Caudillos absichern (Dietz, 2023; Holland & Freeman, 2021). Wer in Bogotá regiert, ist für die Machtab Sicherung dieser Akteure sekundär. Entscheidender ist ihr Verhältnis zu nicht-staatlichen Gewaltakteuren wie der ELN-Guerrilla, verschiedene Dissidentengruppen und Abspaltungen der ehemaligen FARC-EP sowie insbesondere (neo-)paramilitärischen Gruppen (Giraldo Moreno et al., 2022). Rechte paramilitärische Organisationen sind in der kolumbianischen politischen (Gewalt-)Ordnung seit den 1980er Jahre fest

3 <https://www.lasillavacia.com/en-vivo/alcaldes-viajan-a-washington-por-riesgo-de-descertificacion-de-colombia/>, letzter Aufruf 08.09.2025.

4 <https://www.bbc.com/mundo/articles/cn0xgj25vnno>, letzter Aufruf 18.09.2025.

5 Mitte 2025 hat sich die Bewegung „Bukelistas Colombia“ gegründet: <https://www.lafm.com.co/politica/bukelistas-colombia-se-presento-como-nuevo-movimiento-de-cara-a-las-proximas-elecciones>, letzter Aufruf 30.09.2025.

etabliert. Raul Zelik (2009) beschreibt den Paramilitarismus in Kolumbien als eine „hybride Erscheinung“, die zwar nicht zentral konzipiert wurde, aber dennoch von „Prozeduren und Kalkülen des Herrschens durchzogen ist“.⁶ Trotz regionaler Unterschiede, haben paramilitärische Gruppen auf allen politischen Ebenen (Provinzen, Städte, Gemeinden) enge Verflechtungen mit staatlichen Institutionen aufgebaut (Giraldo Moreno et al., 2022). Daran haben Friedensverträge und Abkommen zur Demobilisierung paramilitärischer Gruppen in den 2000er Jahren kaum etwas geändert. Was sich verändert hat, sind die Akteurskonstellationen, ihre ökonomischen Grundlagen und die Strategien ihres Handelns.

In den 1980er Jahren, den Jahren relativer Stärke der kolumbianischen Guerilla, wurden paramilitärische Gruppen von rechtskonservativen Unternehmer:innen, ländlichen Eliten, staatlichen Akteuren, den Drogenkartellen sowie transnationalen Unternehmen des Bergbaus und der Agrarindustrie als eine Art nicht-staatliche Aufstandsbekämpfungsorganisationen aufgebaut, finanziert und teils offen unterstützt. Gemeinsam mit dem Militär sollten sie die Guerrilla bekämpfen und deren politische Basis mit Mitteln des Terrors, der Angst und der Gewalt zerstören (CEV, 2022). Gleichzeitig gewannen zeitweise ca. ein Drittel der Parlamentarier:innen, Bürgermeister:innen und Gouverneur:innen ihre Mandate dank der Unterstützung der Paramilitärs. Diese enge Verzahnung zwischen den paramilitärischen Gruppen und der politischen Rechten wird in der Literatur als *Parapolítica* bezeichnet. Mit der Demobilisierung der *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC) im Jahr 2005 und der folgenden Neuaufstellung dieser Gruppen begann ein Wandel.

Seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrags zwischen FARC-EP und der kolumbianischen Regierung Ende 2016 und des damit entstandenen Machtvakuum in jenen Regionen, aus denen sich die FARC-EP zurückgezogen hat, hat sich die Logik der (neo-)paramilitärischen Gruppen verändert; dies zeigt sich vor allem am Fall des *Clan del Golfo*, der derzeit stärksten bewaffneten nicht-staatlichen Gruppierung in Kolumbien (Gutiérrez Sanín, 2025). Diese (neo-)paramilitärischen Gruppen weisen zwar personelle und institutionelle Kontinuitäten mit dem klassischen Paramilitarismus auf, sie operieren jedoch nicht mehr in offener Kooperation mit dem Militär. Kontinuität besteht bezüglich der Finanzierung durch illegale Ökonomien sowie der rigiden Herrschaft über die Bevölkerung in

6 <https://www.raulzelik.net/kritik-literatur-alltag-theorie/110-staat-gewaltzustand-kolumbianischer-para-militarismus>, letzter Aufruf 06.09.2025.

den von ihnen kontrollierten Regionen. Akteure wie der *Clan del Golfo* sowie andere (neo-)paramilitärische Gruppen wie die *Autodefensas Conquistadores de la Sierra Nevada* im Umland der Karibikstadt Santa Marta kontrollieren heute weite Teile der Karibikküste und der Pazifikregion. Dabei üben sie Formen der *Criminal Governance* aus, d.h. sie übernehmen faktisch staatliche Funktionen. Letzteres umfasst auch die Normierung des gesellschaftlichen Lebens und die Bestrafung abweichenden Verhaltens, was den Möglichkeiten politischer Organisation und zivilgesellschaftlichem Aktivismus enge Grenzen setzt (Giraldo et al., 2022; Granados Tuta, 2025).

Paramilitarismus ist jedoch längst kein „ländliches“ Phänomen mehr. Heute kontrollieren der *Clan de Golfo* und seine politischen Alliierten die informelle Wirtschaft ganzer Stadtgebiete (siehe für Barranquilla: Melamed, 2025). Dies zeigt sich insbesondere dort, wo sich die von Flucht und sozialer Verelendung geprägten Ränder der Metropolen ausweiten.

3. Strategien und Handlungsfelder der kolumbianischen Rechten

Die Rechte in Kolumbien bedient sich verschiedener Strategien, um die linksgerichtete Regierung von Gustavo Petro zu diffamieren oder zu stürzen, ihre gesellschaftliche Macht auszuweiten, Herrschaft wie gewohnt auszuüben und ihre Wähler:innenbasis zu vergrößern. Sie knüpft dabei an das Repertoire rechtspopulistischer Akteure in den USA, Europa und anderen lateinamerikanischen Staaten an. Hierzu gehören die Mobilisierung von *Wir-Die*-Gegensätzen, Kampagnen der Desinformation und Medienmanipulation sowie Verschwörungen mit dem Ziel, die Regierung Petro zu destabilisieren, wenn nicht zu stürzen.

3.1 Diffamierung, Desinformation, Antifeminismus

Am 29. Juni veröffentlichte die spanische Tageszeitung *El País* eine Reihe von Audioaufnahmen, in denen Álvaro Leyva Durán (von 2022-2024 Außenminister in der Regierung Petro) mit einem unbekannten Gesprächspartner über seine Pläne spricht, Präsident Petro mit Unterstützung der US-Regierung zu stürzen (Quesada, 2025). Den Tonaufnahmen zufolge soll Leyva sich mit US-Senatoren getroffen haben, um den US-Außenminister Marco Rubio davon zu überzeugen, einen Staatsstreich in Kolumbien zu unterstützen. Leyvas Plan sah ein sogenanntes „nationales Abkommen“ vor,

an dem legale und illegale militärische Gruppen sowie einzelne politische Führungsfiguren beteiligt sein sollten.

Pläne zum Sturz der Regierung verbinden sich mit Kampagnen der Desinformation, mit der die kolumbianische Rechte bereits seit Jahren erfolgreich mobilisiert. Zentraler Inhalt ist der Kampf gegen die sogenannte „Gender-Ideologie“ (Sánchez Garzoli, 2016). Das Konzept gewann 2016 an Bedeutung, als die Rechte gegen Unterrichtsmaterialien und Inhalte des Friedensvertrags mobilisierte, die die Anerkennung sexueller Vielfalt sowie eine kritische Auseinandersetzung mit Geschlechtsidentität und Geschlechterungleichheiten thematisierten (Corredor, 2023). Der Verweis rechter Akteure auf eine „Gender-Ideologie“, die die heteronormative Ordnung und Kernfamilie bedrohe, spielte eine entscheidende Rolle bei der Abstimmung über das Friedensabkommen mit den FARC-EP im Oktober 2016, bei der das „Nein“ mit knappen 50,21 Prozent gewann (Viveros & Rodríguez, 2017).

Die Ablehnung des Friedensvertrags, der nach Änderungen per Parlamentsbeschluss im November 2016 gleichwohl in Kraft trat, vertiefte die ideologische Polarisierung der Gesellschaft sowie eine verbreitete Indifferenz gegenüber den Auswirkungen der Gewalt auf dem Land (Bello, 2016). Zugleich bestätigte es die Bedeutung von Desinformation und der Verbreitung moralischer Angst und Panik bei der Meinungsbildung. Das „Gespenst“ der Gender-Ideologie, ähnlich wie das des Kommunismus, diene der rechten Elite dazu, „Ängste zu schüren und Befürchtungen zu verstärken“ (Butler, 2024). Der zunehmende Einfluss feministischer Bewegungen hat in Kolumbien in den vergangenen vier Jahren die konservative Reaktion verstärkt und autoritäre Tendenzen befeuert. Die Konstruktion der „Gender-Ideologie“ ist ein weiteres Kapitel in der langen Geschichte rechter Reaktionen gegen Feminismus und sexuelle Vielfalt. Sie offenbart eine tief verwurzelte Homo- und Transphobie und stabilisiert zugleich traditionelle Geschlechterhierarchien.

Die „Gender-Ideologie“ diene der rechten Opposition seit 2022 als Strategie, um die Regierung Petro zu diffamieren und mit der Verbreitung von Angst vor einer „homosexuellen Kolonisierung“ anzugreifen (Serrano, 2017). So kommentierte die rechten Senator:innen des *Centro Democrático* María Fernanda Cabal und Miguel Polo die Einrichtung des Ministeriums für Gleichheit und Gerechtigkeit, das 2023-2025 von Vizepräsidentin Francia Márquez geleitet wurde, mit den Worten:

[...] sollen wir etwa so enden wie die Ministerien für Gleichstellung in Chile, Argentinien und Spanien? Denen es Spaß macht, Kinder in einer Entwicklungsphase, in der sie ihre eigene Identität ausbilden, mit sexuellem Wissen zu verwirren und zu verängstigen, das ihnen erst in späteren Lebensphasen vermittelt werden sollte? (zitiert nach Restrepo, 2024, S. 45, Übers. die Autor:innen).

Anti-Feminismus als politische Strategie wirkt. Der politischen Rechten in Kolumbien ist es in den Jahren in der Opposition gelungen, Feminismus als Bedrohung von Familie, Ehe und traditionellen Werten zu mobilisieren. Dafür erlangt sie in der Bevölkerung zunehmend Unterstützung – vor allem unter jungen Männern (Guerrero, 2025).

3.2 Soziale Ungleichheiten

Die politische Rechte greift in ihren Strategien auf tief verankerte und vereinfachte Links-Rechts Gegensätze zurück. Sie skandalisiert die politische Vergangenheit des Präsidenten Petro als Mitglied der Guerrillaorganisation M-19, unterstellt ihm eine Nähe zur kubanischen Revolution oder zum linksautoritären politischen Projekt der bolivarianischen Revolution in Venezuela und warnt, dass die Sozialpolitiken der Regierung Kolumbien in ein zweites Venezuela konvertieren würden. Dies wird mit einer diskursiven Kritik und politischen Blockade von Umverteilungspolitikern verbunden, die als Bedrohung der eigenen Interessen wahrgenommen werden.

Kolumbien gehört mit einem Gini-Index der Einkommensverteilung von knapp unter 0,54⁷ im Jahr 2023 und einem Gini-Index der Landverteilung von 0,89 (Avendaño Arias et al., 2023, S. 121) zu den ungleichsten Ländern weltweit. Diese und weitere Dimensionen sozialer Ungleichheit wie Vermögensverteilung, Zugang zu sozialen Sicherungssystemen, politische Macht und Teilhabe sind tief in die kolumbianische Gesellschaft eingeschrieben und verstärken sich wechselseitig. Die OECD (2018, S. 27) hat berechnet, dass es in Kolumbien durchschnittlich elf Generationen (über 300 Jahre!) dauert, um aus der untersten Einkommensschicht in ein mittleres Einkommensniveau aufzusteigen. Diese extremen und tief verankerten Ungleichheiten erklären sich unter anderem aus einem regressiven Steuersystem und einem segmentierten Wohlfahrtsstaat bei einem gleichzeitig hohen Anteil

7 <https://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.GINI?locations=CO>, letzter Aufruf 07.09.2025.

informeller Beschäftigung. Zudem haben sich Ungleichheiten im Kontext des bewaffneten Konfliktes verstärkt, v.a. in Bezug auf Land. Soziale Ungleichheiten sind nicht nur eine zentrale Konfliktursache, sondern auch eine Konsequenz des jahrzehntelangen bewaffneten Konflikts, in dem sich legale und illegale Eliten bis heute attraktive Ländereien aneignen (Peters, 2021).

Die Regierung Petro hat die Bearbeitung der extremen Ungleichheiten, ihrer kolonialen Ursprünge und die Verbindungen zur Gewaltgeschichte des Landes immer wieder ins Zentrum ihrer Politik gestellt. Konkret geworden ist dies in einer Reihe von Reformen, die Umverteilung und mehr Gleichheit in den Bereichen Steuern, Gesundheit, Arbeit und Altersversorgung zum Ziel hatten, allerdings mit unterschiedlichem Erfolg durch- und umgesetzt werden konnten. So konnte die Regierung zwar eine bescheidene Steuerreform und die Veränderung des Arbeitsrechtes erreichen. In den Bereichen Renten- und Gesundheitspolitik gelang ihr eine solche Reform hingegen nicht. Dies erklärt sich durch die Blockade der politischen Rechten, die etwa eng mit dem privaten Gesundheitssektor verbunden ist.

Die Thematisierung der sozialen Ungleichheit und das Ziel, eine gerechtere Gesellschaftsordnung aufzubauen, waren wichtige Gründe für Petros Wahlsieg. Mit dem Versuch, diese Ziele umzusetzen, fordert die Regierung Petros zugleich die materiellen Interessen der rechten Eliten und die tief-sitzenden Narrative der Legitimierung extremer Ungleichheiten heraus (García Sánchez et al. 2024). Als Antwort und vor allem in der Krise und bei der Verteidigung eigener Privilegien und Interessen rückt die Elite nach rechts. Diese Tendenz ließ sich 2018 auch in Brasilien beim Wahlerfolg des rechtsextremen Jairo Bolsonaro beobachten.⁸

3.3 Extraktivismus und Gewalt gegen Aktivist:innen

Angriffe auf Umwelt- und Menschenrechtsaktivist:innen haben in den 2000er Jahre weltweit zugenommen. Oftmals werden die so genannten *líderes sociales* (soziale Aktivist*innen) nicht nur kriminalisiert, bedroht oder eingeschüchtert, sondern auch gezielt ermordet. In Kolumbien ist die Zahl bedrohter und ermordeter Aktivist:innen vor allem seit dem Inkrafttreten des kolumbianischen Friedensvertrags mit der Guerilla FARC/EP

8 <https://www.frankfurter-hefte.de/artikel/die-macht-der-eliten-die-evangelikalen-und-die-versaemnisse-der-linken-2701>, letzter Aufruf, 08.09.2025.

Ende 2016 angestiegen (Menig & Dietz, 2020). Besonders alarmierend war die hohe Zahl an Gewaltverbrechen gegen soziale, Menschenrechts-, und Umweltaktivist:innen im Wahljahr 2022. Für das gesamte Jahr registrierte die Menschenrechtsorganisation Somos Defensores (2023) 840 bedrohte Aktivist:innen, 197 davon wurden ermordet, ein Anstieg von 42% im Vergleich zum Vorjahr (Somos Defensores, 2023). Besonders hoch war die Gewalt in der Zeit zwischen der Wahl im Mai 2022 und dem Amtsantritt von Gustavo Petro im August 2022 (ebd.). Für die Jahre 2023 und 2024 verzeichnen Menschenrechtsorganisationen einen leichten Rückgang der Gewalt gegen Aktivist:innen (ebd. 2024, 2025), sie bleibt aber weiterhin auf einem hohen Niveau. Die Menschenrechtsorganisation Global Witness (2024) bezeichnet Kolumbien in seinem Jahresbericht von 2023 im zweiten Jahr in Folge als „das tödlichste Land für Umwelt -und Landaktivist:innen“. Diese Situation hält - trotz des jüngsten Rückgangs der Zahl ermordeter Umwelt- und Landaktivist:innen – weiter an (Global Witness 2025, 18). Dies lässt sich als eine bewusste Botschaft rechter paramilitärischer Organisationen an soziale Akteure und die designierte Regierung interpretieren, mit den angekündigten Reformen in den Bereichen Energie, Landreform, Bergbau, Umwelt und Frieden (s. unten) nicht die Interessen der Landeliten, der Drogenkartelle und der transnationalen Bergbauunternehmen anzutasten.

Auffällig ist die regionale und räumliche Konzentration der politischen Gewalt: 80 Prozent der Übergriffe auf Aktivist:innen wurden in ländlichen Gebieten in zehn der insgesamt 33 Departamentos Kolumbiens verübt. Insbesondere konzentriert sich die Gewalt im Südwesten des Landes, einer zwischen verschiedenen nicht-staatlichen Gewaltakteuren umkämpften Region der Drogenproduktion und des Drogenhandels. Die Übergriffe richteten sich mehrheitlich gegen Vertreter:innen indigener, afrokolumbianischer und kleinbäuerlicher Gemeinschaften, die gegen extraktivistische Landnahme und die Missachtung kollektiver territorialer Rechte durch Bergbauunternehmen, Agroindustrie und Drogenkartelle mobilisieren (Somos Defensores 2023). Für knapp ein Drittel der Taten werde rechte (neo-)paramilitärische Gruppen verantwortlich gemacht, unter ihnen der *Clan del Golfo*, *Águilas Negras* (die als regionale Blöcke operieren, z.B. *Bloque Suroccidente*) und die *Caparrapos*. Daneben sind FARC-Dissident:innen und ELN-Guerillas für eine Reihe von Taten verantwortlich.

3.4 Ablehnung der Friedenspolitik

Ein zentrales Thema der kolumbianischen Rechten ist die ablehnende Haltung gegenüber dem Friedensvertrag mit der ehemaligen Guerilla FARC-EP. Die politische Rechte unter Führung des *Centro Democrático* sowie des konservativen Flügels der Kirche und eines Teils der militärischen Führung hat den Friedensprozess mit der FARC-EP von Beginn an heftig kritisiert. Dies bedeutete zusammen mit dem Ausgang des Plebiszits aus dem Jahr 2016 eine schwere Hypothek für die Legitimierung des Abkommens. Bis heute sind die Ablehnung und Indifferenz gegenüber dem Friedensvertrag in der kolumbianischen Gesellschaft verbreitet (Lang, 2024). Die Kritik der politischen Rechten am Friedensprozess entzündete sich unter anderem an den Institutionen der so genannten *Transitional Justice* (Übergangsgerechtiz). Hierzu zählen unter anderem das Sondergericht für den Frieden (*Jurisdicción Especial para la Paz*, JEP) und die Wahrheitskommission, die im Juni 2022 ihren Abschlussbericht vorlegte. Beide Institutionen wurden von der politischen Rechten immer wieder mit Kritik überzogen und als guerillanah sowie als Instrument der Straffreiheit diffamiert (Ambos & Aboueldahab, 2021, S. 38f.; Gómez, 2021; Cardozo Ruidíaz, 2025).

Diese Kritik lebte nach dem ersten Urteil der JEP Mitte September 2025 erneut auf, das den restaurativen Ansatz der Übergangsgerechtiz zeigt: Das Gericht verurteilte sieben Mitglieder des letzten Sekretariats der FARC-EP aufgrund des Tatbestands der Entführung zur Maximalstrafe von acht Jahren „Wiedergutmachungsarbeit“; Gefängnisstrafen sind im Rahmen der Sondergerichtsbarkeit bei umfangreicher Beteiligung der Täter an der Wahrheitsfindung explizit ausgeschlossen (de Gamboa & Peters, 2025). Insbesondere seitens des *Centro Democrático* wurde in diesem Kontext die Kritik am Friedensabkommen und an der JEP erneut lautstark artikuliert. So verkündete María Fernanda Cabal, dass sie die Verbrechen der FARC-EP vor den internationalen Strafgerichtshof bringen wolle.⁹

Die Präsidentschaftswahlen von 2018 gewann Iván Duque mit dem Versprechen, den Friedensprozess mit der FARC-EP rückgängig zu machen. Wenngleich Duque letztlich offiziell am Friedensabkommen festhielt, stockte die Implementierung des Friedensprozesses während seiner Amtszeit spürbar (Jiménez-Martín & Nández-Ortiz, 2025). Dies betraf insbeson-

9 <https://www.infobae.com/colombia/2025/09/18/maria-fernanda-cabal-cuestiono-a-la-jep-y-dijo-que-en-caso-de-ser-presidente-acompanara-a-las-victimas-para-actuar-ante-la-justicia-internacional-para-que-las-farc-responda/>, letzter Aufruf 28.09.2025.

dere die Umsetzung struktureller Reformen. Hinzu kamen politische Diffamierungen der Institutionen der Transitional Justice, sowie die revisionistische Positionierung der Regierung Duque zur Bearbeitung der staatlichen Verbrechen, die sich etwa in der Ernennung des Geschichtsrevisionisten Darío Acevedo als Leiter des Nationalen Erinnerungszentrums manifestierte.

Nach dem Amtsantritt Petros fokussierte sich die kolumbianische Rechte auf die Kritik der friedenspolitischen Agenda des neuen Präsidenten, die Politik des „Paz Total“ (Totaler Frieden). Unter diesem Slogan sollten Friedensgespräche mit den verschiedenen nicht-staatlichen Gewaltakteuren umgesetzt werden, um auf diese Weise politische Lösungen für die fortwährende Gewalt im Land zu suchen. Die hochgesteckten Erwartungen wurden deutlich verfehlt. In vielen Regionen des Landes hat sich die Sicherheitspolitik verschlechtert, die Friedensgespräche mit den unterschiedlichen nicht-staatlichen Gewaltakteuren erzielen kaum Fortschritte und Attentate und Entführungen seitens der bewaffneten Akteure unterminieren die Unterstützung für den Friedensprozess (Gutiérrez Sanín, 2025). Die kolumbianische Rechte nutzt dies im Wahlkampf zur Diskreditierung von Verhandlungslösungen mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren. Gleichzeitig glorifiziert sie die Politik der „demokratischen Sicherheit“ während der Präsidentschaft von Álvaro Uribe Vélez. María Fernanda Cabal, Senatorin und rechte Galionsfigur des *Centro Democrático*, präsentiert ihre Sicherheitspolitik als Antipode zur Friedenspolitik der Regierung Petro:

„Man hat die ‘demokratische Sicherheit’ verteufelt, obwohl sie die Zahl der jährlichen Morde von 30.000 auf 12.000 reduziert hat. Die NGOs, die sich als Verteidiger der Menschenrechte wännen, stehen an der Spitze dieser Diffamierungskampagne. Ich nenne sie Verteidiger der „linken Menschen“. Niemals haben sie die versehrten Soldaten oder entführte Zivilisten verteidigt, sie verteidigen einzig die Guerilleros. Wir müssen die Ehre der Streitkräfte wiederherstellen, die Guten rehabilitieren, den Geheimdienst stärken und Technologie kaufen. Frieden erreicht man mit der Autorität der Verfassung und des Rechts. Nicht, indem man mit Kriminellen verhandelt.“¹⁰

10 <https://www.infobae.com/colombia/2025/07/20/maria-fernanda-cabal-hablo-de-su-plan-de-gobierno-propone-porte-legal-de-armas-y-eliminacion-del-dialogo-con-grupos-armados/>, letzter Aufruf 28.09.2025.

Dieses Zitat unterstreicht, dass die politische Rechte trotz der breit dokumentierten Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Akteure unter der Präsidentschaft von Álvaro Uribe weiterhin am Mythos einer erfolgreichen Sicherheitspolitik der *mano dura* (harten Hand) festhält. Hierfür wird zunehmend auf das regionale Beispiel der autoritären und menschenrechtsverachtenden Sicherheitspolitik der Regierung El Salvadors rekurriert (siehe hierzu den Beitrag von Warnecke-Berger in diesem Buch).

4. Die Rechte in Kolumbien vor den Präsidentschaftswahlen 2026

In diesem dichten Netz aus Interessen und politischen Kalkülen tritt Kolumbien in einen neuen Vorwahlzyklus ein, der für das Land und die Region entscheidend sein wird. Von den Ergebnissen der bevorstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen hängt sowohl die Fortsetzung des progressiven Projekts der Linken als auch der Erfolg oder Misserfolg der von der Rechten ins Spiel gebrachten Formen der Opposition ab. Bereits zu Beginn des Wahlkampfes wird deutlich, dass dieser nicht nur durch eine starke politische Polarisierung, sondern auch durch politische Gewalt geprägt sein wird. Die kolumbianische Rechte eint ihre Ablehnung der Politik der Regierung Petro. Dies manifestiert sich insbesondere in der Blockade von Politiken der Umverteilung und der Anerkennung von Diversität sowie in der Forderung nach einer repressiven Sicherheitspolitik und der engen Kooperation mit der US-Regierung unter Trump.

Jenseits dieser geteilten Positionen mangelt es der politischen Rechten jedoch aktuell an einer starken Führungsfigur oder gar einem innovativen politischen Projekt. Bisher nur mit bescheidenem Erfolg versuchen einzelne Kandidat:innen, die politischen Inszenierungen rechter Politiker aus der Region zu imitieren. Aktuell wird dieser Ansatz am ehesten von de la Espriella bedient. Trotz einer durchwachsenen Bilanz der Petro-Regierung ist ein Erfolg der politischen Rechten bei den kommenden Wahlen also keineswegs ausgemacht. Bisher zeigen sich zudem teilweise heftige Spaltungen und gegenseitige Anfeindungen innerhalb der Rechten.

Gleichwohl zeigt die Vergangenheit, dass entsprechende Allianzen und die Mobilisierung der Ablehnung einer linken Alternative auch Politiker:innen mit wenig Profil wie den Ex-Präsidenten Iván Duque den Weg ins höchste Staatsamt ebnen kann. Welche Rolle das tödliche Attentat auf den Präsidentschaftskandidaten Uribe Turbay in der schnelllebigen Politik des Landes spielen wird, ist noch ebenso offen, wie die Frage nach den

Kandidat:innen der verschiedenen Lager sowie nach möglichen Allianzen gerade mit den Sektoren aus der politischen Mitte auf dem Weg zur sehr wahrscheinlichen Stichwahl im Mai 2026.

5. Schlussfolgerung

Kolumbien ist ein Land mit einer traditionell starken politischen Rechten. Diese ist nicht nur eng mit den ökonomischen Eliten, dem traditionellen Sektor der katholischen Kirche und den Medien verbunden, sondern hat historisch auch immer wieder Allianzen mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren gebildet. Auf diese Weise gelang es ihr, auch unter den Bedingungen demokratischer Wahlen über Jahrzehnte die Politik des Landes zu dominieren. Diese rechte Hegemonie erodierte in den vergangenen Jahren, ist aber bei weitem nicht gebrochen. Zwar fehlt es aktuell an einer politisch aktiven Führungsfigur und es ist der kolumbianischen Rechten auch noch nicht gelungen, ein eigenständiges Projekt jenseits der Ablehnung progressiver Politik der Ausweitung von Rechten, der Umverteilung von Reichtum und der Umsetzung von Friedenspolitiken sowie der Absicherung der eigenen Macht und Privilegien zu formulieren. Dennoch bleibt die kolumbianische Rechte ein wichtiger Machtfaktor im Land, zumal sie aktuell politische Unterstützung der Trump-Regierung sowie weiterer rechtsautoritärer Politiker:innen aus der Region und aus Europa erhält. Zudem greift die politische Rechte auf gezielte Diffamierungen gegen das progressive Lager zurück und stößt damit in Teilen der Bevölkerung auf erstaunliche Resonanz. Dies wird ergänzt von einer insgesamt durchwachsenen Bilanz der Regierung Petro, die nicht zuletzt auch durch interne Streitigkeiten, Fehler im Regierungshandwerk und der Tendenz des Präsidenten zur Verkündung überambitionierter Zielsetzungen deutlich an Zustimmung verloren hat.

6. Literatur

- Albarracín, J., Corredor-Garcia, J., Milanese, J.P., Valencia, I. H., & Wolff, J. (2023). Pathways of post-conflict violence in Colombia. *Small Wars & Insurgencies*, 34(1), 138-164.
- Ambos, K., & Aboueldahab, S. (2021). The special jurisdiction for peace and impunity: myths, misperceptions and realities. In K. Ambos, & S. Peters (Hg.), *Transitional justice in Colombia: The special jurisdiction for peace* (pp. 37-62). Nomos.

- Amnesty International et al., (2021). *Colombia: Shoots on sight*. <https://www.amnesty.org/en/documents/amr23/5005/2021/en/>, letzter Aufruf 28.09.2025.
- Avendaño A., & Johan A. et al. (2023). *Fragmentación y distribución de la propiedad rural en Colombia*. IGAC.
- Bello, M. N. (2016). Colombia: La guerra de los otros. *Nueva Sociedad*, 266, 140-146.
- Beltrán, W. M., Larotta Silva, S. P., & Cely Hernández, J. E. (2025). Characterization and categorization of Colombian Protestants in the late 2010s. *International Journal of Latin American Religions*, <https://doi.org/10.1007/s41603-025-00296-7>
- Beltrán, W. M., & Larotta Silva, S. P. (2020). *Religious diversity, values, and political participation in Colombia*. UNAL.
- Beltrán y Puga, A. & Bohórquez Monsalve, V. (2022). La política contenciosa y la contramovilización legal conservadora del aborto en Colombia. *Revista de la Facultad de Derecho*, 88, 41-69.
- Betancourt Vélez, R., & Birle, P. (2017). Das politische System. In T. Fischer, S. Klengel, & E. Pastrana Buelvas (Hg.), *Kolumbien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur* (S. 157-174). Vervuert.
- Cardozo Ruidíaz, M. F. (2025). *Historia Disputada: lucha por la verdad sobre el conflicto armado en Colombia en el post acuerdo de paz 2016-2022*. Dissertation KU Eichstätt-Ingolstadt.
- Corredor, E. S. (2023). The religious right and anti-genderism in Colombia. In L. A. Payne, J. Zulver, & S. Escoffier (Hg.), *The Right against Rights in Latin America* (pp. 78-97). Oxford University Press.
- De Gamboa, C., & Peters, S. (2025). *El porqué y el para qué de la justicia transicional: ejes en Colombia y en otros países*. Universidad de los Andes.
- Dietz, K. (2023). Agrarian change through speculation: Rural elites as land brokers for mining in Colombia. *Journal of Agrarian Change*, 23, 706-723.
- García Sánchez, E., Palacio Sañudo, J., & Romero Royert, D. (2024). Political ideology and the legitimization of social inequalities in Colombia. *Revista Colombiana de Psicología*, 33(1), 65-86.
- Giraldo Moreno, J. Luna Alzate, L., Muggenthaler, F., & Peters, F. (2022). *Del Paramilitarismo al Paramilitarismo? Radiografía de una paz violenta en Colombia*. Fundación Rosa Luxemburgo.
- Global Witness (2025). *Roots of resistance*. Global Witness Report 2025. https://globalwitness.org/documents/950/Defenders_Annual_Report_2025_English_17Sept2025.pdf, letzter Aufruf 30.09.2025.
- Gómez, G. I. (2021). Political conflicts over the JEP: A sociological perspective. In K. Ambos & S. Peters (Hg.), *Transitional justice in Colombia: The special jurisdiction for peace* (S. 13-36). Nomos.
- Granados Tuta, J. C. (2025). La mal llamada 'limpieza social': vieja práctica paramilitar que se incrustó en Colombia. *Revista Raya*, <https://revistaraya.com/la-mal-llamada-limpieza-social-vieja-practica-paramilitar-que-se-incrusto-en-colombia.html>, letzter Aufruf 30.09.2025.
- Gutiérrez Sanin, F. (2025). *¿Qué sabemos sobre el tercer ciclo de violencia en Colombia?* CAPAZ Policy Brief 4-2025. CAPAZ.

- Holland, A., & Freeman, W. (2021). *Contract clientelism: How infrastructure contracts finance vote-buying*. UNU-WIDER Working Paper 2021/155, UNU-WIDER.
- Jiménez-Martín, C., & Nández-Ortiz, P. J. (2025). Trayectorias gubernamentales sobre la implementación territorial del Acuerdo Final de Paz. *Bitacora*, 35(1), 132-144.
- Kajsiu, B., & Restrepo-Ossa, A. M. (2024). Las elecciones presidenciales de 2022 en Colombia: el surgimiento de una derecha antipolítica. *Desafíos*, 36(2), 1-32.
- Lang, C. (2024). Declining support for the 2016 Colombia Peace Accord: Colombian attitudes towards peace and transitional justice. *Journal of Peacebuilding & Development*, 19(2-3), 188-193.
- Luna, J. P. (2024). *Democracia muerta. Chile, América Latina y un modelo estallado*. Editorial Ariel.
- Melamed, J. (2025). *Retos de la seguridad ciudadana en el marco de la Paz Total: el caso del distrito de Barranquilla*. CAPAZ Policy Brief 8-2025. Instituto CAPAZ.
- Menig, S., & Dietz, K. (2020). Gewalt gegen líderes sociales. Herausforderungen an den Friedensprozess in Kolumbien. In S. Peters (Hg.), *Gewalt und Konfliktbearbeitung in Lateinamerika* (S. 71-89). Nomos.
- Ocquendo, C. (2022). Vox expande sus tesis ultraderechistas en América Latina con un encuentro en Colombia. *El País* 18-02-2022, <https://elpais.com/internacional/2022-02-19/vox-expande-sus-tesis-ultraderechistas-en-america-latina-con-un-encuentro-en-colombia.html>, letzter Aufruf 30.09.2025.
- OECD (2018). *A broken social elevator? How to promote social mobility*. OECD.
- Ospina Celis, D. (2025). *La Cruzada contra el aborto en Colombia: La Iglesia católica entre el derecho, la religión y la política*. Universidad de los Andes.
- Pearce, J., & Velasco, J.D. (2025). *How the architecture of power underpins inequality in Colombia*. LSE Blogs. <https://blogs.lse.ac.uk/inequalities/2025/10/28/how-the-power-of-elites-underpins-inequality-in-colombia/>.
- Pearce, J., & Velasco, J. D. (2022). *Élites, poder y principios de dominación en Colombia (1991-2022): Orígenes, perfiles y recuento histórico*. CAPAZ/LSE.
- Pécaut, D. (2006). *Crónica de cuatro décadas de política colombiana*. Norma.
- Peters, S. (2021). Cuánta desigualdad aguanta la paz? Reflexiones en torno al proceso de paz colombiano. In C. Hatzky, S. Martínez Fernández, J. Michael, & H. Wagner. (Hg.), *Latinoamérica y Paz? Propuestas para pensar y afrontar la crisis de la violencia* (pp. 237-280). Tedeo-CALAS.
- Quesada, J. D. (2025). El excanciller Álvaro Leyva buscó en Estados Unidos la complicidad de Trump para tumbar a Petro. *El País*, <https://elpais.com/america-colombia/2025-06-29/alvaro-leyva-busco-en-estados-unidos-la-complicidad-de-trump-para-tumbar-a-petro.html>, letzter Aufruf 30.09.2025.
- Ramírez Bonilla, L. C. (2023). Colombia: Matrices, tensions, and contexts for explaining the origin and change of right-wing politics. In J. Castro-Réa & E. Solano (Hg.), *The Right in the Americas: Distinct Trajectories and Hemispheric Convergences, from the Origins to the Present* (pp. 88-109). Routledge.
- Restrepo, E. (2024). Derechas emergentes en Colombia. *Letras*, 95(141), 40-54.

- Restrepo Santamaría, N. (2016). *Empresariado antioqueño y sociedad, 1940-2004: Influencia de las élites patronales de Antioquia en las políticas socioeconómicas colombianas*. Taurus.
- Rojas, A. (2022). Mehr Empörung als Angst: Soziale Mobilisierung in Kolumbien in Zeiten der Pandemie. In K. Dietz, S. Peters, & C. Schnepel (Hg.), *Corona in Lateinamerika* (pp. 155-174). Nomos.
- Sánchez Garzoli, G. (2016). Desmintiendo los mitos sobre la 'ideología de Género' en Colombia. *WOLA Analysis*, https://www.wola.org/es/analysis/desmintiendo-los-mitos-sobre-la-ideologia-de-genero-en-colombia/#_edn7, letzter Aufruf 30.09.2025.
- Silva-Colmenares, J. (2020). *Los verdaderos dueños del país. De la monopolización precoz del siglo 20 a la transnacionalización audaz del siglo 21*. Ediciones Aurora.
- Stacey, D. (2025): El candidato ultra Abelardo de la Espriella se da un baño de masas en un congreso en Bogotá: "El 'Tigre' ha despertado". El País 03-11-2025, <https://elpais.com/america-colombia/2025-11-04/el-candidato-ultra-abelardo-de-la-espriella-se-da-un-bano-de-masas-en-un-congreso-en-bogota-el-tigre-ha-despertado.html>.

Der Bolsonarismus in Opposition: Strategien und Vernetzung der extremen Rechten in Brasilien

Carolina A. Vestena

1. Einleitung: *Bolsonarismus ohne Bolsonaro*

Jair Bolsonaro, Präsident Brasiliens zwischen 2019 und 2022, verlor die Präsidentschaftswahlen gegen Luiz Inácio Lula da Silva im Oktober 2022. Seine Regierung war damit an ihrem Ende, die Auseinandersetzungen mit den extremen Rechten in Brasilien jedoch keinesfalls. Obwohl Bolsonaro aus der Präsidentschaft ausscheiden musste, brachte dieser Wahlgang eine Konsolidierung der Vorherrschaft konservativer bis zu rechter Kräfte im Parlament mit sich: Die Zahl der Abgeordneten und Senator:innen aus dem rechten Spektrum nahm weiterhin zu und erreichte mehr als 60 Prozent der Sitze im Bundesparlament sowie im Senat (Melo, 2024). Auch wenn politische Skandale, juristische Ermittlungen und Strafverfahren die bedingungslose Anhängerschaft von Bolsonaro auf die Probe gestellt haben, ist seine Rolle als Anführer der Rechten immer noch von großer Bedeutung.¹ Kann der *Bolsonarismus* ohne Bolsonaro an der Macht fortbestehen? Diese Frage haben viele Analyst:innen vor den Wahlen im Jahr 2022 gestellt, als die Diagnose einer Krise des Bolsonarismus vorherrschend zu sein schien (Cesarino, 2022; Rocha et al., 2024; Rocha & Solano, 2020). Eine Bilanz der aktuellen politischen Lage Brasiliens lässt die Frage fast drei Jahre danach deutlich bejahen: der Bolsonarismus dauert trotz Krisen fort. Es ist schwer, ihn „totzukriegen“ (Franzen, 2022b, S. 93).

Doch was charakterisiert den Bolsonarismus als politisches Projekt in der Opposition? Rennó, L. (2022, S. 147) beschreibt das Projekt des Bol-

1 Am 11. September 2025 wurde Bolsonaro aufgrund seiner Verstrickung in die Angriffe auf die demokratischen Institutionen und den Rechtsstaat im Januar 2023 zu mehr als 27 Jahren Haft verurteilt. Obwohl gegen dieses Urteil noch Einspruch eingelegt werden kann, stellt diese Entscheidung des brasilianischen Obersten Gerichtshofs eine dezidierte institutionelle Reaktion auf seine antidemokratischen Positionen dar. Des Weiteren wird Bolsonaro und seine Familie aufgrund der uneingeschränkten Unterstützung für Donald Trump kritisiert, der eine signifikante Erhöhung von Zöllen auf bestimmte brasilianische Exportgüter im Jahr 2025 erlassen hat (Carta Capital, 2025; Stand vom August 2025).

sonarismus als eine „ideologische Ausrichtung“ (*alinhamento ideológico*), die über die Figur von Jair Bolsonaro hinausgeht. Dabei handelt es sich vielmehr um eine Bündelung von rechtskonservativen bis zu rechtsextremen Kräften, die die Opposition steuern. Diese ideologische Ausrichtung charakterisiert sich durch eine konsistente Anlehnung an die politischen Positionierungen des politischen Führers und die Vertretung eines konservativen Projekts. Zentrale Merkmale davon sind die Verteidigung des Eigentums und traditioneller Prinzipien von Familie und Heimat sowie die Vermittlung einer kritischen Rhetorik gegen das linke politische Spektrum und dessen sozialpolitische Vorstellungen für Inklusion und Umverteilung. Der Bolsonarismus reagiert auch auf Fortschritte in der Anerkennung von Rechten und Freiheiten im Bereich der Gleichstellungspolitik (ebd.). Ideologisch geht es nicht zuletzt um den Widerstand gegen „Sozialismus, politische Korrektheit und Umkehrung der Werte“ (Franzen, 2022b, S. 94). Auf wirtschaftlicher Ebene zeigt der Bolsonarismus Ähnlichkeiten mit den Positionen der autoritären Rechten in Lateinamerika, Europa und den USA: es wird für eine Kontrolle bzw. Reduktion der Rolle des Staates in der Wirtschaft plädiert, die durch Privatisierung, Flexibilisierung von Arbeitnehmer:innenrechten und Betonung der Rolle des Individuums in der Wirtschaft zu gewährleisten sei (Behn, 2024; Cesarino, 2019; Rennó, 2022).

Die dritte Lula-Regierung wird deshalb mit der Herausforderung konfrontiert, sich gegen die Bedrohung des Bolsonarismus gegen demokratische Institutionen und Rechtsstaatlichkeit entgegenstellen zu müssen. Die internationale politische Konjunktur hat sich darüber hinaus infolge des zunehmenden Aufstiegs rechter und autoritärer Akteur:innen weltweit deutlich verschlechtert, was nicht zuletzt durch die Figur Donald Trumps zum Ausdruck kommt. Zusätzlich bestimmt die starke, wenn auch fragmentierte rechte Opposition die politische Lage in Brasilien maßgeblich und blockiert notwendige soziale und wirtschaftliche Maßnahmen (Melo, 2024). Die politische Lage in Brasilien bleibt nach wie vor angespannt, wenngleich im Oktober 2022 eine Welle der Hoffnung ausbrach.

Vor diesem Hintergrund fokussiert das vorliegende Kapitel auf zentrale Konturen der politischen Strategien des Bolsonarismus in der Opposition und möchte zu einem besseren Verständnis der politischen Konstellation, die diese rechte *ideologische Ausrichtung* im Parlament und in der Zivilgesellschaft Brasiliens ermöglicht, beitragen. Das Kapitel basiert auf Recherche wissenschaftlicher Aufsätze, Studien und journalistischer Artikel und ist in drei Abschnitte unterteilt. Im ersten Abschnitt geht das Kapitel auf

zentrale Ereignisse ein, die den Aufstieg der neuen Rechten in Brasilien und die Regierung Bolsonaros inmitten mehrerer Krisenerscheinungen geprägt haben. Im zweiten Abschnitt wird das nationale Netzwerk der extremen Rechten durch die Rekonstruktion seiner zentralen Akteur:innen und ihrer Anschlüsse an internationale Verbündete skizziert. Der dritte Abschnitt analysiert schließlich exemplarische Argumentationsmuster dieser Akteur:innen in sozialen Medien, die den besonderen Raum des politischen Kampfs der brasilianischen Rechten ausmachen. Der Beitrag schließt mit einer kritischen Betrachtung der Strategien und Lenkungskraft der extremen Rechten Brasiliens in der Opposition.

2. *Bolsonarismus als ideologische Ausrichtung: Aufstieg und umstrittene Entwicklungen*

Allmählich, dezentral und trotz der Diktaturvergangenheit stiegen die Organisierungskraft und die Präsenz rechter Gruppierungen in Brasilien nicht erst mit der Wahl Bolsonaros im Jahr 2018 (Franzen, 2022a; Melo, 2024). Prägende politische und soziale Entwicklungen haben den Weg für die Verbreitung rechter Diskurse und den Erfolg rechter Akteur:innen geebnet. Dazu zählen die Korruptionsermittlungen gegen die Regierungen der Arbeiterpartei (*Partido dos Trabalhadores*, PT), die umstrittene Verhaftung Lulas im Jahr 2018, die Ausbreitung neokonservativer evangelikaler Kirchen und eine tiefe Sicherheitskrise (Franzen, 2022a). Diese Faktoren geben Hinweise auf den politischen Kontext, in dem der Bolsonarismus als politische Alternative eine erhebliche Zustimmung innerhalb der brasilianischen Bevölkerung gewinnen konnte. Allein erklären sie jedoch nicht, wie sich dieser Prozess kommunikativ und strategisch entfaltet hat.

Die sozialwissenschaftliche Forschung widmet sich deshalb dem Einfluss der Entwicklung digitaler Kommunikationsinfrastrukturen zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Brasilien, die politische Debatten in den virtuellen Raum sozialer Medien übertragen hat. Camila Rocha, Esther Solano und Jonas Medeiros untersuchen diese nahezu geschlossenen Räume rechter Diskurse (Rocha et al, 2025; siehe Pfeiffer, 2016, für Deutschland), in denen es den Rechten gelingt, ein Narrativ zu verbreiten, das sich auf die Kernelemente des Bolsonarismus stützt und diesen somit für ein breiteres Publikum anschlussfähig macht. Akteur:innen des rechten Milieus polarisieren die politische Arena mithilfe einer verzerrten Diagnose. Sie machen es für viele glaubhaft, dass die sozioökonomischen Veränderungen

nach der Redemokratisierung Brasiliens zur Etablierung einer linksliberalen Hegemonie geführt haben, die es zu bekämpfen gelte. Dieser Glaube, es herrsche eine linksliberale Hegemonie, begründet ihre feindlichen Positionierungen, die darauf abzielen, Hass gegen jene Gegner:innen zu schüren. Zentrale Angriffspunkte der Rechten sind daher zunächst die Bestrebungen um wirtschaftliche Umverteilung, die in Brasilien mit der Sozialpolitik zur Armutsbekämpfung durch Programme des *Conditional Cash Transfers* sowie mit gekoppelten Politiken zur Inklusion in den Arbeitsmarkt einhergingen. Außerdem wurden und werden grundlegende Fortschritte im Bereich des Schutzes marginalisierter Akteur:innen, LGBTQI*-Personen und indigener Gemeinschaften, die durch antidiskriminierende Sozialpolitik erst erreicht wurden, als Angriff gegen die universellen Prinzipien der Gleichheit für alle angesehen. Darüber hinaus bemängeln die Rechten die Zusammenarbeit der PT-Regierungen mit sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die die nach der Demokratisierung fortbestehenden autoritären Strukturen der Diktatur aufzuarbeiten versuchten. Die Kritik an der Rolle des Militärs und der militärischen Landespolizei (*polícia militar*) ist hier ein weiterer zentraler Streitpunkt, der durch die Rechten zur Polarisierung politischer Debatten aufgegriffen wird (Rocha et al., 2025, 9 ff.)

In und aus der Gegenöffentlichkeit werden solche Argumentationsmuster erprobt und in die teilweise unvermittelte und unkontrollierte Debatte in den sozialen Medien übertragen. Je nach politischer Konjunktur greifen die Rechten auf diese Kerninhalte zurück und tragen damit zur weiteren Zuspitzung von Diskussionen, Spaltungen und Feindlichkeit bei. Die Chronologie der Ereignisse, die den Aufstieg des Bolsonarismus in Brasilien begünstigt haben, kann daher nur unter Berücksichtigung dieser digitalen Kommunikationsstrategien vollständig rekonstruiert werden. Im Folgenden geht der Beitrag auf vier zentrale Phasen der jüngsten brasilianischen politischen Geschichte ein, die diesen Prozess exemplarisch beleuchten.

Zunächst ist die Amtsenthebung von Dilma Rousseff als prägendes Moment zu betonen. In den Jahren 2015 und 2016 nutzten rechte Akteur:innen soziale Medien mit antifeministischen Diskursen strategisch, um Kritik und Gegenwind gegen ihre Regierung zu generieren. Diese Vorgehensweise hatte unter anderem Einfluss auf das Verfahren ihrer Amtsenthebung, da Rousseffs Regierungsfähigkeit und politische Integrität radikal infrage gestellt wurden. Frauenfeindliche Äußerungen und die Skandalisierung angeblicher Korruption waren Elemente der damals noch embryonalen rechten ideologischen Ausrichtung, die durch politische Positionierungen von

Bolsonaro sowie seinen Alliierten zum Ausdruck kam und zur Verbreitung eines Anti-Korruptionsdiskurses gegen die PT beitrug (Biroli, 2016; Biroli, 2021; Pérez, 2022).

Der Wahlsieg Bolsonaros im Jahr 2018 ist ohne die professionelle Nutzung sozialer Medien nicht vorstellbar. Dieses zweite Ereignis zeigt auf, wie sein Wahlkampf von der Krise der PT nach den Korruptionsskandalen und der Verhaftung Lulas profitieren konnte, die besonders geschickt durch seine virtuellen Kommunikationskanäle vermittelt wurde (FGV DAPP, 2018). Da Bolsonaro infolge eines Messerangriffs nicht mehr in Präsenz auftreten konnte, haben an seiner Stelle seine Anhänger:innen den Wahlkampf in digitalen Sozialräumen weitergeführt. Cesarino, L. (2019, S. 533) begreift diesen Prozess der Übertragung politischer Kämpfe in den Cyberspace und die Herausbildung einer digitalen Körperschaft des politischen Anführers mit der Figur „des digitalen Körpers des Königs“ (*o corpo digital do rei*).² Hier habe die digitale Präsenz die tatsächliche Präsenz seines verletzten Körpers ersetzt. Somit konnten seine Unterstützer:innen gemeinsam handeln und Wirkung im Sinne einer politischen Körperschaft entfalten, indem sie im Namen Bolsonaros aktiv waren. Durch diesen Prozess konnten ideologische Kernelemente des Bolsonarismus in der Öffentlichkeit verankert werden. Zum einen betonten die *bolsonaristas* die Differenz zu allen ‚anderen‘: u.a. den Linken, den Korrupten, den LGBTIQI*-Personen, d.h. den Feinden. Zum anderen bildete sich im Zuge des Wahlkampfes eine Äquivalenz zwischen den politischen Führern und dem ‚Volk‘ (*o povo*), das selbstverständlich nur seine Anhänger:innen umfasste (ebd.). Dies ermöglichte eine Nähe in dem Fernen, einen Anschluss in der individualisierenden Welt des Internets. Der Wahlkampf 2018 war daher ein Laboratorium digitaler Strategien, die während der gesamten Regierung Bolsonaros und auch danach immer wieder aufgegriffen wurden.

Der Umgang mit der Covid-Pandemie war als drittes Moment auch besonders prägend. Dabei handelt es sich jedoch in erster Linie um einen Stolperstein in der Aufstiegsgeschichte des Bolsonarismus. Für eine Analyse seiner Verankerung als ideologische Ausrichtung lohnt es sich dennoch, einen Blick auf diese Phase zu werfen, denn zu diesem Zeitpunkt wurde eine grundlegende Infrastruktur für die Verbreitung falscher Informationen entwickelt. Die hohe Zahl an Todesfällen an Covid-Erkrankungen hat Bol-

2 Dabei verweist Cesarino auf das Buch von Ernst Kantorowicz „Die zwei Körper des Königs“ (1957).

sonaro nicht davon abgehalten, seine Strategie der Verbreitung falscher Informationen fortzuführen (Ricard & Medeiros, 2020; Vestena, 2022). Er nutzte offizielle Kommunikationskanäle der Regierung, wie beispielsweise seine wöchentlichen „Lives“, um die Pandemie zu leugnen und die Verwendung von Medikamenten außerhalb der typischen Protokolle zur Behandlung des Virus, wie Chloroquin, zu vertreten (vgl. Miskolci, 2023). Außerdem wurde das sogenannte „Hasskabinett“ (*gabinete do ódio*) bereits während der Pandemie gebildet, eine Kommunikationsstabsstelle, die unter direkter Anweisung von nahestehenden Alliierten Bolsonaros im Innenministerium zur Verbreitung falscher Informationen diente (Congresso em Foco, 2020). Ab 2020 verschärften sich die Ermittlungen dieser Fake-News-Netzwerke, auch durch die aktive Handlung des brasilianischen Obersten Gerichtshofs (*Supremo Tribunal Federal*, STF).³ Die Rechten radikalisierten sich jedoch weiterhin und organisierten zahlreiche Proteste gegen das STF und die demokratischen Institutionen. Dabei stellten sie die Rolle demokratischer Institutionen in Frage und breiteten ihre Skepsis gegenüber dem Rechtsstaat in der Öffentlichkeit – ein Kernelement des Bolsonarismus – aus.

Die Popularität Bolsonaros bekam während und nach der Pandemie klaren Gegenwind. Die Wirtschaftskrise, die sich im Jahr 2022 durch hohe Inflationsraten, Arbeitslosigkeit und den Rückgang der Industrieproduktion verschärfte, beeinträchtigte das Vertrauen der Brasilianer:innen in Bolsonaro und seine Wirtschaftspolitik (Rennó, 2022). Diese Krisenphase, die hier als viertes Moment der umstrittenen Entwicklung des Bolsonarismus analysiert wird, offenbarte bereits Anzeichen eines möglichen Wahlsiegs von Lula als Gegenkandidaten im Wahlkampf im selben Jahr. Den Wahlkampf 2022 nutzte Bolsonaro allerdings nicht, um Fehler seiner Regierung zu verarbeiten und neue Lösungen anzubieten. Vielmehr ist er überzeugt von seinen politischen Entscheidungen in der Regierung aufgetreten, um seine politische Plattform zu rechtfertigen. Seine politischen Botschaften konzentrierten sich auf die Verbreitung von Desinformation über mutmaßliche Wahlbetrüge, um den Weg für eine politische Reaktion im Falle des

3 Im Zuge von Ermittlungen im Jahr 2021 wurden Strukturen rechtsextremer Netzwerke auf WhatsApp, Telegram und dem damaligen Twitter aufgedeckt. Das STF und der Verfassungsrichter Alexandre de Moraes erhielten zu diesem Zeitpunkt bereits internationale Aufmerksamkeit, als die ersten Sperrungen von WhatsApp und X (bis 2023 Twitter) wegen fehlender Kooperation der Unternehmen zu den Ermittlungen gegen Fake News stattfanden (Brühwiller, 2024).

Scheiterns vorzubereiten (FGV DAPP, 2018; Melo, 2024). Die Sicherheit der digitalen Wahlurnen wurde in Frage gestellt und Bolsonaro kündigte an, das Wahlergebnis nur im Fall seines Sieges anzunehmen. Letztlich wurde diese Androhung nicht umgesetzt, diente aber als Grundlage für die Radikalisierung seiner Unterstützer:innen, die in Anlehnung an das Attentat gegen das Kapitol in den USA im Jahr 2021 einen ähnlichen Angriff in Brasilien am 8. Januar 2023 durchführten.⁴ Der Angriff wurde über soziale Medien und Messengerdienste organisiert, mobilisiert und live übertragen, sodass die Aktionen unmittelbaren Zuspruch der *bolsonaristas* erhielten. Die Wahlniederlage Bolsonaros bedeutete immerhin einen Bruch im Machtprojekt der brasilianischen extremen Rechten, da die von der PT angeführte Koalition die institutionelle Macht wieder übernehmen konnte. Dennoch befindet sich Brasilien in einer äußerst instabilen politischen Lage. Der Bolsonarismus beeinflusst den politischen Kurs des Landes weiterhin – nicht zuletzt durch die Angriffe im Jahr 2023, aber auch durch verschiedene politische Mobilisierungen, die Bolsonaro und seine Anhänger:innen aus dem Internet heraus fortsetzen.

Der Anteil der Politiker:innen, die die Kernideen des Bolsonarismus – wirtschaftlichen Liberalismus, konservative Werte und repressive Sicherheitspolitik – unterstützen, geht über die üblichen traditionellen Verbündeten, die Vertreter:innen der Landwirtschaft und der Rüstungsindustrie sowie die evangelikalen Kirchen – hinaus (Melo, 2024). Es ist durchaus möglich, von einer demokratischen, gemäßigten Regierung unter Anführung der PT zu sprechen, aber keineswegs von einer Hegemonie der linken politischen Kräfte, an die die extremen Rechten glauben und vor der sie warnen. Hingegen erhalten die Rechten ihre institutionelle Macht und ihren Einfluss in Kommunen, Ländern und im Bundesparlament aufrecht, denn die rechte Hegemonie auf der zivilgesellschaftlichen Ebene verbei-

4 Eine Woche nach der Inauguration von Lula, die am 1. Januar 2023 stattfand, stürmten tausende Bolsonaro-Anhänger:innen den Platz der Drei Gewalten (*Praça dos Três Poderes*) in Brasília, der Hauptstadt des Regierungsdistrikts. Das Narrativ des Wahlbetrugs und die Radikalisierung unter der Vorstellung der Notwendigkeit eines Militärputsches sind einige der Erklärungsansätze für einen der gravierenden Angriffe gegen die demokratischen Institutionen Brasiliens seit dem Ende der Militärdiktatur. Die rechtliche Verarbeitung der Verantwortung von Bolsonaro und seinen Anhänger:innen für den Angriff ist noch nicht vollständig abgeschlossen. Bolsonaro hat allerdings seine aktiven Wahlrechte für acht Jahre bereits verloren und sitzt soeben im Hausarrest, denn er hat laut Beschluss des STF die Ermittlungen gegen seine Verstrickung mit den digitalen Netzwerken zur Verbreitung von Fake News, die die Angriffe angestoßen hatten, beeinträchtigt (Rocha et al., 2024).

tet sich immer weiter. Der Bolsonarismus als ideologische Ausrichtung bleibt dabei eine entscheidende Kraft, die verschiedene Manifestationen und Praktiken eines konservativen bis autoritären Gesellschaftsdiskurses bündelt und als politisches Projekt zu kritisieren gilt.

Soziale Medien und eigene digitale Kommunikationskanäle sind daher unabdingbar, um die Barrieren und Filter der traditionellen Medien und die herrschenden Vorstellungen der ‚liberalen linken Hegemonie‘ zu überwinden. So werden konservative Weltanschauungen vermittelt und normalisiert. In den letzten Jahren hat sich die brasilianische interdisziplinäre Sozialforschung intensiv mit der Akteurskonstellation und den digitalen Strategien der extremen Rechten auseinandergesetzt. Im nächsten Abschnitt gehe ich auf zentrale Beispiele dieser Strategien mit besonderem Fokus auf ihre Akteur:innen ein, die sich ideologisch auf den Bolsonarismus beziehen und als oppositionelle Kräfte gegen die PT-Regierung organisieren.

3. *Das Netzwerk der brasilianischen extremen Rechten und ihre digitale Inhaltsvermittlung*

Die Akteurskonstellation der brasilianischen Rechten hat sich in den vergangenen Jahren zu einem vielschichtigen, eng verzahnten Geflecht aus politischen Führungspersonlichkeiten, digitalen Influencer:innen, ideologisch ausgerichteten aktivistischen Gruppen, alternativen Medienplattformen, anonymen oder semi-anonymen *Content-Produzent:innen* sowie internationalen Partner:innen entwickelt. Dieses Netzwerk zeichnet sich dadurch aus, dass die einzelnen Akteur:innen in einer wechselseitigen Beziehung zueinander stehen und gemeinsam eine wirksame Infrastruktur für die Erzeugung und Verbreitung politischer Narrative in der Gegenöffentlichkeit bilden (Rocha et al., 2025). Anders als in klassischen Parteistrukturen und medialen Plattformen bewegt sich das Netzwerk der Rechten zwischen formeller und informeller Organisation. Parteimitglieder, soziale Gruppierungen, Influencer:innen und internationale Allianzen vereinen sich unter ähnlichen ideologischen Prämissen (Machado & Vargas-Maia, 2023). Die Flexibilität und Vielschichtigkeit dieses Netzwerks sind zugleich die Grundlage und die Bedingung dafür, dass sich der Bolsonarismus als ideologische Ausrichtung in breiteren Kreisen weiter verwurzeln kann und seine Kernüberzeugungen über die traditionelle Anhängerschaft von Jair Bolsonaro als Spitzenpolitiker hinaus Verbreitung finden. Ein Überblick über die spezifischen Rollen innerhalb des Netzwerks der extremen Rechten Brasiliens

ist daher für die Analyse seiner Strategien in der politischen Opposition aufschlussreich. Dadurch kann ein besseres Verständnis dafür gewonnen werden, wie dieses Netzwerk aufgebaut ist und welche Rollen die einzelnen Akteur:innen dort einnehmen.

Die Rekonstruktion des rechten Netzwerks muss mit Jair Bolsonaro selbst beginnen. Als Familienoberhaupt und ehemaliger Präsident verkörpert er die Rolle eines charismatischen Anführers, der vermeintlich außerhalb des ‚korrupten politischen Systems‘ stünde, dieses jedoch gezielt von innen heraus transformieren will (Franzen, 2022a). Seine Popularität speist sich nicht nur aus seinen langen Jahren als Abgeordneter mit klar konservativ-nationalistischem Profil, sondern aus seiner persönlichen Strategie, die sich vor allem durch die direkte Ansprache der Anhänger:innen über soziale Medien charakterisiert (Cesarino, 2019). Der Kern seiner Führungsstrategie besteht darin, über digitale Medien die Deutungshoheit über das politische Tagesgeschehen zu behaupten. Damit ist Bolsonaro nicht nur Parteipolitiker, sondern auch dauerhafter Kommunikator, der seine Basis durch kontinuierliche Online-Präsenz aktiviert und mobilisiert (vgl. ebd.).

Seinen Söhnen kommt anschließend eine strategische Rolle zu, wobei Carlos Bolsonaro – zweiter von vier Söhnen und einer Tochter – als der zentrale Architekt der radikalen digitalen Strategien gilt. Recherchen von investigativen Medien sowie Berichte parlamentarischer Untersuchungsausschüsse weisen darauf hin, dass Carlos Bolsonaro maßgeblich an der Einrichtung und Koordination des bereits erwähnten *Hasskabinetts* beteiligt war (Euzébios Filho & Siqueira, 2023). Diese informelle und geheime Gruppe aus Social-Media-Manager:innen, Meme-Produzent:innen und digitalen Strateg:innen arbeitete eng mit loyalen Abgeordneten und Blogger:innen zusammen, um Kampagnen zu planen, politische Gegner:innen zu diskreditieren und pro-Bolsonaro-Narrative zu verbreiten (Congresso em Foco, 2020). Mehrere journalistische Recherchen, darunter von The Intercept Brasil und Folha de São Paulo, legen nahe, dass dieses Team systematisch Kampagnen gegen politische Gegner:innen plante, die durch die gezielte Einbettung von Desinformationen in digitale Videobeiträge vermittelt wurden.

Eduardo Bolsonaro, dritter Sohn des Ex-Präsidenten und Landesabgeordneter für Rio de Janeiro, hat eine zentrale Funktion in dem Netzwerk der extremen Rechten und fungiert als Schnittstelle zu internationalen Verbündeten. Er pflegt enge Kontakte zu US-amerikanischen Akteur:innen wie Steve Bannon, der rechtspopulistische Kräfte weltweit miteinander zu vernetzen versucht (Viana et al., 2022). Diese Kontakte sorgen nicht nur

für Ideentransfers – etwa bei der Übernahme von Narrativen wie dem angeblichen „Wahlbetrug“ nach US-Vorbild –, sondern auch für die Koordination transnationaler Medienkampagnen und den Austausch von Social-Media-Strategien (Rocha et al., 2024). Eduardo Bolsonaro nutzt diese internationale Bühne zugleich zur Stärkung seiner eigenen politischen Rolle in Brasilien und zur Verteidigung der Interessen seines Vaters, insbesondere in Reaktion auf die Ermittlungsverfahren nach Januar 2023. Als Senator und ältester Sohn übernimmt Flávio Bolsonaro eine eher institutionell geprägte Rolle als Bindeglied zwischen dem parlamentarischen Raum und der außerinstitutionellen Mobilisierung der Basis und ist deshalb weniger führend in den digitalen Strategien. Trotzdem ist er Teil des politischen Familiennetzwerks, das den ideologischen Kern des Bolsonarismus vertritt.

Im engen Dialog mit der familiären Führungsebene erstreckt sich ein breites Netz von digitalen Influencer:innen, die formal oft keine direkten Parteimitglieder sind, ideologisch jedoch dezidiert pro-Bolsonaro und im Rahmen des ideologischen Kerns des Bolsonarismus agieren (Euzébios Filho & Siqueira, 2023). Hierzu gehören unter anderem YouTuber wie Allan dos Santos, Betreiber der inzwischen gesperrten Plattform „Terça Livre“ (Ramón, 2022), der nach Beginn der Ermittlungen bezüglich seiner Verstrickung in die Angriffe vom Januar 2023 in die USA geflohen ist. Bezeichnend für die Praxis dieser individuellen Influencer:innen ist es, dass sie Inhalte regelmäßig produzieren, die über lange Videoformate, Interviews und Livestreams hinausgehen und auch in Kurzform als Meme oder kurze Clips für andere Plattformen aufbereitet werden. Sie werden insofern ein wichtiger Bestandteil des Netzwerks der digitalen Strategien der extremen Rechten Brasiliens, als sie zwischen der Führung und den Unterstützer:innen Inhalte vermitteln. Sie interpretieren Botschaften, kommentieren aktuelle Ereignisse aus einer dezidiert rechten Perspektive und tragen dadurch zur ideologischen Homogenisierung der Anhängerschaft bei. Zugleich dienen sie als Experimentierfeld für Narrative: Themen, die in den Kanälen dieser Influencer Resonanz finden, werden oft von größeren Akteur:innen des Netzwerks aufgegriffen und verstärkt (vgl. Ruediger, 2022).

Ein weiterer Baustein des Netzwerks sind politische Gruppen, die häufig aus der Protestbewegung der Jahre 2013 bis 2016 hervorgegangen sind. Bewegungen wie der „Movimento Brasil Livre“ oder „Vem Pra Rua“ hatten ursprünglich ein breiteres politisches Spektrum von wirtschaftsliberalen bis konservativen Positionen vertreten, verschoben sich jedoch nach rechts, insbesondere durch ihre vehemente Opposition gegen die Arbeiterpartei

und ihre Nähe zu Bolsonaro in der Amtsenthebungsphase von Dilma Rousseff (Barcelos, 2017; Pansardi ,2018). Diese Gruppen organisieren nicht nur Proteste, sondern auch Online-Kampagnen und koordinieren die Kommunikationskette von eigenen Inhalten durch WhatsApp- und Telegram-Gruppen. Sie fungieren als Knotenpunkte, die lokale Unterstützungsgruppen mit der allgemeinen Strategie des Bolsonarismus verbinden (Filho, 2020). Die Dezentralität dieser Gruppen macht sie schwerer zu kontrollieren, erlaubt aber eine flexible Anpassung an lokale Kontexte.

Auch alternative Medienkanäle nehmen einen besonderen Stellenwert innerhalb des Netzwerks ein. Hierbei handelt es sich um Internetportale, Blogs und Online-Magazine, die die Form klassischer Nachrichtenmedien imitieren, inhaltlich jedoch stark ideologisch gefiltert arbeiten. Beispiele wie „Jornal da Cidade Online“, „Conexão Política“ oder „Revolta Brasil“ produzieren kontinuierlich Inhalte, die die Kommunikationslinien des Bolsonarismus stützen (Intervozes, 2020). Der Vorteil dieser Medien liegt darin, dass sie einerseits als Informationsquelle für Anhänger:innen dienen, andererseits aber durch ihre professionelle Aufbereitung von Inhalten auch für weniger politisierte Nutzer:innen glaubwürdig erscheinen können. Sie liefern Material, das Influencer:innen weiterverarbeiten und verbreiten.

Ein weiterer wichtiger, aber oft unsichtbarer Teil des Netzwerks sind anonyme oder semi-anonyme Inhaltsproduzent:innen, die vor allem in den frühen Stadien der Narrativverbreitung eine entscheidende Rolle spielen. Diese Akteur:innen betreiben Meme-Seiten, X-Accounts oder Telegram-Gruppen, die deutlich vernetzt mit der Kernstruktur der extremen Rechten sind. Inhalte werden in ihren halböffentlichen oder geschlossenen Räumen entwickelt, teilweise in radikaler Form, und erst anschließend von bekannteren Akteur:innen aufgegriffen, gefiltert und in einer Form präsentiert, die größere Reichweite entfalten kann, ohne sofort von Plattformmoderator:innen gesperrt zu werden (vgl. Rocha et al., 2025). Diese Arbeitsteilung erlaubt einerseits das Austesten von Inhalten und andererseits eine kontrollierte Verbreitung ausgewählter Botschaften.

Das brasilianische Akteursnetzwerk der extremen Rechten ist zudem transnational eingebettet. Insbesondere über Eduardo Bolsonaro bestehen enge Kontakte zu Organisationen der amerikanischen und europäischen radikalen Rechten. Wie bereits erwähnt, unterstützte Steve Bannon den Bolsonarismus mehrfach und nannte ihn als Beispiel eines erfolgreichen rechtspopulistischen Aufstiegs (de Paula, 2025; Maciel et al., 2022). Über diese internationale Vernetzung gelangen Narrative wie die Unterstellung systematischen Wahlbetrugs oder die harsche Kritik an multilateralen Or-

ganisationen (UNO, WHO) nach Brasilien (Rocha et al., 2024). Ebenso existieren Verbindungen zu spanischen und italienischen rechten Parteien, die im Austausch zu migrationspolitischen und kulturkämpferischen Themen mit der brasilianischen Rechten stehen (Maciel, 2024).

Kurzum: Die Verbreitung des Bolsonarismus als ideologische Ausrichtung erfolgt in einem arbeitsteiligen Netzwerk. Die Familie Bolsonaro liefert Leitbotschaften und verschafft den rechten Narrativen mediale Schlagkraft. Digitale Influencer:innen und alternative Medien fungieren als Multiplikationsinstanzen, die das Rohmaterial aus der Führungsebene weiterbearbeiten und in konsumierbaren Inhalt überführen. Durch Messaging-Kanäle werden die Botschaften verbreitet und mit lokaler physischer Mobilisierung verknüpft. Anonyme Inhaltproduzent:innen spielen die Rolle kreativer Impulsgeber:innen, während internationale Partner:innen Ideenvorlagen und symbolische Legitimation beisteuern. Diese Struktur bleibt hochgradig resilient gegenüber dem Ausfall einzelner Knotenpunkte: Wird ein:e Influencer:in gesperrt oder eine Plattform eingeschränkt, existieren ausreichend alternative Kanäle und Akteur:innen, um die Kommunikation aufrechtzuerhalten. Zudem ermöglicht sie eine schnelle Anpassung der Themen: Trends oder Ereignisse können innerhalb weniger Stunden von anonymen Inhaltproduzent:innen aufgegriffen, in alternativen Medien aufbereitet und über Influencer:innen massenhaft verbreitet werden. Schließlich verfügt das Netzwerk über ein hohes Maß an interner Loyalität. Die ideologische Kohäsion entsteht nicht allein durch formelle Mitgliedschaft oder Parteidisziplin, sondern durch eine dauerhafte digitale Sozialisation, in der Narrative wiederholt, kommentiert und gegen abweichende Meinungen abgeschottet werden.

Selbst nach Bolsonaros Wahlniederlage 2022, den Ereignissen vom 8. Januar 2023 und seiner Verurteilung im September 2025 kann sich dieses Netzwerk trotz institutioneller und juristischer Gegenmaßnahmen weiterhin behaupten und wirkt als zentraler Raum für die strategische Abstimmung und Mobilisierung des Bolsonarismus als ideologische Ausrichtung. Im folgenden Abschnitt analysiere ich exemplarische Argumentationsmuster der digitalen Strategien der extremen Rechten Brasiliens.

4. Argumentationsmuster der brasilianischen extremen Rechten in der Opposition

Die diskursiven Muster im Kampf der extremen Rechten in Brasilien änderten sich nach der Wahlniederlage von Jair Bolsonaro 2022 nicht maßgebend. Kernbestände des Bolsonarismus werden weiterhin mobilisiert, wobei es auf der Landesebene und auf den Kommunen immer wieder Bestrebungen gibt, einige der Fallstricke der Regierung strategisch aufzugreifen und zu verarbeiten. Sozialwissenschaftliche Studien und Medienforschung haben digitale Strategien untersucht und systematisiert, die in Brasilien aufgrund der verbreiteten Nutzung von Messengerdiensten besonders wirksam sind (FGV DAPP, 2018; Miskolci, 2023; Rocha et al., 2024; Ruediger, 2022). Erstens sind die Akteur:innen des rechten Milieus plattformübergreifend in Facebook, YouTube, Instagram, X sowie in WhatsApp, Telegram und zunehmend auch auf TikTok vertreten. Dadurch wird ein direkter Kommunikationskanal mit den Anhänger:innen aufgebaut, der die klassischen Medien umgeht und eine direkte Ansprache der Unterstützer:innen ermöglicht. Auf den verschiedenen Plattformen sind nicht nur Jair Bolsonaro, seine Familienmitglieder und Parteimitglieder aktiv, sondern auch sogenannte „Micro-Influencer“, die zahlreiche kleinere Accounts bespielen und Inhalte in Nischen-Communities streuen (Congresso em Foco 2020).

Zweitens zeichnen sich die Inhalte der extremen Rechten durch ein starkes Emotionalisierungs- und Polarisierungspotenzial aus. Ängste und Empörung bereiten den Nährboden für die Ausbreitung teilweise übertriebener Narrative über Kriminalität, wirtschaftliche Unsicherheit und eine vermeintliche Bedrohung kultureller Werte der Familie und Religion. Das „Wir-gegen-die-Anderen“-Narrativ ist ein zentrales Motiv des Bolsonarismus und ruft polarisierende Feindbilder wie die „korrupten Eliten“, die „hegemonialen Linken“, „schamloser“ LGBTQI+s‘ oder die ‚gefährlichen‘ Ausländer:innen‘ hervor (vgl. Rocha et al., 2024; Franzen, 2022a). Diese Inhalte werden im Internet häufig viral und durch Memes mit Ironien, Übertreibungen und geschmacklosem Humor schnell teilbar gemacht.

Drittens verbreiten die Rechten gezielt Falschinformationen, die oft mit emotionalen Schlagzeilen gekoppelt sind. Ein Beispiel hierfür war die mediale Kettenreaktion gegen eine geplante Änderung des Besteuerungssystems des brasilianischen Zahlungssystems „Pix“, die von Finanzminister Fernando Haddad (PT) für das Jahr 2025 angekündigt wurde. Aufgrund der weiten Verbreitung dieses Zahlungssystems in Brasilien wollte das Ministerium Geldwäsche bekämpfen und dafür eine etwas strengere Kontrolle

von Transaktionen über bestimmte Summen einführen (Piovesan, 2025). Die Rechten reagierten strategisch mit einer viralen Kampagne gegen das Projekt und begründeten ihre Position mit der falschen Information, dass jeder Zahlungs- oder Überweisungsvorgang durch Pix versteuert werden würde (Carlucci, 2025). Somit warfen sie der Lula-Regierung absichtlich irrtümlich vor, dass das Besondere am Pix-System, nämlich dass es kostenfrei ist, abgeschafft werden würde. In WhatsApp- und Telegram-Gruppen kursierten unzählige Memes, Videos und Bilder, die diese Falschmeldung rasend schnell verbreiteten. Die Regierung sah sich gezwungen, auf die geplante Maßnahme zu verzichten und erlitt dabei klare Image-Schäden (ebd.).

Diese krisenhafte Situation macht noch ein viertes Merkmal der Strategien der Rechten im Internet besonders deutlich: Da sich die digitalen Telegram- und WhatsApp-Gruppen dezentral vermehren lassen, ist es besonders schwer, ihre Inhalte zu steuern. Dabei können nicht nur falsche Informationen gestreut, sondern auch eine digitale Gemeinschaftsbildung von rechten Akteur:innen und Anhänger:innen erreicht werden (Cesarino, 2019). Überzeugte Rechtsgesinnte bestärken sich gegenseitig und aktivieren ihre eigenen Narrative, indem sie zur Beteiligung an gemeinsamen Hashtag-Kampagnen, Flashmobs und viralen Challenges aufrufen und rechtsextreme Narrative normalisieren.

Diese Strategien gehen dann schließlich über die digitalen Räume hinaus. Denn es gelingt den extremen Rechten auch oft, eine Verbindung zwischen Online- und Offline-Mobilisierungen herzustellen. Einerseits ermöglichen „Lives“ auf Instagram, Facebook oder YouTube mit direkten Kommentierungsmöglichkeiten oder Umfragen das Gefühl einer direkten Nähe mit den politischen Anführer:innen trotz virtueller, ferner Begegnung. Andererseits wird die Teilnahme an Kundgebungen, Straßendemonstrationen, Wahlkampfveranstaltungen und Protesten durch Online-Veranstaltungen angeregt, sodass das online erzeugte Gemeinschaftsgefühl auch in Präsenz erlebt und somit verstärkt wird (ebd.). Während der Anhörungen zum Angriff vom 8. Januar 2023 versammeln sich Anhänger:innen Bolsonaros täglich vor seinem Haus und zeigten dabei ihre Unterstützung als Kritik an dem Beschluss über seinen Hausarrest, ähnlich wie früher viele an den „Moto-Korsos“ mit Bolsonaro selbst während seiner Wahlkämpfe teilgenommen haben (Mariz & Pompeu, 2025)

Es lässt sich konstatieren, dass sich der Bolsonarismus durch seine Offenheit für die Spontanitäts- und Schnelligkeitslogik der Informationsverbreitung im Internet sehr geschickt und strategisch anpasst, und dadurch

wird sein Fortbestehen gesichert. Diese spezifischen Taktiken sind besonders wirksam, wenn es darauf ankommt, den Kern des Bolsonarismus als ideologisches Angebot zu verbreiten und überzeugend zu vermitteln. Dabei geht es jedoch nicht darum, zu argumentieren, dass der Bolsonarismus nur ein Phänomen des Internets ist. Die strategische Nutzung digitaler Kommunikationsstrukturen ist gerade in der Kombination mit Aktionen und Protesten außerhalb der digitalen Räume ein zentrales Instrument für die kontinuierliche Aktivierung rechter Vorstellungen und Ideologien, die trotz Krisen innerhalb des Netzwerks und des Wahlsiegs von Lula im Jahr 2022 voranschreiten.

5. Fazit: Die Widerstandsfähigkeit des Bolsonarismus im Kulturkampf von rechts

Kommen wir auf die Eingangsfrage dieses Kapitels zurück – kann der Bolsonarismus ohne Bolsonaro an der Macht fortbestehen? – lässt sich festhalten, dass der Bolsonarismus als ideologische Ausrichtung der extremen Rechten Brasiliens resilient gegen Krisen und eine bedeutende Kraft in der Opposition bleibt. Dank seiner widerstandsfähigen und flexiblen Kommunikationsinfrastruktur, die durch ein vielschichtiges Netzwerk bespielt wird, kann er sich an unterschiedliche Szenarien anpassen und seine Deutungshoheit unabhängig von Krisen und Phasen des Popularitätsverlusts behaupten. Die Verbreitung falscher Inhalte und die Interpretation von Fakten entsprechend dem eigenen ideologischen Kern sind strategische Praktiken, die durch die vernetzte Nutzung sozialer Medien besondere Resonanz gewinnen. Diese politische Praxis, die sich über digitale Kommunikationskanäle rasant verbreitet, ist das Werk einer Akteurskonstellation, der es gelingt, die Narrative über die Fakten und die Interpretation gesellschaftlicher Problemlagen zu steuern. Der Erfolg dieser Strategie hängt mit einer systematischen Arbeitsteilung zusammen, die die kreative Inhalt-Produktion, die mediale Verarbeitung, die charismatische Resonanz und die physische Rückkopplung kombiniert. Das System der Desinformation bringt nicht nur einzelne Kampagnen, wie den erfolgreichen Wahlkampf 2018, voran. Die Konsolidierung der extremen Rechten in den Parlamenten im Rahmen der Wahlen im Jahr 2022 zeigt auch, dass der Bolsonarismus fortdauernd aktivierbar und wirksam bleibt.

Der ideologische Inhalt des Bolsonarismus ist in der brasilianischen Geschichte, die durch Kolonialismus und die Erfahrung einer Militärdiktatur

geprägt ist, dennoch keine neue Erscheinung. Wie das politische Projekt vor der Redemokratisierung ab 1988 ist der Bolsonarismus ideologisch frauenfeindlich, xenophob und rassistisch. Auch der Militarismus und die Verteidigung eines extremen Wirtschaftsliberalismus sind Markenzeichen seiner DNA. Der Aufstieg des Bolsonarismus als ideologische Bündelung der neuen Rechten stellt daher lediglich ein neues Momentum in den politischen Auseinandersetzungen in Brasilien dar, insofern seine Organisierungskraft und -wirkung strategisch, offen und über das Internet zum Ausdruck kommen.

Das Aufkommen des Bolsonarismus als politisches Programm für die Wahlkämpfe und in der Regierung markierte die Offenlegung dieses Netzwerkes. Dabei formierte sich eine überzeugte Anhängerschaft, die extrem konservatives Gedankengut in verschiedenen Ebenen der Zivilgesellschaft normalisiert. Der Bolsonarismus ist daher besonders anschlussfähig und vorantreibend für die Interessen alter rechter Gruppierungen. Auch wenn Jair Bolsonaro mit seinen eigenen Positionierungen und politischen Äußerungen häufig polarisierend und teilweise zu polemisch innerhalb des rechten politischen Spektrums selbst klingt, finden die alten Konservativen Anschlusspunkte im diskursiven und ideologischen Korpus des Bolsonarismus, die sie zu eigenen Zwecken ausnutzen können. Politische Allianzen werden so schnell wie die Kommunikation im Internet geschmiedet oder wieder aufgelöst. Trotz Bemühungen um Reformen der dritten Lula-Regierung ist der brasilianische Politikbetrieb nach rechts gerückt.

Wie in anderen Ländern Lateinamerikas, Europas und den USA ist der Bolsonarismus eine Form von „Kulturkampf von rechts“ (Jorek, 2022; Kellershohn & Kastrop, 2016). Aufgrund des Skalierungspotenzials und der schweren Kontrollierbarkeit digitaler Räume werden die Kämpfe der extremen Rechten als Kämpfe um die ideologische Überzeugung ausgefochten. Wie andernorts wissen auch die brasilianischen Rechten, dass Macht und Herrschaft nicht einfach auf ‚einen Streich‘ zu erlangen sind, sondern dass darum allmählich und permanent in verschiedenen Bereichen der Zivilgesellschaft gerungen wird. Die extremen Rechten haben den Hegemoniebegriff von Antonio Gramsci für sich entdeckt und beziehen sich auf alltägliche Vorurteile, strukturelle Hierarchien, verdrehte Erzählungen und Mythen, um gesellschaftliche Unterstützung für ihre Werte und Vorstellungen zu gewinnen (vgl. Cesarino, 2019). Ob sie regieren oder nicht und somit Kontrolle über Machtapparate besitzen, ist keine irrelevante Frage. Doch die jüngsten brasilianischen Entwicklungen zeigen auf, dass die Machtübernahme durch eine Koalition linksliberaler und gemäßigter

Kräfte nicht unbedingt eine strukturelle Veränderung in einer Machtkonstellation hervorbringen kann, in der die Rechten so viel Lenkungs-kraft besitzen. Es bleibt allerdings zunächst abzuwarten, ob die juristische Aufarbeitung der von Bolsonaro angezettelten Angriffe auf die Demokratie eine politische Wirkung gegen den Bolsonarismus zeigen wird.

6. Literatur

- Barcelos, G. (2017). O conservadorismo moral como reinvenção da marca MBL. *Le Monde Diplomatique Brasil*. <https://diplomatie.org.br/o-conservadorismo-moral-como-reinvencao-da-marca-mbl/>. Letzter Aufruf: 01.09.2025.
- Behn, A. (2024). Die autoritäre Rechte in Lateinamerika. In Rosa-Luxemburg-Stiftung <https://www.rosalux.de/news/id/52437/die-autoritaere-rechte-in-lateinamerika>. Letzter Aufruf: 01.09.2025.
- Biroli, F. (2021). Triumph der Frauen? Das weibliche Antlitz des Rechtspopulismus und -extremismus in ausgewählten Ländern. Fallstudie Brasilien: Berlin: Friederich-Erbert-Stiftung. <https://library.fes.de/pdf-files/dialog/17807.pdf>. Letzter Aufruf: 01.09.2025.
- Biroli, F. (2016). Violência política contra as mulheres no Brasil: manifestações e definições. *Revista Direito e Práxis*, 7(3), 557–589. <https://doi.org/10.12957/dep.2016.25164>.
- Brühwiller, T. (2024). Musks Rivale im Verfassungsgericht: Warum Brasilien jetzt X blockiert. In FAZ.NET. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/musks-rivale-im-verfassungsgericht-warum-brasilien-jetzt-x-blockiert-19955261.html>. Letzter Aufruf: 01.09.2025.
- Carlucci, M. (2025). Polêmica do Pix deixou saldo negativo para o governo, diz Quaest. *CNN Brasil*. <https://www.cnnbrasil.com.br/politica/polemica-do-pix-deixou-saldo-negativo-para-o-governo-diz-quaest/>. Letzter Aufruf: 17.08.2025.
- Carta Capital (2025). Datafolha: 39% dos brasileiros vê família Bolsonaro como responsável por tarifaço e 15% acusa Moraes. *CartaCapital* [<https://www.cartacapital.com.br/economia/datafolha-39-dos-brasileiros-ve-familia-bolsonaro-como-responsavel-el-por-tarifaco-e-15-acusa-moraes/>]. Letzter Aufruf: 01.09.2025.
- Cesarino, L. (2022). Bolsonarismo sem Bolsonaro? Públicos antiestruturais na nova fronteira cibernética. *Revista do Instituto de Estudos Brasileiros*, 1(82), 162–188. <https://doi.org/10.11606/issn.2316-901X.vli82p162-188>.
- Cesarino, L. (2019). Identidade e representação no bolsonarismo: corpo digital do rei, bivalência conservadorismo-neoliberalismo e pessoa fractal. *Revista de Antropologia*, 62(3), 530–557. <https://doi.org/10.11606/2179-0892.ra.2019.165232>.
- Congresso em Foco. (2020). Ex-aliados de Bolsonaro mostram como funciona o Gabinete do Ódio. *Congresso em Foco* <https://www.congressoemfoco.com.br/artigo/17623/ex-aliados-de-bolsonaro-detalham-modus-operandi-do-gabinete-do-odio>. Letzter Aufruf: 1.09.2025.

- de Paula, I. (2025). Bannon diz que Trump está “aborrecido” com situação de Bolsonaro e Moraes pode sofrer “sanções severas”. *Gazeta do Povo* [<https://www.gazetadopovo.com.br/mundo/steve-bannon-trump-aborrecido-situacao-bolsonaro-moraes-sofrer-punicoes-severas/>]. Letzter Aufruf: 01.09.2025.
- Euzébios Filho, A. & Siqueira, G. (2023). O „Gabinete do Ódio“ em Foco: Governo Bolsonaro sob um Ótica Psicosocial. *Revista Psicologia Política*, 23(58), 660–675.
- FGV DAPP (2018). *Desinformação na Era Digital: Amplificações e Panorama das Eleições 2018*. Rio de Janeiro: Fundação Getúlio Vargas. <https://repositorio.fgv.br/server/api/core/bitstreams/3269a441-0841-47a6-84b2-c3335dcccfl5/content>. Letzter Aufruf: 01.09.2025.
- Filho, J. (2020). A investigação do MP está mostrando que o MBL operava um gabinete do ódio. *The Intercept Brasil*. <https://www.intercept.com.br/2020/07/11/mb-luciano-ayan-renan-santos-fake-news/>. Letzter Aufruf: 01.09.2025.
- Franzen, N. (2022a). *Brasilien über alles: Bolsonaro und die rechte Revolte*. Hamburg: Assoziation A.
- Franzen, N. (2022b). Nicht totzukriegen: Das Gespenst des Bolsonarismus. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 08/2022, 93–102.
- Gaspardo, M., Santos, L. R. & Marchioni, A. (2023). Avaliação legislativa das reformas trabalhistas promovidas por meio de medidas provisórias no Governo Bolsonaro. *Revista Direito GV*, 19, e2323. <https://doi.org/10.1590/2317-6172202323>.
- Intervozes. (2020). Ofensiva contra Sleeping Giants Brasil pode criar precedente perigoso. *CartaCapital*. <https://www.cartacapital.com.br/blogs/intervozes/ofensiva-contrasleeping-giants-brasil-pode-criar-precedente-perigoso/>. Letzter Aufruf: 01.09.2025.
- Jorek, T. (2022). Alain de Benoist: Kulturrevolution von rechts. In D. Meiering (Hg.), *Schlüsseltexte der ‚Neuen Rechten‘. Kritische Analysen antidemokratischen Denkens* (S. 79–90). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Kantorowicz, E. (1957/1992). *Die zwei Körper des Königs. Eine Studie zur politischen Theologie des Mittelalters*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Kellershohn, H. & Kastrup, W. (Hg.). (2016). *Kulturkampf von rechts: AfD, Pegida und die Neue Rechte*. Münster: Unrast.
- Machado, R. P. & Vargas-Maia, T. (Hg.) (2023). *The rise of the radical right in the Global South*. NY: Routledge.
- Maciel, A. (2024). *Bolsonaristas articulam na Europa coalizão da extrema direita*. Agência Pública. <https://apublica.org/2024/07/bolsonaristas-articulam-na-europa-criacao-de-coalizao-da-extrema-direita-internacional/>. Letzter Aufruf: 17.08.2025.
- Maciel, A., Viana, N. & Silverstein, K. (2022). *Quem são os aliados do clã Bolsonaro na extrema direita dos EUA*. Agência Pública. <https://apublica.org/2022/09/quem-sao-os-s-aliados-do-cla-bolsonaro-na-extrema-direita-dos-eua/>. Letzter Aufruf: 17.08.2025.

- Mariz, C. & Pompeu, L. (2025). Manifestantes fazem buzinação e se reúnem na frente do condomínio de Bolsonaro após ordem de prisão domiciliar. O Globo. [https://oglobo.globo.com/politica/noticia/2025/08/04/manifestantes-fazem-buzinaco-e-se-reune-m-na-frente-do-condominio-de-bolsonaro-apos-ordem-de-prisao-domiciliar.ghhtml. Letzter Aufruf: 01.09.2025.
- Mello, P. C. (2022). Indústria bolsonarista de fake news avança sem controle. Folha de São Paulo. https://www1.folha.uol.com.br/poder/2022/09/industria-digital-bolsonarista-avanca-massificada-e-sem-fiscalizacao.shtml. Letzter Aufruf: 01.09.2025.
- Mello, P. C. (2021). A máquina do ódio: Notas de uma repórter sobre fake news e violência digital. Companhia das Letras.
- Melo, C. R. (2024). Democracia, direita e “Lula 3”: a eleição de 2022 e seus desdobramentos. Caderno CRH, 37, e024002. https://doi.org/10.9771/ccrh.v37i0.55270.
- Miskolci, R. (2023). Muito além do negacionismo: desinformação durante a pandemia de Covid-19. Sociologias, 25, e-soc123090. https://doi.org/10.1590/18070337-123090.
- Pansardi, M. V. (2018). O “Moderno Príncipe Conservador”: o MBL e o novo projeto político da direita brasileira. Estudos Latinoamericanos, (42), 75–88. https://doi.org/10.22201/cela.24484946e.2018.42.67956.
- Pérez, J. O. (2022). The Dilma Rousseff presidency: from motherly discourses to queer impeachment. International Feminist Journal of Politics, 24(1), 40–62. https://doi.org/10.1080/14616742.2021.2017783.
- Pfeiffer, T. (2016). Gegenöffentlichkeit und Aufbruch im Netz: Welche strategischen Funktionen erfüllen Websites und Angebote im Web 2.0 für den deutschen Rechtsextremismus? In S. Braun, A. Geisler, & M. Gerster (Hg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten (pp. 257–286). Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Piovesan, R. (2025). Lula reforça que Receita não vai taxar Pix e que objetivo é evitar lavagem de dinheiro. CNN Brasil https://www.cnnbrasil.com.br/economia/macroeconomia/lula-reforca-que-receita-nao-vai-taxar-pix-e-que-objetivo-e-evitar-lavagem-de-dinheiro/. Letzter Aufruf: 17.08.2025.
- Ramón, P. (2022). The fake-news kingpin of Brazil. Columbia Journalism Review https://www.cjr.org/analysis/brazil-bolsonaro-lula-allan-dos-santos.php. Letzter Aufruf: 17.08.2025.
- Rennó, L. (2022). Bolsonaroismo e as eleições de 2022. Estudos Avançados, 36(106), 147–163. https://doi.org/10.1590/s0103-4014.2022.36106.009.
- Ricard, J. & Medeiros, J. (2020). Using Misinformation as a political weapon: COVID-19 and Bolsonaro in Brazil. Harvard Kennedy School Misinformation Review, 1(2). https://doi.org/10.37016/mr-2020-013.
- Rocha, C. & Solano, E. (2020). Democracia e Direitos Humanos: Bolsonaroismo em Crise? In Friedrich-Ebert-Stiftung [https://library.fes.de/pdf-files/bueros/brasilien/16277.pdf] Letzter Aufruf: 01.09.2025.
- Rocha, C., Solano, E. & Medeiros, J. (2025). Das Bolsonaro-Paradox: Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit der Rechten im heutigen Brasilien. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

- Rocha, C., Solano, E. & Pavez, T. (2024). Democracia e Direitos Humanos: Bolsonarismo Sem Bolsonaro? São Paulo: Friedrich-Ebert-Stiftung <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/brasilien/21239.pdf>. Letzter Aufruf: 01.09.2025.
- Ruediger, M. A. (2022). Desinformação Online e Contestação das Eleições: Quinze meses de postagens sobre fraude nas urnas eletrônicas e voto impresso auditável no Facebook. FGV DAPP <https://repositorio.fgv.br/server/api/core/bitstreams/1eb3e357-e011-4315-9fcc-063691b6eb85/content>. Letzter Aufruf: 01.09.2025.
- Vestena, C. A. (2022). Gewalt und Menschenrechtsverletzungen in Zeiten der Covid-19-Pandemie in Brasilien. In K. Dietz, S. Peters & C. Schnepel (Hg.), Corona in Lateinamerika (pp. 175–188). Nomos Verlag.
- Viana, N., Scofield, L., Silverstein, K. & Maciel, A. (2022). How the US far-Right is acting to get Bolsonaro re-elected in Brazil. Agência Pública <https://apublica.org/2022/09/how-the-us-far-right-is-acting-to-get-bolsonaro-re-elected-in-brazil/>. Letzter Aufruf: 01.09.2025.

Das System Milei. Die Rechte an der Macht in Argentinien

Facundo Martín

1. Einleitung

Im Dezember 2023 markierte der Wahlsieg von Javier Milei bei den argentinischen Präsidentschaftswahlen den Beginn eines ehrgeizigen und bislang einzigartigen politischen Experiments. Mileis Wahlerfolg baut auf den Trümmern des Peronismus und eines politischen Programms auf, das in den Jahren zuvor zunächst Hoffnung geweckt hatte, sich dann aber rasch in Frustration und Ressentiments verwandelte. Gegenüber diesem Programm versprach Milei Erneuerung, politischen und gesellschaftlichen Umbruch. Der Sieg Mileis lässt sich daher entweder als Ausdruck einer neuen politischen Subjektivität in der Wahlbevölkerung, die die Nase voll von den zuvor regierenden Peronisten hat oder als ein erfolgreiches Experiment manipulativer Massensteuerung verstehen. Das System Milei, das in der extremen Rechten verankert ist und sich in seinem Diskurs gegen die politische Klasse – die sogenannte „Kaste“ – sowie gegen „Wokeismus“ positioniert, zielt auf eine systematische Erosion der Rechtsstaatlichkeit und der demokratischen Grundordnung, die das politische Leben Argentiniens in den letzten vierzig Jahren geprägt haben. Während das System Milei zwar einerseits Anzeichen einer Konsolidierung zeigt, wenden sich andererseits immer mehr Wähler:innen von seiner Politik ab, was auf eine wachsende politische Entfremdung hinweist. Bei den Regionalwahlen in der Provinz Buenos Aires Anfang September 2025 sank die Wahlbeteiligung auf 50 Prozent, was den globalen Durchschnittswerten von Ländern entspricht, in denen es keine Wahlpflicht gibt. Im Jahr 1983, bei der Rückkehr zur Demokratie, lag die Wahlbeteiligung in Argentinien bei 85 Prozent. Seitdem ist sie mit schwankender und vor allem in 2025 abnehmender Tendenz rückläufig. Dies verschärft die politische Unsicherheit und bringt die Position der regierenden Rechten ins Wanken. Bei den Regionalwahlen ging die peronistische Mitte-Links-Partei *Fuerza Patria* mit einem Plus von über 13 Prozent gegenüber Mileis *La Libertad Avanza* als Siegerin hervor. In der Provinz Buenos Aires lebt der Großteil der argentinischen Bevölkerung. Viele verfügen über ein geringes bis mittleres Einkommen,

viele wählen traditionell die Peronisten. Die Provinz Buenos Aires stellt für das Projekt der neuen rechten Regierung die größte politische und wahlpolitische Herausforderung dar.

Milei setzte in seiner politischen Strategie von Anfang an auf Repression und Gewalt und erteilte den Sicherheitsbehörden freie Hand. Beispiele sind Antistreik- und Anti-Mobilisierungsgesetze, sogenannte *Antipiquete* Protokolle; die Kriminalisierung und Verfolgung oppositioneller politischer und sozialer Aktivist:innen sowie ein unverhältnismäßiger Einsatz von Gewalt. Repression dient Milei dazu Proteste zu unterdrücken und kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Mit einer Sprache der Gewalt und des Hasses gegenüber Journalist:innen, Politiker:innen, LGBTIQ-Personen und Feminist:innen geht seine Regierung zudem autoritär gegen abweichende Meinungen vor und begegnet Oppositionellen mit harter Hand (vgl. den Beitrag von Suárez Estrada & Duarte Sckell in diesem Buch).

Im ersten Amtsjahr erlangte Milei auf internationaler Ebene zunächst beträchtliche Aufmerksamkeit und Anerkennung, insbesondere durch sein Anti-Establishment Auftreten, die Verwendung symbolischer Bilder wie die Kettensäge sowie eine radikale Ablehnung traditioneller politischer und sozialer Institutionen. Unterstützung fand er damit in einer internationalen libertären Öffentlichkeit, die ultra-neoliberale Ideen teilt. Milei wurde von neoliberalen Think Tanks gefeiert, zu Vorträgen in aller Welt eingeladen und mit Auszeichnungen überhäuft. Die Kettensäge wurde zum weltweiten Symbol seiner ideologischen Überzeugungen. Mit der Rückkehr Donald Trumps an die Macht in den USA begann Mileis internationale Bedeutung zu schwinden. Seither beschränkt sich seine Rolle auf eine, für einen argentinischen Präsidenten ungewöhnlich ausgeprägte US-Gefolgschaft.

Im Folgenden beschreibe ich die zentralen politisch strategischen Merkmale des Systems Milei und analysiere die (demokratie-)politischen und gesellschaftlichen Folgen der Zerstörung von staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen. Das Kapitel gliedert sich wie folgt: Zunächst gehe ich dem politischen Aufstiegs Mileis nach. Anschließend analysiere ich die Regierungsführung und dessen Folgen, vor allem für die Bereiche Soziales und Wirtschaft und diskutiere wer ihn unterstützt, welche Allianzen er eingehen konnte und wie sich Protest gegen Milei artikuliert. Abschließend frage ich nach den Folgen der ultra-neoliberalen und rechtsextremen Politik Mileis auf die argentinische Demokratie sowie auf Lateinamerika insgesamt.

2. Ein Blick zurück: Der Weg Javier Mileis an die Macht

Der Aufstieg Mileis zur Präsidentschaft lässt sich durch eine Kombination aus kontingenten und strukturellen Faktoren erklären. Zu den kontingenten Faktoren gehört Mileis Bekanntwerden als wirtschaftspolitischer Fernsehkommentator, der öffentlich eine wütende, aber gleichzeitig entschlossene Persönlichkeit verkörperte. Milei wurde dadurch als medienwirksam, exzentrisch und politischer Außenseiter wahrgenommen – und bewundert. Auf diese Weise gelang es ihm, die Frustration, Enttäuschung und Wut wachsender Bevölkerungsteile zu kanalisieren. Neben seinen Auftritten zur *Primetime* im Fernsehen trat er in Theatern auf, produzierte einen Dokumentarfilm mit dem Titel *La Revolución Liberal* (Die liberale Revolution) und entdeckte die sozialen Medien für sich, vor allem TikTok und die Plattform X. Seine Beiträge sind von Gewalt und Verachtung gegenüber politischen Gegner:innen, sozialen Gruppen und Bewegungen geprägt, die ihm ein Dorn im Auge sind, vor allem Feminist:innen und Indigene Bevölkerungen. Mit seinen verachtenden Äußerungen zog er öffentliche Aufmerksamkeit auf sich und erreichte eine (des-)affektive Nähe zu seinen Anhänger:innen, die normalerweise nur schwer zu erreichen ist. Indem er offen „die Kaste“ – politische, gewerkschaftliche, intellektuelle und journalistische Mitte-Links Akteure aus dem peronistischen Lager – als für die strukturelle Krise Argentinien verantwortlich anprangerte, gelang es ihm, die taktischen Fehler des ehemaligen Präsidenten Mauricio Macri (2015-2019) zu vermeiden und sich als Alternative, als „echte Veränderung“ gegenüber dem Peronismus zu inszenieren. Die peronistische Allianz zwischen Alberto Fernández und Cristina Fernández de Kirchner trug ihrerseits zu Mileis Aufstieg bei, indem sie eine Regierung (2019-2023) mit enormen Herausforderungen aber vor allem Skandalen führte. Der Mix aus Inflation, steigender Armut, Pandemie, Dürre, Krieg zwischen Russland und der Ukraine, Skandale und heftige interne Streitigkeiten war der Steigbügelhalter für Mileis Erfolg. Zudem verkörperte der peronistische Präsidentschaftskandidat Sergio Massa, Wirtschaftsminister im Kabinett von Alberto Fernández, genau die „Kaste“, die Milei anprangerte.

Milei ging bei den Präsidentschaftswahlen 2023 als Sieger aus der ersten Wahlrunde hervor, Sergio Massa wurde Zweiter und Patricia Bullrich (Macri-PRO) Dritte. Im Gegensatz zu vielen europäischen Ländern, in denen sich bislang konservative Parteien in vielen Fällen mit Mitte-Links-Parteien verbünden, um die extreme Rechte zu blockieren oder zu verhindern, bildete sich in Argentinien für die Stichwahl ein umgekehrter *cordon*

sanitaire: Unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Ergebnisse der ersten Wahlrunde riefen Bullrich und der ehemalige Präsident Macri öffentlich zur Unterstützung von Milei auf. Nicht der Ultra-Neoliberalismus und Rechtsextremismus an der Macht sollte verhindert werden, sondern das Verbleiben der Peronisten an der Macht. Dieser Schritt sicherte Milei den für viele überraschenden Sieg in der Stichwahl der Präsidentschaftswahlen.

In der Regierung angekommen gelang es ihm schnell, die traditionelle Rechte – die Mitte-Rechts-Partei PRO (Propuesta Republicana) von Mauricio Macri – in die Bedeutungslosigkeit zu verbannen. Zwischen 2015 und 2019 stellte die PRO noch auf nationaler Ebene sowie in der Provinz und Stadt Buenos Aires die Regierung. In nur zwei Jahren an der Macht gelang es Milei, die meisten der Führungskräfte der PRO zu absorbieren und Mauricio Macri auf eine untergeordnete politische Rolle zu reduzieren. Der Peronismus versuchte sich nach der Wahlniederlage 2023 zu erneuern. Allerdings gelang es den Peronisten nur mit Mühe, der anarcholibertären Bewegung Mileis etwas entgegenzusetzen. Dies ist auch der Verurteilung der Parteivorsitzenden und ehemaligen Präsidentin Cristina Fernández de Kircher in einem umstrittenen Gerichtsverfahren im Juni 2025 geschuldet. Fernández de Kircher wurde wegen Betrugs im Amt zu sechs Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, die sie in ihrem Haus verbüßt sowie einem lebenslangen Verbot, öffentliche Ämter auszuüben. All das fördert das wachsende Misstrauen der argentinischen Gesellschaft gegenüber der politischen Elite des Landes.

Die strukturellen Gründe für den Aufstieg Mileis hängen vor allem mit der Krise eines Wachstums- und Verteilungsmodells zusammen, das sich auf Einnahmen von Rohstoffrenten (Soja, Erdöl, Metalle) gründet. Mit dem Fall der internationalen Rohstoffpreise ab 2013 geriet die argentinische Wirtschaft in eine tiefe Krise (Cantamutto et al., 2024), von der sie sich bis heute nicht erholt hat. Auf die gesellschaftlichen Forderungen nach sozialer Umverteilung, reagierte die letzte peronistische Regierung von Alberto Fernández (2019–2023) mit einer erheblichen Ausweitung von Transferleistungen und Subventionen. Viele dieser Maßnahmen, insbesondere in den Bereichen Energie und Treibstoffe, konnten jedoch weder gegenfinanziert werden, noch waren sie sozial gerecht. Die Corona-Pandemie offenbarte die tiefe Krise des argentinischen Wohlfahrtsstaatsmodell nur noch mehr (Salvia et al., 2025). Ihre Folgen legten politische Missstände, die Privilegien einiger weniger und wachsende Verelendung der Massen offen. Die Antwort hierauf bei den Wahlen war eine Ablehnung des wiederkehrenden peronistischen Versprechens auf soziale Teilhabe und die Erweiterung so-

zialer Rechte. Ein Versprechen, das nie umgesetzt wurde. In diesem Kontext repräsentierte Milei das Neue und die Hoffnung auf Veränderung.

3. Anarcholiberalismus an der Marcht: Mileis Regierungsführung und ihre Folgen

Die Erwartungen an Mileis Regierungsfähigkeit waren gering. Anhänger:innen und Mitglieder der etablierten Parteien gingen vor den Wahlen fälschlicherweise davon aus, dass er diese mangels Unterstützung und einer fehlenden Wählerbasis nicht gewinnen würde. Nach den Wahlen erwarteten sie, dass er keine stabile Regierung bilden oder Gesetze verabschieden könne, da er nicht über die nötigen Stimmen im Abgeordnetenhaus verfüge. Diese Einschätzungen dienten im Wesentlichen der eigenen Beruhigung. Von Milei wurden sie einerseits mit der Reduzierung der Inflation und der Verbesserung des Zugangs zu Devisenmärkten (v.a. dem Zugang zum Dollar) beantwortet. Darüber hinaus manifestierte sich die Regierungsfähigkeit Mileis vor allem in einer drastischen Reduzierung der öffentlichen (Sozial-)Ausgaben sowie einer ehrgeizigen, wenn auch selektiven Deregulierung der Wirtschaft. Im Einklang mit seinen Botschaften aus dem Wahlkampf, die er mit seinen Kettensägenauftritten unterstrich, setzte er in seinem ersten Regierungsjahr Steuerkürzungen in Höhe von fast 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts durch, was einer Kürzung der Ausgaben des öffentlichen Sektors um 30 Prozent entspricht. Er prahlte damit, „die größte Anpassung in der Geschichte der Menschheit“ vorgenommen zu haben (BBC, 2024; Übersetzung F.M.).

Das Motto für das erste Jahr im Amt lautete, die Makroökonomie zu stabilisieren, koste es was es wolle. Die Bevölkerung akzeptiere einen radikalen sozialen Kahlschlag mit zerstörerischen Folgen für die Bereiche Wohnen, Renten, Bildung, Gesundheit, soziale Sicherung und Wissenschaft, wenn auch unter Protest. Demgegenüber stand ein sichtbarer Erfolg bei der Eindämmung der Inflation, die von 25 auf 2,5 Prozent monatlich im Laufe eines Jahres sank. Diese Akzeptanz spricht für die weit verbreitete Ablehnung der etablierten politischen Klasse, die die wiederholten Krisen und nichteingelösten Versprechen zu verantworten hat. Sie spricht aber auch für die Fähigkeit Mileis, Hoffnung zu wecken, wo es zuvor nur Enttäuschung gab.

Neben dem Rückgang der Inflation bildet die Stabilität des US-Dollars – in einem System mit zwei Währungen – eine der beiden Variablen, die

den anfänglichen relativen wirtschaftlichen Erfolg Mileis erklärt. Nach zwei Jahren an der Macht gibt es jedoch keinen Hinweis auf einen soliden und nachhaltigen Plan zur Konsolidierung der Wirtschaft. Vielmehr mehren sich die Anzeichen dafür, dass die vermeintliche Kontrolle der makroökonomischen Variablen nicht ausreicht, um eine Regierung zu stabilisieren, geschweige denn die Gesellschaft zu transformieren. Ausländische Direktinvestitionen bleiben nahezu aus, während Produktion und Konsum auf niedrigem Niveau verharren. Das frühzeitig von der Regierung initiierte Förderprogramm für Großinvestitionen (RIGI), das hohe Erwartungen weckte, hat bislang keine nennenswerten Investitionen gebracht. Lediglich etwa zehn bereits bestehende Projekte in den Bereichen Ölförderung, Bergbau und Energie wurden in das Programm aufgenommen. Potentielle Investor:innen warten auf eine politische und wirtschaftliche Stabilisierung im Land, die bislang ausbleibt.

In seiner Außenpolitik orientiert er sich deutlich an den USA, was eine Abkehr von der traditionellen Position relativer Autonomie darstellt, die Argentinien auf der internationalen Bühne bisher eingenommen hat. Die Strategie des Mitläufertums manifestiert sich in der bedingungslosen Unterstützung der Positionen der USA in multilateralen Organisationen, der Abkehr von regionalen Blöcken wie dem MERCOSUR und einer Rhetorik, die systematisch die geopolitischen Interessen Washingtons über regionale Erwägungen stellt. Milei hat de facto die Rolle eines informellen Botschafters für die Interessen Donald Trumps in Lateinamerika übernommen, indem er aktiv die konservative Agenda der USA fördert und als Vermittler fungiert, um den Einfluss Trumps in der Region auszuweiten. Diese diplomatische und geopolitische Unterordnung wirft Fragen hinsichtlich der nationalen Souveränität und der Fähigkeit Argentiniens auf, ausgewogene Beziehungen zu anderen globalen Akteuren wie China, Brasilien oder der Europäischen Union zu pflegen. Die Außenpolitik Mileis stellt ein enormes Risiko für die argentinische Wirtschaft dar, da sie die Diversifizierung von Allianzen einer fast ausschließlichen Abhängigkeit von der Achse Washington-Buenos Aires unterordnet.

Ein zentraler Eingriff in die Struktur und Funktionsfähigkeit des Staates stellt die Reduzierung der Anzahl der Ministerien um fast die Hälfte dar. Die Ministerien für Arbeit, Bildung, Wissenschaft und Soziales wurden in einem einzigen „Superministerium“ für Humankapital zusammengefasst. Heute sind die Minister:innen für Sicherheit, Verteidigung und Wirtschaft jene mit der größten Sichtbarkeit und politischen Einflussnahme (Diario Perfil, 2024). Mit dem Ziel, seine Macht zu stabilisieren und den Staatsap-

part zu kontrollieren, besetzte Milei wichtige Posten mit altbekannten Politiker:innen aus den beiden Regierungen von Carlos Menem (1989-1999) und Mauricio Macri (2015-2019). Martín Menem, Neffe von Carlos Menem, wurde Präsident der Abgeordnetenkammer und eine zentrale Figur in der politischen Unterstützung Mileis; Luis Caputo war Finanzminister in der Regierung von Mauricio Macri und ist seit Dezember 2023 Wirtschaftsminister in der Regierung Milei. Demgegenüber traten eine Reihe hoher Beamte von ihren Ämtern zurück, einige von ihnen gaben das libertäre Experiment bereits nach wenigen Wochen auf (Página 12, 2025).

Folgende zentrale sozial- und wirtschaftspolitische sowie staatlich-institutionelle Reformen und Maßnahmen hat Milei bisher umgesetzt: eine drastische Kürzung der öffentlichen Ausgaben, die Privatisierung weiterer Teile der staatlichen Daseinsvorsorge, die Liberalisierung der Wirtschaft, die Streichung von Mitteln für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit, die Suspendierung von Maßnahmen in den Bereichen Erinnerungspolitik, Menschenrechte, Geschlechtergleichheit und Klimawandel, inklusive des Austritts aus der Agenda 2030 und dem "Pakt der Zukunft" der Vereinten Nationen sowie einer kritischen Haltung gegenüber dem Pariser Klimaabkommen. Zusammenfassend zeichnet sich das System Milei durch eine gewisse makroökonomische Stabilität auf Kosten einer wachsenden Pauperisierung und sozialen Verelendung aus. Die Inflation, zweifellos die größte Sorge der Regierung und eines der größten historischen Probleme des Landes, ist im Vergleich zum vorangegangenen Regierungszeitraum zurückgegangen. Sie ist aber auch weiterhin hoch. Während die Inflation im letzten Regierungsjahr von Alberto Fernández (2023) 211 Prozent betrug, hat Milei sie in seinem ersten Regierungsjahr um die Hälfte reduziert (117 Prozent). Zur Halbzeit der Amtszeit von Milei liegt sie unter 39 Prozent, die Kaufkraft sinkt jedoch weiterhin (Perfil, 2025). Besonders gravierend ist die Situation der Staatsbediensteten, deren Kaufkraft im Vergleich zum Zeitraum 2015-2017 um 40 bis 50 Prozent gesunken ist (Infobae, 2025). Darüber hinaus ist die Lohnentwicklung negativ, wovon vor allem informell Beschäftigte betroffen sind (Etchemendy et al, 2024). Neben den Löhnen sanken auch die Renten um etwa sieben Prozent, gleichzeitig wurden die Subventionen für Medikamente für Rentner:innen gestrichen.

Die sozialen Problemlagen, die anfangs zur Legitimierung des Systems Milei beigetragen haben, werden zunehmend zur Grundlage seiner Delegitimierung. Themen wie Arbeitslosigkeit und der Zugang zur Gesundheitsversorgung werden für die Bevölkerung immer wichtiger (Perfil, 2025b). Armut und extreme Armut nahmen in der ersten Jahreshälfte 2024 expo-

nentiell zu und überstiegen 50 bzw. elf Prozent (Giménez, 2025). In der zweiten Jahreshälfte 2024 gingen die Armutsindikatoren zwar etwas zurück, allerdings bleiben die Werte hoch. Derzeit liegen sie bei 38 bzw. acht Prozent (Giménez, 2025). Die Erhebungsmethoden von Armut werden jedoch zunehmend seitens der Bevölkerung und kritischen Wissenschaftler:innen angezweifelt. Argumentiert wird, dass sie veraltet sind und den Konsum der Bevölkerung nicht wirklich widerspiegeln können. Die Regierung weigert sich jedoch mit eher schwachen technischen Argumenten, die Methoden zu aktualisieren. Jüngste Studien zeigen, dass der nach einem aktualisierten Warenkorb gemessene Armutsindex um 20 Prozent höher ausfällt als der offizielle Index (Gravina et al, 2025).

Die Wirtschaftstätigkeit ging im ersten Jahr der Regierung Milei erheblich zurück, mehr als 15.000 Unternehmen mussten ihren Betrieb schließen. Um der Krise entgegenzuwirken, setzte die Regierung auf Finanzspekulationen. Dabei hat sich ein „Carry und Trade“-Mechanismus etabliert: US-Dollar werden zunächst in argentinische Pesos umgetauscht, diese werden dann für den Kauf von Anleihen genutzt oder als Festgeld angelegt, um dann wieder in US-Dollars umgetauscht zu werden mit dem Ziel, eine höhere Rendite zu erzielen (Castillo, 2025). Der einzige produktive Sektor, in dem die Wirtschaft wächst, ist der Rohstoffsektor (Bergbau, Öl und Gas), weil er von umfangreichen Steueranreizen profitiert. Die historischen Vorbilder dieser auf Extraktivismus und Exportorientierung basierenden Politik – die Zeit der Militärdiktatur, des Menemismus und Macrismus – endeten immer mit Abwertungen, Inflationsschüben und Einkommensverlusten für die Klasse der Lohnabhängigen. Die Dauer der aktuellen und relativen Stabilität hängt insbesondere von den Strategien zur Aufrechterhaltung eines nachhaltigen Dollarflusses ab. Dieser beruht vor allem auf Geldwäsche und internationalen Krediten, quasi eine Zeitbombe, denn im Gegensatz zur Ära Menem Anfang der 2000er Jahre ist der Spielraum für Privatisierungen und Auslandsverschuldung heute deutlich eingeschränkter. Die vermeintliche Stabilität hängt aber auch vom Widerstand der Gesellschaft ab. Die Dollarisierung, eines der großen Wahlversprechen Mileis, ist in den Hintergrund getreten. Stattdessen wird ein System der „Währungskonkurrenz“ gefördert, das irgendwann zu einer Dollarisierung führen könnte. Dies würde aufgrund des Verlusts der Kontrolle über die Landeswährung einen enormen Rückschritt für die Demokratie bedeuten.

Die Demonstrationen und Proteste, die seit dem Amtsantritt Javier Mileis in Argentinien aufgekommen sind, spiegeln eine Dynamik des strukturierten sozialen Widerstands gegen die von der Regierung umgesetzten

extremen neoliberalen Sparmaßnahmen wider (Gradin et al, 2024). Zu den Mobilisierungen gehören Massenproteste von Rentner:innen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, die sich gegen Kürzungen im Sozialbereich und Reformen des Renten- und Pensionssystems wenden. Hierdurch ist ein Szenario der Konfrontation entstanden, das über die traditionellen politischen Spaltungen in Argentinien hinausgeht (Centenera, 2025). Die Regierung sieht sich aufgrund einer Kombination aus wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen, die der Opposition eine Chance und der Gesellschaft eine große Mobilisierungsmöglichkeit geboten haben, mit einer Phase größter Polarisierung konfrontiert. Es kommt immer wieder zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die Strategie der Regierung im Umgang mit Protesten ist es Dissens und soziale Proteste repressiv zu unterdrücken. Die landesweiten Massenmobilisierungen deuten auf einen neuen Protestzyklus hin. Die Politik des wirtschaftlichen Schocks hat organisierte Reaktionen hervorgerufen, die die Legitimität des anarcholibertären Modells in Frage stellen. Darüber hinaus haben die jüngsten Korruptionsskandale und die internen Spannungen in der Regierungspartei ein Klima der Instabilität geschaffen, das die Koordinationsfähigkeit der Protestbewegungen stärkt.

Angesichts eines massiven Rückgangs der Wirtschaft in der ersten Hälfte seiner Amtszeit (um 3,4 Prozent) und einer Armutsquote von über 50 Prozent (Gravina et al., 2025), beginnt die Unterstützung für die Regierung in der Bevölkerung langsam, aber stetig nachzulassen. Während die Zustimmung für Milei noch bei etwa 30 Prozent liegt, haben eine Reihe von Korruptionsvorwürfen innerhalb der Regierung und im unmittelbaren Umfeld des Präsidenten zu einem erheblichen Legitimationsverlust geführt, dessen Folgen für den *Mileismus* fatal sein könnten. Mittlerweile steht die Mehrheit der Bevölkerung seiner Regierung und ihm selbst ablehnend bis sehr kritisch gegenüber. Die anhaltende und massive Beteiligung an Demonstrationen ist ein deutlicher Indikator für die Grenzen des vermeintlichen gesellschaftlichen Konsenses über die von der libertären Regierung vorgeschlagenen Strukturreformen.

Mögliche politische Alternativen zu Milei werden jedoch auch mit Apathie betrachtet.

4. Die Demokratie in Argentinien am Scheideweg

Raúl Alfonsín, der erste Präsident nach der Rückkehr zur Demokratie in Argentinien (1983-1989), prägte den Satz: „Mit der Demokratie wird nicht

nur gewählt, sondern auch gegessen, geheilt und ausgebildet“ (Boticelli, 2023; Übersetzung F.M.). Nichts von diesem damaligen Versprechen sozialer Demokratie ist heute noch garantiert. Die Erosion demokratischer Institutionen verweist in vielen Ländern der Welt auf eine voranschreitende Autokratisierung. Die Gründe hierfür sind vielfältig, fast überall zeigt sich aber, dass das Versprechen der Moderne nach kontinuierlichem Fortschritt und Verbesserung der Lebensbedingung für die Vielen nicht mehr gilt. Ungleichheit, Armut, Ausgrenzung, enttäuschte Erwartungen und verfehlte Veränderungsmöglichkeiten produzieren Instabilität, Unsicherheit und Angst vor einer ungewissen Zukunft.

Ein charakteristisches Merkmal Mileis in der Ausübung seiner Macht ist die Aushöhlung demokratischer Institutionen und Rechte. Er ignoriert die Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, ohne jedoch vollständig mit ihnen zu brechen. So hat er verfassungswidrige Sicherheitsverordnungen erlassen, die es ihm ermöglichen, jede öffentliche Demonstration direkt und unverhältnismäßig zu unterdrücken und aufzulösen. Gleichzeitig hat er den Zugang zu öffentlichen Informationen eingeschränkt (Boletín Oficial de la República Argentina, 2024). Für keines der Haushaltsjahre 2024 und 2025 hat er einen Staatshaushalt im Parlament vorgelegt, was ihm die willkürliche Mittelzuweisung unter dem Paradigma eines permanenten Ausnahmezustands ermöglicht. Da er über keine legislative Mehrheit verfügt, greift er systematisch auf Notverordnungen zurück, um parlamentarische Initiativen zu blockieren oder eigene Initiativen durchzusetzen, die keinen Konsens im Kongress finden würden. Gegen im Kongress verabschiedete Gesetze, die ihm missfallen, setzt er regelmäßig seine Vetomacht ein. Mit dieser Art des autokratischen Durchregierens kommt Milei jedoch zunehmend an Grenzen. So ist es dem Parlament gelungen, eine Zweidrittelmehrheit für die Durchsetzung von Gesetzen zu organisieren, die die Zuweisung von Haushaltsmitteln für die Themen Gesundheit, Inklusion und Behinderung und Hochschulbildung beinhalten. Hiergegen kann Milei kein Veto mehr einlegen. Der zunehmende Verlust an legislativer Unterstützung für seine Politik ist Teil eines allgemeinen Verlusts an politischer Macht.

Entscheidend für die Frage nach dem Zustand der Demokratie in Argentinien unter Milei ist auch die Frage nach der Protestfähigkeit etablierter sozialer Bewegungen. Die großen nationalen Gewerkschaften, insbesondere diejenigen, die in der *Confederación General del Trabajo* (CGT) zusammengeschlossen sind (Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft), nehmen eine passive und abwartende Haltung ein. Da sie

sich bewusst sind, dass selbst unter ihren Mitgliedern der Wille, sich Milei entgegenzustellen, schwach ist, hat die Gewerkschaftsoligarchie, ähnlich wie bei Menems marktorientierten Reformen in den 1990er Jahren darauf verzichtet, eine Offensive der Bevölkerung gegen die Regierung zu starten. Sie begnügt sich damit, die persönlichen Privilegien, die Macht und die Ressourcen der von ihr kontrollierten Organisationen zu bewahren.

Die Führungen der Arbeitslosenbewegungen, die *Piqueteros*, die bis vor kurzem noch den Protest massiv auf die Straßen brachten, verhalten sich aufgrund der repressiven Maßnahmen der Regierung, die ihnen zudem öffentliche Gelder streicht, zunehmend zurückhaltend. Die Führung der Mitte-Rechts-Parteien (PRO, Unión Cívica Radical und andere regionale Parteien) und ein bedeutender Teil des Peronismus, vor allem im Landesinneren, zögert, ob sie eine Regierung unterstützen oder bekämpfen soll, die sie nicht als legitime Gesprächspartner:innen anerkennt, deren inhaltliches Programm sie aber in Teilen unterstützen.

Trotz dieser begrenzten Mobilisierungsfähigkeit der sozialen Bewegungen und Oppositionsparteien, wenden sich immer mehr Menschen von Milei ab. Dies ist vor allem auf die offensichtlichen Folgen der dramatischen Haushaltskonsolidierung sowie auf ein völliges Versagen in der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten (Bildung, Gesundheit und Beziehungen zu den Provinzen) zurückzuführen. Es stellt sich die Frage, ob Mileis System noch vor einer vollständigen Aushöhlung der Demokratie an sich selbst scheitert oder durch Wahlen beendet wird.

5. Fazit

In seiner Rede vom 23. Januar 2025 in Davos rief Milei dazu auf, den Staat, den Feminismus, die Gleichberechtigung, die soziale Gerechtigkeit, die Politik gegen den Klimawandel, die Migration und die Geschlechtervielfalt zu bekämpfen (Pittaro, 2025). Mit diesem Rundumschlag gegen alles, was *woke*, ökologisch und sozial gerecht ist, verfolgt er zwei sich ergänzende politische Strategien: die Mobilisierung einer eigenen, ideologisch zusammengehaltenen sozialen Basis und die Konsolidierung einer sozialen und wahlpolitischen Wähler:innenschaft durch wirtschaftliche und Führungserfolge. Mit seinen Polarisierungen knüpft er an den lateinamerikanischen Neopopulismus (Brun et al, 2022) an, im Sinne der Konstruktion einer „elitären, urbanen, akademischen Minderheit“ versus einer auf wirtschaftlicher Leistung, harter Arbeit und Schweiß basierenden Mehrheit.

Die öffentliche Meinung und die Zustimmung zur Regierungsführung begannen ab März 2025 zu sinken und erreichten Mitte 2025 eine Zustimmungsrate von 42 Prozent und eine Ablehnungsrate von über 53 Prozent (Le Grand Continent, 2025). Milei kündigte daraufhin an: „Ich werde keine Beleidigungen mehr verwenden; mal sehen, ob sie in der Lage sind, Ideen zu diskutieren“ (La Nación, 2025). Dies ist auf den Imageverlust und die Notwendigkeit zurückzuführen, sich einer komplexen politischen Gegenkampagne zu stellen. Laut nationaler Umfragen vom Juli 2025 lehnen 73 Prozent der Argentinier:innen seine Art der Amtsführung ab, zwei von drei halten ihn für gewalttätig (Analogías, 2025). Die militärische und sexualisierte Rhetorik, die Milei an die Macht gebracht hat, scheint an Wirkung zu verlieren, wenn es darum geht, neue Unterstützung zu mobilisieren. Eine respektlose Führungsweise, wie sie für den Rechtspopulismus charakteristisch ist, löst weder die alltäglichen Herausforderungen noch die tatsächlichen Probleme der Menschen.

Der *Mileismus* lässt sich als eine messianische, anarcholibertäre und diskursiv anti-elitistische Bewegung fassen. Er repräsentiert die argentinische Variante eines globalen zeitgenössischen Phänomens. Die sogenannten „Rebellionen der Öffentlichkeit“ (Gurri, 2023) gegen die traditionellen (politischen und kulturellen) Eliten haben dazu beigetragen, dass die traditionelle Rechte und im Fall Argentiniens auch das gesamte politische System in eine tiefe Krise gestürzt ist. Flankiert und angeheizt wird diese Krise von einer schmutzigen, antiprogressiven, antifeministischen und vor allem antiperonistischen Kampagne seitens Milies und seiner Unterstützer:innen. Der *Mileismus* ist jedoch keine Variante des traditionellen Faschismus (Schuster, 2025), sondern vielmehr eine autoritäre und reaktionäre Radikalisierung der liberalen Demokratie, ein autoritäres Projekt in der Entstehungsphase (Levistky & Way, 2010). Trotz begrenzter politischer Macht und einer ungünstigen wirtschaftlichen Ausgangslage gelang es ihm in der ersten Hälfte seiner Amtszeit, schnelle und bedeutende Fortschritte bei der autoritären Verhärtung des Staates zu erzielen. Er teilt mit anderen zeitgenössischen rechtsextremen Strömungen (Trump, Meloni, Orbán, Vox) einen gemeinsamen Kern: den Kampf gegen alles, was progressiv oder *woke* ist. Das ist es, was als gemeinsame Sprache fungiert und Kräfte bündelt. Analytisch handelt es sich im Fall des *Mileismus* also weniger um Faschismus als vielmehr um einen wettbewerbsorientierten Autoritarismus mit deutlichen Merkmalen von Intoleranz und anhaltenden antidemokratischen Praktiken (Traverso, 2025).

In Lateinamerika sieht Javier Milei in den Präsidenten von El Salvador (Bukele), Ecuador (Noboa), Paraguay (Peña) und dem im Dezember 2025 gewählten chilenischen Präsidenten José Antonio Kast ideologische Verbündete, hinzu kommen mehr oder weniger zufällige Allianzen mit rechten Akteuren anderer Länder wie Jair Bolsonaro aus Brasilien. Obwohl er sich während seiner kurzen Amtszeit dem klassischen Rechtsextremismus immer mehr annähert, gelingt es ihm nicht, sich in der Region als bedeutender Führer zu etablieren. Vielmehr scheint Mileis seine internationale Führungsrolle trotz der Existenz rechter Netzwerke und Organisationen, wie der *Conservative Political Action Conference* (CPAC) (vgl. Dip et al. in diesem Buch), die ähnliche Regime konsolidieren wollen, zu Ende zu gehen.

Optimistische Stimmen sehen den Kern der Demokratie in Argentinien nicht bedroht (Hora, 2024), denn die demokratischen Institutionen würden weiterhin funktionieren. Das heißt aber nicht, dass es nicht bereits gravierende antidemokratische Veränderungen gegeben hat. So wird die öffentliche Meinungsäußerung durch neue Formen rhetorischer und digitaler Gewalt und die Beleidigung Andersdenkender, einschließlich von Journalist:innen, massiv eingeschränkt (Cuesta & Wegelin, 2024; vgl. auch den Beitrag von Suárez Estrada & Duarte Skell in diesem Buch). Demokratie kann nur in einem pluralistischen Umfeld bestehen. Milei zieht es jedoch vor, auf Polarisierung und Spaltung zu setzen, was sich in einem Land, in dem die Wut auf die herrschende politische Klasse weiterhin hoch ist, politisch ausgezahlt hat. Nach zwei Jahren an der Macht, herrscht in Argentinien jedoch ein extrem angespanntes soziales und politisches Klima. Die Wirtschaft ist hochgradig fragil, ihre prekäre Stabilität kann jederzeit zusammenbrechen. Der überraschende, obgleich knappe Wahlsieg von Milei bei den Parlamentswahlen im Oktober 2025 scheint ihm zwar vorübergehend Luft zu verschaffen, Stabilität sieht jedoch anders aus.

Die argentinische Rechte an der Macht ist Teil eines globalen und fortschreitenden Autoritarismus, der durch freie Wahlen an die Macht gelangt und dort die Institutionen von innen heraus untergräbt und zerstört, bis sie nicht mehr wiederzuerkennen sind. Das Besondere daran ist, dass Milei dies in seinem Wahlkampf offen und aggressiv angekündigt hat und zum Teil deshalb gewählt wurde, weil er eine emphatische, entschlossene und angeblich wirtschaftlich versierte Persönlichkeit verkörpert. Er fordert den „demokratischen Pakt“ von 1983 – ein Konsens über die Politik der Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Menschenrechtsverletzungen – und die Urteile über die Diktatur in einer Art und Weise

heraus, wie nie jemand zuvor. Seit 1983 war die argentinische Demokratie verschiedenen Bedrohungen ausgesetzt, aber noch nie einer so konkreten: Ein antidemokratischer, autoritärer Politiker steht an der Spitze der Präsidentschaft. Diese historische Phase, global und national, bedeutet nicht, dass die Demokratie plötzlich stirbt, aber sie wird Schaden nehmen. Heute sterben Demokratien eher langsam, nicht unbedingt durch einen Staatsstreich.

Die Entwicklung des *Mileismus* in der Regierung und als politische Bewegung hat sich in letzter Zeit als viel fragiler erwiesen, als es zunächst den Anschein hatte. So scheint sich das, was wie eine revolutionäre Kraft aussah, die die argentinische Gesellschaft und den demokratischen Staat verändern würde, zu einem Übergangsphänomen mit fragilen und prekären Wurzeln zu entwickeln.

6. Literatur

- Analogías (2025). Ablehnung der Kommunikation des Präsidenten und Erschöpfung des Wirtschaftsplans als Quelle politischer Unterstützung. <https://analogiasconsultora.com/informe/rechazo-a-la-comunicacion-presidencial-y-agotamiento-del-plan-economico-como-fuente-de-apoyo-politico/>, letzter Aufruf 02.10.2025.
- BBC. (2024). *In welchen Bereichen hat Milei in Argentinien trotz seines harten Sparplans die Ausgaben erhöht?* <https://www.bbc.com/mundo/articulos/c9819dzq755o>, letzter Aufruf 02.10.2025.
- Boletín Oficial de la República Argentina. (September, 2024). "Decreto Reglamentario P.E.N. No. 780, de 2024. Derecho de acceso a la información pública. Reglamentación de la Ley N° 27.275. Modificación del decreto N° 206/2017."
- Boticelli, S. (2023). Con la democracia se vota, se come, se cura y se educa. *Perfil*. <https://www.perfil.com/noticias/opinion/con-la-democracia-se-vota-se-come-se-cura-y-se-educa.phtml>, letzter Aufruf 02.10.2025.
- Brun, É., Rodríguez, C. H., & Rico, J. J. M. (2022). ¿Y América Latina? Una propuesta analítica sobre populismo y política exterior. *Revista de ciencia política (Santiago)*; Vol. 42 (1):81-103.
- Cantamutto, F., Schorr, M. & Wainer, A. (2024). *Con exportar más no alcanza (aunque neoliberales y neodesarrollistas insistan con eso)*. Siglo XXI
- Castillo, G. A. (2025). El economista preferido de Milei recomendó hacer 'carry trade': ¿vale la pena correr el riesgo? *Forbes Argentina*. <https://www.forbesargentina.com/money/el-economista-preferido-milei-recomendo-hacer-carry-trade-vale-pena-correr-riesgo-n77454>, letzter Aufruf 02.10.2025.
- Centenera, M. (2025, Juni). *Una multitud heterogénea se une en las calles contra los recortes de Milei*. *El País Argentina*. <https://elpais.com/argentina/2025-06-04/una-mulitud-heterogenea-se-une-en-las-calles-contralos-recortes-de-milei.html>, letzter Aufruf 02.10.2025.

- Cuesta, M. & Wegelin, L. (2024). *Prejuicio y política. Para una crítica sociológica del autoritarismo contemporáneo*. UNSAM
- El País (2025). Elecciones legislativas: El peronismo arrasa en Buenos Aires y desafía la gobernabilidad de Milei. <https://elpais.com/argentina/2025-09-08/el-peronismo-arrasa-en-buenos-aires-y-desafia-la-gobernabilidad-de-milei.html>, letzter Aufruf 02.10.2025.
- Etchemendy, S., Pastrana, F. & Vezzato, J. M. (2024). *Ingresos populares bajo el gobierno de Milei: deterioro generalizado y heterogéneo*. Fundar.
- Giménez, E. (2025). Milei reduce la pobreza, pero luego de un pico al comienzo de su Gobierno. CNN. <https://cnnespanol.cnn.com/2025/04/01/argentina/milei-reduce-pobreza-orix>, letzter Aufruf 02.10.2025.
- Gradin, A., Reiri, M., & Soto Pimentel, V. (2024). Informe N ° 44 “La conflictividad social a 100 días del inicio del gobierno de Javier Milei”. *Políticas Públicas*. <https://politicaspublicas.flacso.org.ar/archivos/13076>, letzter Aufruf 02.10.2025.
- Gravina, L.; Lastiri, S.; Carrera, G. & Bassi, M. (2025). Neue Armutsgrenzen in Argentinien: Aktualisierung der Warenkörbe und Korrektur aufgrund von zu niedrig angegebenen Einkommen. Arbeitspapier Nr. 8. *Equilibra*. <https://equilibra.ar/nuevas-lineas-de-pobreza-en-argentina-actualizacion-de-canastas-y-correccion-por-subdeclaracion-de-ingresos/?s=08>, letzter Aufruf 02.10.2025.
- Guirri, M. (2023). *Die Rebellion der Öffentlichkeit: Die Krise der Autorität im neuen Jahrtausend*. Adriana Hidalgo Editora.
- Hora, R. (2024, Dezember). Javier Milei y el incierto experimento libertario. | *Nueva Sociedad. Democracia y Política En América Latina*. <https://nuso.org/articulo/javier-milei-y-el-incierto-experimento-libertario/>, letzter Aufruf 02.10.2025.
- Infobae (2025). Die Kaufkraft der Löhne sinkt trotz des Rückgangs der Inflation weiter. <https://www.infobae.com/opinion/2025/06/07/el-poder-adquisitivo-de-los-salarios-sigue-en-caida-pese-a-la-desaceleracion-de-la-inflacion/>, letzter Aufruf 02.10.2025.
- La Nación. (2025). Milei, en la Fundación Faro: “Voy a dejar de usar insultos a ver si están en condiciones de discutir ideas”. <https://www.lanacion.com.ar/politica/milei-se-comprometio-a-dejar-de-insultar-y-advirtio-es-un-desafio-abanderados-de-las-formas-nid05082025/>, letzter Aufruf 02.10.2025.
- Le Grand Continent. (2025). En Argentina, Milei nunca ha sido tan impopular. *El Grand Continent*. <https://legrandcontinent.eu/es/2025/09/18/en-argentina-milei-nunca-ha-sido-tan-impopular/>, letzter Aufruf 02.10.2025.
- Levitsky, S., & Way, L. A. (2010). *Competitive Authoritarianism: Hybrid Regimes after the Cold War*. Cambridge University Press.
- Página 12. (2025, August). Récord de Javier Milei: Es el presidente con más funcionarios desplazados desde 1983 | Hubo 140 bajas en 500 días. *PAGINA12*. <https://www.pagina12.com.ar/848620-record-de-javier-milei-es-el-presidente-con-mas-funcionarios>, letzter Aufruf 02.10.2025.
- Perfil (2024). Los números de Milei: Cerró 13 ministerios, aplicó un ajuste del 30% y echó a 30 mil empleados estatales. *Perfil*. <https://www.perfil.com/noticias/politica/un-ano-de-javier-milei-cuantos-ministerios-se-cerraron-durante-su-gestion.phtml>, letzter Aufruf 02.10.2025.

- Perfil (2025). Inflación de junio 2025: Las razones del segundo número más bajo de la era Milei. *Perfil*. <https://www.perfil.com/noticias/economia/inflacion-de-junio-2025-las-razones-del-segundo-numero-mas-bajo-del-ano.phtml>, letzter Aufruf 02.10.2025.
- Perfil (2025b, September). *Encuesta: Milei tiene un 53,7% de desaprobación, crece el apoyo a Kicillof y preocupa la corrupción*. *Perfil*. . <https://www.perfil.com/noticias/sociedad/encuesta-milei-tiene-un-537-de-desaprobacion-crecio-el-apoyo-a-kicillof-y-la-corrupcion-es-la-principal-preocupacion-de-los-argentinos.phtml>, letzter Aufruf 02.10.2025.
- Pittaro, F. (2025). Milei en Davos: El discurso completo. *El Grand Continent*. <https://elgrandcontinent.eu/es/2025/01/25/milei-en-davos-el-discurso-completo-2/>, letzter Aufruf 02.10.2025.
- Salvia, A., Vera, J., Poy, S., Salvia, A., Vera, J., & Poy, S. (2024). Cambios en el bienestar durante y después de la pandemia en Argentina. *Estudios sociológicos*, 42. <https://doi.org/10.24201/es.2024v42.e2535>.
- Schuster, M. (2025, Juli). ¿Conviene decir “fascista”? *El Dipló*. Edición 313. <https://www.eldiplo.org/313-la-guerra-infinita/conviene-decir-fascista/>, letzter Aufruf 02.10.2025.
- Traverso, E. (2025). *Las nuevas caras de la derecha. Potencia y contradicciones de la etapa posfascista*. Siglo XXI. Buenos Aires.

El Salvador unter Bukele: Ein autoritärer Friede?

Hannes Warnecke-Berger

1. Einleitung

Nayib Bukele gilt als das neue politische Wunderkind Lateinamerikas. Der Präsident El Salvadors verzeichnet Zustimmungswerte, von denen Amtsinhaber in anderen Staaten nur träumen können. Seine Politik scheint auf den ersten Blick erfolgreich: Die Mordrate ist massiv gesunken, Kriminalität tritt in den Hintergrund, internationale Investoren zeigen Interesse, und ein technologisch aufgeladener Modernisierungsdiskurs – vom Bitcoin-Währungsexperiment bis hin zur digitalen Staatsführung – bestimmt das Bild, das die Regierung nach innen und außen vermittelt. Bukele selbst inszeniert sich als Reformers, Macher und ‚Anti-Politiker‘, der mit der politischen Klasse der Vergangenheit aufräumt und das Land in die Zukunft führt. Damit steht er als autoritärere Führungsfigur in einer Linie mit etwa Donald Trump in den USA oder Javier Milei in Argentinien, die derzeit die neue rechte Wende in Latein- und Nordamerika anführen.

Auf den ersten Blick erscheint seine Sicherheitsbilanz beeindruckend. Mitte der 2010er Jahre fand sich das kleine Land in Zentralamerika an der Spitze internationaler Gewaltstatistiken. Die Homizidrate, die pro 100.000 Einwohnern die Anzahl von Morden und Totschlägen beziffert, war im Jahr 2015 bei über 105. Sie fiel, offiziellen Statistiken El Salvadors folgend (deren Validität jedoch noch umstritten ist), bis auf den Wert von 1,9 im Jahr 2024 und rangiert damit weit unterhalb der Gewaltraten beispielsweise der USA oder Kanadas (World Bank, 2025).

Doch hinter dieser Erfolgsgeschichte verbirgt sich ein autoritärer Umbau des salvadorianischen Staates. Kritiker:innen warnen vor einer schleichenenden Re-Autokratisierung (Meléndez-Sánchez, 2024; Meléndez-Sánchez & Vergara, 2024; Luján & Puig Lombardi, 2025; Wolf, 2024) hin zu einem „millennial authoritarianism“ (Meléndez-Sánchez, 2021). Unter dem seit 2022 fortbestehenden und verfassungswidrigen Ausnahmezustand kam es zu über 83.000 willkürlichen Verhaftungen, massiven Menschenrechtsverletzungen sowie Einschüchterung von Regierungskritiker:innen und Journalist:innen. Gleichzeitig hat Bukele die Kontrolle über Legislative, Justiz

und Aufsichtsbehörden weiter ausgebaut, was zu einem drastischen Abbau der Rechtsstaatlichkeit und der Meinungsfreiheit geführt hat (Freedom House, 2025). Die Gewaltenteilung wird ausgehöhlt, Richter und Staatsanwälte abgesetzt, kritische Medien eingeschüchtert, das Militär politisch reaktiviert, Verfassungsgrenzen verschoben. Gleichzeitig werden zentrale Menschenrechte massiv eingeschränkt, etwa durch Massenverhaftungen im Zuge des Ausnahmezustands oder durch willkürliche Inhaftierungen bis hin zu außergerichtlichen Tötungen. In den gängigen quantitativen Demokratiemessungen fiel El Salvador seit dem Amtsantritt Bukeles enorm ab, und wird etwa durch das V-Dem-Institut seit 2021 nur mehr als elektorale Autokratie gelistet (V-Dem Institute, 2025).

Diese autoritären Tendenzen stören offenbar weder Regierungsnarrativ noch dessen Wirkung in der Bevölkerung. Im Gegenteil: Ein Großteil der Bevölkerung unterstützt den harten Kurs und sieht in Bukele die einzige Instanz, die das Land endlich Richtung Ordnung und Fortschritt steuern kann (Instituto Universitario de Opinión Pública, 2025). Im Februar 2024 wurde Nayib Bukele mit knapp 85 Prozent der Stimmen wiedergewählt, obwohl die Verfassung eine zweite aufeinanderfolgende Amtszeit verbietet.

Die zentrale Frage dieses Kapitels lautet daher: Wie ist es möglich, dass ein autoritärer Führungsstil nicht nur akzeptiert, sondern breit unterstützt wird? Wie gelingt es Bukele, ein repressives Sicherheitsregime mit einem modernisierungsoptimistischen Diskurs zu verbinden, während er gleichzeitig einen autoritären Umbau von Staat und Gesellschaft vollzieht?

Der Aufstieg Nayib Bukeles wird in der aktuellen Literatur vor allem aus drei Perspektiven analysiert. Ein erster Strang konzentriert sich auf das Versagen traditioneller Parteien: Mit den Friedensverträgen, die dem zwölfjährigen blutigen Bürgerkrieg, der über 75.000 Menschen das Leben kostete, 1992 ein Ende setzten, institutionalisierte sich ein Zweiparteiensystem mit den beiden politischen Hauptvertretern ARENA (*Alianza Republicana Nacionalista*) und FMLN (*Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional*). Die zunehmende Fragmentierung dieses Systems wird in dieser Perspektive als zentrale Voraussetzung für Bukeles Erfolg gewertet. Korruption, Klientelismus und die Unfähigkeit beider Parteien, auf soziale Forderungen zu reagieren, hätten zu einer tiefen politischen Entfremdung geführt. In dieser Konstellation konnte sich Bukele als populistischer Außenseiter positionieren (Luján and Puig Lombardi, 2025; Perelló & Navia, 2022).

Eine zweite Erklärung betont die Sicherheitsfrage. El Salvador führte für viele Jahre internationale Gewaltstatistiken an (Warnecke-Berger, 2019).

Viele Studien sehen aus diesem Grund die Rolle der Gewalt, und insbesondere die der Jugendbanden, den sogenannten *maras*, als Legitimation für autoritäre Politik. Insbesondere der Ausnahmezustand seit 2022 wird als Ausdruck einer „*penal populism*“-Strategie interpretiert, in der Repression und eine Politik der harten Hand gegen vermeintliche Gewalttäter breite gesellschaftliche Zustimmung erfuhren (Meléndez-Sánchez & Vergara, 2024; Stelmach, 2021; Wolf, 2024). Dieser Perspektive zufolge akzeptiert die Bevölkerung demokratische Einschränkungen, wenn diese mit dem Versprechen von Sicherheit verbunden werden.

Ein dritter Ansatz betont mediale Inszenierung und digitale Kommunikation als Grundlage von Bukeles Erfolg. Bukele emotionalisiere Politik durch soziale Medien, umgehe damit klassische Institutionen und ermögliche direkte Identifikation der Problemlagen, was bei breiten Bevölkerungsschichten Anklang fände (Ruiz-Alba & Mancinas-Chávez, 2020). Diese Kommunikationsstrategie diene dabei der Entpolitisierung realer Machtverhältnisse. Weiter wird dies auch in Verbindung mit der Crypto-Währungspolitik und dem Einsetzen des Bitcoins als offizielle Landeswährung verknüpft (Boos, 2024).

Diese drei Perspektiven bringen wichtige Impulse für eine Erklärung des Aufstiegs Bukeles. Jedoch schenken sie längerfristigen gesellschaftlichen Veränderungsprozessen allzu geringe Aufmerksamkeit. Sie richten ihren Fokus auf die Politik Bukeles und seine politische Inszenierung als Führerfigur. Vernachlässigt werden so strukturelle Erklärungen, die die internationale Einbindung El Salvadors, langfristige sozioökonomische Transformationen und den Wandel von Eliten einbeziehen. Die entsprechenden innergesellschaftlichen Rekonfigurationen, so das Argument des vorliegenden Beitrags, bilden eine Voraussetzung für Machterlangung und Erfolg Bukeles.

Die These dieses Kapitels ist, dass Bukeles Aufstieg nur erklärbar wird, wenn die spezifische globale Einbindung El Salvadors als *remittances*-Ökonomie¹ mit tiefgreifenden innergesellschaftlichen Transformationsprozessen zusammengedacht wird. El Salvadors Rolle in der Weltwirtschaft hat sich in den letzten drei Jahrzehnten enorm gewandelt, und damit gingen auch weitreichende innergesellschaftliche Anpassungsprozesse einher. Gleichzeitig hat sich das Verhältnis zwischen Staat, Gesellschaft und Eliten seit dem Ende des Bürgerkriegs fundamental gewandelt. Erst vor dem

1 Remittances sind monetäre Rücküberweisungen von Migrant:innen an ihre Heimatfamilien.

Hintergrund dieses Doppelprozesses konnten drei Hebel zusammenwirken, die Bukele heute nutzt, um seine Macht auf- und auszubauen:

Erstens öffnete sich das politische System durch den schleichenden Rückzug der Oligarchie aus der Politik, was Raum für neue politische Ideen eröffnete. Zunächst nutzte dies die einstige Guerilla FMLN, die sich nach dem Ende des Bürgerkrieges in eine politische Partei transformierte und im Jahr 2009 die Macht im Staat erlangte. Jedoch schaffte es der FMLN nicht, diesen Raum auch zu nutzen und eine wirklich politische und ökonomische Alternative aufzubauen. Der FMLN ist aber die Partei, in der auch Bukele seine politische Karriere als Bürgermeister von San Salvador begann, und die er nun als einen der Hauptfaktoren der Misere des Landes ausmacht.

Zweitens verlor mit dem Doppelprozess und der einhergehenden demographischen Entwicklung die Rolle des Bürgerkrieges die zentrale Rolle im kulturellen Gedächtnis. Ideationale Bezüge zur Zeit des Bürgerkrieges, die stets auch Legitimationsansprüche herausragender politischer Persönlichkeiten von rechts und von links waren, wirken damit nicht mehr und lassen Bukele politischen Raum, neue Argumentationsmuster zu entfalten.

Drittens schließlich konnten auch erst durch diese Verschiebungen repressive Kontrollmechanismen der Alltagsgewalt, die heute durch Polizei und Militär durchgesetzt werden, wieder an Bedeutung gewinnen. Heute werden diese jedoch nicht mehr im Kontext des Bürgerkrieges verortet. Losgelöst von den historischen Erfahrungen des Bürgerkrieges in den 1980er und 1990er Jahren schafft es Bukele, Repression als Lösung politischer Probleme und damit als Reaktion auf das Versagen vorangegangener Regierungen zu inszenieren.

Wer Bukele verstehen will, muss diese Prozesse zusammendenken. Ziel des Beitrags ist es, eine strukturierte Analyse der politischen Ökonomie des autoritären Wandels in El Salvador vorzulegen.

2. Vom Kaffee zur Migration: El Salvador als remittances-Gesellschaft

Spätestens seit den 1990er-Jahren hat sich El Salvador tiefgreifend gewandelt. War das kleine Land im zentralamerikanischen Isthmus über weite Teile des 19. und 20. Jahrhunderts agrarisches Exportland, dessen ungleicher Wohlstand einst auf Kaffee, Zucker und Baumwolle basierte, entwickelte sich die Volkswirtschaft hin zu einem transnational verflochtenen Migrationsland. Im Zentrum dieser Transformation steht die Wanderungs-

bewegung in die USA und die Milliardenbeträge an monetären Rücküberweisungen salvadorianischer Migrant:innen (*remittances*), die seither Jahr für Jahr ins Land fließen. El Salvador exportiert heute weniger Waren als vielmehr Menschen. Jedes Jahr verlassen rund 1 Prozent der Bevölkerung das Land und machen sich auf den Weg gen Norden (eigene Berechnung nach World Bank, 2025). Zensusdaten zufolge lebten im Jahr 2023 in den USA mehr als drei Millionen Menschen, die sich als Salvadorianer:innen identifizieren (Migration Policy Institute, 2024), was fast der Hälfte der Bevölkerung El Salvadors entspricht. Trotz der enormen Gefahren, die auf diesem Weg lauern, und der jüngsten Verschärfungen der Einreisebestimmungen durch die Regierung Trump haben die USA als Migrationsmagnet bisher kaum an Anziehungskraft verloren. Als Folge hat sich El Salvador zu einer *remittances*-Gesellschaft entwickelt.

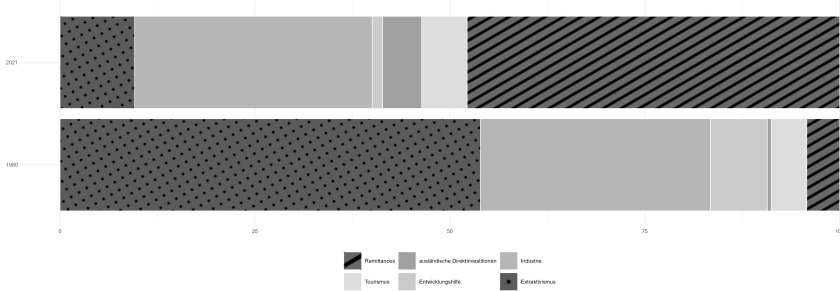


Abbildung 1: El Salvadors externe Deviseneinnahmen, 1980 und 2021

Quelle: eigene Berechnung nach World Bank (2025).

In ökonomischer Perspektive haben sich in den letzten 30 Jahren die Deviseneinnahmequellen des Landes fundamental verändert. Der Agrar-export spielt nur noch eine untergeordnete Rolle. Der Beitrag der Industrie ist zwar deutlich angestiegen. Tatsächlich wurden in El Salvador aber vor allem Lohnveredelungsfabriken in der Textilbranche, die sogenannten *maquilas*, aufgebaut. In dieser Branche arbeiten feminisierte und sehr prekär beschäftigte Arbeitskräfte zu sehr geringen Löhnen. Insgesamt trägt der Sektor nur wenig zur Wertschöpfung bei und ist von einer großen Importabhängigkeit gekennzeichnet. *Remittances* hingegen machen heute einen Anteil von mehr als 50 Prozent der Gesamteinnahmen aus. *Remittances* übersteigen an Wert alle anderen Einnahmequellen und haben auch im Binnenmarkt eine enorme Bedeutung. Im Durchschnitt der gesamten

letzten zehn Jahre machen *remittances* einen Anteil von über 1000 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen, 117 Prozent der Bruttoinlandsinvestitionen, 120 Prozent der gesamten Exporte, 21 Prozent des BIP und insgesamt 26 Prozent des privaten Konsums aus (World Bank, 2025). Ihre Rolle könnte heute kaum größer sein. Abbildung 1 zeigt diesen enormen Wandel.

Diese Rekonfiguration der Einbindung El Salvadors in die internationale Arbeitsteilung ist jedoch keineswegs rein ökonomisch zu verstehen. Migration fungierte immer auch als soziales Ventil: In Phasen wirtschaftlicher, politischer und sozialer Krisen, sei es in den 1980er-Jahren während des Bürgerkriegs oder nach der neoliberalen Anpassung in den 1990ern, bot sie eine Überlebensstrategie für Familien, die vom Staat und der Ökonomie allein gelassen wurden. Die Rücküberweisungen der Migrant:innen wurden zur zentralen Stabilisierungsachse der Gesellschaft: Sie sichern Alltagskonsum, decken Gesundheitskosten, ermöglichen den Schulbesuch von Kindern und finanzieren kleinräumige Investitionen und nicht zuletzt ermöglichen sie den Import von Waren aus den USA. Makroökonomisch federn *remittances* Armut, Marginalität und soziale Exklusion ab, ohne sie aber zu überwinden (Warnecke-Berger, 2021b).

Gleichzeitig hat die Logik der *remittances* tiefgreifende gesellschaftliche Nebenwirkungen. Die soziale Reproduktion wird zugleich individualisiert als auch externalisiert: Der Staat hat sich schrittweise aus seiner Verantwortung zurückgezogen, während sich Familien transnational organisieren müssen, und dies mit all den Spannungen, Ungleichheiten und Brüchen, die damit einhergehen (Warnecke-Berger, 2018). *Remittances* ersetzen keine wohlfahrtsstaatliche Politik, sie federn lediglich deren Unvermögen ab (Warnecke-Berger, 2020a). Entwicklungsmotor ist nicht mehr Produktivität, Investition und die lokale Ökonomie. Im Gegenteil: Das Entwicklungsversprechen der *remittances* lastet auf den Schultern individueller Migrant:innen und deren fortlaufender finanzieller Sendebereitschaft. Besonders Frauen, die häufig als soziale Managerinnen der Rücküberweisungen agieren, tragen eine überproportionale Last (Bruhn & Oliveira, 2022; Landolt, 2001).

Auch auf der politischen Ebene zeigen sich weitreichende Folgen: Der Staat verliert an Steuerungsfähigkeit, da seine Einnahmen und Legitimität zunehmend von exogenen Faktoren abhängen. Gleichzeitig entsteht eine neue Form globaler Verflechtung: Nicht nur Haushalte, sondern ganze Gemeinden, Regionen und Wirtschaftssektoren richten sich auf den Zufluss von *remittances* aus. Banken, Handelsketten, Baufirmen und sogar staatli-

che Entwicklungspläne basieren auf der Annahme, dass Migration fortbesteht und Rücküberweisungen weiterfließen.² Aus diesen Verschiebungen wachsen nicht zuletzt Möglichkeiten, über Instrumente des Finanzmarktes Rücküberweisungen zu kanalisieren und Finanzialisierungsprozesse, die *remittances* zunehmend mit dem globalen Finanzmarkt verweben, voranzutreiben (Warnecke-Berger, 2022).

So entsteht ein struktureller Widerspruch: Einerseits stabilisieren *remittances* den salvadorianischen Alltag, andererseits vertiefen sie die Abhängigkeit von einem System, das strukturelle Ungleichheit reproduziert und demokratische Teilhabe untergräbt. Die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit des Landes beruht dabei auf der kontinuierlichen Emigration und der fortwährenden finanziellen Sendebereitschaft der Migrant:innen.

3. Transformation der Eliten

Dieser Wandel hin zu einer *remittances*-Gesellschaft hat ebenfalls großen Einfluss auf die Komposition der salvadorianischen Elite und damit auf die Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft. Die Geschichte El Salvadors ist eng mit der Machtstellung einer kleinen, wirtschaftlich dominanten Oberschicht verbunden: der sogenannten *oligarquía cafetalera*, den berüchtigten 14 Familien, die über Jahrzehnte hinweg Land, Agrarexport, Banken, Industrie und Medien kontrollierten (Segovia, 2018; Dunkerley, 1988; Colindres, 1977). Diese klassische Oligarchie basierte auf einem exportorientierten Akkumulationsmodell, das landwirtschaftliche Monokulturen (v. a. Kaffee, Zucker und Baumwolle) mit autoritärer Herrschaft und repressiver sozialer Kontrolle verband. Der Staat war eng mit den Interessen dieser Familien verflochten, sowohl institutionell als auch personell.

Seit den späten 1970er-Jahren kam es schrittweise jedoch zu einer tiefgreifenden Transformation der Eliten (Paige, 1997; Zinecker, 2004). Die Ursachen sind vielfältig: die Krise des Kaffeeexports, die politische Destabilisierung durch den beginnenden Bürgerkrieg, neoliberale Strukturreformen und schließlich die massive Emigration eines Teils der Bevölkerung, die vor den Wirren des Bürgerkrieges floh. Im Zuge dieser Veränderungen verschoben sich nicht nur die ökonomischen Grundlagen der Elitenherrschaft,

2 Studien zeigen, dass die finanzielle Sendebereitschaft von Migrant:innen mit zeitlichem Abstand der Migration abnimmt (Amuedo-Dorantes & Pozo, 2006). Das bedeutet, dass die Stabilisierung des *remittance*-Flusses auf einer Makroebene kontinuierliche Migration voraussetzt.

sondern auch deren strategische Ausrichtung. Immer stärker verlagerte sich der Fokus von der Monopolisierung der Produktion hin zur Kontrolle des Konsums, von agrarbasierter Wertschöpfung hin zu spekulativer Akkumulation und hin zu Finanzmarktgeschäften.

Ein Teil der traditionellen Oligarchie setzte diesen Wandel in vier Schritten um (Warnecke-Berger, 2020a): Erstens durch die schrittweise Abkehr vom Kaffeexport und die Umstellung auf importgestützte Konsumgüterökonomie und den Sektorservice; zweitens durch die Öffnung und Deregulierung der Finanzmärkte und den Kauf großer, auch regional orientierter Bankenhäuser; drittens durch die Aneignung migrantischer Kapitalflüsse via Finanzialisierung der *remittances*³; und viertens durch die Konzentration auf den Bau- und Konsumsektor, durch den spekulative Erträge schnell verwertet werden können.

Zusammengenommen hatte diese Selbstmodernisierung der salvadorianischen Oligarchie tiefgreifende Wirkungen. Durch den Rückzug aus unmittelbarer politischer Verantwortung bei gleichzeitiger Sicherung struktureller ökonomischer Macht entstand eine neue Form der Oligarchie, die von der durch *remittances* induzierten Binnenkaufkraft profitiert, ohne gesellschaftliche Integration anstreben oder absichern zu müssen.

Die *remittances*, die zunächst als Ventil und soziale Notlösung für breite Bevölkerungsschichten dienten, wurden rasch zum systemischen Bestandteil der Volkswirtschaft. Banken, Immobilienentwickler, Konsumketten, Bildungsanbieter: sie alle entwickelten Geschäftsmodelle, die auf den konstanten Zufluss von migrantischem Geld bauten, und die heute als Investitionsziele der traditionellen Oligarchie gelten. Die sich modernisierenden Elitensegmente schufen transnationale Finanznetzwerke, die Rücküberweisungen technisch und institutionell integrierten. Diese reichen heute von digitalen Bezahlssystemen über Immobilienfonds bis hin zu gezielten Kreditprogrammen für Migrant:innen und deren Heimatfamilien. Dadurch gelang es schließlich, indirekten Zugriff auf migrantische Einkommen zu

3 Finanzialisierung von Remittances bedeutet, dass finanzielle Rücküberweisung von Migrant:innen nicht mehr nur als private Unterstützung zwischen Familienmitgliedern fließen, sondern zunehmend über Finanzinstitutionen, -produkte und -märkte kanalisiert und als Anlage- oder Sicherungsinstrument genutzt werden. Dadurch werden *remittances* in globale Finanzströme eingebettet, was einerseits neue Gewinne und Machtressourcen für Banken, Staaten und Eliten eröffnet, andererseits aber Entwicklung stärker individualisiert und globale Ungleichheiten verfestigt (Warnecke-Berger, 2022).

erlangen, ohne selbst zu migrieren, und ohne die direkte Herrschaft durch staatliche Macht zu sichern.

Mit dieser Verschiebung ging auch ein gewisses Maß der Entkopplung der Eliten von der nationalen Gesellschaft einher. Ihre Akkumulation basiert heute nicht mehr auf der politischen Kontrolle von Arbeit im Inneren, sondern auf der externalisierten Reproduktion einer Bevölkerung, die gleichzeitig aus dem Land gedrängt und als ökonomische Ressource im Ausland funktionalisiert wird. Diese neue Konstellation lässt sich als „keynesianische Oligarchie“ bezeichnen (Warnecke-Berger, 2020a): eine Elitenformation, die vom Binnenkonsum lebt, aber keine soziale Integration oder langfristige Investitionen anstrebt. Sie betreibt kein *state-* oder *nation-building*-Projekt, sondern profitiert indirekt von der Dauerkrise.

Unter Bukele hat sich diese Konstellation nicht aufgelöst, sondern weiter vertieft (Gutiérrez, 2024). Seine Nähe zu neuen Unternehmergruppen, Digitalkonzernen und Finanzakteuren markiert keinen Bruch mit der Vergangenheit, sondern die Fortschreibung neoliberaler Elitenpolitik in einer populistisch-autoritären Verpackung (Kurylo, 2024; Alvarado, Labrador, & Arauz, 2020). Erst vor diesem Hintergrund, der fundamentalen Transformation El Salvadors Rolle in der Weltwirtschaft und dem tiefgreifenden Elitenwandel, werden die folgenden drei Faktoren wirkmächtig, durch die zusammengenommen Bukele seine Machtfülle erhält.

4. Die Fragmentierung des Politischen, das Versagen der Linken und unvollendetes nation-building

Erst durch den alltäglichen Rückzug der Oligarchie aus dem Staat und der schleichenden Aufgabe politischer Kontrolle – gleichbedeutend mit dem Niedergang der politischen Hegemonie der ARENA – eröffneten sich politische Räume, in die der FMLN hineinwachsen konnte. Mit dem Wahlsieg von Mauricio Funes im Jahr 2009 schien ein neues Kapitel in der Geschichte El Salvadors aufgeschlagen. Erstmals übernahm die ehemalige Guerillaorganisation FMLN, die zentrale politische Kraft des Bürgerkriegs, die Regierungsgeschäfte in einem demokratischen Rahmen. Viele Beobachter:innen verbanden mit diesem historischen Moment die Hoffnung auf eine sozial gerechtere Entwicklung, auf eine Stärkung der Institutionen und auf die Vollendung des Demokratisierungsprozesses, der mit dem Friedensabkommen von 1992 eingeleitet worden war (Álvarez, 2010).

Doch diese Hoffnungen erfüllten sich nur bedingt. Zwar konnte der FMLN die politische Macht erlangen, doch tiefgreifende ökonomische Strukturreformen blieben aus (Segovia, 2018). Die Partei schloss taktische Allianzen mit Teilen der alten Bürokratie und des Privatsektors, versäumte es jedoch, ein eigenständiges sozial-ökonomisches Projekt zu entwickeln (Colburn, 2009). Wurde *state-building* mit dem Friedensprozess institutionell angegangen (wenn auch nicht abgeschlossen), so war es doch die Aufgabe des FMLN, dies nun mit einer Klammer des *nation-building* zu umrahmen, eine inklusive, auf demokratischer Teilhabe basierende politische Ordnung aufzubauen und diese auch ökonomisch zu unterfüttern. Die Regierung Funes geriet jedoch zunehmend in den Sog klientelistischer Logiken und institutioneller Instrumentalisierung. Nicht selten diente der Staat als Ressource zur parteipolitischen Selbstreproduktion. Der FMLN wurde allmählich parasitär in Bezug auf Staatlichkeit, anstatt deren demokratische und soziale Fundamente zu stärken (Warnecke-Berger, 2020b).

Unter Funes Nachfolger Salvador Sánchez Cerén, einem vormaligen Kommandanten der Guerilla, verschärfte sich diese Tendenz weiter. Der technokratische Regierungsstil wirkte distanziert, wenig innovativ und entkoppelt vom Alltag der Bevölkerung. Der FMLN verlor zunehmend den Kontakt zu seiner sozialen Basis und insbesondere zu jenen marginalisierten Gruppen, die er einst vertreten hatte. Es gelang der Partei nicht, eine tragfähige nationale Erzählung nach dem Bürgerkrieg zu etablieren, die sowohl politisch mobilisierend, erinnerungspolitisch inklusiv als auch identitätsstiftend für eine breite Masse gewirkt hätte. Die große historische Chance, den Frieden nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch, und eben auch symbolisch zu verankern, wurde damit vertan (Silber, 2022).

Stattdessen blieb die politische Ordnung des Landes hybrid und ambivalent: formal demokratisch, aber durchzogen von autoritären Praktiken, informeller Gewalt und sozialer und ökonomischer Ausgrenzung (Zinecker, 2014). Weder die rechtskonservativen Vorgängerregierungen noch der linke FMLN konnten ein inklusives Staatsprojekt formulieren, das Vertrauen, Teilhabe und gesellschaftliche Kohärenz gestiftet hätte. Die Demokratisierung blieb unvollendet und versandete allmählich institutionell, sozial und kulturell. Dieser Mangel an kollektiver Orientierung hinterließ ein politisches Vakuum, das Bukele später mit seinem autoritär-populistischen Diskurs zu füllen verstand.

Dieser neu entstandene politische Raum lässt sich nur im Lichte der strukturellen Transformationen verstehen. Der Rückzug der traditionellen Oligarchie aus direkter politischer Verantwortung war selbst das Resultat

einer ökonomischen Neuorientierung im Kontext der *remittances*-Ökonomie: Elitensegmente sicherten ihre ökonomische Macht zunehmend über Konsum, Immobilien und Finanzmärkte ab, ohne auf direkte politische Kontrolle angewiesen zu sein. Damit fiel die institutionelle Last der politischen Gestaltung auf neue Akteure wie den FMLN – doch gerade dessen Scheitern, eine eigenständige ökonomische und nationale Alternative aufzubauen, machte den Raum frei für Bukele. Sein autoritär-populistisches Projekt konnte nur deshalb gedeihen, weil die *remittances*-Ökonomie und der Elitenwandel die politischen Institutionen entleerten und zugleich die gesellschaftlichen Erwartungen nach Ordnung und Effizienz unerfüllt blieben.

Sein Aufstieg ist somit auch eine Folge des politischen Versagens der Vorgängerregierungen, insbesondere des FMLN, der es nicht vermochte, eine politische und ökonomische Alternative zum neoliberalen Entwicklungsmodell zu etablieren und dabei zugleich seine moralische Glaubwürdigkeit und historische Autorität verlor. Das autoritäre Projekt Bukeles ist nicht nur eine konservative Reaktion, sondern das Ergebnis einer post-revolutionären Enttäuschung, die große Teile der Gesellschaft nach dem Scheitern des Bürgerkriegs und dem demokratischen Erfolg des FMLN auf der Suche nach Stabilität, Effizienz und nationaler Erneuerung zurückgelassen hat.

5. Der Generationenbruch

Diese parteipolitischen Verschiebungen haben zudem eine demographische Komponente. Die mit dem Ende des Bürgerkrieges im Jahr 1992 geschlossenen Friedensverträge festigten eine Nachkriegsordnung, in der die politische Legitimität des obersten politischen Führungspersonals nach wie vor auf dessen Rolle während des Bürgerkrieges beruhte.

Sowohl die rechte ARENA als auch der linke FMLN legitimierten sich über Jahrzehnte durch ihre jeweilige Rolle im bewaffneten Konflikt: als Verteidigerin des Staates bzw. als Kämpfer für soziale Gerechtigkeit. Doch diese identitätspolitischen Referenzen verloren mit einer sich anhaltend verjüngenden Bevölkerung zunehmend ihre Wirkung.⁴ Salvador Sánchez Cerén, der für den FMLN 2014 die Präsidentschaftswahlen gewann, wurde

⁴ Dies betraf beide politischen Strömungen gleichermaßen und hatte ebenfalls eine enorme *gender*-Dimension, da Frauen, die im Bürgerkrieg erfolgreich waren, in der Nachkriegszeit politisch an den Rand gedrängt wurden (Viterna, 2013).

zum Präsidentschaftskandidaten gekürt, da er im Bürgerkrieg der Anführer einer der Guerrilla-Verbände – des FPL (*Fuerzas Populares de Liberación „Farabundo Martí“*)⁵ – war, die sich später zum FMLN verbanden. Interviews des Autors mit Kabinettsmitgliedern verdeutlichten zudem, dass es weniger politisches Geschick, sondern vielmehr die Unterstützung in den Zeiten des Bürgerkrieges war, die ihnen Ministerämter verschaffte.

Mehr als drei Jahrzehnte nach dem Ende des salvadorianischen Bürgerkriegs ist jedoch eine neue Wähler:innengeneration herangewachsen, eine Generation, die den Krieg nicht miterlebt hat, die seine Protagonist:innen nicht mehr kennt, und die mit den historischen Narrativen von FMLN und ARENA keine biografische Verbindung mehr hat. Für diese jungen Bevölkerungskohorten ist der Bürgerkrieg keine unmittelbare Erfahrung, sondern allenfalls ein abstraktes Erzählmotiv aus Schulbüchern, Familienerzählungen oder medialen Fragmenten. Etwa 60 Prozent der Bevölkerung El Salvadors ist heute nach 1992 geboren (eigene Berechnung auf Basis von Banco Central de Reserva de El Salvador, 2022). Damit schwindet auch die Legitimität einer politischen Ordnung nach dem Ende des Bürgerkriegs, deren Diskurse eng mit dem Krieg verknüpft waren.

Die politische Bühne war reif für eine diskursive Neubesetzung, und genau dies ist Bukele gelungen. Er inszeniert sich als Präsident des radikalen Bruchs mit der Vergangenheit. So bezeichnete Bukele die Bedeutung des Bürgerkrieges für die nationale Geschichte als „Farce“, benannte den Nationalfeiertag für die Friedensverträge als rituelle Erfolgserzählung (*Día de los Acuerdos de Paz*) in Nationalfeiertag für die Opfer des bewaffneten Konfliktes als negative Erzählung über die Grauen des Bürgerkrieges (*Día Nacional de las Víctimas del Conflicto Armado*) um und behauptete, dass mit dem Friedensvertrag Spitzenpolitiker das Land unter sich aufgeteilt hätten, um sich zu bereichern (Guzmán, 2022).

Demgegenüber setzte Bukele weniger auf ideologische Kohärenz, sondern auf digitale Effizienz, Modernitätsversprechen und nationale Stärke. Er nutzt dabei bewusst die Ästhetik der Digitalisierung: soziale Medien, orchestrierte Inszenierungen, ein jugendliches Image, Popkulturreferenzen, all das zielt auf ein Publikum, das sich nicht über politische Linien, sondern

5 Im Januar 1980 verbündeten sich fünf politische Parteien und deren jeweilige militärische Flügel sowie Massen- und Jugendorganisationen und gründeten zusammen den FMLN, der dann nach der Ermordung des Erzbischofs Romero im März 1980 in den offenen Widerstand gegen die Repression der Regierung trat. Spätestens mit der „finalen Offensive“ im Januar 1981 eskalierte der bewaffnete Konflikt weiter und der Bürgerkrieg begann (siehe zum Überblick etwa Montgomery, 1995).

über Stil und Performanz identifiziert. Seine Botschaft lautet: Politik geht auch anders, Politik sei jetzt jung, unverbraucht und kompromisslos.

Dabei ist sein „Neuanfang“ nicht nur ein programmatischer, sondern ein diskursiver Totalbruch. Die Bezugnahme auf den Bürgerkrieg wird delegitimiert, Erinnerungspolitik tiefgreifend verändert und die historische Verantwortung für mehr als 75.000 Bürgerkriegstote als rückwärtsgewandt diskreditiert. In der Konsequenz entsteht ein politischer Raum, in dem autoritäre Maßnahmen (wieder) pragmatisch gelten, weil sie mit keiner historischen Schuld behaftet sind. Sie werden nicht mehr mit dem Bürgerkrieg in Verbindung gebracht. Sein Motto: Wer nicht an die Vergangenheit gebunden ist, kann sich umso freier in der Gegenwart bewegen.

Der Generationenbruch ist damit nicht nur ein demografisches Phänomen, sondern ein kultureller Hebel autoritärer Erneuerung. Er entzieht der tradierten Politik und deren Verwobenheit in der klaren Bifurkation zwischen „rechts“ und „links“ ihre symbolischen Grundlagen. Gleichzeitig macht gerade dieser kulturelle Hebel den Weg frei für eine autoritär-populistische Herrschaftsform, die sich post-ideologisch, technologieaffin und zugleich nationalistisch ausdrückt. Bukeles neue Politik ist dabei keineswegs eine Weiterentwicklung, sondern in einer gewissen Art ein Kurzschluss. Seine Politik überspringt historisch gewachsene Konflikte, die auch eine materielle Komponente besitzen, anstatt sie zu transformieren. Genau dadurch aber gewinnt er an Attraktivität.

Der Generationenbruch entfaltet seine politische Wirkung damit nicht isoliert, sondern im Zusammenspiel mit den strukturellen Transformationen der salvadorianischen Gesellschaft. Die *remittances*-Ökonomie hat eine junge Bevölkerung hervorgebracht, die in einem transnationalen Alltag sozialisiert ist und deren Lebenshorizonte weniger an die historischen Konfliktlinien des Bürgerkriegs gebunden sind. Gleichzeitig hat der Elitenwandel, der die politische Verantwortung zunehmend abstreifte und seine ökonomische Basis im Konsum- und Finanzsektor verankerte, den Verlust historisch legitimer Autoritäten beschleunigt. So entstand eine Konstellation, in der die alten Referenzen von „rechts“ und „links“ ihre Bindekraft verlieren. Bukele konnte diesen Freiraum nutzen, indem er die Kluft zwischen einer nachkriegssozialisierten Jugend und einer entpolitisierten Elite besetzte und damit einen Diskurs pflegt, der Modernität, digitale Effizienz und nationale Stärke über historische Verantwortung und demokratische Teilhabe stellt.

6. Entpolitisierung der Gewalt

El Salvador gehört seit Jahrzehnten zu den gewaltintensivsten Ländern der Welt. Trotz des Friedensabkommens von 1992 ist alltägliche Gewalt nie verschwunden, sondern hat sich vielmehr in neue Formen transformiert: Alltagsgewalt zwischen Nachbarn und in Familien, Jugendbanden (*maras*), organisierte Kriminalität, Polizeigewalt und Repression prägen vielerorts den Alltag. Dabei handelt es sich nicht nur um ein Sicherheitsproblem, sondern um ein strukturelles Ausdrucksmoment sozialer Fragmentierung, nicht anerkannter Eigentumsrechte, ungleicher Entwicklung und flacher Staatlichkeit, die weder ökonomisch und politisch-institutionell noch kulturell-ideational in der Bevölkerung verankert ist (Huhn & Warnecke-Berger, 2017).

Die Politik der harten Hand, vor allem gegen Jugendbanden, war schon seit Jahren immer wieder das gewählte Mittel, politische Zustimmung zu organisieren (Hume, 2007; Wolf, 2017). Obwohl der FMLN zunächst angetreten war, um auch ein inklusiveres Verständnis von Gewaltkontrolle zu etablieren, gelang ihm dies nicht. Gewaltraten blieben auf einem enorm hohen Niveau und steigerten sich sogar noch weiter. El Salvador erlangte Mitte der 2010er Jahre die schaurige Reputation des gewaltintensivsten Landes der Welt (UNODC, 2019). Im öffentlichen Diskurs wurden stets jedoch Jugendbanden als ausschließliche Gewaltakteure identifiziert und Gewaltformen abseits dessen nicht anerkannt. So wurden einerseits Formen politischer Gewalt wie soziale Säuberungen oder die Gewalt der nach wie vor existierenden Todesschwadronen verschwiegen. Dies bewirkte gleichzeitig eine diskursive Aufladung der Bandengewalt. Jugendbanden fanden sich als politische Verhandlungspartner gegenüber dem Staat und erlangten auch damit politische Anerkennung (Warnecke-Berger, 2021a).

Bukele verstand es wie kein anderer, sich dieser Dynamik anzunehmen. Ihm gelang es dabei durch repressive Sicherheitstechniken die Gewaltrate zu senken, auch wenn die Glaubhaftigkeit dieser beeindruckenden Zahlen hinterfragt werden muss. Wohl aber gelang es Bukele, den Fokus gezielt auf die *maras* als Feindbild, als möglichen Verhandlungsgegner und schließlich als alleinige Gewaltakteure zu verschieben (Hing, 2025).

Nach ersten direkten Verhandlungen zwischen der Regierung Bukele und den Jugendbanden während der Corona-Pandemie hielt dieser vermeintliche Zustand jedoch nicht lange. Wie Investigativjournalisten nachträglich ermitteln konnten, brach die Regierung Bukeles die Gespräche mit den Jugendbanden im März 2022 einseitig ab. Dies führte zunächst zu einer

enormen Gewaltwelle mit über 60 Morden in nur 48 Stunden. Bukele reagierte mit dem Ausrufen des Ausnahmezustandes auf diese Eskalation und rief zum Aussetzen der Bürgerrechte und mit seiner aggressiven Rhetorik zu der Ausmerzung möglicher Gang-Mitglieder auf (Martínez, 2022). Die Regierung inszenierte Massenverhaftungen, ließ spektakuläre Bilder von Hochsicherheits-Gefängnissen und Sondereinheiten zirkulieren, und nahm mutwillig in Kauf, dass Regierungstruppen gemeinsam mit Polizeikräften erhebliche Gewalt und auch zahlreiche Tötungen verursachen, wie internationale Nichtregierungsorganisationen kritisieren (Amnesty International, 2023).

Währenddessen bleiben die Ursachen der Gewalt, die auch in den Widersprüchen des gegenwärtigen Entwicklungsmodells zu suchen wären, unangetastet. Es handelt sich damit nicht um die Lösung und Transformation eines langanhaltenden Sicherheits- und Gewaltproblems, sondern um seine politische Umdeutung. Klar ist: Es gibt einerseits einen durchaus realen Rückgang der manifesten Bandengewalt. Andererseits aber gibt es eben auch einen Anstieg repressiver Gewalt gegen Banden und angebliche Bandenmitglieder und in diesem Zusammenhang auch zunehmend gegen Oppositionelle und Kritiker:innen. Wie in den Regierungen zuvor zeigt Bukele zugleich keinerlei Bemühungen, die strukturellen Gewaltursachen anzugehen.

Bukele nutzt sowohl ein repressives Sicherheitsgefühl, das viele unterstützen. Eben diese Strategie benutzt aber auch Angst als Ressource, um Legitimität zu generieren. Er schreibt damit eine politische Ökonomie der Angst, die seit langem fest verwurzelt in der salvadorianischen Gesellschaft ist, weiter (Warnecke-Berger, 2019). Die Politik der harten Hand fungiert damit einerseits als zumindest kurzfristig effektive Sicherheitspolitik gepaart mit drastischen Menschenrechtsverletzungen, andererseits aber auch als symbolisches Instrument autoritärer Herrschaft. Der Ausnahmezustand, der seit 2022 gilt, erlaubt willkürliche Inhaftierungen, Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten und eine weitgehende Militarisierung des öffentlichen Raums. Dies wird nicht nur toleriert, sondern aktiv begrüßt und unterstützt, auch weil die Bevölkerung nach Jahrzehnten der Unsicherheit und fehlgeleiteter Sicherheitspolitik einen Preis für geringere Gewalttaten und das subjektive Sicherheitsgefühl nun zu zahlen bereit ist.

Dabei bleibt das Gros der Gewalt, verwurzelt in sozialen Problemen, weitgehend entpolitisiert. Sie wird nicht mehr im Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit, Marginalisierung oder versandeter Demokratisierung gesehen, sondern als moralisches Defizit der „Anderen“ und der „Feinde“.

seien es *mareros*, Kriminelle, oder einfach nur Unangepasste. Bukeles Diskurs ersetzt eine strukturelle Analyse durch moralische Polarisierung. Er vereinnahmt die Gewalt diskursiv, ohne ihre Ursachen anzugehen. Damit erreicht er jedoch ein Klima aufrechtzuerhalten, in dem Repression nicht nur akzeptiert, sondern gewünscht wird.

In dieser Umdeutung von Gewalt liegt eine wirkmächtige Legitimationsquelle des neuen Autoritarismus: Sicherheit wird nicht mehr als Aushandlung und Resultat von Gerechtigkeit, Teilhabe oder Rechtsstaatlichkeit verstanden, sondern als Produkt staatlicher Machtprojektion. Wer hart durchgreift, erscheint als erfolgreich. Wer differenziert argumentiert, gilt als Komplize des Chaos. Unter der Bedingung, dass die Bevölkerung auch das Gefühl hat und die Erfahrung macht, dass Gewalt zurückgedrängt wird, wird auf diese Weise ein repressives und autoritäres Gewaltregime normalisiert.

Damit ist auch die De- und Entpolitisierung der Gewalt eng mit den strukturellen Transformationen verknüpft. Die *remittances*-Ökonomie hat staatliche Steuerungsfähigkeit ausgehöhlt, indem sie soziale Reproduktion auf Familien und transnationale Netzwerke verlagerte, während der Staat zunehmend auf Repression als einzig verbliebene Ressource der Herrschaft zurückgriff. Gleichzeitig hat der Elitenwandel den politischen Willen, Gewaltursachen strukturell anzugehen, weiter geschwächt: Die modernisierte Oligarchie profitiert vom konsumgetriebenen Modell, ohne gesellschaftliche Integration oder Rechtssicherheit herstellen zu müssen. In dieser Konstellation konnte Bukele Gewalt umdeuten und Repression als pragmatische Lösung inszenieren. Das autoritäre Gewaltregime ist damit nicht bloß ein politischer Stil, sondern Resultat einer Gesellschaft, in der ökonomische Externalisierung und elitärer Rückzug den Staat seiner integrativen Funktionen beraubt haben.

7. Schlussbemerkungen

Der Aufstieg Bukeles lässt sich nur erklären, wenn die globale Verflechtung El Salvadors als *remittances*-Gesellschaft und die tiefgreifenden innergesellschaftlichen Transformationen zusammengedacht werden. Die wirtschaftliche Reorganisation hin zu durch *remittances* finanziertem Konsum und die Entkopplung der Eliteninteressen von nationalstaatlicher Politik bilden den strukturellen Nährboden, auf dem die folgenden drei Hebel wirken können, durch die Bukele seine Macht entfalten kann. Ein erster Hebel ist

das Scheitern des *nation-building*-Projekts nach Ende des Bürgerkrieges; zweitens der Generationenbruch der politischen Kultur und schließlich drittens die diskursive Entpolitisierung der Alltagsgewalt. Diese drei Hebel sind Faktoren, die Bukeles autoritäre Stabilisierung erst möglich gemacht haben. In ihrer Kombination wirken sie als kumulative Verursachung einer neuen politischen Ökonomie, in der Legitimität nicht mehr durch Partizipation, sondern durch angebliche digitale Effizienz, repressive Sicherheit und postideologische Modernisierungsversprechen vermittelt wird.

Diese Konstellation ist kein rein salvadorianisches Phänomen. Das „Modell Bukele“ ist in Lateinamerika derzeit in Mode gekommen und wird in weiten Teilen der lateinamerikanischen Rechten als Vorbild diskutiert (siehe Wolff in diesem Buch). Darüber hinaus verweist es aber auch auf grundlegende Verschiebungen in der Weltwirtschaft, in der Migration und *remittances* eine wachsende Bedeutung erlangen. Dadurch erlangen transnationale Reproduktionsmodelle und neue Formen von Herrschaft im globalen Süden Geltung. Die Frage nach demokratischen Alternativen bleibt offen: Zwar existieren gesellschaftliche Gegenkräfte, etwa in der Zivilgesellschaft oder in Teilen der Diaspora, doch bleiben sie strukturell marginalisiert und erlangen kaum systemische Bedeutung.

Bukeles Aufstieg markiert damit ein Symptom einer sich herausbildenden post-liberalen politischen Ökonomie, in der autoritäre Konsensproduktion, mediale Selbstinszenierung und ökonomische Externalisierung eine neue politische Stabilitätsform erzeugen, die zwar erfolgreich erscheint, strukturell aber zutiefst fragil ist und dabei über repressive Maßnahmen politisch abgestützt wird.

8. Literatur

- Alvarado, J., Labrador, G., & Arauz, S. (2020). El clan Bukele que gobierna con Nayib. *El Faro*, June 7, 2020. https://elfaro.net/es/202006/el_salvador/24512/el-clan-bukele-que-gobierna-con-nayib.htm.
- Álvarez, A. M. (2010). From revolutionary war to democratic revolution: The Farabundo Martí National Liberation Front (FMLN) in El Salvador. Berghof-Stiftung für Konfliktforschung.
- Amnesty International. (2023). Behind the evil of popularity: Repression and regression of human rights in El Salvador. Amnesty International.
- Amuedo-Dorantes, C., & Pozo, S. (2006). The time pattern of remittances: Evidence from Mexican migrants. *Well-Being and Social Policy*, 2(2), 49–66.

- Banco Central de Reserva de El Salvador. (2022). Estimaciones y proyecciones de población de ambos sexos, por año calendario y edad simple (Revisión 2021). <https://onec.bcr.gob.sv/poblacion-y-estadisticas-demograficas/>.
- Boos, T. (2024). Bitcoin, techno-utopianism and populism: Unveiling Bukele's crypto-populism in El Salvador's adoption of Bitcoin. *Economy and Society*, 53(4), 579–602. <https://doi.org/10.1080/03085147.2024.2407227>.
- Bruhn, S., & Oliveira, G. (2022). Multidirectional carework across borders: Latina immigrant women negotiating motherhood and daughterhood. *Journal of Marriage and Family*, 84(3), 691–712. <https://doi.org/10.1111/jomf.12814>.
- Colburn, F. D. (2009). The turnover in El Salvador. *Journal of Democracy*, 20(3), 143–152. <https://doi.org/10.1353/jod.0.0106>.
- Colindres, E. (1977). *Fundamentos económicos de la burguesía salvadoreña*. UCA Editores.
- Dunkerley, J. (1988). *Power in the isthmus: A political history of modern Central America*. Verso.
- Freedom House. (2025). Freedom in the world 2025: El Salvador. <https://freedomhouse.org/country/el-salvador/freedom-world/2025>.
- Gutiérrez, J. (2024). Real estate oligarchs: Elites and the urbanization of the land question in El Salvador. *Journal of Peasant Studies*, 51(2), 489–511. <https://doi.org/10.1080/03066150.2023.2252758>.
- Guzmán, J. A. (2022). Bukele está obligado a reconocer, respetar y cumplir los Acuerdos de Paz. *El Faro*, January 20, 2022. <https://www.elfaro.net/es/202201/columnas/25957/Bukele-est%C3%A1-obligado-a-reconocer-respetar-y-cumplir-los-Acuerdos-de-Paz.htm>.
- Hing, B. O. (2025). Bukele's ultra iron fist: Peace, but at what cost. *Peace Review*, 1–8. <https://doi.org/10.1080/10402659.2024.2447442>.
- Huhn, S., & Warnecke-Berger, H. (Hg.). (2017). *Politics and history of violence and crime in Central America*. Palgrave Macmillan.
- Hume, M. (2007). Mano dura: El Salvador responds to gangs. *Development in Practice*, 17(6), 739–751. <https://doi.org/10.1080/09614520701628121>.
- Instituto Universitario de Opinión Pública. (2025). Encuesta de evaluación del sexto año de gobierno de Nayib Bukele. Boletín de prensa XXXIX(2). <https://uca.edu.sv/iudop/publicacion/evaluacion-de-gobierno-6-anio-nayib-bukele/>.
- Kurylo, B. (2024). Corrupción en El Salvador: El doble juego de Bukele. *Nueva Sociedad*, 310, 4–15.
- Landolt, P. (2001). Salvadoran economic transnationalism: Embedded strategies for household maintenance, immigrant incorporation, and entrepreneurial expansion. *Global Networks*, 1(3), 217–242. <https://doi.org/10.1111/1471-0374.00014>.
- Luján, D., & Puig Lombardi, G. (2025). The personalistic challenge: The rise of Bukele and the collapse of an ideologically structured party system in El Salvador. *International Political Science Review*. Advance online publication. <https://doi.org/10.1177/01925121251321566>.

- Martínez, C. (2022, May 17). Collapsed government talks with MS-13 sparked record homicides in El Salvador, audios reveal. *El Faro*. https://elfaro.net/en/202205/el_salvador/0000026177-collapsed-government-talks-with-ms-13-sparked-record-homicides-in-el-salvador-audios-reveal.
- Meléndez-Sánchez, M. (2021). Latin America erupts: Millennial authoritarianism in El Salvador. *Journal of Democracy*, 32(3), 19–32. <https://doi.org/10.1353/jod.2021.0031>.
- Meléndez-Sánchez, M. (2024). How the world's most popular dictator wins. *Journal of Democracy*, 35(2). <https://www.journalofdemocracy.org/elections/how-the-worlds-most-popular-dictator-wins>.
- Meléndez-Sánchez, M., & Vergara, A. (2024). The Bukele model: Will it spread? *Journal of Democracy*, 35(3), 84–98. <https://doi.org/10.1353/jod.2024.a930429>.
- Migration Policy Institute. (2024). Top diaspora groups in the United States, 2023. Unpublished manuscript. Last modified February 2, 2025. <https://www.migrationpolicy.org/programs/data-hub/charts/top-diaspora-groups-united-states-2023>.
- Montgomery, T. S. (1995). *Revolution in El Salvador: From civil strife to civil peace*. Westview Press.
- Paige, J. M. (1997). *Coffee and power: Revolution and the rise of democracy in Central America*. Harvard University Press.
- Perelló, L., & Navia, P. (2022). The disruption of an institutionalised and polarised party system: Discontent with democracy and the rise of Nayib Bukele in El Salvador. *Politics*, 42(3), 267–288. <https://doi.org/10.1177/02633957221077181>.
- Ruiz-Alba, N., & Mancinas-Chávez, R. (2020). The communications strategy via Twitter of Nayib Bukele: The millennial president of El Salvador. *Communication & Society*, 33(2), 259–275. <https://doi.org/10.15581/003.33.2.259-275>.
- Segovia, A. (2018). *Economía y poder: Reconstrucción de las élites económicas salvadoreñas*. F&G Editores.
- Silber, I. C. (2022). *After stories: Transnational intimacies of postwar El Salvador*. Stanford University Press.
- Stelmach, M. (2021). Public security policy in El Salvador during the presidency of Nayib Bukele (2017–2019). *Anuario Latinoamericano: Ciencias Políticas y Relaciones Internacionales*, 12, 65–85. <https://doi.org/10.17951/al.2021>.
- United Nations Office on Drugs and Crime. (2019). Global study on homicide: Gender-related killing of women and girls.
- V-Dem Institute. (2025). Democracy report 2025: 25 years of autocratization – Democracy trumped? University of Gothenburg.
- Viterna, J. (2013). *Women in war: The micro-processes of mobilization in El Salvador*. Oxford University Press.
- Warnecke-Berger, H. (2018). Salvadoran transnational transgressions: Remittances, rents, and the struggle over economic space. In G. Pisarz-Ramírez & H. Warnecke-Berger (Hg.), *Processes of spatialization in the Americas: Configurations and narratives* (pp. 219–242). Peter Lang.
- Warnecke-Berger, H. (2019). *Politics and violence in Central America and the Caribbean*. Palgrave Macmillan.

- Warnecke-Berger, H. (2020a). Remittances, the rescaling of social conflicts, and the stasis of elite rule in El Salvador. *Latin American Perspectives*, 47(3), 202–220. <https://doi.org/10.1177/0094582X19898502>.
- Warnecke-Berger, H. (2020b). Todesschwadrone, soziale Säuberungen, Polizeigewalt: Gewalt in Zentralamerika und die Rechtswende in Lateinamerika. In P. Eser & J.-H. Witthaus (Hg.), *Rechtswende in Lateinamerika: Politische Pendelbewegungen, sozio-ökonomische Umbrüche und kulturelle Imaginarien in Geschichte und Gegenwart* (pp. 223–243). Mandelbaum.
- Warnecke-Berger, H. (2021a). Das Geschäft mit der Angst: Zur politischen Ökonomie der Jugendgangs in Zentralamerika. *Soziopolis*. <https://www.soziopoliis.de/das-gesch-aegt-mit-der-angst.html>.
- Warnecke-Berger, H. (2021b). Dynamics of global asymmetries: How migrant remittances (re-)shape North-South relations. *Third World Quarterly*, 42(11), 2767–2784. <https://doi.org/10.1080/01436597.2021.1954501>.
- Warnecke-Berger, H. (2022). The financialization of remittances and the individualization of development: A new power geometry of global development. *Environment and Planning A: Economy and Space*, 54(4), 702–721. <https://doi.org/10.1177/0308518X211038013>.
- Wolf, S. (2017). *Mano dura: The politics of gang control in El Salvador*. University of Texas Press.
- Wolf, S. (2024). El Salvador under Nayib Bukele: The turn to electoral authoritarianism. *Revista de Ciencia Política (Santiago)*, 44(2), 295–321. <https://doi.org/10.4067/s0718-090x2024005000122>.
- World Bank. (2025). World development indicators database. Washington, D.C.: World Bank. <https://databank.worldbank.org/source/world-development-indicators>.
- Zinecker, H. (2004). *El Salvador nach dem Bürgerkrieg: Ambivalenzen eines schwierigen Friedens*. Campus.
- Zinecker, H. (2014). *Gewalt im Frieden: Formen und Ursachen der Gewaltkriminalität in Zentralamerika*. Nomos.

Das Goldene Zeitalter der Autokratie. Vernetzung der Rechten zwischen Europa, den USA und Lateinamerika

Andrea Dip, Ulli Jentsch und Ute Löhning

1. Einleitung

„The Golden Age of America“, das „Goldene Zeitalter Amerikas“¹, so versprach Donald Trump am 20. Januar 2025, bei seiner Amtseinführung zu seiner zweiten Amtszeit und als 47. Präsident der USA, beginne genau jetzt. Er malte dieses Bild weiter aus als „eine Flutwelle des Wandels, die sich über das Land ausbreitet und Sonnenlicht, das sich über die ganze Welt verbreitet“. Dieses Versprechen steht für eine positiv formulierte Vision, es spricht Menschen mit Bildern von Größe, Stärke und Wohlstand an. Es ist national und religiös geprägt. Bezugnehmend auf den Anschlag auf ihn im Juli 2024 in Pennsylvania fuhr Trump fort, Gott habe ihn vor denen gerettet, die ihm nach der Freiheit und dem Leben trachteten, damit er Amerika – gemeint sind die USA - wieder großartig machen solle² (BBC, 2025).

Trump als der angeblich von Gott beschützte und real mit der Unterstützung von evangelikalen Gruppen und Tech-Milliardären ausgestattete Retter der Nation steht für einen neuen Typ extrem rechter Führung und Regierungsmacht, der sich mit rasantem Tempo und enormer Durchschlagskraft etabliert. Vor ihm hatte der rechts-libertäre argentinische Präsident Javier Milei mit ähnlicher Macht einen Regierungsstil und Staatsumbau „disruptiver“ Art an den Tag gelegt (Cariboni, 2024). Doch vor allem Trumps zweite Präsidentschaft wirkt – trotz der nationalen Prägung des „Make America Great Again“ – wie ein Katalysator für die Globale Rechte.

1 In diesem Beitrag werden für spanisch- und englischsprachige Originalquellen eigene Übersetzungen verwendet.

2 Trumps Rede im englischen Original: „The Golden Age of America begins right now, a tide of change is sweeping the country, sunlight is pouring over the entire world, and America has the chance to seize this opportunity like never before. Those who wish to stop our cause, have tried to take my freedom and indeed to take my life. I was saved by God to make America great again“ (Trump, 2025).

Wir verwenden diesen Begriff als einen Sammelbegriff für heterogene, extrem rechte Strömungen, die sich transnational vernetzen, strategisch und ideologisch abstimmen, aber in Netzwerken und nationalen Organisationen über unterschiedliche strategische und ideologische Schwerpunkte verfügen.

Seit knapp einem Jahrzehnt sind vor allem zwischen Europa, Nord- und Südamerika zunehmend engere Vernetzung, Austausch, Kooperation und Weiterbildung von jungen Nachwuchseliten bei Konferenzen wie der Conservative Political Action Conference (CPAC), dem Political Network for Values (PNfV), dem Foro Madrid und anderen zu beobachten (Löhning, 2025a). Auf den letzten dieser Konferenzen wurde überaus deutlich, dass die extreme Rechte bereit steht, den Schwung der Erfolge von Milei und Trump, den „Trump-Tornado“, der durch die Welt fege und eine „echte Zivilisationswende“ bedeute – wie der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán (Ungarische Regierungswebsite, 2025) es nannte – für sich zu nutzen. Dazu gehört auch, dass im Fall von Polen die US-Heimatschutzministerin mit einer gezielten Rede bei der ersten CPAC in Polen direkt vor der dortigen Präsidentschaftswahl innenpolitisch intervenierte (Ptak, 2025; Bright & Dembicki, 2025). Diesen disruptiven Typus der nach der Macht greifenden extremen Rechten, wo sich auch die AfD gerne verorten möchte (Jentsch, 2025a; Jentsch, 2025b), wollen wir uns in diesem Text genauer ansehen.

Dazu betrachten wir zunächst die tiefgreifenden Umbrüche in den USA seit der erneuten Wahl Donald Trumps zum Präsidenten sowie in Argentinien seit der Amtseinführung von Javier Milei ein Jahr zuvor. Wir gehen auf das Project 2025 der Heritage Foundation ein, das beiden Regierungschefs als Orientierung dient, und machen einen Streifzug durch einige Erklärungsansätze dazu, warum Milei an die Macht kommen konnte und warum er noch immer über eine ihn unterstützende Basis verfügt. Anschließend charakterisieren wir die erstarkende rechts-libertäre Strömung in Europa, deren Konferenzen, Festivals, relevante Akteure und die Rolle der AfD. Abschließend beleuchten wir einerseits die Machtoptionen der extremen Rechten auf EU-Ebene, andererseits aber auch Differenzen im extrem rechten Lager.

2. Das Project 2025 der Heritage Foundation in den USA

Der Umbau des Staates in den USA folgt in weiten Teilen einem 900-seitigen Regierungsplan für die ersten 180 Tage der Trump-Administration, den der rechts-libertäre ultrakonservative US-Thinktank The Heritage Foundation und andere Organisationen³ 2023 im Rahmen des „Project 2025. Presidential Transition Project“ (The Heritage Foundation, 2023) erarbeitet haben. In dem Dokument mit dem Titel „Mandate for Leadership. The Conservative Promise“ (The Heritage Foundation, 2023) werden vier „Versprechen“ formuliert, die als ideologische Leitlinien zu verstehen sind. Erstens, „die Familie als Kernstück amerikanischen Lebens wieder herstellen und unsere Kinder schützen“, zweitens „den bürokratischen Staat abbauen und dem amerikanischen Volk die Selbstverwaltung zurückgeben“, drittens „die Souveränität, die Grenzen und den Reichtum unserer Nation gegen globale Bedrohungen verteidigen“, viertens „unser Gott gegebenes individuelles Recht verteidigen, die ‚Segnungen der Freiheit‘ zu genießen“.⁴

In diesen Versprechen finden verschiedene ideologische Orientierungen der Globalen Rechten Platz, die sich in drei Strömungen einteilen lassen, die allerdings nicht scharf voneinander abgegrenzt sind. In der ersten Strömung wird eine konservative, an patriarchal geprägten Geschlechter- und Familienbildern ausgerichtete Ideologie betont, derzufolge sexuelle und reproduktive Rechte zurückgedrängt werden sollen. Dabei geht es nicht nur um eine Ideologie, sondern auch um den Kampf um Macht und Autonomie sowie die Frage, wer die reale Kontrolle über Körper ausübt (Dip, 2025). Bedeutend ist die religiöse Prägung (Datta, 2025). Akteure, die sich dieser Strömung zuordnen lassen, sind etwa das Political Network for Values (PNfV), die rechte Partei VOX in Spanien und ihre Stiftung Disenso, die mit der Allianz Foro Madrid als eine Art Scharnier zwischen rechten Akteuren in Europa, den USA und Lateinamerika fungieren (Ramos, 2024). Weitere Beispiele sind evangelikale Organisationen in Brasilien (Dip, 2018; Kalil & Kalil, 2025), den USA und in Afrika (Titeca

3 Zum Advisory Board des Project 2025 gehörten mehr als 50 Organisationen, in Europa dürften vor allem die Alliance Defending Freedom (ADF), das American Center for Law and Justice (ACLJ) und The Leadership Institute bekannt sein.

4 Promise #1: „Restore the family as the centerpiece of American life and protect our children“. Promise #2: „Dismantle the administrative state and return self-governance to the American people“. Promise #3: „Defend our nation’s sovereignty, borders, and bounty against global threats“. Promise #4: „Secure our God-given individual right to live freely-what our Constitution calls ‚the Blessings of Liberty‘“.

nach Schlindwein, 2025, S. 24). Die zweite Strömung betont stärker eine nationalistisch, rassistisch, teils auch völkisch motivierte Ideologie. Sie setzt besonders auf die Abschottung nationaler Grenzen und eine Anti-Immigrationspolitik. Akteure dieser Strömung sind stark vertreten in Teilen der AfD, bei der Identitären Bewegung und treffen sich zu „Remigrations-Gipfeln“ wie im Mai 2025 in Großbritannien und im Juli 2025 in Italien. Die dritte Strömung ist durch die rechts-libertären Meritokrat:innen repräsentiert. Sie wollen den Staat (und mit ihm Grenzen und Zölle) abschaffen oder propagieren mindestens die als Minarchismus bezeichnete Variante der Schrumpfung des Staates auf Minimalfunktionen wie Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Justiz und Außenpolitik. Ihr Ziel ist die Schwächung von Gewerkschaften und kollektiven, sozialen Strukturen und Organisationen sowie das Zurückdrängen sozialer Errungenschaften zugunsten des Marktes. Sinnbild dieser Strömung ist die Kettensäge. Wichtige Vertreter sind Musk und Milei. Eine Reihe von rechts-libertären Instituten und Thinktanks verbreiten deren Ideen nun auch in Europa schnell. In der Trump-Administration finden sich Aspekte aller dieser Strömungen wieder. Das verdeutlicht, dass sie sich keinesfalls ausschließen, sondern lediglich für verschiedene Schwerpunktsetzungen stehen.

Als konkrete Handlungsanweisungen sind im Mandate for Leadership Maßnahmen formuliert, die die schnelle Besetzung aller Schaltstellen der Macht ermöglichen, staatliche Regulierungs- und Kontrollmechanismen aushebeln sowie die öffentliche Verwaltung und soziale Daseinsfürsorge abbauen sollen. Die Menschenrechtsorganisation Global Project Against Hate and Extremism (GPAHE) bezeichnet das Dokument der Heritage Foundation als „extrem rechtes Handbuch für Autoritarismus“ und sieht in ihm eine Gefahr für die Demokratie (GPAHE, 2025). Als wichtige Elemente beschreibt GPAHE die Politisierung unabhängiger Institutionen wie der Justiz und der Sicherheitsbehörden seitens der Regierung. Dies gefährde die Wahrung von Rechtsstaat und Menschenrechten, verschiebe die Macht zugunsten der Exekutive, schwäche die gegenseitigen Kontrollmechanismen der Verfassungsorgane zur Aufrechterhaltung der staatlichen Gewaltenteilung (checks and balances). Besondere Bedeutung misst GPAHE auch der Unterdrückung von Pressefreiheit, Kritik und Dissens sowie der Verbreitung von Desinformation zu. Dies schüre Gewalt gegen politische Gegner, führe zur Verfälschung von Wahlen sowie zu Bedrohungen, Marginalisierungen und Einschränkungen von Rechten vulnerabler gesellschaftlicher Gruppen wie Immigrant:innen oder LGBTQ+ Personen (GPAHE, 2025).

Die konkrete Umsetzung dieser Vorgaben drückt sich in brutalen Razzien der US-Einwanderungs- und Zollbehörde ICE, massenhaften Abschiebungen von Migrant:innen und illegalen Deportationen von Gefangenen aus. Dazu gehören der durch Dekrete erschwerte Zugang zu Abtreibungskliniken und -medikamenten, die Unterstützung politischer Kampagnen von Abtreibungsgegner:innen sowie die verstärkte Benennung von Richter:innen, die Schwangerschaftsabbrüche ablehnen. In diesem Kontext stehen auch Trumps Anordnung, nur noch zwei Geschlechter („männlich“ oder „weiblich“) anzuerkennen mit weitreichenden Beschneidungen der Rechte von Transpersonen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (Mulvihill, 2025). Weitere Maßnahmen umfassen den Stopp staatlicher Diversitätsprogramme, die Sanktionierung von Universitäten, die an Inklusionsgrundsätzen festhalten oder weiterhin zu Themenfeldern wie Migration und Klimawandel forschen sowie der Entzug der Teilfinanzierung öffentlicher Medien und der Ausschluss von Medien von Regierungspressekongressen, die Trumps Sprachregelungen (wie seinen imperialen Wunsch nach Umbenennung des „Golf von Mexiko“ zum „Golf von Amerika“) nicht mitmachen. Besonders folgeschwer ist der rasante Abbau staatlicher Institutionen und Einrichtungen der allgemeinen Daseinsvorsorge durch die Abteilung für Regierungseffizienz (DOGE – Department of Government Efficiency), der mit der Entlassung 10.000er Menschen aus dem Staatsdienst einhergeht. Die Auswirkungen des Stopps der Entwicklungsbehörde USAID und das plötzliche Ende der Finanzierung von Gesundheits-, HIV- und Entwicklungsprogrammen im globalen Süden mit zahllosen Toten sind schon jetzt dramatisch (de los Santos et al., 2025; Ueberbach, 2025). Unabsehbare Folgen werden die von Trump per Dekret verkündeten Austritte aus dem Pariser Klimaabkommen, der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), sowie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) haben.

3. Autoritarismus in Lateinamerika. Argentinien als Vorreiter

In Argentinien wurden Maßnahmen aus dem „Project 2025“ mit gravierenden Auswirkungen bereits 2024 umgesetzt (Cariboni, 2024). Das von einer starken Menschenrechts- und feministischen Bewegung geprägte, aber auch von jahrelangen Zyklen der Hyperinflation gebeutelte Land wird seit Dezember 2023 von dem rechts-libertären Präsidenten Javier Milei regiert. Der Ökonom steht in der Tradition der Österreichischen Schule, der zupol-

ge der Staat möglichst geschrumpft werden und der Markt alles regeln soll. Milei wurde von diversen rechts-libertären Thinktanks ausgezeichnet, u.a. von der nach dem Vordenker des Neoliberalismus und des Libertarismus, Friedrich August Hayek, benannten Hayek-Gesellschaft (CELS & EdiPo, 2024; Boddenberg & Löhning, 2024). Er bezeichnet sich selbst als „Anarcho-Kapitalist“ und als „Maulwurf, der den Staat von innen zerstören will“. Bereits im Februar 2024 hatte ihm der stellvertretende Vorsitzende der Heritage Foundation, Derrick Morgan, ein Exemplar des Mandate for Leadership überreicht. Die beiden kamen bei der Conservative Political Action Conference (CPAC) in Washington DC zusammen, die sich zunehmend zur internationalen, auch nach Lateinamerika und Europa orientierenden Vernetzungsplattform der extremen Rechten wandelt (Löhning, 2025b; Löhning, 2025c). Zu den Partnern der Heritage Foundation gehört die argentinische Fundación Libertad y Progreso (Stiftung Freiheit und Fortschritt), eine langjährige Partnerorganisation der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Der Vorsitzende des akademischen Rates der Fundación Libertad y Progreso ist der Ökonom Alberto Benegas Lynch Jr., wichtiger Förderer des Rechts-Libertarismus in Argentinien und intellektueller Ziehvater Javier Mileis.

Mileis Person und Werdegang stehen exemplarisch für den rasanten Aufstieg der extremen Rechten in Argentinien und der Region. Einem breiteren Publikum wurde er über seine Auftritte als Ökonom in Fernseh-Talkshows bekannt. Erst 2020 ging er in die Politik, errang 2021 für das extrem rechte Parteienbündnis La Libertad Avanza (Die Freiheit schreitet voran/LLA) einen Sitz in der Abgeordnetenversammlung, präsentiert sich jedoch – wie Trump – bis heute als „Anti-Establishment“ Figur und wettet pauschal gegen die „politische Kaste“, deren Privilegien er mit der Kettensäge stutzen wolle. Er lebt von einer massiven, aggressiven Präsenz auf mehreren Plattformen der sozialen Medien. Bei öffentlichkeitswirksamen und professionell arrangierten Auftritten in großen Arenen inszeniert er sich als wild tanzender Rockstar, der die Popkultur der einfachen Leute teilt, oder als löwenhaft kämpfender Rebell. Mal klingt Milei wie ein messianischer Heilsbringer, mal wie ein Verkünder der Apokalypse, jedenfalls beruft auch er sich auf die – in diesem Fall jüdische – Religion und auf göttliche Kräfte, zitiert regelmäßig aus dem Alten Testament und endet seine Reden meist mit seinem Leitspruch der „Fuerzas del Cielo“, der „Kräfte des Himmels“ aus dem Buch der Makkabäer (página12, 2023): „Der Sieg in einer Schlacht hängt nicht von der Anzahl der Soldaten ab, sondern von den Kräften,

die der Himmel sendet“⁵ heißt es da. „Las Fuerzas del Cielo“ ist auch der Name einer mit faschistoider Ästhetik auftrumpfenden Organisation, die sich Ende 2024 als „bewaffneter Arm“ der Partei La Libertad Avanza und als „prätorianische Garde“ Javier Mileis gegründet hat. Ihr gehören mehrere Regierungsmitglieder an, die Milei bis zum Tod verteidigen wollen (Batagelj, 2024). Bei der Gründungszeremonie prangten als Leitmotive „Eigentum“, „Freiheit“, „Leben“, „Gott“, „Vaterland“, „Familie“ in goldener Schrift auf roten Fahnen - und „Argentinien wird der Leuchtturm sein, der die Welt erleuchtet“⁶.

4. „Leuchtturm, der der Welt Licht bringt“

Dieser Anspruch zeigt sich auch im Namen, den sich die Stiftung von Mileis Partei La Libertad Avanza gegeben hat: Fundación Faro, also „Stiftung Leuchtturm“. Deren Vorsitzender, der Buchautor Agustín Laje, verbreitet seit Jahren rechts-libertäre antifeministische Ideologie. Der stellvertretende Vorsitzende Axel Kaiser Barents von Hohenhagen, chilenischer Jurist und Philosoph mit deutschen Vorfahren, leitet den rechts-libertären chilenischen Thinktank Fundación para el Progreso (Stiftung für den Fortschritt) und organisiert Buchpräsentationen und Veranstaltungen mit Javier Milei. Sein Bruder Johannes Kaiser gründete 2024 in Chile die National-Libertäre Partei (PNL) und überholt damit José Antonio Kast, den extrem rechten Gründer und Vorsitzenden der Republikanischen Partei Chiles (Partido Republicano), von weit rechtsaußen. Kast und Kaiser treten Ende 2025 zu den Wahlen um die chilenische Präsidentschaft an.

Laje kündigte im November 2024 in der kolumbianischen Wochenzeitung *Semana* an, die „wahre Rechte“ komme nun zum Vorschein, und mit ihr das Aufkommen eines neuen ideologischen Paradigmas in Lateinamerika. „Was in Argentinien und El Salvador passiert, zeigt uns, dass die Linke nicht durch das Zentrum, sondern von der Rechten besiegt wird“, postete er auch auf der Plattform X⁷. Eine Kampfansage angesichts der brutalen Zuspitzung der Verhältnisse in El Salvador unter dem Präsidenten Nayib

5 Von Milei verwendetes Zitat: „La victoria en la batalla no depende de la cantidad de los soldados, sino de las fuerzas que vienen del cielo“ (1. Buch der Makkabäer 3,19).

6 Originalfahnenaufschrift: „Argentina será el faro que ilumina el mundo“.

7 „Lo que pasó en Argentina, lo que pasó en El Salvador te muestra que a la izquierda se la combate por derecha, no se la puede combatir por el centro“, <https://x.com/fundfaro/status/1855013972388257862>.

Bukele, der das Land im fortdauernden Ausnahmezustand regiert, Justiz, Medien und Grundrechte systematisch demontiert und das berechnete Bedürfnis der Bevölkerung nach Sicherheit vor Bandenkriminalität ausnützt, Tausende – auch aus den USA deportierte Gefangene – ohne Anklage unter entwürdigenden Bedingungen in Hochsicherheitsgefängnissen festhalten lässt und Haft und Repression zunehmend gegen Journalist:innen (Carías, 2025) und Menschenrechtsverteidiger:innen (Barrera, 2025) wendet.

Nahuel Sotelo, der argentinische Staatssekretär für Glaubensfragen und Zivilisation, bezeichnet Argentinien auch auf internationaler Ebene als „Leuchtturm für die Welt“, der mit den USA, Italien, Ungarn, Israel, El Salvador, Ecuador zusammenarbeite und – so Gott wolle, bald auch wieder mit Chile (El Debate, 2024: 0:58:00), wo sich drei extrem rechte Kandidat:innen gute Chancen für die Präsidentschaftswahl im November 2025 ausrechnen. Sotelo wettete auch gegen NGOs wie die Open Society Foundation von George Soros oder Amnesty International, die sich direkt in innere Angelegenheiten einzelner Staaten einmischen würden (El Debate, 2024: 0:55:40). Seit Mileis Amtsantritt stellt die argentinische Regierung internationale Abkommen und supranationale Organisationen wie die UNO infrage und stimmte 2024 bei Gipfeln der G20 und der UNO als einziges Land gegen Erklärungen zur Geschlechtergleichstellung und gegen Gewalt an Frauen.

Beim Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos im Januar 2025 diffamierte Milei LGBTIQ-Personen, indem er sie in Zusammenhang mit sexualisierter Gewalt gegen Kinder brachte, was eine Welle von großen Protesten (Mitidieri, 2025a) in Argentinien und im Ausland auslöste. In Davos hetzte er auch gegen den „Wokismus“, den er als Kampfbegriff und als Synonym für menschenrechtsorientierte, soziale und progressive Politik verwendet. Dieser sei „die große Epidemie unserer Zeit, die geheilt“ werden müsse, der „Krebs, der ausgerottet werden muss“ (La Nación, 2025: 4’30“). In Argentinien proklamierte Milei einen „Kulturkampf“, vor allem gegen Gender- und Diversitätsthemen, sagt die Vorsitzende von Amnesty International Argentinien, die Juristin Mariela Belski. Er wolle die Fortschritte der letzten 15 bis 20 Jahre zurückdrehen, die auch Strahlkraft für die Region hatten. Dabei greife die Regierung auch die Presse an, „vor allem geht sie gegen die Journalistinnen vor, die über Gender- und Diversitätsthemen berichten“, so Belski (Löhning, 2025d, S. 20f).

Die argentinische Regierung kürzte die Staatsausgaben für Infrastruktur, Soziales, Kultur und Bildung nach ihrem Amtsantritt drastisch und schaffte elf Ministerien ab, darunter das für Frauen, Gender und Diversität. Die

staatliche argentinische Nachrichtenagentur Telam wurde geschlossen (vgl. Martín in diesem Buch). Das Nationale Institut gegen Diskriminierung, Xenophobie und Rassismus Inadi (Instituto contra la Discriminación, la Xenofobia y el Racismo) wurde aufgelöst. Geschlechtersensible Sprache wurde in der öffentlichen Verwaltung verboten, Begriffe wie LGBTIQ, aber auch „Klimawandel“ aus offiziellen Dokumenten entfernt. Selbst in der für die Nationalparks zuständigen Behörde darf der Begriff „Klimawandel“ nicht mehr benutzt werden, wie eine Mitarbeiterin der Behörde berichtet, die selbst nicht mit ihrem Namen genannt werden möchte. „Die Regierung geht nicht nur verbal, sondern mit Mittelkürzungen gegen alle Programme gegen geschlechtsspezifische Gewalt an Frauen, zur Vermeidung von Schwangerschaften Minderjähriger, Programme zur Gesundheitsversorgung und zur umfassenden Sexualerziehung vor“, erklärt Belski. Im Detail beschrieben das Vertreterinnen von Amnesty International, vom Centro de Estudios Legales y Sociales (CELS) und von anderen argentinischen Organisationen im Rahmen einer Anhörung bei der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH, 2024) am 14. November 2024. „Der Staat überlässt Tausende Frauen, deren Leben in Gefahr ist, ihrem Schicksal“, erklärten die Feministinnen und sprachen von einer Demontage „öffentlicher Politiken“ zur Prävention von geschlechtsspezifischer Gewalt und zur Stärkung von Betroffenen.

„Diese Regierung will einen Systemwechsel“, sagt Paula Litvachky, die Vorsitzende der renommierten argentinischen Menschenrechtsorganisation CELS, die Ende der 1970er Jahre, während der Diktatur, entstanden ist. Milei wolle „eine tiefgreifende Reform der Wirtschaft, des Staates und der Gesellschaft“. Wirtschaftliche und politische Änderungen der Regierung gehörten untrennbar zusammen, betont Litvachky, jedweder Ausdruck von solidarischer Politik, die nach Gleichheit und Gerechtigkeit strebe, sei für Milei gleichbedeutend mit Sozialismus und daher zu bekämpfen. „Um die Pläne der Regierung umzusetzen, braucht es einen hohen Grad an staatlicher Gewalt“, so Litvachky, Mileis Diskurs rechtfertige diese sowie Intoleranz und Hetze gegen kritische Berichterstattung (Boddenberg & Löhning, 2024). Die Repression gegen Demonstrationen nimmt zu.

Sollte es zu massiven Protesten kommen, kann die Regierung bei internen Auseinandersetzungen das Militär einsetzen. Das beschloss die Regierung im Dezember 2024 per Dekret. Im Juni 2024 hatte das Parlament Milei trotz massiver Proteste der Zivilgesellschaft für ein Jahr Vollmachten eingeräumt, um Dekrete ohne parlamentarische Zustimmung zu erlassen. Im Juni 2025 beschloss die Regierung Mileis per Dekret eine Reform

der Bundespolizei Policía Federal. Besonders kritisch sieht die Menschenrechtsorganisation Comisión Provincial por la Memoria (CPM) die Durchsuchung sozialer Medien, digitale Überwachung, Festnahmen und Hausdurchsuchungen ohne richterliche Anordnung sowie eine Verlängerung der Untersuchungshaft (Arndt, 2025).

5. Disruption, Systemwechsel, Regimechange

Mileis Politik brachte den Durchbruch für einen disruptiven Umbau des Staates. Mit dem häufig im Kontext von Technologieentwicklung benutzten Begriff ist ein grundlegender Wandel gemeint, bei dem Bestehendes aufgelöst oder zerstört, nach einem harten Cut Neues geschaffen wird.

Der Leiter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF), Karl-Heinz Paqué, und der Leiter des Stiftungsbüros in Buenos Aires, Hans-Dieter Holtzmann, beschreiben die Situation als ambivalent und benutzen das Bild eines „Januskopfes“. Holtzmann begrüßt „das disruptive Element in der Wirtschaftspolitik, die Entfesselung der Marktkräfte“, den Abbau der Bürokratie und auch die radikalen Kürzungsmaßnahmen des argentinischen Ministers für Deregulierung und Transformation des Staates, Federico Sturzenegger - an diesem orientierte sich Elon Musk mit seinem Sozial- und Verwaltungs-Kahlschlag bei der US-Abteilung für Regierungseffizienz (DOGE). Mileis Politikstil, „das Aggressive, das Beleidigende“ lehnt Holtzmann jedoch ab und er sieht auch die Einschränkungen politischer Errungenschaften wie sexueller und reproduktiver Rechte durch die argentinische Regierung kritisch (Löhning, 2024).

Das Statistikinstitut der argentinischen Regierung (INDEC, 2025; Argentinische Botschaft, 2025) und Rechts-Libertäre wie der deutsche Ökonom und Milei-Vertraute Philipp Bagus (AfD-Fraktion Landtag Bayern, 2025), der an der Universität Rey Juan Carlos in Madrid lehrt, weisen positive Wirtschaftsdaten und sogar sinkende Armutsquoten in Argentinien aus. Das Observatorium für soziale Verschuldung (ODSA) der Katholischen Universität Buenos Aires stellt die Methodik dieser Erhebungen jedoch in Frage (Kidd, 2025) und warnt vor einem Anstieg der „mehrdimensionalen Armut“ als einem Zusammenwirken von Ernährungsunsicherheit, fehlendem Zugang zu Medikamenten und Gesundheitsversorgung, sowie privater Verschuldung (Kidd, 2025). Die Beobachtungsstelle der kleinen und mittleren Industriebetriebe Argentiniens berichtet über Produktions-

stopps, Betriebsschließungen und die weiterhin prekäre Situation kleiner und mittlerer Betriebe (IPA, 2025, S. 4).

Vanina Escales und Gabriela Mitidieri vom CELS betonen, dass sich Kulturkampf und ökonomische Politik bei Milei nicht trennen ließen. Sie kritisieren, dass die FNF bis 2014 äußerst produktive Allianzen mit lokalen rechten Thinktanks wie *Federalismo y Libertad* (FyL) aufgebaut und 2016 drei Persönlichkeiten, die später zu Schlüsselfiguren der heutigen Regierungspartei *La Libertad Avanza* avancierten, gefördert habe: die derzeitige Vizepräsidentin Victoria Villarruel, die Sicherheitsministerin Patricia Bullrich und den Kongressabgeordneten José Luis Espert. Demnach habe die Stiftung auch einen Wirtschaftsworkshop des damals noch unbekannten Javier Milei über „Friedman, Keynes und die Österreichische Schule“ gefördert. Im Februar 2023 hätten FNF und FyL die Präsentation eines Buches der späteren Vizepräsidentin Villarruel organisiert. Zwar unterstütze die Stiftung Milei inzwischen nicht mehr ausdrücklich. In den vergangenen zehn Jahren habe sie durch ihre Förderung aber maßgeblich dazu beigetragen, dass Milei vom Außenseiter zum Politiker wurde (Escales & Mitidieri, 2025, S. 28).

Sehr strategisch im Sinne der Förderung ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung agiert die Regierung Milei bei der Zuteilung von Kindergeld für Bedürftige (*Asignación Universal por Hijo*, AUH). Dies ist die einzige Sozialleistung, die nicht gekürzt, sondern deutlich erhöht wurde, erklärt der argentinische Sozialwissenschaftler Facundo Martín (Löhning, 2025e). Diese Zahlungen werden direkt an die Familien ausgezahlt – im Gegensatz zu staatlichen Geldern für Suppenküchen oder Kinderbetreuung, die früher an soziale Organisationen gezahlt wurden. Die Tatsache, dass alle sozialen Leistungen außer dem individualisierten Kindergeld inzwischen stark gekürzt wurden, schwächt die sozialen Organisationen enorm und trägt zur Bindung sozial schwacher Sektoren an die Regierung Milei bei.

6. Freiheit und Gleichheit müssen Hand in Hand gehen

Bis heute hat Milei weiterhin eine ihn unterstützende Basis. Das wurde bei den Zwischenwahlen zum Parlament der Stadt Buenos Aires im Mai 2025 deutlich, wo die Partei Mileis, *La Libertad Avanza*, elf neue Parlamentssitze erhielt und sich konsolidieren konnte (Mitidieri, 2025b).

Der italienische Historiker Steven Forti, der an der *Universidad Autónoma de Barcelona* lehrt, sieht eine Ursache für die langfristige Schwächung

progressiver demokratischer Politiken in dem Auseinanderfallen von sozialen und politisch-kulturellen Forderungen. „Rechtsgerichtete politische Kulturen vom Faschismus bis zum Neoliberalismus stehen alle für einen ‚Anti-Egalitarismus‘, es geht darum, die Idee von Gleichheit vom Konzept der Freiheit abzutrennen“, so Forti. Damit eine Gesellschaft wirklich demokratisch sei, müssten „Freiheit und Gleichheit aber Hand in Hand gehen“, also eng miteinander verbunden sein (D’Onofrio, 2025).

Der argentinische Soziologe Pablo Semán (Universität San Martín, Buenos Aires) hat über lange Zeiträume hinweg Reiheninterviews mit Jugendlichen geführt und ausgewertet. Darunter waren auch libertäre Jugendliche, die Milei nahestehen. Seiner Beobachtung zufolge speist sich die Zustimmung zu Milei aus einer Kritik an dem Bestehenden oder Vergangenen, vor allem an der Hyper-Inflation, die über Jahre anhielt, und der Hoffnung auf eine Zukunft, die – wenngleich sie mit Opfern verbunden ist – der Vergangenheit vorzuziehen ist. Mileis noch immer hohe Zustimmungswerte erklärt er auch damit, dass harte Einschnitte und Sozialkürzungen dem entsprächen, was Milei vor der Wahl angekündigt habe, sagt Semán im Januar 2025 bei einer Veranstaltung im Ibero-Amerikanischen Institut in Berlin (Semán, 2025). Er sieht eine Wechselwirkung zwischen ökonomischen und politisch-kulturellen Positionen in der politischen Debatte und beobachtet, dass Milei seit seiner Amtsübernahme dem „Kulturkampf“ zunehmend mehr Bedeutung einräume, um das Ausbleiben wirtschaftlicher Erfolge zu kompensieren. Die internationale Rechtsentwicklung der Politik bezeichnet Semán als „asymmetrische Polarisierung“. Dabei gehe es nicht mehr um eine Pendelbewegung, bei der mal ein paar Jahre eine etwas rechtere und mal eine etwas linkere Partei im Amt sei, sondern um ein zunehmendes Erstarken der Rechten im Laufe der Zeit. Beispielsweise habe Lula, der bei den Präsidentschaftswahlen 2022 in Brasilien gegen Jaír Bolsonaro gewinnen konnte, in der aktuellen Legislatur große Schwierigkeiten, seine Politik umzusetzen.

Das hat auch mit dem enormen Zulauf von Jugendlichen bei den Evangelikalen zu tun. Laut der letzten Volkszählung des IBGE⁸ (einer nationalen Erhebung, die regelmäßig von der brasilianischen Regierung durchgeführt wird) bekennen sich inzwischen 31,6 Prozent der Brasilianer:innen im Alter von zehn bis 14 Jahren und 28,9 Prozent der 15- bis 19-Jährigen dazu, Evangelikale zu sein. Diese Zahlen liegen über dem nationalen Durchschnitt

8 Das *Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística* ist das öffentliche Institut der brasilianischen Bundesverwaltung.

von 26,9 Prozent der Bevölkerung. Christina Vital, Soziologin, Professorin und Forscherin an der Bundesuniversität Fluminense in Río de Janeiro und dem Institut für Religionswissenschaft (ISER), sieht dieses Phänomen als Symptom einer „Rhetorik des Verlustes“ (Vital, 2025). Angesichts des Verlustes von Stabilität, Sicherheit und Zukunft durch verschiedene Krisen (Klima, Demokratie, Arbeit usw.), aber auch angesichts fortschrittlicher gesellschaftlicher Transformationen im Bereich der Sexualität und des Geschlechts, fühlen sich einige junge Menschen zu rigideren Ideologien hingezogen, die vorgeben, einfache Antworten zu haben, die die Hoffnung auf die Wiederherstellung eines sicheren Rahmens erzeugen. Außerdem sind Evangelikale mit Gottesdiensten und auch mit praktischen Unterstützungsangeboten in Gegenden aktiv, wo der Staat nicht (mehr) hinkommt. Mit der Figur von Javier Milei, der den Christen sehr nahe steht, und der Instrumentalisierung der Anti-Gender-, Anti-Abtreibungs- und Anti-LGBT-Ideen, die den konservativen Christen so sehr am Herzen liegen, durch die extreme Rechte, wird das Bündnis zwischen Katholiken, Evangelikalen und der extremen Rechten immer enger.

7. Rechts-Libertäre Attraktion auch in Europa

Szenenwechsel nach Europa. Wir sind auf der LibertyCon-Konferenz in Prag (Tschechien), einer Veranstaltung, zu der im April 2025 rund 700 Personen, überwiegend Student:innen zusammenkamen, um über ökonomische Freiheit, Libertarismus und Anarchokapitalismus zu debattieren. Ein Vortrag über die Wunder, die Milei in der argentinischen Wirtschaft angeblich vollbringt, musste wegen Überfüllung zweimal verlegt werden. Ein weiteres zentrales Thema war die Verwendung von Bitcoin und anderen Kryptowährungen und insbesondere die Frage, wie man mit diesen Steuern hinterziehen oder auch auf anderem Wege den Staat umgehen und außerhalb jeglicher sozialer Verantwortung agieren kann. Die Keynote kam von David D. Friedman, Ökonom und Autor des 1973 veröffentlichten Buches „The Machinery of Freedom: Guide to a Radical Capitalism“. Zu den Redner:innen gehörte auch ein Mitarbeiter des Ayn-Rand-Instituts, benannt nach der in rechts-libertären Kreisen verehrten Roman-Autorin, die den Individualismus als dem Kollektivismus überlegen beschreibt. Zu den Sponsoren der LibertyCon gehörten die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, das Center for Neoliberalism, die Tholos Foundation, die

World Vapers Alliance, die Atlas Society, das Mercatus Center der George Mason University und viele andere (Dip, 2025a).

Einer der besorgniserregendsten Aspekte dieser Sponsoren ist ihre langfristige Strategie: sie investieren massiv in die Bildung und politische Ausbildung junger Menschen als rechte Nachwuchselite. Sie bieten Stipendien, Fördermittel für Aktivismus und ideologische Mentorenprogramme an. Diese Bemühungen haben sie gemeinsam mit vielen anderen Akteuren auf internationalem Gebiet wie CPAC, Foro Madrid oder PNfV.

Ein ähnliches Bild bot im Juli das „Afuera-Fest“⁹ mit Milei-T-Shirts und Kettensägen-Ästhetik, zu dem die 2022 gegründete Kleinstpartei Die Libertären in das bayerische Regensburg eingeladen hatte. Rund 500 Personen kamen zu dem „libertären Woodstock“, wie es die argentinische Presse nannte, zu dem aus Argentinien Lilia Lemoine (Kongress-Abgeordnete der LLA) und Iván Dubois (Mercosur-Abgeordneter und Präsident der International Alliance of Libertarian Parties) angereist waren. „Die Abgeordnete Lilia Lemoine gab von der Bühne aus den europäischen Ländern Ratschläge zur Beendigung der ‚sozialistischen Politik‘“ und obwohl die Veranstaltung auf lokaler Ebene kein großes Echo fand, könne sie als „Punktgewinn des [argentinischen] Präsidenten gewertet werden in seiner Besessenheit, zu einer globalen Figur zu werden“ (Leclercq, 2025). Aus Deutschland war reichlich Polit-Prominenz aus der AfD und ihrem Umfeld, dem örtlichen Hayek-Club und der Atlas-Initiative vertreten. Zusammen mit rechts-libertären Streamern und Influencer:innen nutzten sie das Event zur Selbstinszenierung (anita f., 2025).

Nicht nur auf eher kultur-politischen Events wie diesem werden die ökonomischen Positionen Mileis vom Publikum bewundert oder bei Panel-diskussionen ernsthaft erörtert. Sein deutscher Freund und Berater Philipp Bagus, dessen Buch über Milei (Bagus, 2024) bereits sechs Auflagen erlebte, wurde sowohl nach Regensburg als auch von der Alternative für Deutschland (AfD) in den bayerischen Landtag eingeladen. Sein dortiger Mit-Referent, Thorsten Polleit vom Mises Institut, wartete mit einem Vorschlag für eine deutsche Version von DOGE auf (AfD-Fraktion Landtag Bayern, 2025).

9 Das spanische „afuera“ bedeutet „raus“ oder auch „weg damit“. Milei inszenierte die Abschaffung der Hälfte der argentinischen Ministerien nach seiner Amtseinführung 2023 medienwirksam mit einem Video, in dem zu sehen ist, wie er Zettel mit der Aufschrift der jeweiligen Ministerien von einer Pinnwand reißt und wegwirft.

Zwar sind bisher nur indirekte Kontakte zwischen Milei und der AfD bekannt, beispielsweise wenn Beatrix und Sven von Storch ihr Zusammenreffen mit Milei beim „Hispanic Ball“ am Rande der Amtseinführung Trumps bejubeln (Storch, 2025). Doch der aktuelle außenpolitische Kurs unter Alice Weidel hat seit Beginn des Jahres 2025 mit dem Interview, das sie Elon Musk auf dessen Plattform X gab, und seit Musks Unterstützung für die Kampagne der AfD zur Bundestagswahl (Musk, 2025) auch dazu geführt, dass der rechts-libertäre Flügel der Partei deutlich sichtbarer geworden ist.

Trump, Milei und Musk mit ihren radikalen und aggressiven Regierungsmaßnahmen sind momentan der Treibstoff für die Phantasien der extremen Rechten in Europa: die Macht ist zum Greifen nah. Im Europäischen Parlament basteln die Rechtsaußen-Fraktionen seit den letzten Wahlen 2024 beständig an Möglichkeiten, dem bisher dominierenden zentristisch-linken Block die politische Mehrheit aus den Händen zu schlagen. Ein Vehikel: der Angriff auf die Lobby-Tätigkeit von grünen Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) in Brüssel und auf den „European Green Deal“. Seit Monaten wird unter Verweis auf angebliche finanzielle Unregelmäßigkeiten das Zerrbild einer korrupten, durch die EU-Eliten gefütterten Zivilgesellschaft gezeichnet. Die Lösung, die sowohl die Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) als auch die Patrioten für Europa (PfE) im europäischen Parlament befürworten: die Einführung eines Euro-DOGE nach US-Vorbild solle alle politischen Skandale auf EU-Ebene durchleuchten und dadurch sowohl ungerechtfertigte Finanzierungen durch die EU als auch jegliche Korruption beenden (T. Orbán, 2025). Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass die französische Spitzenkandidatin des extrem rechten Rassemblement National (RN), Marine Le Pen, im März 2025 wegen Veruntreuung von Fraktionsgeldern verurteilt wurde und der nächste Finanzskandal schon im Juli 2025 über die ehemalige EU-Fraktion „Identität & Demokratie“ hereinbricht (Geisler et al., 2025).

Auch Viktor Orbán sieht sich erneut dem möglichen Entzug finanzieller Zuwendungen durch die EU gegenüber und vor der realen Möglichkeit, bei den Wahlen im April 2026 die politische Macht nach 16 Jahren an der Regierung zu verlieren. Aber Orbán gibt sich siegesgewiss und beschwor auf der CPAC in Ungarn im Mai 2025 die Möglichkeit, dass nach der Rückkehr Trumps und der Rettung des amerikanischen Traumes auch der europäische Traum wieder möglich werde:

„In der europäischen Politik geht es heute und noch einige Jahre lang darum, welcher Plan sich durchsetzt. Diese Schlacht muss jeder zuerst zu Hause gewinnen und dann gemeinsam in Brüssel. Die Europawahlen im letzten Jahr waren ein glänzender Erfolg. [...] Wir müssen zusammenhalten. Langsam, Schritt für Schritt, sicher. Bis die Zeit für die entscheidende Schlacht gekommen sein wird, müssen wir geeint sein. Aber jetzt, meine lieben Freunde, muss erst einmal jeder zu Hause gewinnen. Die Polen, lieber Mateusz, am Sonntag, die Tschechen, lieber Andrej, im Herbst, wir im nächsten Frühjahr und dann auch die Franzosen, und dann haben wir es geschafft. Dann kann die Rückeroberung Brüssels durch die Patrioten beginnen. Dazu brauchen wir Amerika. Wir brauchen die erfolgreiche Regierung von Präsident Trump. Wir brauchen die Zerschlagung der liberalen Verschwörung in Amerika und Brüssel, des transatlantischen Deep State. Wir müssen den Geldhahn der amerikanischen Liberalen zudrehen. Das heißt, die europäischen und amerikanischen Patrioten brauchen einander. Die Mission ist klar. Die Aufgabe ist nicht kompliziert. Wir müssen nach Hause gehen und jeder muss seine Wahl gewinnen. Wir müssen nur siegen. Der Rest erledigt sich von selbst. Nach Amerika werden auch wir Europäer unsere Träume zurückerobern und Brüssel einnehmen.“ (Ungarische Regierungswebsite, 2025)

8. *Das Trennende*

Die extreme Rechte zeichnet sich nicht nur durch transnationalen Konsens aus, sondern auch durch Brüche, Differenzen und Konkurrenzen. So passen Trumps nationalistische Zollpolitik und libertäre Wirtschaftspolitik grundsätzlich nicht zusammen. In diesem Feld ist auch jenes Kapitel der politischen Seifenoper zwischen Donald Trump und Elon Musk einzuordnen: Im Juli 2025 forderte der Milliardär aus der Automobil- und Raumfahrtbranche mit der Gründung der America Party das Zweiparteiensystem in den Vereinigten Staaten heraus. Musk behauptete, dass Trumps „Big Beautiful“-Steuergesetz die Vereinigten Staaten in den Bankrott treiben und dass er, Musk, das Land schützen würde. Anschließend erklärte er, dass seine Partei auch die Verwendung von Kryptowährungen wie Bitcoin unterstützen werde. Musks Initiative für eine neue Partei ist keine Bedrohung für Trump – abgesehen davon, dass Trump seinen wichtigsten Wahlkampfsponsor verliert – und wird wahrscheinlich nicht von Erfolg für Musk ge-

krönt sein, da das Zweiparteiensystem in der jüngeren Geschichte der USA nie durchbrochen wurde. Aber die Initiative von Musk weist auf Risse und interne Veränderungen in der neuen globalen Rechten hin und verdeutlicht die Volatilität der Verbindungen und Partnerschaften nach Innen. Der Gründer Musk wurde innerhalb kürzester Zeit vom „Goldjungen“ Trumps – der maßgeblich für die Wahl des derzeitigen Präsidenten verantwortlich war, indem er nicht nur viel Geld in dessen Wahlkampf investierte, sondern auch seine Plattformen und sozialen Netzwerke für aktive Wahlwerbung nutzte und dafür in den ersten Monaten seiner Amtszeit eine Abteilung und viel Macht erhielt – zum Feind und Konkurrenten. Zum anderen steht sie auch für das seit Mileis Amtsantritt zu verzeichnende gestiegene Interesse und für den Aufstieg des Libertarismus im Bereich der neuen extremen Rechten. Dieser wird meist von Persönlichkeiten aus dem Umfeld der institutionellen Politik, insbesondere von Geschäftsleuten oder Unternehmern, vorangetrieben und versucht, sich als dritte Option, also als „weder links noch rechts“, und als Anti-Establishment zu präsentieren.

9. Fazit

Libertäre Sympathisant:innen – darunter viele junge Menschen – werden von Versprechungen von Autonomie, Leistungsgesellschaft und einer Rückkehr zur weißen Männlichkeit angetrieben. Diese neue Phase der globalen extremen Rechten hat Trump und Milei als ihre größten Ikonen. Beide werden von nationalistischen Kreisen als „Retter“ angesehen und wenden autoritäre Methoden an, um Gegner zum Schweigen zu bringen, Vorschriften anzugreifen und zu versuchen, das Land aus den Händen des von ihnen so genannten „woke“ oder „linken“ Establishments „zurückzugewinnen“. Momentan haben diese Akteure mit ihrem disruptiven Politikstil leichtes Spiel, treffen auf wenig Gegenwehr, können sogar vergleichsweise hohe Zustimmungswerte verzeichnen. So gelingt der Trump-Administration in den USA innenpolitisch fast ein Durchmarsch. Auch die rasant zunehmende internationale Vernetzung extrem rechter Regierungen und Organisationen entwickelt eine immense Dynamik. Dabei treten diese bereits aus internationalen Abkommen und sogar Institutionen wie der UNO und ihre Einrichtungen aus. Seit Trumps Amtsantritt hat die Erosion internationaler Institutionen nochmal einen deutlichen Schub bekommen. Argentinien segelt nun im Windschatten der USA und vollzieht deren Entscheidungen wie den Austritt aus der Weltgesundheitsorganisation einfach nach.

Aber an den inner-rechten Verwerfungen wie zwischen Trump und Musk wird deutlich, dass Verbündete im Handumdrehen zu Feinden werden können. Zumindest das Bild der Einigkeit der Rechten ist brüchig. Allerdings wird das progressiven Kräften maximal etwas Zeit zum Luftholen geben, um sich gegen die Welle der Autokratie zu stemmen.

10. Literatur

- AfD-Fraktion Landtag Bayern (2025). Was kann die deutsche Wirtschaftspolitik von den Erfolgen von Milei und Musk lernen? <https://www.youtube.com/watch?v=DWE7FLAUyC4>, letzter Aufruf 17.07.2025.
- anita f., antifaschistische Gruppe in Regensburg (2025). Rückschau zum Afuera-Fest 2025: Wo Rechtslibertäre die Demokratie beerdigt haben wollen. <https://anitaf.net/2025/07/25/rueckschau-zum-afuerafest-2025-wo-rechtslibertaere-die-demokratie-beerdigt-haben-wollen/>, letzter Aufruf 27.07.2025.
- Arndt, M. (2025). Argentinien: Reform der Bundespolizei sorgt für Kritik. *Amerika21*, <https://amerika21.de/2025/07/275918/argentinien-reform-bundespolizei>, letzter Aufruf 20.07.2025.
- Argentinische Botschaft (2025). *Argentinien auf dem Weg zur wirtschaftlichen Transformation, Factsheet ausgegeben bei einer Veranstaltung „Argentinien im wirtschaftlichen Umbruch. Wie gelingt Milei die Balance zwischen politischer Stabilität und wirtschaftlichem Wandel?“* der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, 9.7.2025
- Bagus, P. (2024). *Die Ära Milei. Argentiniens neuer Weg*. Langen Müller Verlag.
- Barrera, E. (2025). ¿Quién es Ruth López, la abogada anticorrupción que el Gobierno de Bukele capturó? *Gato Encerrado*. <https://gatoencerrado.news/2025/05/19/qui-en-es-ruth-lopez-la-abogada-que-el-gobierno-de-bukele-capturo/>, letzter Aufruf 20.07.2025. Deutsche Übersetzung <https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/wer-ist-ruth-lopez-die-von-bukele-verhaftete-antikorrupsionsanwaeltin/>, letzter Aufruf 20.07.2025.
- Batagelj, J. (2024). La banda del Gordo Dan quiere ser "el brazo armado" de Javier Milei. *Página12* <https://www.pagina12.com.ar/783407-nenazos-que-no-saben-a-lo-que-juegan-la-banda-del-gordo-dan->, letzter Aufruf 20.07.2025.
- British Broadcasting Corporation (BBC) (2025). Trump's 'golden age' speech in 82 seconds. <https://www.bbc.com/news/videos/cn015gq57keo>, letzter Aufruf 18.07.2025.
- Boddenberg, S. & Löhning, U. (2024). Javier Milei und seine rechten deutschen Freunde. Argentinien's Präsident wird vom rechten Rand der FDP und der AfD hofiert und von Bundeskanzler Olaf Scholz empfangen. *Nd*. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1183166.argentinien-javier-milei-und-seine-rechten-deutschen-freunde.html>, letzter Aufruf 20.07.2025.

- Bright, S. & Dembicki, G. (2025). 'Here to return the favour': MAGA descends on Poland ahead of crucial vote. After a series of setbacks in Europe, Trump's allies attended CPAC Poland in the hope of influencing the presidential election. *DeSmog*. <https://www.desmog.com/2025/05/29/maga-donald-trump-cpac-poland/>, letzter Aufruf 21.07.2025.
- Carías, A. (2025). Der permanente Ausnahmezustand. *Nachrichtenpool Lateinamerika*. <https://www.npla.de/thema/politik-gesellschaft/der-permanente-ausnahmezustand/>, letzter Aufruf 20.07.2025.
- Cariboni, D. (2024). Trump's Project 2025 is already underway in Argentina, and it's terrifying <https://www.opendemocracy.net/en/trump-project-2025-argentina-milei-far-right/>, letzter Aufruf 20.07.2025. Deutsche Übersetzung <https://www.npla.de/thema/politik-gesellschaft/der-weg-fuer-trumps-project-2025-ist-vorgezeichnet/>, letzter Aufruf 20.7.2025.
- Centro de Estudios Legales y Sociales (CELS) & Equipo de Investigación Política (Edipo) (2024). La conexión alemana. *Revista crisis*. <https://revistacrisis.com.ar/notas/la-conexion-alemana>, letzter Aufruf 21.07.2025.
- Comisión Interamericana de Derechos Humanos (CIDH) (2024). Argentina: Situación de las políticas de prevención, sanción y erradicación de las violencias de género, Sitzung der Interamerikanischem Menschenrechtskommission CIDH am 14.11.2024 <https://www.oas.org/es/cidh/sesiones/?S=191>, <https://www.youtube.com/watch?v=2Gr8jvkuDI>, letzter Aufruf 20.07.2025.
- de los Santos, A., Norris, S., & Khatondi Wepukhulu, S. (2025). From Ukraine to Uganda, Trump's aid freeze endangers millions. Humanitarian workers in Europe, Latin America and Africa tell openDemocracy about the impact of Trump's attack on USAID. *OpenDemocracy*. <https://t5fe155d3.emailsysla.net/c/245/8110148/1962/0/4647282/5/94998/68ea625c22.html>, letzter Aufruf 20.07.2025.
- Datta, N. (2025). *The next wave: how religious extremism is regaining power*. European Parliamentary Forum on Sexual and Reproductive Rights. <https://www.epfweb.org/node/1147>, letzter Aufruf 27.07.2025.
- Dip, A. (2018). Em nome de quem? A bancada evangélica e seu projeto de poder. *Editora: Civilização Brasileira*. <https://record.com.br/produto/em-nome-de-quem/>.
- Dip, A. (2025a). LibertyCon in Prague. *ReGA-Newsletter*, 6. <https://aspberlin.de/projekte/rega-newsletter/newsletter-6>, letzter Aufruf 17.07.2025.
- Dip, A. (2025b): Why gender is at the heart of the far-right agenda – and why we must take it seriously. *ReGA-Newsletter*, 8. <https://aspberlin.de/projekte/rega-newsletter/newsletter-8>, letzter Aufruf 20.07.2025.
- D'Onofrio, A. (2025): Steven Forti: "Libertad e igualdad deben ir de la mano en una sociedad democrática". *La Nación*. <https://www.lanacion.com.ar/ideas/steven-forti-libertad-e-igualdad-deben-ir-de-la-mano-en-una-sociedad-democratica-nid05042025/>, letzter Aufruf 18.07.2025. Deutsche Übersetzung: Steven Forti: Freiheit und Gleichheit müssen Hand in Hand gehen. *Nachrichtenpool Lateinamerika*. <https://www.npla.de/thema/politik-gesellschaft/steven-forti-freiheit-und-gleichheit-muessen-hand-in-hand-gehen/>, letzter Aufruf 18.07.2025.

- El Debate (2024). *VI cumbre transatlántica por la cultura de la vida y la libertad en el senado, en directo*. https://www.eldebate.com/sociedad/20241202/vi-cumbre-transatlantica-cultura-vida-libertad-senado-directo_249645.html, letzter Aufruf 25.07.2025.
- Escalas, V. & Mitidieri, G. (2025). In neuem Gewand. Die extreme Rechte ist global vernetzt. Das zeigt sich auch im Argentinien Javier Mileis. *Südlink 211 – Die autoritäre Gefahr. Wie die Demokratie unter Druck gerät*.
- Geisler, A., Schmidt, C., Steinhagen, M., & Venohr, S. (2025). Wie Rechtsaußen-Politiker die Brüsseler Parlamentskasse plünderten. *Die Zeit*, 03.7.2025. <https://www.zeit.de/politik/2025-07/id-fraktion-europaparlament-finanzskandal-rechtsextremismus-afd/komplettansicht>, letzter Aufruf 24.07.2025.
- Global Project Against Hate and Extremism (GPAHE) (2025). *Project 2025 - the far-right playbook for American authoritarianism*. <https://globalextremism.org/project-2025-the-far-right-playbook-for-american-authoritarianism/>, letzter Aufruf 18.07.2025.
- Instituto Nacional de Estadística y Censos (INDEC) (2025). *Incidencia de la pobreza y la indigencia en 31 aglomerados urbanos. Segundo semestre de 2024*. ISSN 2545-6636. https://www.indec.gov.ar/uploads/informesdeprensa/eph_pobreza_03_252282AE14D2.pdf, letzter Aufruf 20.07.2025.
- Industriales Pymes Argentinos (IPA) (2025). *IPA – Informe de coyuntura económica – junio 2025*. <https://ipa.com.ar/2025/06/25/ipa-informe-de-coyuntura-economica-mayo-2025-2/>, letzter Aufruf 20.07.2025.
- Jentsch, U. (2025a). Project 2025. Rechter masterplan. *Medico blog*. <https://www.medico.de/blog/rechter-masterplan-19909>, letzter Aufruf 20.07.2025.
- Jentsch, U. (2025b). Viktor Orbán: Mentor der globalen rechten. *Antifaschistisches Infoblatt*, 146, Juli 2025.
- Kalil, I., & Kalil, Á. (2025). Ato em São Paulo revela virada estética, afetiva e política do bolsonarismo pós 8 de janeiro. *The Conversation*. https://theconversation.com/ato-em-sao-paulo-revela-virada-este-tica-afetiva-e-poli-tica-do-bolsonarismo-po-s-8-de-janeiro-260157?fbclid=PAZXh0bgNhZW0CMTEAAaf9TIXazNhAtO8u2J0UNjIZO9J9AsY6onnqje-7cI4WiSFf2MKLpBeDNQbs0w_aem_4m4DKFT-OaEQ_soa0wvQlA, letzter Aufruf 21.07.2025. Englische Kurzzusammenfassung von Andrea Dip. *ReGA-Newsletter*, 8. <https://aspberlin.de/projekte/rega-newsletter/newsletter-8>, letzter Aufruf 21.07.2025.
- Kemper, A. (2025). Rechtslibertarismus: Warum nennt Alice Weidel die AfD „libertär und konservativ“? *CeMAS*. <https://cemas.io/blog/rechtslibertarismus-und-afd/>, letzter Aufruf 17.07.2025.
- Kidd, N. (2025). Lo que los datos oficiales no registran del drama social. ¿La pobreza baja en Argentina? *Página12*. www.pagina12.com.ar/814766-la-pobreza-baja-en-argentina, letzter Aufruf 20.07.2025.
- La Nación (2025). El discurso completo de Javier Milei en Davos 2025 (23/01/2025), auf YouTube. <https://www.youtube.com/watch?v=WyGMorQrHew>, letzter Aufruf 25.07.2025.

- Leclercq, G. (2025): La Libertad Avanza for export: festival con Lilia Lemoine en Alemania, local en Madrid y "el fenómeno barrial" que llegó a Uruguay. *Perfil*. <https://www.perfil.com/noticias/politica/la-libertad-avanza-for-export-festival-con-lilia-le-moine-en-alemania-local-en-madrid-y-el-fenomeno-barrial-que-llego-a-uruguay.html>, letzter Aufruf 17.07.2025.
- Löhning, U. (2024). Unveröffentlichtes Audio-Interview mit Hans-Dieter Holtzmann, Leiter des Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Buenos Aires, 19.12.2024.
- Löhning, U. (2025a). Die reaktionäre Internationale. Extreme Rechte vernetzen sich weltweit. <https://www.rosalux.de/news/id/53160/die-reaktionaere-internationale>, letzter Aufruf 20.07.2025.
- Löhning, U. (2025b). CPAC goes global. Vom Jahrestreffen rechter US-Republikaner zum internationalen Treffpunkt der extremen Rechten. *Ila Das Lateinamerika Magazin*. <https://www.ila-web.de/ausgaben/486/cpac-goes-global>, letzter Aufruf 20.07.2025.
- Löhning, U. (2025c). CPAC goes Latino. *ReGA-Newsletter*, 8. <https://aspberlin.de/projekte/rega-newsletter/newsletter-8>, letzter Aufruf 20.07.2025.
- Löhning, U. (2025d). Viel erreicht, nun gefährdet. *Amnesty Journal*, <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/argentinien-antifeminismus-femizide-milei-regierung>, letzter Aufruf 08.09.2025.
- Löhning, U. (2025e). Unveröffentlichtes Audio-Interview mit Facundo Martín, CONICET-Forscher und Professor am Fachbereich Geographie der Philosophischen Fakultät der Nationalen Universität Cuyo in Mendoza, 26.01.2025 und 13.06.2025.
- Mapa de la Policía, CELS, *Revista Crisis & Argra* (2025). Investigative Recherche zum Schuss auf den Fotografen Pablo Grillo am 12.03.2025. *Instagram: mapadelapolicia*. <https://www.instagram.com/reel/DHTIC0nsMzW/?igsh=MXZvYjhwBWX6b2lW>, letzter Aufruf 20.07.2025.
- Mitidieri, G. (2025a). No contaban con un sentido común mucho menos facho de lo que creen. *Página12*. <https://www.pagina12.com.ar/801549-no-contaban-con-un-sentido-comun-mucho-menos-facho-del-que-c>, letzter Aufruf 20.07.2025. Deutsche Übersetzung <https://www.npla.de/thema/feminismus-queer/lgbtiq-proteste-gegen-milei-sie-haben-nicht-mit-uns-gerechnet/>, letzter Aufruf 20.07.2025.
- Mitidieri, G. (2025b). Halbzeitwahlen in Argentinien: neue Abgeordnete in Buenos Aires (CABA) gewählt. *ReGA-Newsletter*, 7. <https://aspberlin.de/projekte/rega-newsletter/newsletter-7>, letzter Aufruf 20.07.2025. Spanisches Original: Elecciones de diputados en la ciudad autónoma de Buenos Aires (CABA). *Nachrichtenpool Lateinamerika*. <https://www.npla.de/thema/feminismus-queer/lgbtiq-proteste-gegen-milei-sie-haben-nicht-mit-uns-gerechnet/>, letzter Aufruf 20.07.2025.
- Mulvihill, G. (2025). 6 ways Trump's executive orders are targeting transgender people, für *Associated Press*. *Pbs*. <https://www.pbs.org/newshour/politics/6-ways-trumps-executive-orders-are-targeting-transgender-people>, letzter Aufruf 20.07.2025.
- Musk, E. (2025). X-Post 9.2.2025: „ELON MUSK: Only AfD can save Germany. You must vote for change. I am strongly recommending that people vote for AfD. AfD is in the favor of freedom of speech. AfD is in the favor of deportation of criminals“. https://x.com/cb_doge/status/1888576093159887132, letzter Aufruf 25.07.2025.

- Ptak, A. (2025). Trump security secretary Noem endorses Polish conservative presidential candidate at CPAC Poland. *Notes from Poland*. <https://notesfrompoland.com/2025/05/27/trump-security-secretary-noem-endorses-polish-conservative-presidential-candidate-at-cpac-poland/>, letzter Aufruf 21.07.2025.
- Ungarische Regierungswebsite (2025). Rede von Viktor Orbán auf der Eröffnungskonferenz der CPAC Hungary 2025. <https://miniszterelnok.hu/en/rede-von-viktor-orban-auf-der-eroeffnungskonferenz-der-cpac-hungary-2025/>, letzter Aufruf 18.07.2025.
- Orbán, T. (2025). EU 'DOGE'? Patriots propose anti-corruption body in EU parliament. *The European Conservative*. <https://europeanconservative.com/articles/news/eu-doge-patriots-propose-anti-corruption-body-in-eu-parliament/>, letzter Aufruf 17.07.2025.
- página12 (2023). Los Macabeos y las "fuerzas del cielo", las referencias bíblicas de Javier Milei en su discurso de asunción. <https://www.pagina12.com.ar/693654-los-macabeos-y-las-fuerzas-del-cielo-las-referencias-biblicas>, letzter Aufruf 17.07.2025.
- Ramos, M. (2024). VOX verbindet die extreme Rechte zwischen Spanien und Lateinamerika. *Nachrichtenpool Lateinamerika*. <https://www.npla.de/thema/politik-gesellschaft/vox-verbindet-die-extreme-rechte-zwischen-spanien-und-lateinamerika/>, letzter Aufruf 21.07.2025.
- Sch lindwein, S. (2025). Interview mit Kristof Titeca über den zunehmenden Einfluss der extremen Rechten aus den USA in Afrika. *Südlink 211 - Die autoritäre Gefahr. Wie die Demokratie unter Druck gerät*.
- Semán, P. (2025). Beitrag zu der Veranstaltung „La radicalización vista desde Argentina“ im Ibero-Amerikanischen Institut in Berlin. https://www.iai.spk-berlin.de/en/veranstaltungen/event/22-01-2025_la-radicalizacion-vista-desde-argentina.html, 22.01.2025.
- The Heritage Foundation (2023). *Mandate for leadership. The conservative promise*. https://static.heritage.org/project2025/2025_MandateForLeadership_FULLL.pdf, letzter Aufruf 18.07.2025.
- Ueberbach, S. (2025). „Trump spielt Gott!“. Südafrikas HIV/AIDS-Programme vor dem Aus? <https://t5fe155d3.emailsysla.net/c/245/8110148/1962/0/4647282/5/95007/2db7a0dcc3.html>, letzter Aufruf 20.07.2025.
- Vital da Cunha, C. (2021). Rhetoric of loss in the 2018 Brazilian presidential elections: Religion, social fears and tradition, in focus. *Journal of Leadership, Accountability and Ethics*, 18(5), 90-103. <https://articlegateway.com/index.php/JLAE/article/view/4767/4543>, letzter Aufruf 25.07.2025.

Internationalismus und zivilgesellschaftliche Kooperation in Zeiten von Autoritarismus und Rechtswende

Kristina Dietz im Gespräch mit Valeska Hesse, Ferdinand Muggenthaler, Christiane Schulte und Ingrid Spiller

1. Einleitung

In vielen Ländern Lateinamerikas ist seit einigen Jahren eine autoritäre Wende mit illiberalen, faschistischen und ultraneoliberalen Tendenzen zu beobachten. Beispiele für autoritäre Entwicklungen finden sich in Brasilien unter Jair Bolsonaro, in Argentinien unter Javier Milei und zuvor unter Mauricio Macri, in Venezuela unter Nicolás Maduro, in El Salvador unter Nayib Bukele, in Ecuador unter Daniel Noboa und in Nicaragua unter Daniel Ortega. Dabei verschwimmen die Grenzen zwischen „rechts“ und „links“ zu einer gefährlichen Melange aus anti-imperialistischen Narrativen einerseits und antidemokratischen, faschistischen und antiliberalen Politiken andererseits. Charakteristisch für diese Entwicklungen sind ein erstarkender Autoritarismus, ein offen zur Schau gestellter Anti-Feminismus, der Aufstieg der Neuen Rechten sowie ein illiberales Verständnis von Demokratie. Diese Dynamiken sind geprägt von der Aushebelung demokratischer Institutionen und Prozesse sowie der Einschränkung grundlegender Menschenrechte, besonders von Gruppen, wie FLINTA¹ und Indigenen. Dabei werden Meinungs- und Organisationsfreiheit beschnitten, Demonstrationen verboten oder repressiv und gewaltsam aufgeholt und politische, soziale sowie kulturelle Rechte systematisch negiert. Ein zunehmend repressiver Staat geht mit wachsender Gewalt gegen Protestakteure, politische Gegner:innen und kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft vor.

Die Folgen dieser Entwicklungen für die entwicklungspolitische, internationale bzw. internationalistische Zusammenarbeit sind vielfältig. Sie verändern nicht nur die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Handeln von Partnerorganisationen in Lateinamerika, sondern beeinflussen auch die politische Arbeit der Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen sowie politischen Stiftungen in Deutschland. Die Frage, wie in

1 Frauen, Lesben, Intergeschlechtliche, Nicht-binäre, Trans- und Agender-Personen.

einer internationalistisch-solidarischen Weise hiermit umgegangen werden kann und muss, stellt sich für beide Seiten gleichermaßen. Wir haben uns mit diesen Herausforderungen während der Hofgeismarer Lateinamerikagespräche im Januar 2025 im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Vertreter:innen der deutschen Zivilgesellschaft beschäftigt. Hierzu haben wir Menschen eingeladen, die seit vielen Jahren im Bereich der internationalen Zusammenarbeit mit Lateinamerika tätig sind: *Valeska Hesse*, zum Zeitpunkt des Gesprächs Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik der Friedrich-Ebert-Stiftung, *Ferdinand Muggenthaler*, ehem. Leiter des Anden-Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Quito, *Christiane Schulte*, Leiterin der Abteilung Lateinamerika und Karibik bei Brot für die Welt, und *Ingrid Spiller*, ehem. Referatsleiterin Lateinamerika der Heinrich-Böll-Stiftung. Die Diskussion zwischen den Referent:innen sowie das Publikumsgespräch hat *Kristina Dietz*, Professor:in für Internationale Beziehungen mit Schwerpunkt Lateinamerika an der Universität Kassel, geführt.

Im Folgenden fassen wir zentrale Aspekte des Gesprächs zusammen. Im ersten Teil ordnen wir aktuelle autoritäre bis hin zu faschisierenden Tendenzen in Lateinamerika historisch ein und fragen nach den Folgen dieser Entwicklungen für die praktische (Zusammen-)Arbeit mit lateinamerikanischen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen. Im zweiten Teil gehen wir der Frage nach, mit welchen Gegenstrategien emanzipatorische zivilgesellschaftliche Akteure im Inland und international auf das Erstarken der autoritären Rechten reagieren. Wir diskutieren, inwiefern sich hierbei neue internationalistische Netzwerke herausbilden, die eine Antwort bzw. Gegenstrategie auf die Transnationalisierung der autoritären, bzw. extremen Rechten sein können.

2. (Historische) Einordnung, Folgen für zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit und Internationalismus

Kristina Dietz: Ingrid, die Einschränkung politischer Räume der Partizipation und politischer Grundrechte, die Aushöhlung demokratischer Institutionen des Staates sowie deren Aneignung durch machtvollen Akteure, lassen sich in einigen Ländern Lateinamerikas schon seit Jahren beobachten. In der politikwissenschaftlichen Debatte wurden lateinamerikanische Demokratien nach den meist paktierten Übergängen von autoritären zu

demokratischen Regimen Endes des 20. Jahrhunderts nicht selten als illiberal oder als Fassadendemokratien mit einer mangelnden Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien beschrieben. Seitdem haben sich die Demokratien in der Region dynamisch entwickelt. Auf erkämpfte, progressive Ausweitungen demokratischer Teilhabe folgten immer wieder reaktionäre Einschränkungen. Wo siehst Du in Bezug auf die aktuellen autoritären bis hin zu rechtsextremen Entwicklungen in der Region Kontinuitäten zu dem, was bereits vor einigen Jahren unter Begriffen wie *shrinking spaces*² oder *poderes fácticos* diskutiert wurde? Und was ist auch neu?

Ingrid Spiller: Der neue Autoritarismus und der Rechtsruck in Lateinamerika sind Entwicklungen, die sich schon seit längerem abzeichnen. Sie sind mehr als die demokratische Abwahl einer Regierung, die in sie gesetzte Hoffnungen nicht erfüllt hat. Sie sind Ausdruck einer tiefen gesellschaftlichen Krise und spiegeln die Unzufriedenheit und das Misstrauen großer Teile der Bevölkerung gegenüber den politischen Eliten bzw. dem politischen System insgesamt wider. Die Demokratie selbst wird in Frage gestellt.

Die Ursachen hierfür sind vielfältig und länderspezifisch wie Armut, soziale Ungleichheit, Gewalt und fehlende öffentliche Sicherheit. Doch die Hoffnung darauf, dass sich durch Wahlen etwas grundlegend ändern würde, wurde in den letzten Jahrzehnten in Lateinamerika unabhängig von der politischen Ausrichtung der jeweiligen Regierungen immer wieder enttäuscht, denn auch den so genannten progressiveren Regierungen [etwa in Bolivien unter Morales, Ecuador unter Correa oder Venezuela unter Chávez] gelang es nur zeitweise, Armut und Ungleichheit zu reduzieren. Eine wesentliche Ursache für dieses wahrgenommene Systemversagen sind die *poderes fácticos*, also die politischen, ökonomischen und kriminellen Interessensgruppen und Netzwerke, die den Staat weitgehend kooptiert haben und die eigentlichen Machttakteure sind. Sie setzen auf illegitime oder illegale Weise ihre Partikularinteressen durch – entweder allein oder über die Verflechtung von öffentlicher Macht und weiteren kriminellen Netzwerken. Die Partikularinteressen werden dabei häufig gegen das Gemeinwohl durchgesetzt. Letztlich handelt es sich hier um die Fortsetzung patrimonialer und klientelistischer Machtausübung unter dem Deckmantel einer liberalen Demokratie.

2 Der Begriff beschreibt die Beeinträchtigung zivilgesellschaftlichen Handelns.

Populistische, rechtslibertäre und rechtsextreme Akteure machen sich die demokratieskeptische Stimmung in der Bevölkerung in vielen Ländern der Region zu Nutze. Sie präsentieren sich als Außenseiter des politischen Systems, als Anti-Establishment. Sie beschwören die alten Traditionen und Werte – ihre Utopie lautet „Zurück in die Zukunft“. Dabei führen sie einen Kulturkampf, indem sie Feindbilder schaffen und die gesellschaftliche Polarisierung und Entsolidarisierung gezielt vorantreiben. So können sie große Teile der Bevölkerung aus allen sozialen Schichten für sich begeistern und Präsidentschaftswahlen gewinnen.

Einige dieser neuen Akteure, die eigentlich nicht wirklich neu sind, sondern meistens bereits in das politische System eingebunden waren, erhalten bereits im Wahlkampf Unterstützung durch die *poderes fácticos*. So haben Evangelikale Gruppen [die so genannten Pfingstkirchen, vgl. den Beitrag von Schäfer in diesem Band] in Brasilien Präsident Bolsonaro maßgeblich zum Wahlsieg verholfen. Aber auch ohne diese Art der direkten Unterstützung setzt sich die Einflussnahme der *poderes fácticos* meistens ungestört fort, zumal die Interessensüberschneidungen im ökonomischen und rechtlichen Bereich groß sind.

Die neuen autoritären Akteure erweitern und legitimieren ihren Handlungsraum, indem sie – unter dem Beifall ihrer Anhänger:innen – offen und radikal für die Relativierung von Menschenrechten, für die Zerstörung demokratischer staatlicher Strukturen und einen schlanken Staat eintreten. Das Foto von Argentinien's Präsident Milei mit der Kettensäge steht ikonisch für diesen neuen Typus von Politiker:innen. Mit dem Kulturkampf u.a. gegen Feminismus, *wokeness*, linke Universitäten und linken Aktivismus lenken sie von den eigentlichen Ursachen der Krise ab und schränken zivilgesellschaftliche Spielräume ein. Damit führen sie die Politik der *shrinking* bzw. *closing spaces* fort, aber mit einem breiteren und zum Teil „smarteren“ Instrumentarium. Neben Kriminalisierung und direkter Repression nutzen sie auch andere Mittel, wie beispielsweise gesellschaftliche Diskreditierung und Ausgrenzung, Verleumdung und das Schüren von Hass. Zivilgesellschaftliches Handeln gerät auch durch den Abbau staatlicher Strukturen und sozialer Unterstützungsmaßnahmen ins Wanken. So haben viele Organisationen ihre Finanzierungsquellen und damit ihre Strukturen verloren. Die wachsende Armut hindert viele ehemals aktive Menschen daran, sich neben ihrem Kampf ums tägliche Überleben noch zu engagieren bzw. zu organisieren.

Ich möchte noch einmal betonen, dass es in Lateinamerika große länderspezifische Unterschiede gibt und sich die jeweiligen Entwicklungen nur

bedingt vergleichen lassen. Gemeinsam ist ihnen aber, dass sie Teil einer globalen Entwicklung, eines globalen Rechtsrucks sind. Die Rechte hat ihre Stärke in den letzten Jahren unter anderem daraus gewonnen, dass sie internationale Allianzen gebildet und voneinander gelernt hat (vgl. den Beitrag von Dip et al. in diesem Band).

Kristina Dietz: Christiane, ihr arbeitet in vielen Ländern mit zivilgesellschaftlichen Basisorganisationen zusammen. Wie hat sich im Kontext wachsender staatlicher Repressionen gegen zivilgesellschaftliche Akteure die Arbeit für eure Partner verändert? In welchen Ländern ist es für eure Partnerorganisationen besonders schwierig, ihre Arbeit fortzusetzen? Kannst Du uns ein Beispiel geben?

Christiane Schulte: Auch wir stellen fest, dass unsere Partnerorganisationen in immer mehr Ländern unter Druck geraten. Inzwischen erleben wir *shrinking spaces* in der Mehrheit der Länder, in denen wir Organisationen in Lateinamerika unterstützen. Seit einigen Jahren stehen insbesondere die Menschen in Zentralamerika unter Druck, allen voran in Nicaragua und El Salvador, inzwischen auch in Peru, Paraguay, Ecuador und Argentinien. Alles Länder mit sehr unterschiedlichen Regierungen. Die gemeinsame Tendenz ist jedoch, dass zunehmend autoritär regiert wird, häufig unter Abbau von Gewaltenteilung und Rechtstaatlichkeit.

Von den *shrinking spaces* sind besonders Organisationen betroffen, die sich um die Einhaltung von (Menschen-)Rechten kümmern. Dazu gehören Frauenrechtsorganisationen und Organisationen, die die Rechte von LGBTIQ und Indigenen verteidigen. Ebenso betroffen sind Organisationen, die sich darauf spezialisiert haben, Menschenrechtsverletzungen vor internationale Rechtsinstanzen, wie den interamerikanischen Gerichtshof, zu bringen und Organisationen, die im Kontext von Großprojekten ihr Recht auf Land verteidigen. Das sind häufig indigene Organisationen. Daran wird deutlich, dass die Themen Geschlechtergerechtigkeit, Diversität, Rechte indigener Völker, Ressourcengerechtigkeit, aber auch die Menschenrechte und das internationale Völkerrecht insgesamt unter Beschuss stehen.

Die Einführung von den sogenannten Anti-NGO-Gesetzen (oder Ausländische-Agenten-Gesetze) stärkt die Kontrolle durch staatliche Instanzen und führt zu erheblichem bürokratischen Mehraufwand, der die Kapazitäten der häufig kleinen Organisationen übersteigt. Bei Nichteinhaltung neuer Vorgaben oder, wie es im peruanischen Gesetzesentwurf heißt, „bei der Störung der öffentlichen Ordnung“, steigt die Gefahr, aufgelöst zu werden. In Nicaragua sind in den letzten Jahren mehr als 5000 Organisationen

verboten worden. Die Regierung hat anschließend das Eigentum der Organisationen konfisziert. Betroffen sind neben den Organisationen auch ihre Mitarbeitenden und in einigen Fällen deren Familien. Unsere Partner berichten von Einschüchterungen, Übergriffen, Spionage und von Kriminalisierung. In einigen Ländern fürchten sie um ihre eigene Sicherheit und die der Gruppen, mit denen sie arbeiten. Das bedeutet, dass die Schwierigkeiten der Organisationen zu existentiellen Problemen der Menschen werden, was erhebliche Auswirkungen auf unsere Zusammenarbeit hat. In sehr gravierenden Fällen muss die ganze Organisation ihre Aktivität beenden und ggf. aus dem Nachbarland ihre Arbeit fortsetzen. Wir haben in den letzten Jahren nicaraguanische Organisationen dabei unterstützt, ihre Organisation in anderen Ländern neu aufzubauen. Das droht angesichts des jüngsten Anti-NGO-Gesetzes auch Organisationen in El Salvador, denen zusätzlich hohe Steuern auf internationale Zuwendungen abverlangt werden. Repression und Kriminalisierung bedeuten für die Mitarbeitenden Angst und Unsicherheit. In manchen Fällen müssen Mitarbeitende von Organisationen akut in Sicherheit gebracht werden oder sogar das Land verlassen. In anderen Fällen wird der Geldtransfer schwieriger sowie die Einhaltung von Standards und Verfahren.

Wir haben festgestellt, dass Organisationen sehr gut voneinander lernen können. Deshalb organisieren wir den Erfahrungsaustausch zwischen Organisationen verschiedener Länder, z.B. einen Austausch zwischen Peru, Paraguay und Guatemala zum Umgang mit den Anti-NGO-Gesetzen.

Kristina Dietz: Valeska, für euch als Friedrich-Ebert-Stiftung ist es ähnlich wie für Brot für die Welt. Eure Partner stehen in vielen Ländern ebenfalls vor massiven demokratiepolitischen Einschränkungen. Welche Erfahrungen macht ihr? Was berichten euch eure Partner etwa aus El Salvador oder Argentinien?

Valeska Hesse: In der Tat ist auch Lateinamerika zunehmend von sogenannten *closing spaces* betroffen. Das ist für uns in der Region, im Vergleich zu anderen Regionen, ein relativ neues Phänomen, zumindest wenn wir auf die ca. letzten 40 Jahre schauen, mit Ausnahme von Kuba. Wie wir reagieren, ist immer kontextabhängig. In Nicaragua haben wir 2021 entschieden, uns zurückzuziehen. Das hatte vor allem Sicherheitsgründe, weil der Machtapparat von Daniel Ortega immer repressiver wurde und wir nicht mehr für die Sicherheit unserer Mitarbeiter:innen vor Ort und vor allem unserer Partnerorganisationen garantieren konnten. Seitdem arbeiten wir mit nicaraguanischen Akteuren, die in Costa Rica im Exil sind. Die

Partner haben zunächst einmal basale Bedarfe, wie rechtliche Unterstützung oder auch einfach eine Unterkunft, was wir als Stiftung leider nicht finanzieren können. Ein Instrument, was wir in autoritären Kontexten, sei es in Nicaragua oder anderswo nutzen, ist die Möglichkeit, über Stipendien zeitweise gefährdete Personen nach Deutschland zu holen. Und wir versuchen gemeinsam mit den Partnern Aufmerksamkeit für die Situation in Nicaragua und die politischen Gefangenen dort zu herzustellen. So ging der jährliche FES-Menschenrechtspreis 2024 an das nicaraguanische Journalistennetzwerk PCIN (*Periodistas y Comunicadores Independientes de Nicaragua*).

Eine weitere Aufgabe für uns ist, Nachwuchskräfte auszubilden und im Fall von Nicaragua politische Gegeninitiativen zu Ortega zu beraten. Aber vom Exil aus ist es für diese Organisationen schwierig, Einfluss auszuüben, geschweige denn, an Wahlen teilzunehmen. Ich bin daher skeptisch, ob man von außen (quasi aus dem Exil) einen Regimewechsel herbeiführen oder anstoßen kann. Auch in El Salvador unter Nayib Bukele arbeiten wir in einem autoritären Kontext. Ich selbst habe das Büro von 2010 bis 2012 in San Salvador geleitet und kann deshalb gut vergleichen, wie sich das Land und der politische Kontext seitdem verändert haben. Die damalige Regierungspartei Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional (FMLN) ist heute praktisch nicht mehr existent. Die politische Opposition wurde unter Bukele mundtot gemacht. Sorge bereitet uns auch ein sog „Ausländisches-Agenten-Gesetz“ nach dem Vorbild von Russland und Nicaragua, das vom Präsidenten ins Parlament eingebracht wurde.³ Zwar bietet uns unser Status als internationale Organisation in El Salvador einen gewissen Schutz, dennoch agieren wir bewusst zurückhaltend, vermeiden öffentliche Sichtbarkeit und üben in gewissem Maße Selbstzensur. Insbesondere in den Themenfeldern Geschlechtergerechtigkeit und sozial-ökologische Transformation sehen wir uns zunehmend mit erheblichem Gegenwind konfrontiert. In El Salvador müssen wir immer wieder prüfen, ob wir unsere beiden Mitarbeiterinnen oder unsere Partner gefährden, soweit diese überhaupt noch im Land sind. Viele unserer Partner in El Salvador mussten das Land verlassen und sind mittlerweile in Costa Rica, Spanien oder an anderen Orten. Unter anderem aufgrund der politischen

3 Am 21. Mai 2025, ungefähr vier Monate nach dem Gespräch, wurde die „Ley de Agentes Extranjeros“ vom Parlament in El Salvador verabschiedet, siehe <https://www.asamblea.gob.sv/node/13572>, letzter Aufruf 29.09.2025.

Verschärfung und der Sicherheitsrisiken hat die FES deshalb entschieden, Ende 2025 nach Nicaragua auch ihr Büro in El Salvador zu schließen.

In Ländern wie Argentinien wird zwar noch nicht von einem autoritären Kontext gesprochen, dennoch regiert ein Präsident, der zur Verrohung des politischen Diskurses beiträgt, die Verbrechen der Militärdiktatur leugnet, zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Bewegungen beschimpft und diskreditiert und ihnen massiv staatliche Mittel streicht. Auch bei sozialen Protesten kommt es zum Einsatz von Polizeigewalt. In solchen Kontexten sehen wir unsere Rolle auch darin, in Deutschland und gegenüber den staatlichen politischen Institutionen auf die besorgniserregenden Entwicklungen hinzuweisen um die Beziehungen zwischen progressiven Akteuren in Argentinien und Deutschland zu stärken.

Kristina Dietz: Ferdinand, in Lateinamerika vollzieht sich die autoritäre Wende nicht eindeutig entlang der Kategorien „links“ und „rechts“. Der renommierte venezolanische Soziologie Edgardo Lander argumentierte, dass in Venezuela seit dem Wahlbetrug von Nicolas Maduro im Juli 2024 die Demokratie abgeschafft wird. Aktuell wird Lander vorgeworfen, sich zusammen mit anderen Kolleg:innen auf illegitime Weise in die Souveränität des Staates Venezuelas einzumischen. Von diesem Vorwurf betroffen ist auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie weitere venezolanische Forschungseinrichtungen und Sozialwissenschaftler:innen. Dabei galt Venezuela unter Hugo Chávez gerade für Linke weltweit als Referenz für einen demokratischen Sozialismus v.a. mit Blick auf die politische Teilhabe marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen. In Bezug auf die Entwicklungen in Nicaragua unter der aktuellen Regierung Daniel Ortegas sprechen viele schon seit Jahren von einer Diktatur. Aber auch Ortega verortet sich als „links“, von einigen vermeintlich linken Netzwerken in der Region, wie dem Foro de São Paulo, werden beide Regierungen weiterhin als linke Verbündete unterstützt. Zur politischen und desaströsen sozialen Situation in Kuba wird unterdessen meist geschwiegen. Was bedeutet die wachsende Verwischung der Grenzen zwischen links (= demokratisch, inklusiv) und rechts (= autoritär, faschistisch) für den Internationalismus und für eine internationalistische Linke?

Ferdinand Muggenthaler: Eine große Frage, zu der ich nur ein paar Gedanken beisteuern kann. Ich möchte vorausschicken: Es scheint mir komplizierter, als Du es in Deiner Frage darstellst: Die Zuordnung links = demokratisch und rechts = autoritär war nie so eindeutig. Es gab immer autoritäre Strömungen innerhalb des linken Kosmos. Es scheint mir aber

auch nicht sinnvoll, diese einfach zu exkommunizieren. Sie sind ein einflussreicher Teil linkspolitischer Geschichte, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen, um die Niederlage der Linken – die sich auch im Aufstieg autoritärer rechter Kräfte manifestiert, insbesondere in Lateinamerika – zu verstehen.

Und noch eine Vorbemerkung: Internationale Solidarität – und den altmodischen Begriff möchte ich verwenden – sollte von einem gemeinsamen Interesse ausgehen. Angesichts des Anschwellens eines rechten Autoritarismus in Europa, Deutschland und in Lateinamerika sollte das gemeinsame Interesse sein, dem etwas entgegenzusetzen, ohne dabei einen strukturähnlichen Autoritarismus, der aus einer linken Geschichte kommt, zu rechtfertigen oder einfach zu leugnen. Wenn ich also hier Teile der lateinamerikanischen Linken kritisiere, dann aus diesem – hoffentlich geteilten – Interesse heraus. Dazu gehört, gerade in einem akademischen Rahmen, zu diskutieren, was die Ursachen für diese Entwicklungen sind. In einer traditionell linken Analyse heißt es dann oft: „Der Neoliberalismus hat der neuen autoritären Rechten den Boden bereitet“. Dafür gibt es Argumente, aber wenn ich das jetzt lese – etwa beim Treffen der Linken Morena-Anhänger:innen in Mexiko (*Unidad de la izquierda*) – scheint mir das denkfaul und bequem. In Lateinamerika, vor allem in Südamerika müsste es doch mindestens genauso naheliegend sein, zu antworten: „Das Scheitern der links-progressiven Regierungen hat den Boden für den Aufstieg einer autoritären Rechten bereitet“. Ein paar Schlagworte, die dieses Scheitern kennzeichnen: In einigen Ländern wurde die Lücke zwischen Rhetorik und Wirklichkeit immer größer. Die gefeierten Erfolge in der Armutsbekämpfung beruhten vor allem auf klientelistischer Verteilung von staatlichen Rohstoffeinnahmen, nicht auf einem neuen inklusiven produktiven Modell. Das hat strukturell Korruption begünstigt, statt sie – wie versprochen – zu bekämpfen. Es gab auch ein Scheitern in der Sicherheitspolitik, was die Rechte jetzt sehr gut ausbeuten kann. Wer den Erfolg der *mano duro* (harte Hand) Rhetorik in der Kriminalitätsbekämpfung brechen will, darf nicht ignorieren, dass es das Bedürfnis nach innerer Sicherheit in der Bevölkerung gibt, und Armutsbekämpfung nicht die einzige Antwort auf Kriminalität sein kann. Aus der gescheiterten Polizeireform in Venezuela könnten andere Regierungen – auch lokale – sicher lernen⁴. Kurz gesagt: Selbstkritik darf jetzt nicht aufgeschoben werden, weil es gegen die Faschisierung geht.

4 Vgl. <https://venezuelanalysis.com/interviews/14583/>, letzter Aufruf 25.08.2025.

Leider ist diese Reflexion bei einigen, die ich als potenzielle Partner einer internationalen Solidarität betrachte, nicht vorhanden. Im Gegenteil: Es gibt die Tendenz, in ein Lagerdenken zu verfallen und im eigenen Lager befinden sich dann die autoritären Regime von Nicaragua und Venezuela, Kuba sowieso. Ein Beispiel: Die linke Zeitung *La Jornada* in Mexiko hielt es nach den Wahlen in Venezuela für angemessen, als Redaktion die unverbrüchliche Solidarität mit Maduro zu bekunden und die offensichtlichen Belege für den Wahlbetrug einfach zu ignorieren.⁵ Aber auch soziale Organisationen, wie der *Congreso de los Pueblos* in Kolumbien oder die *Madres de la Paza de Mayo* in Argentinien – potenzielle Bündnispartner bei der Verteidigung von Menschenrechten gegen Autoritäre wie Jair Bolsonaros oder marktradikale Rechte wie Javier Milei – sind festgefahren in einem fatalen Lagerdenken, in dem autoritäre Herrschaft, wenn sie aus einer irgendwie linken oder sozialistischen Tradition kommt, zum eigenen Lager gehört.

Ich fürchte, eine solche Haltung hilft nicht gegen den Aufstieg eines rechten Autoritarismus, ist also auch taktisch schädlich, und vor allem unterstützt sie einen Autoritarismus, der zwar aus einer linken Tradition kommt, aber faktisch in keiner Beziehung besser ist als der rechte Autoritarismus. Ich denke es wäre daher wichtig, dass die Basis einer internationalen Solidarität ein anti-autoritärer, demokratischer Grundkonsens ist. Und dabei würde ich Menschen, Bewegungen und Organisationen einbeziehen, die sich nicht notwendigerweise links verorten.

Wir werden weiter die Links-Rechts-Achse zur politischen Einordnung benutzen, aber ich habe Zweifel, dass diese Achse noch so entscheidend bzw. analytisch gut genug definiert ist. Eine übliche Definition der extremen Rechten („Far Right“) trifft aus meiner Sicht extakt auf Venezuela zu: die Betonung nationaler Souveränität, *in-group* gegen *out-group*, das Sprechen im Namen des Volkes sowie starke Führerfiguren (vgl. de Jonge et al, 2024).

3. Herausforderungen und Gegenstrategien

Kristina Dietz: Die im ersten Teil beschriebenen politischen Verschiebungen, die Zunahme autoritärer Tendenzen sowie der wachsende Druck

5 Vgl. <https://www.jornada.com.mx/noticia/2025/01/11/editorial/acerca-de-venezuela-deben-decidir-los-venezolanos-1951>, letzter Aufruf 25.08.2025.

auf zivilgesellschaftliche Akteure bilden den Hintergrund für die Frage, wie internationale, nationale und lokale Organisationen darauf reagieren (können). Autoritarismus, Repression und die gezielte Delegitimierung kritischer Stimmen stellen Partnerorganisationen nicht nur in Lateinamerika, sondern auch in anderen Weltregionen vor existentielle und politische Herausforderungen. Rechte Parteien und ihre Vorfeldorganisationen gewinnen in Deutschland und anderen europäischen Ländern an politischem Einfluss. Diese Entwicklungen wirken sich auch auf die politische und finanzielle Grundlage für entwicklungspolitisches Engagement und internationale Zusammenarbeit aus. Vor diesem Hintergrund nimmt der zweite Teil des Gesprächs Gegenstrategien in den Blick. Dabei geht es um unmittelbare Maßnahmen zum Schutz gefährdeter Akteure in Lateinamerika und zur Sicherung von Handlungsspielräumen sowie um Strategien, wie unter schwieriger werdenden Bedingungen für Menschenrechte, Demokratie und globale Gerechtigkeit international solidarisch eingestanden und gekämpft werden kann.

Christiane, wie geht ihr von Brot für die Welt mit den beschriebenen veränderten Bedingungen der politischen Arbeit eurer Partnerorganisationen um? Wie verändert sich eure Arbeit im Kontext eines auch in Deutschland wachsenden Drucks von rechts auf Entwicklungszusammenarbeit?

Christiane Schulte: Die weltweiten Veränderungen wirken sich auf unsere Arbeit mit den Partnern, auf unsere Lobbyarbeit in Deutschland und auf unsere strategische Ausrichtung aus. In der Arbeit in Lateinamerika steht die Sicherheit unserer Partnerorganisationen und deren Mitarbeitenden im Vordergrund. In den akuten Krisen vor Ort erwarten die Organisationen unsere Unterstützung bei der Erarbeitung von Risikoanalysen, Sicherheitsplänen und psycho-sozialer Begleitung. Wir organisieren auch rechtliche Beratung für ihre Registrierung im Rahmen neuer Gesetzesverfahren. Ein Netzwerk von erfahrenen Organisationen in der Region unterstützt bei Schutzaufenthalten, für die wir Mittel aus einem Notfonds zur Verfügung stellen. Wir unterstützen die Dokumentation von Gewalt und Kriminalität gerade im Kontext der organisierten Kriminalität.

Wichtig sind Zusammenkünfte mit unseren Partnerorganisationen, um uns zu diesen multiplen Herausforderungen, die in ganz unterschiedlichen Regionen der Welt erschreckende Ähnlichkeiten aufweisen und die wir mit dem Erstarken der extremen Rechten auch in Deutschland erleben, vertrauensvoll auszutauschen. Solche Zusammenkünfte ermöglichen die gemeinsame Analyse, fördern das gegenseitige Verständnis und führen zur

Erarbeitung von kollektiven Strategien. Bei einem solchen Treffen sprachen unsere Partnerorganisationen von einem globalen Angriff auf die kritische Zivilgesellschaft weltweit. Dabei wurde auch kritisch auf die eigene Praxis geschaut. Der starken Vernetzung der extremen Rechten können wir nur unsere solidarischen Netzwerke entgegensetzen. Ein besonderes Netzwerk ist dabei in Guatemala entstanden, wo sich die Rechtsstaatlichkeit in den letzten Jahren sehr verschlechtert hat. Justizmitarbeitende (Richter:innen und Staatsanwälte) wurden in der Aufarbeitung von Verbrechen aus dem Bürgerkrieg in ihrer Unabhängigkeit beeinträchtigt, bedroht und mussten in vielen Fällen das Land verlassen. In diesem Kontext haben sich in Guatemala die Vereinigung der unabhängigen Richter:innen (AGJI) und in Zentralamerika der Zusammenschluss der Richter:innen für die Demokratie gegründet. Mit Unterstützung von Brot für die Welt und Partnerorganisationen haben sie sich mehrmals in den letzten Jahren getroffen und mit Zivilgesellschaft und dem Deutschen Richterbund ausgetauscht und vernetzt. Deutsche Richter:innen sind nach Guatemala gereist und haben sich solidarisch an die Seite bedrohter Richter:innen in Guatemala gestellt. 2024 haben an einem Vernetzungstreffen auch Vertreter:innen des Internationalen Richter:innenbundes, Richter:innen aus Osteuropa und die UN-Sonderbeauftragte für die Unabhängigkeit der Justiz, Margaret Satterthwaite, teilgenommen und ihre Unterstützung zugesagt.

Die abnehmende gesellschaftliche Akzeptanz für Entwicklungspolitik bringt uns dazu, gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen die Mittelakquise zu diversifizieren, Kooperationsformate auf den Prüfstand zu stellen und anzupassen und uns auch in der thematischen Ausrichtung strategisch neu aufzustellen. Das gilt für die Arbeit in Lateinamerika und für die Lobbyarbeit in Deutschland und Europa. Das Thema der Anti-NGO-Gesetze lobbyiert Brot für die Welt gegenüber dem Finanzministerium, das für die Financial Action Task Force⁶ (FATF) zuständig ist, sowie dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), in dessen Zuständigkeit die entsprechende Behörde für Lateinamerika GAVI-LAT, fällt. In Artikel 8 der FATF tauchen unter den besonders gefährdeten Einheiten für Geldwäsche Nichtregierungsorganisationen auf. Manche Regierungen nutzen die internationalen FATF-Vorgaben aus, um gegen unliebsame NGOs im Land vorzugehen. Unsere Partnerorganisationen berichteten bei Besuchen im deutschen Finanzministerium und im

6 Internationale Institution, die Standards zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Finanzierung von Massenvernichtungswaffen setzt.

BMZ über Repressionen, die sie in ihren Herkunftsländern erleben. Tatsächlich ist nach Protesten in mehreren Ländern der Artikel 8 inzwischen überarbeitet worden.

Bei aller Anpassung an die neuen Kontexte halten wir an unseren zentralen Themen und Forderungen wie globale Gerechtigkeit, Menschenrechte für alle und ein gerechter Klimawandel trotz oder gerade angesichts der Anfeindungen von extrem rechts fest. Sie sind heute relevanter denn je.

Kristina Dietz: Valeska, wie reagiert ihr als FES auf die wachsenden Anforderungen in den Partnerländern, aber auch im Inland? Ihr seid, wie viele andere zivilgesellschaftliche Einrichtungen, von Mittelkürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit, von thematischen Verschiebungen und neuen Schwerpunktsetzungen (Stichwort Sicherheit, Militarisierung, nationaler Wettbewerb) betroffen. Wie gelingt es euch, politische Grund- und Menschenrechte auch weiterhin zu einem Schwerpunkt eurer Arbeit zu machen? Zudem frage ich mich, ob es zur wachsenden transnationalen Vernetzung der autoritären Rechten (s. Beitrag von Dip et al. in diesem Buch) eine Antwort progressiver Kräfte gibt. Mit wem vernetzt ihr euch?

Valeska Hesse: Die Entwicklungszusammenarbeit und die internationale Arbeit der politischen Stiftungen sind massiv unter Rechtfertigungsdruck. Das merken wir natürlich auch in unserer Arbeit, in erster Linie an den sinkenden Mitteln im BMZ-Haushalt, aber auch im öffentlichen Diskurs, durch eine Zunahme der AfD-Anfragen an das BMZ und durch verzerrte Darstellungen in bestimmten Medien.

Entwicklungszusammenarbeit soll in dieser Logik primär deutschen kommerziellen und geopolitischen Interessen dienen, während Solidarität oder Armutsbekämpfung nachrangig zu behandeln sei. Unsere Strategie ist, dass wir eine neue Rahmung versuchen. Wir argumentieren, dass es gerade in diesen Zeiten wichtig ist und im Interesse Deutschlands, dass Deutschland enge Beziehungen jenseits der klassischen diplomatischen Wege in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft unterhält, um die Internationalen Beziehungen zu gestalten. Es geht darum, gemeinsam mit anderen Ländern, geteilte Werte, Regeln und Normen zu schützen und zu stärken, wie das Völkerrecht, die Menschenrechte, den Multilateralismus, das Pariser Klimaabkommen usw.. So gibt es z.B. eine Zusammenarbeit zwischen progressiven Regierungsakteuren aus Deutschland und Brasilien für eine Reform der Internationalen Finanzinstitutionen oder auch einen Mindeststeuersatz für globale Unternehmen. Wir müssen aber auch noch viel besser darin werden, zu erklären, was wir machen und was und wem das nützt.

Was die Vernetzung der radikalen Rechten angeht, sollten wir diese ernst nehmen, aber auch nicht überschätzen, wie Thomas Greven in einem Beitrag für die FES ausgeführt hat (Greven 2024). Über unser internationales Büronetzwerk und verschiedene Formate versuchen wir, zu einer Vernetzung progressiver Kräfte beizutragen, in unserem Fall besonders zwischen linken und progressiven Parteien aus Lateinamerika und der SPD. In Europa gibt es ein sozialdemokratisches Parlamentarier:innennetzwerk gegen Rechts. Allerdings ist die Linke in Lateinamerika und auch in Europa leider immer noch vielerorts gespalten, obwohl sie sich das angesichts der politischen Entwicklungen eigentlich nicht mehr leisten kann.

Und schließlich versuchen wir auch mit Empirie das Phänomen der radikalen Rechten in den Ländern Lateinamerikas besser zu verstehen, um unsere Strategien besser zu koordinieren. Wir haben hierzu eine Studienreihe mit dem chilenischen Politikwissenschaftler Cristobal Rovira Kaltwasser veröffentlicht, die wichtige Einblicke auf der Grundlage von Fokusgruppeninterviews liefert.⁷

Kristina Dietz: Ferdinand, auf die Herausforderungen für einen emanzipatorischen Internationalismus im Kontext des wachsenden Autoritarismus von rechts und eben in Teilen auch von links bist Du bereits oben eingegangen. Wo siehst Du Ansatzpunkte für eine Transnationalisierung emanzipatorischer Kräfte im Sinne einer Gegenstrategie zur transnationalen Rechten?

Ferdinand Muggenthaler: Transnationalisierung ist ein großes Wort. Mitten in der Renationalisierung bleibt ja auch demokratisch-emanzipatorischen Kräften nicht viel übrig, als im nationalen Rahmen zu agieren. Deswegen würde ich bescheidener erst einmal von gegenseitigem Lernen und vielleicht von Inspirationen sprechen.

Ich sehe da keine fertigen Rezepte, weder in Lateinamerika noch in Europa. Was ich aber sehe, ist die Tendenz, sich angesichts der reaktionären Bedrohung mit alten Parolen auf die eigene linke, sozialistische oder wie auch immer etikettierte Identität zurückzuziehen. Dazu gehört dann oft der Glaube, mit der richtigen Gesellschaftstheorie weiterzukommen. David Graeber hat einmal gesagt, die intellektuelle Linke glaube immer, dass es auf den richtigen charismatischen Theoretiker ankomme, viel wichtiger

7 Vgl. Rovira Kaltwasser (2023).

seien aber ganz praktische Fragen.⁸ In dem Sinn können wir zwar hervorragend über die Erklärung vergangener Entwicklungen diskutieren, das wird aber nicht viel helfen, um ein relevantes Gegengewicht zum Autoritarismus zu schaffen. Diesen Gedanken weitergedacht bedeutet, das es vielleicht besser ist, an den Kampf gegen Rechts und den Aufbau einer demokratischen, ökologischen und gerechten Alternative mit einer gewissen Bescheidenheit oder Demut heranzugehen.⁹ Dabei würde ich mich vor Ort für Bündnisfähigkeit aussprechen und international – das war ja unser Thema – auf Erfahrungsaustausch setzen. Ausgehend von praktischen Fragen wie: Welche Erfahrungen gibt es, erfolgreich auf Social Media gegen Hass und Hetze vorzugehen, oder im Umgang mit den Evangelikalen? Wie gelingt ein Gespräch mit Menschen, die ihre eigene Angst vor Kriminalität anfällig für autoritäre Propaganda macht? Das sind einige der Fragen, über ein Austausch initiiert werden kann und muss.

Die Schwierigkeit dabei wird immer sein, die Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten mit einer positiven Zukunftsbotschaft und kurzfristig erlebbaren Verbesserungen zu verbinden – und beides nicht gegeneinander auszuspielen.

Denn es gibt ja etwas zu verteidigen und es gibt aktuell keine starken liberalen Kräfte – weder in Lateinamerika noch in Europa – die sozusagen „für uns“ Demokratie und Menschenrechte aufrechterhalten. Die Linke könnte sich darauf konzentrieren, diese Rechte auszuweiten und darüber hinauszugehen. Gleichzeitig ist die Verteidigung eines schlechten Status Quo allein weder attraktiv noch realistisch. Gleichzeitig ist abstrakte Radikalität für die wenigsten Menschen attraktiv und aufgrund der beschriebenen Erfahrungen mit links-autoritären Regierungen und ihrer Rhetorik keine Option. Wie eine andere Perspektive aussehen kann, ein anderes Modell, das lässt sich meines Erachtens nicht theoretisch ableiten. Also ist die Frage, wo Elemente einer Gegenstrategie in der Wirklichkeit aufscheinen. Um diese Elemente zu finden, müssen wir genau hinsehen, was, wo, wie und unter welchen Bedingungen und durch wen funktioniert. Eine Blaupause gibt es nicht. Aber es gibt Organisationen, die Menschenrechte und

8 Vgl. <https://www.helle-panke.de/de/topic/3.termine.html?id=2981>, letzter Aufruf 25.08.2025.

9 Der Erfolg der Kampagne des linken Bürgermeisterkandidaten der Demokraten Zorhan Mamdani in New York beruht ja wohl auch darauf, dass er glaubwürdig zuhören kann. Linke neigen ja sonst gerne zum Belehren und glauben, mit der „richtigen“ Gesellschaftsanalyse sei schon viel gewonnen. Es lohnt sich, sich solche Erfolge genau anzusehen, und zu überlegen, was für den jeweiligen Kontext daraus zu lernen ist.

Demokratie verteidigen, aber gleichzeitig nicht den Geruch der „Eliten“ (neuer und alter) haben, z.B. die aus dem Chavismus hervorgegangene venezolanische Menschenrechtsorganisation Surgentes¹⁰. Solche Initiativen zu suchen, sie zu unterstützen und von ihnen zu lernen, das scheint mir ein wichtiger und praktischer Teil einer internationalen Solidarität gegen den anschwellenden Autoritarismus zu sein.

Kristina Dietz: Ingrid, Du bist aktuell im Vorstand der Stiftung Nord-Süd-Brücken. Welche Erfahrungen habt ihr gemacht? Wo setzt ihr an, um gemeinsam mit euren internationalen Partnern ein Gegengewicht zum Erstarren der Rechten zu bilden?

Ingrid Spiller: Als Stiftung Nord-Süd-Brücken haben wir keine direkten Partner:innen im Globalen Süden, sondern wir unterstützen Organisationen und Vereine in Ostdeutschland und Berlin bei der Finanzierung von Projekten der Armutsbekämpfung und Menschenrechtsarbeit im Globalen Süden sowie im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungs- und Inlandsarbeit bei uns.

In Deutschland gewinnt die Rechte zunehmend an Zustimmung und parlamentarischem Einfluss. Das bekommen unsere entwicklungspolitischen Partnerorganisationen und Netzwerke, zu denen auch viele migrantisches Organisationen gehören, zu spüren. Etliche von ihnen sind schon seit längerem verbalen und tätlichen Angriffen aus dem rechten Lager ausgesetzt. Außerdem berichten sie, wie die AfD ihnen auf kommunaler Ebene den Zugang zu Fördermitteln blockiert. Gleichzeitig nimmt die Zustimmung zu Entwicklungszusammenarbeit in der Bevölkerung ab, die Spendenbereitschaft sinkt und Fördergelder werden auf Bundes- und Länderebene gekürzt. Die Auswirkungen betreffen sowohl unsere Partnerorganisationen in Ostdeutschland, deren Organisationsstrukturen durch Reduzierung oder Ausfall finanzieller Mittel wegzubrechen drohen, als auch ihre Partner:innen im Globalen Süden.

Auf der Suche nach Antworten auf diese schwierige Situation agieren die entwicklungspolitischen Organisationen und Netzwerke in Ostdeutschland im Wesentlichen auf drei Handlungsebenen:

10 <https://surgentes.org.ve/>. Die Organisation wird zunehmend durch die Regierung Maduro bedroht. Am 8. August 2025 wurde eine Sprecherin von Surgentes, Marta Lía Grajales, ohne Anklage festgenommen und war mehrere Tage ohne Kontakt zu Familienangehörigen oder Anwält:innen verschwunden.

1) Breite Vernetzung

Zivilgesellschaftliche Initiativen, zu denen auch unsere Partnerorganisationen gehören, haben (vor den letzten Landtagswahlen) breite kommunale und länderübergreifende Vernetzungen geschaffen, wie z.B. #nordhausenzusammen, Weltoffenes Thüringen und #unteilbarMV. Sie vertreten ein breites gesellschaftliches Spektrum aus Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften u.v.a.m. Sie haben zwar keine gemeinsame Strategie im Kampf gegen rechts entwickelt, aber sie setzen ein gemeinsames Statement zu Vielfalt, Weltoffenheit und Solidarität. Mutige Vereine wie die Freiburger Agenda 21, Goals Connect oder der Arbeiter-Samariter-Bund Sömmerda haben sich entschieden, über ihre engeren Zielgruppen hinaus aktiv zu werden. Sie versuchen, auch mit den Skeptiker:innen und Gegner:innen globaler Werte und Themen in einen direkten Austausch über entwicklungspolitische Themen zu kommen, miteinander zu streiten, aber auch Schnittmengen auszubauen.

2) Inhaltlicher Strategiewechsel

Auch über die eigene Kommunikation wird nachgedacht, und zwar sowohl in Bezug auf die Sprache als auch auf die Inhalte. Der AfD gelingt es immer besser, das Gift der Entsolidarisierung auf nationaler und globaler Ebene in der Gesellschaft zu verankern. Deshalb suchen die Organisationen nach Ansätzen, Themen von globaler Gerechtigkeit mit sozialer Gerechtigkeit zu verknüpfen, um Gehör und Relevanz zu schaffen. Ein weiteres Ziel ist es, aus der Defensive in die Offensive kommen, d.h. den provokativen und Angst schürenden Narrativen der AfD und ihrer rassistischen Migrationspolitik nicht nur zu widersprechen, sondern ihnen eigene, positive Narrative entgegenzusetzen, z.B. zum Thema Migration.

3) Resilienz und Solidarität

In Anbetracht des politischen Wandels und der schwieriger werdenden Rahmenbedingungen wird für die entwicklungspolitischen Gruppen und Netzwerke das Thema der eigenen Resilienz immer wichtiger. Besonders gefährdet sind vulnerable Gruppen, wie migrantische Organisationen und Vereine sowie Gruppen aus dem feministischen und queeren Spektrum. Sie wünschen sich mehr Solidarität und ggf. auch physischen Beistand vor Ort von Aktiven aus der Region und aus ganz Deutschland.

Auch der Austausch mit anderen nationalen und internationalen Aktiven aus europäischen und außereuropäischen Ländern, in denen der Rechts-

ruck schon sehr viel weiter fortgeschritten ist, ist wichtig. Aus ihren Erfahrungen und Erfolgen zu lernen, insbesondere in Bezug auf wirksame und potenziell übertragbare Strategien, kann maßgeblich zur Stärkung der eigenen Resilienz beitragen. Gabriela Mitidieri von der argentinischen Menschenrechtsorganisation *Centro de Estudios Legales y Sociales* (Zentrum für Rechts- und Sozialwissenschaften) hat uns dazu folgende Botschaft geschickt. Aus ihrer Sicht braucht es eine klare Kommunikation und deutliche Botschaften (nicht von vorneherein schon in Kompromissen denken); breite Allianzen – auch über die eigenen inhaltlichen Anliegen und das eigene Netzwerk hinaus; starke lokale Netzwerke, also Solidarisierung auf der lokalen Ebene und gegenseitige Unterstützung; internationale Solidarität und ein klares Bewusstsein dafür, was auf dem Spiel steht: nämlich die Demokratie.

4. Fazit

Die beschriebenen politischen, gesellschaftlichen und rechtlichen Verschärfungen – sowohl in Lateinamerika als auch in anderen Weltregionen – verdeutlichen, dass kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft, Protestakteure und politische Gegner:innen weltweit unter zunehmendem Druck stehen. Der wachsende Einfluss autoritärer, rechter Kräfte, deren politische Praxis von staatlichen Repressionen, der Kriminalisierung von Kritiker:innen sowie von Anti-NGO-Gesetzen geprägt ist, bedroht nicht nur einzelne Organisationen, sondern die Grundlagen demokratischer Partizipation insgesamt. Zugleich zeigen die dargestellten Beispiele, dass Solidarität, internationale Vernetzung und die strategische Veränderung von Vorgehensweisen und Organisationsstrukturen an veränderte Rahmenbedingungen entscheidende Ressourcen zur Stärkung von Widerstand und Sicherheit sind. Erfolgreiche Gegenstrategien erfordern den Aufbau breiter Allianzen über ideologische Grenzen hinweg, die Verknüpfung globaler mit sozialer und ökologischer Gerechtigkeit sowie eine stärkere und solidarische internationale Zusammenarbeit, um den Spielraum für zivilgesellschaftliches, politisches Engagement zu sichern sowie Demokratie und Menschenrechte zu verteidigen.

5. Literatur

- de Jonge, L.; Georgiadou, V., Halikiopoulou, D., Kaltwasser, C.R., Tanscheit, T. (2025): Is the far right a global phenomenon? Comparing Europe and Latin America: A scholarly exchange. *Nations and Nationalism*, 31(1), 7-24. <https://doi.org/https://doi.org/10.1111/nana.13074>.
- Greven, T. (2024): Die Globale Radikale Rechte. Dezember 2024, FES <https://library.fes.de/pdf-files/international/21687.pdf>.
- Rovira Kaltwasser, C. (2023). The far right in Latin America. *Definitions and Explanations*. *Friedrich Ebert Stiftung* <https://library.fes.de/pdf-files/international/20950-20240220.pdf>, letzter Aufruf 25.08.2025.

Hinweise zu den Autor:innen

Nadja Ahmad leitet das Ressort Nachhaltigkeit und Politische Ökologie an der Evangelischen Akademie Hofgeismar und befasst sich schwerpunktmäßig mit postkolonialen Fragestellungen.

Hans-Jürgen Burchardt ist Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Kassel, Mitglied des Leitungsgremiums des Kasseler Lateinamerikazentrums CELA.

Kristina Dietz ist Professorin für Internationale Beziehungen mit Schwerpunkt Lateinamerika an der Universität Kassel, Direktorin des Maria Sibylla Merian Center for Advanced Latin American Studies CALAS und Direktorin des Kasseler Lateinamerikazentrums CELA.

Andrea Dip ist Investigativjournalistin aus Brasilien, Autorin des Buches „In Whose Name? The Evangelical Caucus and its Project for Power“ and Mitglied von Research Against Global Authoritarianism (ReGA). Ihre Arbeitsschwerpunkte sind das Erstarken des christlichen Fundamentalismus und dessen Auswirkungen auf die Rechte von Frauen und der LGBTQIA+ community, die extreme Rechten und die Verbindungen zwischen Religion, Autoritarismus, „moral panic“ und Ultrakonservatismus.

Jazmín Duarte Sckell, Dr.in, ist Postdoktorandin an der FU Berlin wo sie im Projekt „Autoritäre Männlichkeit als Bedrohung für die liberale Demokratie in Lateinamerika“ forscht.

Valeska Hesse leitet seit September 2025 die Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Spanien und Portugal. Davor leitete sie sechs Jahre lang das Lateinamerikareferat der FES. Sie hat für die FES in Mexiko, Zentralamerika, Indonesien und Mittelosteuropa gearbeitet.

Ulli Jentsch ist freier Journalist und gründete 2024 Research Against Global Authoritarianism (ReGA). Seit Jahrzehnten ist er in der antifaschistischen internationalen Zusammenarbeit aktiv, in deren Zentrum aktuell die europäischen und globalen Beziehungen und Strategien der AfD stehen.

Ute Löhning ist freie Journalistin und Mitglied von Research Against Global Authoritarianism (ReGA) und von Nachrichtenpool Lateinamerika (NP-LA). Sie recherchiert und veröffentlicht vorwiegend zu Menschenrechtsthemen und internationalen Vernetzungen der extremen Rechten.

Facundo Martín ist Professor für Geographie an der Universidad Nacional de Cuyo, Mendoza, Argentinien und Wissenschaftler des Consejo Nacional de Investigaciones Científicas y Técnicas (CONICET).

Ferdinand Muggenthaler ist Redakteur der "Blätter für deutsche und internationale Politik". Von 2019-2023 leitete er das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung für die Andenregion in Quito.

Andrea Neira Cruz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Instituto Colombo-Alemán para la Paz (CAPAZ) und Promovendin an der Universidad del Cauca und der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Stefan Peters ist Professor für Internationale Beziehungen und Friedensforschung an der Justus-Liebig-Universität Gießen und wissenschaftlicher Direktor des Instituto Colombo-Alemán para la Paz mit Sitz in Bogotá.

Christiane Schulte hat mehrere Jahre in Mexiko und Zentralamerika gelebt und leitet seit 2021 die Abteilung Lateinamerika und Karibik von Brot für die Welt.

Ingrid Spiller, ehemalige Referatsleiterin Lateinamerika der Heinrich-Böll-Stiftung, jetzt Vorstandsvorsitzende der Stiftung Nord-Süd-Brücken (ehrenamtlich).

Marcela Suarez, Dr.in, ist Dozentin an der School of Artificial Intelligence der Radboud University, Niederlande. Ihre Schwerpunkte sind soziopolitische Dynamiken der künstlichen Intelligenz, Digitalisierung und digitale Gewalt, technowissenschaftlicher Feminismus.

Carolina A. Vestena, Dr.in, Dr.in., ist Politikwissenschaftlerin und Rechtssoziologin. Sie vertritt die Professur für Politische Theorie an der Universität Kassel.

Hannes Warnecke-Berger, Dr., leitet den Projektverbund Extractivism.de und ist Mitglied des Leitungsgremiums des Kasseler Lateinamerikazentrums CELA.

Jonas Wolff ist Professor für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Transformation, Fokus Lateinamerika, an der Goethe-Universität Frankfurt, Vorstandsmitglied und Programmbereichsleiter am PRIF - Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main und Ko-Sprecher des Forschungszentrums Transformations of Political Violence (TraCe).

